

NG

*Herausgegeben
für die Friedrich-Ebert-Stiftung von
Johannes Rau
Heinz O. Vetter
Hans-Jochen Vogel
Herbert Wehner*

Die Neue Gesellschaft

1

1983
30. Jahrgang

Redaktion:
Peter Glotz (Chefredakteur)
Rainer Diehl
Hans Schumacher (verantwortlich)
Anschrift der Redaktion:
Godesberger Allee 143
5300 Bonn 2
Telefon 37 80 21-25
Telex: 8 85 479 a fest d

Verlag Neue Gesellschaft
Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2
Postfach 20 01 89
Telefon (02 28) 37 80 21-25
Druck: Vorwärts Verlag, 5300 Bonn 2

Redaktionsbeirat:
Heimut Schmidt (Vorsitzender)
Bruno Friedrich (stellvertretender Vorsitzender)
Iring Fetscher
Martin Greiffenhagen
Reimut Jochimsen
Richard Löwenthal
Susanne Miller
Peter von Oertzen

Die Neue Gesellschaft erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag.
Einzelheft 6,- DM, Jahresabonnement 48,- DM zuzüglich Versandkosten. Kündigung bis 30 Tage vor Jahresende.

Im Bezugspreis sind 6,5% Mehrwertsteuer enthalten.
Anzeigenpreisliste Nr. 12

Zum Inhalt

Der alte und neue Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff läßt durch sein Ministerium erklären, man habe den jetzt eingetretenen Tiefstand der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik erwartet. Das ist nicht viel, wenn man bedenkt, was mit der „Wende“ alles versprochen worden ist. Zwar hat der Kanzler der Übergangsregierung schnell einiges von dem eingesammelt, was er und seine Wendehelfer vorher freigiebig verteilt hatten, aber schließlich wurde die Ablehnung sofortiger Neuwahlen, wie sie die SPD vorgeschlagen hatte, doch immer wieder mit der Notwendigkeit begründet, schnell etwas zum „Besseren“ wenden zu wollen. Noch in seiner Regierungserklärung vom 13. Oktober 1983 beschrieb der neue Kanzler sein geistig-politisches Wollen unter der Überschrift „Dringlichkeitsprogramm“ mit: „1. Wir wollen neue Arbeitsplätze schaffen. 2. Wir wollen das soziale Netz sichern. 3. Wir wollen eine menschliche Ausländerpolitik verwirklichen. 4. Wir wollen die Grundlagen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik erneuern.“

Den vierten Punkt scheint die Regierung tatsächlich in die Realität umsetzen zu wollen – ob aber die „erneuerte Grundlage“ der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik sowohl der Behauptung von der Kontinuität als auch den Interessen der Bundesrepublik Deutschland entsprechen, muß doch sehr fraglich sein. Unter diesem Gesichtspunkt stimmen die zahlreichen Widersprüche, die man neuerdings aus den Reihen der konservativen Regierung zu den Themen Außen- und Sicherheitspolitik hören kann, eher tröstlich. Darüber hinaus gibt es ja auch noch die seriöse Chance des 6. März, die neuen Grundlagen nicht allzu alt werden zu lassen.

Wo aber sind die versprochenen neuen Arbeitsplätze? Und wie ist das soziale Netz gesichert worden? Beide Versprechungen haben sich (wie zu erwarten war) als wenig haltbar erwiesen, will man nicht Kürzungen, Streichungen und Umverteilungen zuungunsten der sozial Schwachen als Sicherungsmaßnahmen für das soziale Netz ausgeben. Und die neuen Arbeitsplätze sind wohl bislang auch nur, konzentriert auf den Bonner Raum, im Bereich von Staatssekretären und höherer Ministerialbürokratie entstanden. Das aber ist zu dürftig, um darüber hinwegzutäuschen, daß die erschreckende Entwicklung der Arbeitslosenzahlen durch die neue Regierung keineswegs umgekehrt worden ist, sondern sich sogar noch beschleunigt hat.

Nun wäre es sicherlich falsch und unanständig, alle Probleme der Wirtschafts- und Sozialpolitik den neokonservativen Fachleuten der Regierung Kohl oder dem allzu bewährten antik-konservativen Wirtschaftsminister in die Schuhe zu schieben. Auch als im Geißlerschen Sinne eher verbrecherisch gesinnter Sozialdemokrat sollte man so nicht Wahlkampf machen. Aber selbst bei bestem Willen ist nicht zu sehen, wie die Maßnahmen und Beschlüsse der Kohl-Regierung aus den Schwierigkeiten herausführen sollten. Das Gegenteil ist der Fall, wie der Augenschein nun auch in der Bundesrepublik beweist, falls man die Beispiele in den USA und Großbritannien als zu weit weg nicht zulassen mag. Um es mit Herbert Ehrenberg zu sagen: „Die Haushaltsbeschlüsse der Rechtskoalition führen direkt in die Depression.“

Daß es aber nicht damit getan ist, bei den März-wahlen zu versuchen, das rückgängig zu machen, was im Vormärz gestündigt worden ist, beschreibt Wilhelm Hankel. Dem einen oder anderen mögen seine Rezepte zur Überwindung der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise radikal erscheinen, das aber ist sicher entschuldbar, die Probleme sind es auch. Ähnliches gilt für die Sozialpolitik. Weitermachen wie bisher, geht nicht – wie immer auch die Wahlen ausgehen werden. Die Bedingungen für eine vernünftige Sozialpolitik haben sich entscheidend verändert, ohne daß deshalb bereits der Rückfall in konservative Phantasielosigkeit gerechtfertigt wäre.

Die Grünen tun sich zur Zeit schwer, nicht nur mit der SPD (s. Martin Winter in NG 12/82), sondern auch damit, ein einigermaßen in sich schlüssiges und zusammenhängendes Wirtschaftsprogramm zu beschließen. Bislang jedenfalls sind sie wenig über eine Beschwörung des Guten, Wahren und Schönen hinausgelangt, wobei noch hinzukommt, daß innerhalb der Grünen Partei oder Bewegung noch sehr umstritten zu sein scheint, was denn gute, wahre und schöne Ziele seien. Hans-Joachim Schabedoth und Karl Georg Zinn haben sich die Mühe gemacht, trotz der (noch?) vorhandenen wirtschafts-politischen grünen Unordnung die Richtungen zu beschreiben, in der diese oder jene die grüne Zukunft gestalten wollen.

Die Berichte aus den „europäischen Ländern“, seit einigen Jahren feste Rubrik in der „Neuen Gesellschaft“, weisen diesmal einen geringeren Umfang auf als bislang. Der Grund ist der Versuch, durch ein Abweichen von der starren monatlichen Erscheinungsweise die jeweiligen Artikel noch mehr auf das Wesentliche zu konzentrieren – also über die Aktualität hinauszugelangen.



INHALTS VERZEICHNIS

Seite	Autor	Titel
		Thema: Wirtschafts- und Sozialpolitik
4	Herbert Ehrenberg	Die Haushaltsbeschlüsse der Rechtskoalition führen direkt in die Depression
8	Wilhelm Hankel	Die Krise überwinden – aber wie?
12	Horst Peter	Sozialpolitik vor neuen Herausforderungen
16	Egon Lutz	Perspektiven der Sozialpolitik
25	Karlheinz Blessing	Sozialreform statt Leistungsabbau
29	Hans-Rainer Koch	Technik im Handel – Mehr Risiken als Chancen
36	Hans-Joachim Schabadoth	Wirtschaftspolitik der Grünen zwischen Utopie und Realitätsbezug
41	Karl Georg Zinn	Grünes Holz ist zäh – Zur wirtschaftspolitischen Perspektive von Alternativen
45	Volker Hauff	Wege zum Gleichgewicht von Ökonomie und Ökologie
48	Klaus-Michael Meyer-Abich	Kurskorrektur in der politischen Wahrnehmung der Natur
55	Horst Hochgreve	Umweltkataster als umweltpolitisches Frühwarnsystem
58	Herbert Leuninger	Ausländerpolitik aus katholischer Sicht
61	Faruk Sen	Türkische Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland und Ansätze zur ihrer Integration
66	Wilhelm Bruns	Der Grundlagenvertrag ist 10 Jahre in Kraft
70	Wolfgang Baer	Die Union in der Verantwortung – Zur Deutschlandpolitik von Helmut Kohl und Rainer Barzel
74	Ditmar Gatzmaga/ Rainer Thiel	Standortbestimmungen
80	Dagmar Luuk	Brasiliens politische Öffnung
		Berichte aus europäischen Ländern
83	Europäische Gemeinschaft	Die Erweiterung zu einem Erfolg werden lassen
84	Frankreich	Positives und Negatives
85	Griechenland	Grundzüge der Außenpolitik
86	Großbritannien	Das neue Labour-Wirtschaftsprogramm
88	Italien	Hang zum Denken in konspirativen Kategorien
89	Luxemburg	Gefühl der Hilflosigkeit
90		Kritik



Herbert Ehrenberg: Die Haushaltsbeschlüsse der Rechtskoalition führen direkt in die Depression

Der ehemalige Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (1976-82), Dr. Herbert Ehrenberg, Jahrgang 1926, ist Mitglied des SPD-Parteivorstandes und leitet dessen Kommission für Wirtschafts- und Finanzpolitik. Dem Bundestag gehört er seit 1972 an.

Der weltweite Prozeß der Zerrüttung aller wirtschaftlichen Beziehungen und wachsende politische Spannungen haben seit 1981 ihre Wirkungen zunehmend auch auf die Bundesrepublik übertragen. Zwar hält die Bundesrepublik in der ökonomischen Wertung des Weltwährungsfonds auch im Sommer 1982 noch den drittbesten Platz (nach der Schweiz und Japan), aber dies ist nur noch eine sehr relative Wertung gegenüber den Volkswirtschaften, in denen es noch viel schlechter aussieht! Zweieinhalb Millionen Arbeitslose im vor uns liegenden Winter, weiter schrumpfende Auftragsgänge und rückläufige Produktionszahlen sind düstere Aussichten, die vor allem den Arbeitnehmern zunehmend Sorgen, allen voran die um den eigenen Arbeitsplatz, aufbürden.

Vor diesem Hintergrund fand am 1. Oktober 1982 der von langer Hand vorbereitete – gegen die Wählerentscheidung vom Oktober 1980 durchgeführte – Regierungswechsel durch ein destruktives Mißtrauensvotum statt. Die neue Rechtskoalition begründet diesen Wechsel mit einer längst fälligen wirtschafts- und sozialpolitischen „Wende“ und der Notwendigkeit einer „geistig-moralischen Erneuerung“. Die Regierungserklärung der „neuen Mehrheit“ gab allerdings auf die dringenden sozialen und ökonomischen Probleme keine Antwort. Und auch der ergänzte Haushaltsentwurf 1983 und die haushaltsbegleitenden Gesetze werden den beim Start in die neue Rechtskoalition verkündeten Ansprüchen nicht gerecht. Wenn aus diesen Gesetzesvorlagen eine „Wende“ ersannbar wird, dann eine zum Schlechte-

ren. Die zahlreichen Warnungen des Sachverständigenrates und der Konjunkturforschungsinstitute vor den Folgen weiterer Nachfrageschrumpfungen wurden nicht beachtet. Im Gegenteil: Haushaltsentwurf und haushaltsbegleitende Gesetze enthalten zusammen Kürzungen öffentlicher Leistungen – und damit Kürzungen der Gesamtnachfrage – in der Größenordnung von 15 bis 16 Milliarden DM.

Nun besteht auch in der Wirtschaftswissenschaft keineswegs Einigkeit über den richtigen finanz- und wirtschaftspolitischen Kurs. Viele Stellungnahmen des Sachverständigenrates und im Gemeinschaftsgutachten der Konjunkturforscher zeichnen sich weitgehend durch Ratlosigkeit aus. Wobei das Zögern gegenüber einer klar expansiven Finanzpolitik weniger aus ökonomischen Überlegungen, sondern aus psychologischer Rücksichtnahme auf verfestigte öffentliche Meinungen erfolgt. Das wird ganz deutlich im Herbstgutachten der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute. Dort wird nach der trostlosen Analyse der gegenwärtigen Beschäftigungslage und der noch schlechteren Erwartungen für 1983 u. a. festgestellt: „Möglicherweise wäre angesichts der akuten Wirtschaftsschwäche eine Wirtschaftspolitik optimal, die kurzfristig eine Nachfragestützung in den Vordergrund stellte, die Konsolidierung dagegen auf eine Zeit der wirtschaftlichen Besserung verschöbe; doch muß man feststellen, daß diese Option faktisch nicht besteht.“ Und diese Option wird deshalb als nicht gegeben angesehen, weil sonst „das Mißtrauen in die Ernsthaftigkeit der staatlichen Konsolidierungsabsicht bestehen“ bliebe. Dies ist nichts anderes als eine Kapitulation vor den nur psychologisch erklärbaren Vorurteilen in der veröffentlichten Meinung. Ökonomisch verdient dagegen das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Zustimmung: „Eins hohe Neuverschuldung des Staates ist in der gegenwärtigen Situation unvermeidlich. Ein Unterschied besteht freilich, ob sie eingegangen werden muß, um immer wieder neue konjunkturbedingte Einnahmeausfälle und Mehrausgaben zu finanzieren oder ob sie der Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und der Wachstumskräfte dient. Das DIW hält die Bereitwilligkeit, das zweitgenannte Ziel zu verfolgen, für die entscheidende Voraussetzung dafür, daß die akute Schwächephase überwunden und die mittelfristigen Perspektiven verbessert werden können. Nur dann kann die – notwendige – Konsolidierung erfolgreich sein.“

Mit dieser konkreten Prioritätensetzung wird der gegenwärtige ökonomische Handlungsrahmen exakt beschrieben. Wer beide Schritte – Wachstumsstär-

kung und Konsolidierung – gleichzeitig machen will oder gar (wie die neue Bundesregierung) der Konsolidierung quantitativ den Vorrang gibt, wird bei der Verfolgung beider Ziele scheitern. Der Versuch, den größeren zweiten Schritt gleichzeitig mit dem kleineren ersten zu tun, kann nur zum Stolpern führen.

Ob der erste Haushalt der „neuen Mehrheit“ aus Verkennerung der ökonomischen Bedingungen oder aus der Entschlossenheit, ohne Rücksicht auf die Folgen das im letzten Jahrzehnt erreichte soziale Leistungsniveau abzubauen, so zusammengezwängt wurde, wie er jetzt vorliegt, ist schwer zu ergründen. Wahrscheinlich spielt beides eine Rolle: Ein immer noch vorherrschender Glaube an die Schlüssigkeit der ökonomischen Angebotstheorie – die inzwischen von ihren Erfindern schon fast wieder vergessen ist – und konservative Entschlossenheit, die Chance der Krise zu nutzen, um das in konservativen Augen unerwünscht hohe soziale Leistungsniveau abzubauen, neue Abhängigkeiten zu schaffen und insgesamt die Arbeitnehmerschaft zu disziplinieren. Wer diese Vermutungen für zu weitgehend hält, der wird gebeten, sich vor allem die haushaltsbegleitenden Gesetze in ihren Auswirkungen auf die Familienbudgets kleiner Einkommen anzusehen und die einzelnen Beschlüsse mit den Empfehlungen des Sachverständigenrates und der Konjunkturforscher zu vergleichen.

In Ziffer 65 des Sachverständigengutachtens wird z. B. bei einer Abwägung der Wirkungen der geplanten Maßnahmen u. a. festgestellt, daß „die zweifellos gravierenden Einschränkungen der verfügbaren Einkommen die Chance einer raschen wirtschaftlichen Erhöhung zunächst einmal belasten“. Und in Ziffer 70 findet sich die eindeutige Aussage: „Damit wieder mehr und längerfristig investiert wird, müssen sich auch die Aussichten auf mehr Nachfrage verbessern, muß das Vertrauen bei Konsumenten und Investoren wiederkehren, daß die Einkommen zukünftig wieder steigen werden.“

Der Haushaltsentwurf und die begleitenden Gesetze werden dieser Forderung lediglich im Titel gerecht. „Entwurf eines Gesetzes zur Wiederbelebung der Wirtschaft und Beschäftigung und zur Entlastung des Bundeshaushalts“ steht als Überschrift über den haushaltsbegleitenden Gesetzen. Doch dieser Titel ist, wenn man die dort zusammengefaßten Beschlüsse analysiert, genauso unwahr wie die im Vorblatt gemachte Feststellung: „Die Zielsetzung des Gesetzesentwurfs wird unter möglichst gleichmäßiger Verteilung der Lasten verfolgt.“ Die haushaltsbegleitenden Gesetze konkretisieren die von Bundeskanzler Kohl

in der Regierungserklärung angekündigte „Atempause in der Sozialpolitik“. Sie werden zu einer massiven Nachfrageschrumpfung im ersten Halbjahr 1983 führen.

Sachverständigenrat und Institute rechnen damit, daß sich der Preisanstieg 1983 bestenfalls auf 4 % im Jahresdurchschnitt begrenzen läßt, d. h. im ersten Halbjahr wird er bei 4 bis 5 % liegen. Vor diesem Hintergrund bedeutet die Verschiebung der Rentenanpassung und der daran orientierten dynamischen Leistungen eine Absenkung des Lebensstandards im ersten Halbjahr 1983 um 4 bis 5 %. Betroffen von der Kohl/Blümschen Operation sind

- 13 Millionen Renteneempfänger,
- 1,1 Millionen Unfallversicherungsempfänger,
- 1,9 Millionen Bezieher von Kriegsopterversorgung,
- 2,1 Millionen Sozialhilfeempfänger,
- 0,6 Millionen Bezieher landwirtschaftlicher Altershilfe,
- 0,2 Millionen Lastenausgleichsberechtigte.

Wenn hier Mehrfach-Leistungen berücksichtigt und die betroffenen Familienangehörigen zugezählt werden, ergibt sich, daß mehr als ein Drittel der Bevölkerung für die ersten sechs Monate des nächsten Jahres mit realem Kaufkraftschwund von 4 bis 5 % zu rechnen hat. Rechnet man die Vielzahl der anderen Kürzungen hinzu, wird eine Größenordnung von mehr als 1 % des Sozialprodukts erreicht, die allein durch Beschlüsse der Bundesregierung nicht nachfragewirksam wird. Dies ist ökonomisch falsch und sozialpolitisch unzumutbar. Vor allem wenn man diesen Belastungen gegenüberhält, daß jener „verteilungspolitische Bastard“, genannt Zwangsanleihe, an die besser Verdienenden zurückgezahlt werden soll. Wer aber denkt in der Rechtskoalition daran, die Belastungen für Rentner und Sozialhilfeempfänger und die Beitragserhöhung für die Arbeitnehmer zurückzunehmen?

Der ökonomische Unsinn wird noch größer, wenn man dieser massiven Nachfrageschrumpfung hinzufügt, was zu erwarten wäre, wenn Herr Dr. Blüm mit seinem Vorschlag einer Lohnpause Erfolg hätte. Ein Vorschlag, der gemacht wurde vor dem Hintergrund der Tatsache, daß im ersten Halbjahr 1982 die Arbeitnehmer-Einkommen um 2,7 %, die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen aber um 8,2 % gestiegen sind. Und für 1983 sagt der Sachverständigenrat einen Anstieg der Unternehmereinkommen um etwa 10 %, der Arbeitnehmereinkommen um 4 % voraus. Was ist das für ein Arbeitsminister, der diesen geringen Anstieg noch übers Jahr gerechnet um die Hälfte reduzieren will?

Aber nicht nur die Warnungen der Sachverständigen vor weiterer Nachfrageschrumpfung hat die Bundesregierung nicht beachtet. Auch die beabsichtigte Stärkung der Investitionstätigkeit findet nicht statt. Allein im Haushalt mit der Ziffer 09, dem Haushalt des alt-neuen Bundeswirtschaftsministers, wird genau das Gegenteil getan. Die Kürzungen der Zuschüsse für Kohleveredlung und für den Bau von Kohleheizkraftwerken und Fernwärmeprojekten – energiepolitisch und beschäftigungspolitisch gleich wichtig – sind ebenso wenig vertretbar wie die Kürzungen bei der Förderung der Luftfahrttechnik und der Entwicklung von zivilen Flugzeugen. Gerade in der beschäftigungspolitisch besonders schwierigen norddeutschen Küstenregion und im Ruhrgebiet müssen diese Einschnitte als negatives Signal zur Verstärkung der ökonomischen Talfahrt verstanden werden.

Die verbale Betsuerung, daß wir eine kräftige Verstärkung der Investitionen brauchen, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß von diesem Haushalt und den Begleitgesetzen negative Investitionsanreize ausgehen werden. Die Kostenrechnung allein macht es nicht. Steuererleichterungen wirken nur dann, wenn die Unternehmer auch positive Absatzerwartungen haben. Wenn die neue Bundesregierung sich vor ihren Beschlüssen über die Wirkungen der „Operation 82“ und der Gemeinschaftsinitiative informiert hätte, wäre sie zu der Feststellung gekommen, daß Abschreibungserleichterungen und Investitionsprämien zwar 1982 zu einer Verdoppelung der Steuerbegünstigung geführt haben, aber daß die Investitionen trotzdem weiter rückläufig sind.

Wer keine angebotsorientierten Scheuklappen um seinen ökonomischen Sachverstand hat, wird sich darüber nicht wundern. Bei aller Bedeutung der Kostenrechnung für jede Investitionsentscheidung: Wenn die Absatzerwartungen sich laufend verschlechtern, wird auch eine noch so massive Kostenverbesserung nur schwer positive Investitionsentscheidungen hervorlocken können. Sehr viel mehr werden Unternehmer – bei anhaltend hohen Zinserträgen – dazu neigen, ihre Gewinne in Kapitalmarktpapieren anzulegen und beschäftigungsmindernde Rationalisierungsinvestitionen vorzunehmen, Erweiterungen aber ängstlich zu vermeiden.

Diese Tendenz wird anhalten, denn Haushaltsentwurf und Haushaltsgesetze gemeinsam bringen wesentlich mehr Nachfrageschrumpfung als Wachstumstärkung. Vor diesem Hintergrund sind steuerliche Investitionsanreize bei gleichzeitigen Leistungskürzungen kein Wachstumskonzept. Den richtigen Weg zeigen die Vorschläge des Deutschen Instituts

für Wirtschaftsforschung, die für die kurze Frist lauten: Erst Wachstum stärken – dann konsolidieren. Die Bundesregierung verfährt umgekehrt, und das kann nur schiefgehen.

Der Vorsitzende der CDU-Bundestagsfraktion hat für den Haushaltsentwurf „Vernunft, Verantwortungsbewußtsein und Solidarität“ beansprucht. Ökonomische Vernunft ist in dem beschlossenen Haushalt nur mit der Lupe zu finden. Verantwortungsbewußtsein zeigt die neue Rechtskoalition nur gegenüber den Gutverdienenden. Und von Solidarität haben Arbeitnehmer, Rentner und Sozialhilfeempfänger etwas sehr anderes erwartet, als ihnen jetzt zugemutet wird.

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat nach der Einbringung des Haushaltsentwurfs einen beschäftigungspolitischen Ergänzungshaushalt vorgelegt. Dort wird gezeigt, wo mit Verstärkung öffentlicher und privater Investitionen positive Beschäftigungsimpulse ausgelöst und gleichzeitig ein Stück Modernisierung der Wirtschaft vorangebracht werden können. Freilich gibt es unter den gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Bedingungen kein Patentrezept, mit dessen Anwendung morgen Vollbeschäftigung zu erreichen wäre. Aber mit gezieltem finanzpolitischen Gegensteuern, intensivem Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente und Arbeitszeitverkürzungen auf breiter Front wäre es kurzfristig möglich, weitere Verschlechterungen der Beschäftigungslage zu stoppen und sich mittelfristig wieder einem ausgeglicheneren Arbeitsmarkt zu nähern. (In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre kommt dann auch die demographische Entwicklung, die jetzt die Beschäftigungsprobleme noch verschärft, allmählich in eine andere, arbeitsmarktentlastende Richtung.) Um diese Trendwende zu erreichen, wäre noch in diesem Winter etwa folgendes Programm in Gang zu setzen:

1. Verstärkung der investiven Ansätze in den Haushalten aller staatlichen Ebenen. Die Möglichkeiten des Bundes allein sind zu begrenzt, um für die Gesamtwirtschaft wirksame Beschäftigungsimpulse auszulösen. Für zahlreiche öffentliche Investitionen sind Gemeinschaftsprojekte von Bund, Ländern und Gemeinden notwendig. Werden die föderalistischen Hemmungen überwunden, gibt es eine lange Reihe vernünftiger Projekte, von denen kurz- und mittelfristig positive Beschäftigungsimpulse ausgehen und mittel- und langfristig wesentliche Verbesserungen der Infrastruktur (und damit der gesamtwirtschaftlichen Produktivität) zu erwarten sind. Den Vorrang haben hier Maßnahmen zur Energieeinsparung und preiswerten Energierversorgung, der Verkehrsversor-

gung (einschließlich Modernisierung der Bundesbahn) und der wirtschaftsnahen Infrastruktur. Aber auch (langfristig unverzichtbare) Projekte der Luft- und Wasserreinhaltung, des Lärm- und des Unfallschutzes sind jetzt - bei unausgelasteten Kapazitäten der Bauwirtschaft und vieler Maschinenbauer - in Gang zu setzen und nicht erst, wenn weitere Stillelegungen die Produktionskapazitäten reduziert haben.

2. Die Finanzierung dieser Projekte braucht einen Grundstock aus soliden Staatseinnahmen mit darauf aufbauender Kreditfinanzierung. Finanzierungsarten mit unmittelbarer Rückwirkung auf die Gesamtnachfrage sind zu vermeiden. (Bei den Forderungen nach Umschichtung vom konsumtiven auf den investiven Teil der Haushalte wird meistens die Phasenverschiebung übersehen; Kürzungen wirken sofort, Beschäftigungsimpulse aus Investitionen reichlich später.)

Am wenigsten konjunkturelschädlich von allen Einnahmeverbesserungen ist die Erhebung einer Ergänzungsabgabe auf höhere Einkommen. Setzt sie dort an, wo die Sparquote hoch ist und werden Gewinne, die dem Sachkapital zugeschlagen werden, von der Erfassung ausgenommen, sind hiervon kontraktive Wirkungen nicht zu befürchten. Natürlich bleibt unter diesen Bedingungen das Aufkommen bescheiden. Bei einer Einkommensgrenze von 50 000/100 000 DM und Ausnahmen für intensiv verwendete Gewinne kann mit 2 bis 2,5 Milliarden DM gerechnet werden.

Der damit zu finanzierende Investitionsschub kann aber vervielfacht werden, wenn dieses Aufkommen vorwiegend für den Kapitaldienst der zusätzlichen Nettokreditaufnahme verwendet wird, wobei der Bund für die Anlaufphase auch zur Übernahme der Zinsverpflichtungen für Länder und Gemeinden bereit sein müßte.

3. Erhöhte Kreditaufnahme jetzt und Konsolidierung später wäre unter diesen Bedingungen kein leeres Versprechen. Die zusätzlichen Investitionen finanzieren sich über die mit besserer Beschäftigung einhergehende Erhöhung der Steuer- und Beitragseinnahmen schon mittelfristig zu zwei Dritteln selber; die Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität nicht mitgerechnet. Ein auf diese Weise ausgelöster Investitionsschub von 10 bis 15 Milliarden DM jährlich - eingebettet in ein Drei-Jahres-Programm - wäre geeignet, die weitere Talfahrt zu bremsen und mittelfristig eine bessere Beschäftigungslage herbeizuführen. Dazu sind freilich zusätzliche Maßnahmen zur Verbesserung der Struktur des Arbeitsmarktes notwendig. Umschulungs-, Weiterbildungs- und gezielte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind geeignet, die Anlaufphase der investiven Maß-

nahmen zu überbrücken und gleichzeitig die Qualifikation der Arbeitsuchenden zu verbessern. Auch hier ist nur ein Drittel der Maßnahmen zusätzlich zu finanzieren, für zwei Drittel kann sonst zu zahlendes Arbeitslosengeld gegengerechnet werden.

4. Arbeitszeitverkürzungen auf breiter Front sind zusätzlich notwendig, wobei Tarifvereinbarungen über eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit den Vorzug verdienen. Mehrere Gewerkschaften haben bereits in der Tarifrunde 1982 deutlich gemacht, daß sie bereit sind, einen Vorschub auf den Einstieg in die „Tarifrente“ mit geringeren Lohnabschlüssen zu leisten, wenn sichergestellt wird, daß für die vorzeitig ausscheidenden Arbeitnehmer arbeitslose Kollegen eingestellt werden. Der Staat muß dieses Angebot aufgreifen und unterstützen. In enger Zusammenarbeit der Tarifparteien mit der Bundesanstalt für Arbeit kann hier erreicht werden, für mehrere hunderttausend Arbeitnehmer Rente statt Arbeitslosengeld zu zahlen mit dem betriebswirtschaftlich günstigen Nebenergebnis einer freiwillig erfolgenden Verjüngung der Belegschaften.

Dieses Beschäftigungspaket in Gang zu setzen, bedarf psychologischer Vorbereitung. Es muß den Bürgern der Bundesrepublik deutlich gemacht werden, daß wir nicht *über* unseren Verhältnissen leben, sondern weit *darunter*. Der Verzicht auf den produktiven Beitrag von 2 Millionen Arbeitnehmern hält unser Sozialprodukt um 100 bis 120 Milliarden DM unter den ökonomischen Möglichkeiten. Volle Ausschöpfung unseres Arbeitspotentials würde die Steuer- und Beitragseinnahmen um 40 bis 50 Milliarden DM verbessern, die Kosten der Arbeitslosenversicherung um 25 Milliarden DM senken. Zu der moralischen Verpflichtung gegenüber dem einzelnen Arbeitslosen kommt hier die ökonomische Legitimation für aktive Beschäftigungspolitik hinzu.

Die Kohl/Lambsdorff/Stoltenberg-Riege aber hält bisher den harten Konsolidierungskurs über weiteren Abbau sozialer Leistungen für richtig. Wird dieser der ökonomischen Vernunft widersprechende Kurs fortgesetzt, erreicht die Bundesrepublik sehr schnell den Eckpunkt, wo die schon lange anhaltende, überwiegend weltwirtschaftlich bedingte Rezession in eine hausgemachte Depression übergeht. Noch ist es Zeit. Heinrich Brünnings drohender Schatten ist aber nicht länger zu übersehen, der soziale Frieden wird zunehmend gefährdet, was wiederum die ökonomischen Probleme noch verschärft. Nur noch wachsende Einsicht der jetzt Regierenden oder der 6. März 1983 können die deutsche Volkswirtschaft vor dem Sturz in eine tiefe Depression retten.

Wilhelm Hankel: Die Krise überwinden – aber wie?

Prof. Dr. Wilhelm Hankel, geb. 1929, ehemaliger Präsident der Hessischen Landesbank, ist Professor am Wissenschaftszentrum Berlin und Honorarprofessor für Währungs- und Entwicklungspolitik an der Universität Frankfurt. Wichtige Veröffentlichungen: Weltwirtschaft (1977); Währungspolitik (2 1972); Die moderne Inflation (1982); s. a. seinen Beitrag in NG 9/81.

Wie jede Krise ist auch die der 80er Jahre, die längst nicht nur die industriell und marktwirtschaftlich verfaßten Demokratien des politischen Westens und hemisphärischen Nordens heimsucht, anders als ihre Vorgängerinnen; mögen sich ihre Symptome: Dahinschwinden des unternehmerischen (= investitorischen) élan vital und – daraus resultierend – die progressiv wachsende Massenarbeitslosigkeit, noch so gleichen. Mit den Vorgängerkrisen verbindet die Krise nur eines: das Scheitern aller überkommenen und gängigen (= schulökonomischen) Erklärungsmuster und Therapie-Rezepte. Ein Vorwurf, der inzwischen für alle irgendwo in irgendeiner Volkswirtschaft wie in einem „Lebendversuch“ erproben oder geforderten Krisenmanagement-Versuche gilt. Keynesianisch-inspirierte Beschäftigungsprogramme, das Standardkonzept der demokratischen (= nicht-marxistischen) Linken verpuffen nicht nur politisch wegen der wachsenden Aversion gegen die mit ihnen verbundene Aufblähung der inneren Staatsverschuldung, sondern leider auch real, weil mit dem Verfliegen früher einmal vorhandener „Geldillusionen“ (übrigens nicht nur der Arbeitnehmer) inflatorisch finanzierte Umverteilungsprozesse z. B. vom Real-Einkommenskonto der Arbeitnehmer auf das Real-Gewinnkonto der Unternehmer weder möglich sind noch den gewünschten oder gebotenen Selbst-Finanzierungsspielraum der Investitionen nennenswert erhöhen können. Das ist eine bittere Lehre, die gerade die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung der Nach-Schiller-Ära machen mußte und die noch immer ihrer Aufarbeitung harret. Angebotsorientierte Kostenentlastung, das Uralt-Lavendel-Konzept der eher Paläo- als Neo-Konservativen aller Schattierungen und Nationalitäten – gleichviel ob in den USA, England oder neuerdings in der BRD – verwechselt noch immer das Sanierungskonzept der Einzelfirma mit dem der Volkswirtschaft, verfällt der (von Keynes längst widerlegten) „Real-Illusion“, wonach gesparte

Kosten welcher Art auch immer: Steuern, Sozialabgaben oder Löhne, der Volkswirtschaft an anderer Stelle, am liebsten natürlich der investierenden Wirtschaft, als Real-Einkommen zuwachsen – wo doch nur eines sicher ist: daß sie ihr als Real-Einnahme- und Einkommensausfälle verloren gehen!

Und die neueste, von Arbeitszeitforschern angepriesene Methode der gerechteren Rationierung und Umverteilung von (gekürzten und flexibilisierten) Arbeitszeiten? Sie verfällt (oder richtiger: kapituliert) vor der „Zeit-Illusion“, als ob die arbeitseinkommens- und arbeitszeitlos gemachten Arbeitslosen überhaupt nicht oder weniger arbeiten *wollten*. Nein: Unsere unfreiwillig Arbeitslosen wollen freiwillig mehr und nicht weniger arbeiten und begnügen sich allenfalls der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe mit reduzierter oder flexiblierter Teilzeit-Beschäftigung, die mit ebenso viel Berechtigung als Teil-Zeit-Arbeitslosigkeit definiert werden könnte!

In dieser Krise der 80er Jahre wird weltweit nur ein Mangel erschreckend und überdeutlich sichtbar – der an fundierter Analysekunst. Weder besagt das Verfliegen der von Keynes bei seiner Analyse (der Krise der 30er Jahre) unterstellten und damals zutreffenden „Geldillusionen“, daß damit auch seine Entlarvung der zuvor unterstellten „Real-Illusion“ kreislauf-neutraler Kostendämpfung wieder richtig würde (so als ob man zur Zeit des Adam Smith den Schlagfluß mit Blutegeln wirklich bekämpft hätte!), noch läßt sich aus der „Zeit-Illusion“, daß alle weniger arbeiten wollen und nicht *müßten*, ein befriedigendes Rezept zur Überwindung der Massen-Arbeitslosigkeit der 80er und 90er Jahre gewinnen, es sei denn, man erklärt die Krankheit zur Gesundheit, was vielleicht Schamanen können, verantwortungsbewußte Sozialärzte und -politiker bei Todesstrafe ihrer Glaubwürdigkeit unterlassen sollten!

Nur: Wie dieser Krise beikommen, intellektuell und therapeutisch?

In dieser Krise geht es nicht darum, daß von allen bejahte Ziele wie Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und soziale Gerechtigkeit fraglich oder gar unerreichbar würden. Es geht lediglich darum zu erkennen, daß und warum alterprobte *Instrumente* der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialpolitik nicht mehr leisten, was sie sollen und in früheren Zeiten mehr oder minder auch geleistet haben. Warum greift beispielsweise das alterprobte Mittel der (realen) Zinspolitik nicht mehr, mit dem es in früheren Dekaden anti-zyklischen Gegensteuerns im großen und ganzen immer noch gelungen ist, eine unter Vollbe-

schäftigungsniveau absinkende private Investitionsneigung zu stimulieren und den sonst ausufernden Handlungsbedarf staatlicher (= „schuldenmachender“) Finanzpolitik zu reduzieren? Oder, nicht minder wichtig, warum setzt der im Industriezeitalter stets als ebenso „schöpferisch wie zerstörerisch“ (J. Schumpeter) diagnostizierte Prozeß der Innovationen auf einmal mehr Arbeitskräfte frei als an anderer Stelle derselben Volkswirtschaft neu absorbiert werden können?

In dieser weltweiten Wirtschafts- und Beschäftigungskrise der 80er Jahre sind zumindest in den westlichen und nördlichen Industrieländern zwei zentrale Märkte aus dem Lot ihrer überkommenen und staatlich geordneten *Verfassungen* geraten: die internationalen Geld- und die nationalen Arbeitsmärkte. Und als ganz und gar rationale Folge dieses von Regierungen, welcher politischen Couleur auch immer, blind bis tatenlos zugelassenen „Wildwuchses“ hat sich ein seit Jahrhunderten erprobtes Schutzverhalten der diesem Prozeß ausgelieferten Geldbenutzer und Arbeitnehmer (und wer in unserer Gesellschaft ist nicht beides?) von Grund auf verändert: Vermögende Geldbenutzer und -besitzer, vor allem Groß- und Klein-Unternehmer, schützten sich vor inflatorischer Ausbeutung (= Umverteilung) nicht mehr, wie früher, durch Flucht in real oder investorisch gesicherte Sachwerte, sondern durch Flucht in hoch- und oberhalb der Inflationsrate verzinsten Geldwerte, werden durch das Übergewicht ihrer Finanzanlagen über die gleichzeitigen Realanlagen zu Quasi-Banken, für die eine hochdefizitäre Staatsschuldenpolitik auch noch ungewollt das Material liefert! Womit die Flucht der Unternehmer aus der Arbeitsplätze und Beschäftigung schaffenden Realinvestition in die überwiegend Konsum und Umverteilung finanzierende staatliche Investition und sonstige Geldanlage noch zusätzlich angeheizt und sanktioniert wird!

Und die an den Arbeitsmärkten durch Übermaß neuer Technologien „freigesetzten“ Arbeitnehmer? Sie fliehen (wer darf es ihnen verwehren?) zunehmend in selbstgeschaffene, *freie* Arbeitsmärkte, die, obwohl sehr produktiv, von den Behörden als „schwarz“ bezeichnet werden, nicht nur, weil sie sich statistischer Erfassung entziehen, sondern weil die dort verdienten oder gesparten Realeinkommens- und Vermögenszuwächse dem öffentlichen Finanzierungs- und Sozialabgabenkreislauf sich entziehen und überdies den traditionell geregelten Wettbewerbs- und Arbeitszeitnormen zuwiderlaufen.

Wer die Anatomie der Großen Depression der

80er Jahre verstehen und aus der Diagnose auch Therapie-Konzepte gewinnen will, muß beide Prozesse etwas näher studieren.

Seit der Suspension des Weltwährungssystems von Bretton Woods (definitiv seit dem Frühjahr 1973) sind die Geldmärkte gespalten: in einen mindestreservepflichtigen (= abgabelasteten) nationalen und einen mindestreserve-freien (= abgabeunbelasteten) exterritorialen oder transnationalen Sektor. Dergleichen kann nur eines bewirken – permanente Arbitrageprozesse (also das Ausnützen der Unterschiede) zwischen beiden Geldmeeren. Solange die externen Geldpreise (Zinsen) wegen der externen Abgabefreiheiten billiger waren als die internen, abgabelasteten Zinsen, übernahmen die externen Geldmeere die Funktionen der internen, ließ das Anschwellen der exterritorialen Euro- und Xenokreditmärkte diese buchstäblich über die Ufer treten. Diese externe Billig-Zins-Konkurrenz bremste zwar (zeitweilig) die Höhenflüge überzogener, nationalstaatlicher „Stabilitätspolitik“, verhinderte aber dennoch nicht, daß die in die nahezu totale Aufsichtsfreiheit entlassenen privaten Weltbankiers eine internationale Kredit- und Verschuldungspyramide aufbauten, wie es sie in der bisherigen Geldgeschichte noch nie gegeben hat. Diese finanzierte zunächst – und von allen „Stabilitätspolitikern“ offenbar unbemerkt – stark inflatorisch das ab 1973 aufgerissene (und nur teilweise ölpreisbedingte) Loch in den westlichen Industrieländer-Leistungsbilanzen. Nur eben blieb dahinter verborgen oder verdrängt, daß dieses „segensreiche Recycling“ von Petro- und anderen Xeno-Dollars nichts anderes war als eine weltweite Kundenkredit- und Absatzfinanzierungsmaschine, die es u. a. den OPEC-Staaten erlaubte, jede neue Ölpreisrunde über die großzügig bereitgestellten Xeno-Kredite (an deren Refinanzierung sie sich nur minimal beteiligten!) auf ihre Käufer (reiche Industrie-, halbreiche Schwellen- und teilweise arme Entwicklungsländer) abzuwälzen. Sie alle importierten (zu) teures Öl „auf Anschreiben“, ohne zu bemerken, daß ihnen dennoch der gleichzeitige Einkommens- und Nachfrageausfall in ihren (beschäftigungsrelevanten) Binnen-Kreisläufen Sorgen über Sorgen bereitete!

Das Recycling, oder die kreditweise Finanzierung der den Ölkäufern in aller Welt im Transferwege auferlegte „Ölsteuer“, verdeckte die gleichzeitig von ihnen importierten Depressionstendenzen! Seit aber die exterritoriale, überdimensionierte Kreditpyramide unübersehbar wackelt und einzustürzen droht, haben sich Zins- und Arbitrageprozesse umgekehrt. Jetzt

läßt das externe, kreditrisikobestimmte Hochzinsniveau die nationalen Zinsniveaus folgen. – Der Zinspegel des exterritorialen Geldmeeres bestimmt den der nationalen Geldmeere und verhindert zunehmend eine wachstums- und vollbeschäftigungsgerechte Geldpolitik in den nationalen Volkswirtschaften: in den USA wie in der BRD!

Und die jüngsten Zinssenkungs-Aktionen seit Sommer 1982? Man mache sich nichts vor: sie betreffen nur das (bilaterale) Innenverhältnis der beiden größten Währungsländer (USA, BRD) untereinander – nicht die verzweifelte Situation in den schwachen und vor dem finanziellen Zusammenbruch stehenden Schuldnerländern (Schwerpunkt: Lateinamerika und Ostblock). Sie kommen auch nur bei den Geldgebern der Banken (den nationalen Sparern, sehr zu deren Leidwesen!) an, nicht bei den Kreditnehmern der um die Sicherheit ihrer Aktiven fürchtenden Banken (denn diese müssen aus den hohen Spannen die mehr denn je benötigten Risikopolster bilden). Entscheidend aber ist: Der nominale Zinsrückgang verpufft „real“, er folgt – zögernd – dem depressionsbedingten Rückgang der Inflationsrate und bleibt somit als viel zu hohes, investitions- und beschäftigungsfeindliches *Real-Zinsniveau* bestehen. Das daraus resultierende und permanent wachsende Voll-Beschäftigungsdefizit kann weder jetzt noch in Zukunft über die öffentliche Finanzpolitik geschlossen oder auch nur angemessen reduziert werden!

Und was geschieht gleichzeitig auf den nationalen Arbeitsmärkten? Seit die Verbilligung der *industriellen Maschinen-Arbeit* durch die neuen (in der BRD noch dazu mit massiver öffentlicher Unterstützung geförderten) Technologien immer mehr menschliche Arbeitsplätze „weg-rationalisiert“, drohen sich auch die Arbeitsmärkte zunehmend zu spalten. Am Arbeitsplatz in Fabrik oder Büro „erfaßte“ Arbeit ist und bleibt abgabenbelastet: mit Steuern und Sozialabgaben. Aus jeder neuen Arbeitszeit-Verkürzung, gleichviel, ob diese gewollt oder tarifär ausgehandelt worden ist und einen geordneten Rückzug aus der (Zwangs-)Arbeitswelt darstellt, oder aus gänzlich *unfreiwilliger Arbeitslosigkeit* folgt parallel zur Unterauslastung des Kapitalstocks eine Unterauslastung des Arbeitskräfte-Potentials, entstehen gänzlich neue und abgaben-freie „sekundäre“ Arbeitsmärkte. Sie markieren eine derzeit unerfaßte Arbeitsmöglichkeit, die zwar real zum Sozialprodukt (seiner Entstehung wie Verwendung beiträgt), aber leider „schwarz“. Wie auch immer man dieses Freizeit- oder Schwarzarbeitspotential mißt und bewertet: als „Hilfe zur

Selbsthilfe“, wie in den sozial unterversorgten Industrieländern vom Typ Italien oder der USA, oder als dem Drogenhandel vergleichbare „Wirtschaftskriminalität“, wie in den meisten sozial gut versorgten Industrieländern, wie z. B. der BRD, *zwei* Faktoren sind zu offensichtlich, um noch länger übersehen oder verdrängt werden zu können: Das erste Faktum ist, daß dieser freie und abgabenunbelastete Arbeitsmarkt wächst und wächst und einen realen Wirtschaftskreislauf begründet, in dem Real-Einkommen, Vermögenszuwachs und Beschäftigung entsteht, der nur ein Makel anhaftet, daß sie nicht zur Finanzierung der sozial gewünschten Kollektiv-Güter wie der Infrastruktur, der sozialen Sicherung und aller anderen Staatsaufgaben und -ausgaben beiträgt.

Das zweite Faktum ist, daß dieses „Mißverhältnis“ zwischen erfaßter und nicht erfaßter Arbeitszeitverwendung (= Auslastung des verfügbaren Arbeitskräfte-Potentials) eigen-gesetzlich um so größer wird und werden muß, je größer die Abgabenschere sich zwischen beiden Arbeitsmärkten – nicht zuletzt durch Zunahme der offiziellen Arbeitslosigkeit verursacht – öffnet.

Man kann das auch so ausdrücken: Je mehr und stärker die technisch bedingte „Substitution“ von teurer Maschinenarbeit durch billige (weil abgabenfreie) Maschinenarbeit fortschreitet und je gnadenloser gleichzeitig die aus der offiziellen Arbeitszeitverkürzung resultierende „produktive“ Freizeitbeschäftigung bestraft wird, desto höher *muß* das Volumen der amtlich erfaßten und angemeldeten (öffentlich zu finanzierenden) „Arbeitslosigkeit“ ausfallen. Und zwar nicht nur statistisch, sondern auch real: denn warum soll ich mir selber und „schwarz“ Einkommen und Beschäftigung verschaffen oder gar anmelden, wenn dieses statt gefördert unter Strafe gestellt wird? Soll ich mich zur „Strafzahlung“ registrieren lassen?

Was folgt, liegt auf der Hand: Es geht in dieser Beschäftigungskrise nicht darum, eine an sich mögliche Zusatz- und Mehrbeschäftigung zu verbieten, bloß weil sie nach der herrschenden Gewerbe-, Gewerkschafts-, Sozial- und Steuerverfassung als „unlauterer Wettbewerb“, wenn nicht gar als „Wirtschaftsdelikt“ verfehmt wird. Wenn Realität und Verfassung kollidieren, ist es meist billiger – und rechtsstaatlicher – die Verfassung zu ändern, und nicht die (noch dazu vernünftig motivierten) Realitäten!

So wird in und hinter dieser nicht zufällig ineinander übergehenden und sich wechselseitig verschärfenden Finanz- und Beschäftigungskrise der westlichen Welt etwas ganz anderes sichtbar als der den

Tages- und Wahlkampf der demokratischen Parteien beherrschende „Konflikt der Ziele“; Weder ist erwiesen, daß Vollbeschäftigung eine lediglich nur unter glücklichen Umständen erreichbare Utopie ist, noch daß der Wohlfahrtsstaat allenfalls unter Bedingungen eines ausreichenden (die Mindestmarke von 3% p. a. übersteigenden) Wirtschaftswachstums in seiner gegenwärtigen Form und Dimension finanzierbar sei. Erwiesen ist nur, daß bei veränderten, wenn nicht gar leichtfertig defekt gemachten Geld- und Arbeitsmarktverfassungen *die alten beschäftigungspolitischen Instrumente nicht mehr greifen* – was etwas ganz anderes ist.

Es geht also „lediglich“ darum, die aus dem Ruder der Steuerleute gelaufene Marktverfassung wieder instrumentengerecht zu machen. Wo und wie?

Die Sehnsucht nach einem neuen und besseren Bretton Woods spiegelt nicht nur die Angst vor dem internationalen Finanzierungskollaps und seinen Folgen für Weltwirtschaft und Entwicklungsländer wider, sondern auch die wieder gewachsene Einsicht, daß eine investitions- und beschäftigungsgerechte Geld- und Zinspolitik nur in einem geordneten und nicht in einem chaotischen (= privatverfaßten) Weltwährungs- und Finanzsystem möglich ist. Zwei Punkte stehen auf der internationalen Agenda der führenden Währungs- und Finanzmächte, in welchem Klub oder auf welchem Gipfel sie sich auch immer treffen mögen: erstens die möglichst weitgehende Streichung der längst uneinbringbar gewordenen privaten Finanzschulden, ihre nachträgliche Rückverwandlung in offizielle Entwicklungshilfe, die sie der Sache (nur der Finanzform nach nicht) schon immer waren. Denn ihre sogenannte Konsolidierung, in welcher Form und Technik auch immer, stellt nichts anderes dar als eine *neue Inflationierung*: Neues Geld soll altes und eingefrorenes ersetzen! Deswegen führt die „radikale“ (= an der Wurzel ansetzender) Weltwirtschaftstherapie kein Weg an diesem Schulden-Schnitt, einer „Währungsreform“ vorbei. Erst danach macht es zweitens Sinn, über neue Weltwährungsverfassungen und in ihrem Rahmen agierende Weltwährungspolizisten, die die spätere Neu-Verschuldung kontrollieren und begrenzen, zu verhandeln.

Derweilen wäre in den Industrieländern der wahre Handlungsbedarf einer auf Vollbeschäftigung und Vollfinanzierung der sozialen Leistungen zielenden Finanzpolitik zu ermitteln. Wie groß ist das reale Beschäftigungsdefizit bei Anrechnung der freiwilligen Mehr-Arbeit in der neuen Freizeit-Ökonomie? Wie läßt sich die hier erwirtschaftete „Wertschöpfung“

auf die Mühlen der Sozial-Finanzierung (um den öffentlichen Abgaben- und Umverteilungsdruck zu mildern) umlenken?

Hilfreicher als alle noch so ausgefüllten Modellrechnungen über den Umfang von Schattenwirtschaft, Freizeitbeschäftigung und in Heim- und Nachbarschaftsarbeit erstellter Eigenheime wären unanfechtbare Marktinformationen. Man erhielte sie bei konsequenter *Legalisierung* statt *Pönalisierung* der im Freizeitsektor geleisteten, und selbst – statt fremdbestimmten Arbeitsstunden, wo an anderer Stelle tätige Arbeitnehmer wieder ihre eigenen Arbeitgeber werden!

Diese Legalisierung bisheriger „Schwarz“-Arbeit würde erreicht:

- wenn die autonomen Tarifparteien sich darauf verständigten, ihre tarifären Arbeitszeitvorgaben nicht mehr, wie bisher, als Maximal-, sondern als *Minimalregelungen* zu verstehen. Warum sollten sich die Arbeitgeber einer Einführung der 35-, 30- oder gar 25-Stundenwoche widersetzen, wenn die damit verbundene Lohn- und Abgabenbelastung sich auch nur auf *diese* Norm-Zeit bezieht und nicht die volle Arbeitszeit, deren „Überstundenzuschläge“ dann wieder frei und individuell zwischen Arbeitgeber und Beschäftigten auszuhandeln wären? Der Arbeitnehmer behielte alle Ertragsanteile des Tarifrechts bei, gewönne neu und zusätzlich die Disposition über sein Freizeitverwendungspotential zurück. Er kann entweder am selben Arbeitsplatz, woanders oder zuhause mehr arbeiten oder auch nicht.
- wenn der Sozialgesetzgeber seine Pflichtversicherungsgrenzen entsprechend den vereinbarten Arbeitszeitnormen senkt und seine Tarife splittet, in eine sozial kalkulierte *Grundsicherung* für alle Arbeitnehmer und eine zu Kostensätzen angebotene soziale Zusatzsicherung, die aus den Freizeit- und Überstundeneinkommen finanziert werden müßte und könnte. Wir kämen spät, doch nicht zu spät zu dem Mitte der 50er Jahre verlassenen Konzept der „Volksrente“ mit individueller Aufstockungschance und -prämie zurück.
- wenn der Steuergesetzgeber seine traditionelle Präferenz für mehr direkte als indirekte Besteuerung aufgäbe, die Lohn- und Gewinnsteuersätze senkte und durch progressive (für Luxusausgaben gestaffelte) Mehrwert- oder Kaufsteuersätze kompensierte. Denn der „Wertzuwachs“ kann im Freizeitsektor weder voll erfaßt, noch anteilgerecht versteuert werden, wohl aber das in diesem Sektor verdiente oder gesparte Realeinkommen, wenn es

(für was auch immer) ausgegeben wird: Konsum- wie Investitionsgüter.

- wenn in Gewerbe- und Gewerkschaftsverfassung, aber auch den bestehenden Wettbewerbs- und Geschäftszeit-Regelungen von allen Strafbestimmungen für Freizellarbeit Abstand genommen würde.

Ist oder wäre erst einmal die Legalitätsschwelle für „Weiß“- und „Schwarz“-Arbeit nivelliert, ließen sich Volumen und Verteilung der effektiv vorhandenen und geleisteten Beschäftigung erfassen und der Ertrag dieser bisher schwarzen Beschäftigung anteil- und sozialgerecht in den offiziellen Finanzierungskreislauf einbringen. Vor allem: Die Beschäftigungspolitik als Integrationshilfe für sozial schwache, selbsthilfe-ungeeignete Gruppen und Personenkreise der Gesellschaft könnte diese zielgerecht erreichen und betreuen. Die Beschäftigungspolitik gewönne an Effektivität.

Horst Peter: Sozialpolitik vor neuen Herausforderungen

Horst Peter, Jahrgang 1937, SPD-MdB aus Kassel, ist Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung im Deutschen Bundestag.

Die tiefgreifende weltwirtschaftliche Krise der zweiten Hälfte der 70er Jahre hat dem sozialliberalen Modell des Sozialstaates die ökonomische, das Kapital hat ihm die politische Grundlage entzogen. Das ist der eigentliche Grund des Zerbrechens der sozialliberalen Koalition. Das sozialliberale Bündnis zwischen Arbeitnehmern, reformorientiertem Bürgertum und fortschrittlichem Kapital beruhte auf dem Versuch, den Kapitalismus krisenfrei fortzuentwickeln: staatliche Globalsteuerung der Nachfrage diente der Erhöhung des materiellen Wohlstands der Bevölkerung auf der Grundlage von stabilen Gewinnerwartungen der Wirtschaft. Die Kooperation von Gewerkschaften, Unternehmerorganisationen und Staat wurde zum Fundament ökonomischer Disziplin und politischer Stabilität. Fortschrittsglaube, Vertrauen in die Machbarkeit gesellschaftlicher Verhältnisse und die Überwindung konjunktureller Krisen mit antizyklischer Wirtschaftspolitik und den Instrumenten der

Es geht also nicht darum, die sekundären und unerfaßten (abgabefreien) Arbeitsmärkte als Alibi für Zurücknahmen des Sozial- und Wohlfahrtsstaats zu gewinnen, sondern als Pfadfinder (oder Zielvariable) für das Aufspüren neuer Beschäftigungsmöglichkeiten. Selbsthilfe und Eigeninitiative sind auch im Sozialstaat keine Negativwerte. Im Gegenteil erleichtern sie und ermöglichen sie überhaupt erst die Konzentration der sozialstaatlichen Instrumente und Mittel auf das sozial Vordringliche und Machbare. Sie sind ein Sieg menschlicher Realverhaltensweisen über „gesetzte“, aber defekt gewordene Verfassungen, ein Signal, letztere zu verändern, nicht erstere.

Je schneller wir internationale Finanz- und nationale Arbeitsmärkte wieder „In Ordnung“ bringen, desto schneller und schmerzfreier überwinden wir auch die Krise. Ersteres ist eine Gemeinschaftsaufgabe der Nationen, letzteres eine von Sozialpolitik und Tarifparteien.

Arbeitsmarktpolitik sowie das Postulat von Sozialstaatlichkeit und sozialer Gleichheit verbanden sich zur Vorstellung eines modernen, gerechten und konfliktfreien Deutschland. Die Mitte der 70er Jahre eintretende Krise entzog diesem Konzept die materiellen Voraussetzungen, indem die Finanzierungsspielräume zur Aufrechterhaltung der sozialen Sicherheit besonders durch die steigende Arbeitslosigkeit eingesengt wurden.

Die politische Grundlage wurde dem Bündnis von seiten des Kapitals aufgekündigt, als dort die Krise als eine nicht nur konjunkturelle, sondern als eine tiefgreifende, lang andauernde strukturelle erkannt wurde. Das Anspruchsniveau des Reformmodells wird zur Schranke der Gewinnerzielung, zum Wachstums- und Investitionshemmnis, da die internationale Wettbewerbsfähigkeit durch die Kostenträchtigkeit des Systems verschlechtert wird. Die Antwort des Kapitals erfolgt auf verschiedenen Ebenen. Einmal wird versucht, die Produktion kostensenkend zu organisieren, indem in Form einer neuen internationalen Arbeitsteilung dort das Kapital eingesetzt wird, wo es am rentabelsten ist und durch Rationalisierung Arbeitskräfte ersetzt werden oder die Arbeit intensiviert wird. Außerdem werden die Gewerkschaften in die Defensive gedrängt, indem die Tarifaueinandersetzungen verschärft werden. Eine wesentliche Funktion kommt dabei dem „Tabukatalog“ der Arbeitge-

bervverbände zu, der den gewerkschaftlichen Lohnforderungen eine harte Gegenposition entgegenzusetzen soll mit der Anwendung des Instruments der Aussperrung. Insbesondere Verkürzungen der Wochenarbeitszeit sollen strikt abgewiesen werden. Auf der gleichen Linie des Zurückdrängens von Arbeitnehmerpositionen liegt die Klage gegen die Mitbestimmung vor dem Bundesverfassungsgericht und das Unterlaufen der Montanmitbestimmung durch Umstrukturierung von Konzernen, wie das Beispiel Mannesmann gezeigt hat. Seit der Bundestagswahl 1980 wird durch den Wirtschaftsflügel der FDP zunehmend versucht, die gesamte staatliche Politik an den Interessen des Kapitals zu orientieren. Die Politik des Staates sollte den Interessen der Großunternehmen untergeordnet werden, die staatlichen Haushalte sollten von sogenannten konsumtiven auf investive Ausgaben umgeschichtet werden, das Personal reduziert und damit die Leistungen für die Bürger abgebaut werden. Die Kostensituation der Unternehmen soll durch Abbau der Steuern, die Senkung der Sozialabgaben und den Abbau von sogenannten Investitionshemmnissen – das sind beispielsweise Arbeitsschutz- und Umweltschutzbestimmungen – verbessert werden.

Um ihr Konzept durchzusetzen, begannen die Unternehmerverbände und die FDP die Diskussion über angebliche Mißbräuche sozialer Leistungen und die Betonung des Leistungsprinzips als Grundvoraussetzung, um die wirtschaftliche Depression zu überwinden. Die SPD in der Regierung wurde zum Investitionshindernis, da sie einer solchen Strategie des Abbaus des Sozialstaats im Wege stehen würde, da sonst die traditionelle Kooperation mit den Gewerkschaften gefährdet wäre. Die Geschichte der Auseinandersetzung innerhalb der sozialliberalen Koalition vom Streit um die Regierungserklärung über das „Sommertheater 1981“ bis zu den Eckdaten 1983 dokumentiert die Stationen des Zerfalls des alten Bündnisses, der schrittweisen Entfremdung der SPD von ihren Wählern, die in verschiedenen Wahlniederlagen seit 1980 ihren Ausdruck fand. Die Folgen der Konsolidierungspolitik der Haushalte durch verschiedene Kürzungsrunden höhlt bewährte Elemente sozialdemokratischer Sozialpolitik aus. Der Versuch, die Kosten der Arbeitslosigkeit durch Kürzungen im Sozialsystem auszugleichen, führte wegen der negativen Auswirkungen auf die Kaufkraft zu immer neuen Kürzungen, zu einer Spirale nach unten. Nach dem Regierungswechsel wurde dieser Kurs extrem verschärft.

Vor diesem Hintergrund ist die Diskussion um die

Zukunft der Sozialpolitik und des Sozialstaates grundsätzlich ausgebrochen, da nach dem Verlust der Übereinstimmung des alten Bündnisses und unter den Bedingungen fehlenden Wachstums das Konzept der sozialen Sicherheit durch Verteilung der Zuwächse bei gleichzeitigem Ansteigen der Kosten für die negativen Folgen des ausschließlich am betriebswirtschaftlichen Interesse orientierten Produktionsprozesses wie Arbeitslosigkeit, Frühinvalidität, steigender Kosten des Gesundheitswesens und des Umweltschutzes nicht mehr funktionieren kann. Die Schwierigkeit für Sozialdemokraten besteht darin, daß sie zwar einmütig das neokonservative Krisenlösungskonzept, die Krise durch radikale Kürzungen der sozialen Leistungen zu bekämpfen, ablehnen, aber selbst noch kein Konzept der sozialen Sicherheit unter den Bedingungen einer langandauernden Wirtschaftskrise anzubieten haben.

Soziale Reformen bedürfen der politischen Macht

Unbestritten ist, daß das neokonservative Konzept zur Aushöhlung des Sozialstaates führt. Die Forderung nach der Reprivatisierung der Lebensrisiken Alter, Krankheit und Arbeitslosigkeit hat das Ziel, die Lohnnebenkosten der Betriebe zu minimieren. Hier liegt die Logik der Forderung der Arbeitgeberverbände nach einer neuen Netto-Rentenformel, der Senkung des Krankenlohns und der stärkeren Beteiligung der Versicherten an den Kosten der Krankheit. Hier liegt auch der Grund, die Höhe des Arbeitslosengeldes zu senken. Die Heraushebung des Leistungsprinzips in der Rentenversicherung, die Ungleichheiten der Einkommen für das Alter fortschreibt und das Prinzip der Solidarität zurückdrängt, führt zur Entsolidarisierung der Arbeitnehmer und Versicherten und bereitet die systematische Ausgrenzung ganzer gesellschaftlicher Gruppen vor.

Zur Stabilisierung der gesellschaftlichen Machtstrukturen werden tiefgreifende gesellschaftliche Spaltungsprozesse eingeleitet. Nur so kann man erwarten, daß die Opfer der Ausdünnung der globalen sozialen Sicherungssysteme bis hin zur Sozialhilfe still aushalten, da das Widerstandspotential gemindert wird.

Die Parteien der neuen Regierung haben sich dieses Konzept zueigen gemacht. Sie scheiden deshalb als Bündnispartner für eine sozial gerechte Sozialpolitik unter den Bedingungen einer strukturellen Krise von vornherein aus.

Aber auch für Sozialdemokraten ist unbestritten, daß unser historisch gewachsenes System der sozialen Sicherheit in seiner Finanzierung vom Stand der

wirtschaftlichen Entwicklung abhängt. Dieser Zusammenhang kann nur politisch durchbrochen werden. Der neuen wirtschaftlichen Situation angepaßte soziale Reformen bedürfen also der politischen Macht, die Mechanismen der Strategie des gegenwärtigen Sozialabbaus durchbrechen zu können. Dazu ist der Aufbau eines neuen gesellschaftlichen Bündnisses nötig, da sich neue soziale Reformen in der gegenwärtigen Situation dauernder Wachstumsschwäche, fehlender Investitionsbereitschaft und negativer Gewinnerwartungen nur gegen das Kapital und seine politischen Vertreter FDP sowie CDU/CSU durchsetzen lassen.

Der Aufbau dieses Bündnisses ist möglich, wenn es gelingt, die von den negativen Folgen des Produktionsprozesses unterschiedlich belasteten Gruppen auf ein Konzept zu einigen. Es muß zunächst analytisch aufgezeigt werden, daß die Zerstörung der Natur durch Umweltbelastung sowie durch Verschwendung von Rohstoffen und Energie und die Zerstörung der menschlichen Arbeitskraft durch Krankheit, Frühinvalidität und Vernichtung von Arbeitsplätzen durch Rationalisierung zwei Seiten derselben Medaille sind. Beides sind Folgen der ausschließlichen Entscheidungen der Unternehmen unter Zurückdrängen der gesellschaftlichen Bedürfnisse nach gesunder Umwelt und menschenwürdiger Arbeit. Wenn darin zwischen Ökologiebewegung und Arbeiterbewegung Übereinstimmung herzustellen ist, besteht die Chance, ein neues Bündnis, das mehrheitsfähig ist, zu gründen. Aus dieser Analyse müssen sich Fragen ableiten lassen nach einer Strategie, die die unterschiedlichen Bedürfnisse nach sozialer Sicherheit zu einem geschlossenen Reformkonzept zusammenführt und sicherstellt, daß die soziale Sicherheit dann finanzierbar und gewährleistet ist, wenn sie benötigt wird.

Außerdem ist es unerlässlich, die Frage nach der Abgrenzung und Gewichtung von kollektiver solidarischer sozialer Sicherung und individueller Selbstverantwortung im emanzipatorischen Sinne zu stellen, da die unterschiedlichen Gruppen des anzustrebenden neuen gesellschaftlichen Bündnisses die Gewichte anders setzen: Die Arbeitnehmer und ihre Organisationen orientieren sich am Begriff der Solidarität so, wie sie ihn verstehen. Es fehlt ihnen das Verständnis für Vielfalt und Individualität. Nach sozialdemokratischem Denken bedeutet Solidarität Geschlossenheit und erlaubt keine Absonderungen in kleinen Netzen, die die kollektiv organisierte Geborgenheit des Arbeitnehmers gefährden. Das führt zu einer Überbetonung des Elements der kollektiven

Organisation, die letztlich die Tendenzen der Bürokratisierung, Verrechtlichung und Monetarisierung gefördert hat, die dem System der sozialen Sicherung den Vorwurf der Intransparenz und Bürgerferne eingetragen haben.

Die neuen sozialen Gruppen, die in alternativen Bewegungen mitarbeiten, und auch die Vertreter eines sozialen Liberalismus betonen die Individualität, persönliche Gestaltungsfreiheit, Selbsthilfe und Selbstverantwortung als Prinzipien selbstbestimmter sozialer Sicherheit. Voraussetzung des notwendigen Bündnisses zur Reform der Sozialpolitik ist das Zusammenführen und nicht das Ausschließen dieser Prinzipien. Meines Erachtens ist diese Forderung aber auch inhaltlich notwendig.

Es geht um eine funktionale Zusammenführung und sinnvolle Abgrenzung der Solidarität und der autonomen Gestaltungsfreiheit im sozialen Sicherungssystem. Es gibt Bereiche, in denen Dezentralisierung und Vielfalt entsolidarisierend wirken, Privilegien absichern, oder sogar neue Privilegien schaffen. Beispiele sind das zersplitterte System der Krankenkassen und die historisch gewachsenen unterschiedlichen Alterssicherungssysteme. Hier ist die Forderung nach gerechter Gestaltung des Systems verletzt, nach der für alle bei gleichen Tatbeständen gleiches Leistungsrecht gilt, alle bei gleicher ökonomischer Leistungsfähigkeit in gleicher Weise zur Finanzierung der Leistungen beitragen müssen und es keine regionalen Ungleichgewichte bei der Qualität der Leistungsgewährung geben darf. Diesem Prinzip widerspricht nicht eine stärkere Demokratisierung des Sozialleistungssystems auf allen Ebenen. Notwendig ist dann die Einbeziehung von Elementen der Selbsthilfe und Selbstverantwortung auf der Ebene der Gewährung von Realleistungen sowie im Bereich der Gesundheitsversorgung, der Dienstleistungen auf der untersten Ebene. Das Prinzip der Gerechtigkeit erfordert jedoch, daß jeder in die Lage versetzt wird, Elemente der Selbsthilfe und persönlichen Wahlfreiheit auch in Anspruch nehmen zu können, damit nicht neue Privilegien entstehen. Die Fähigkeit zur solidarischen Lebensgestaltung und Selbsthilfe gehört als Qualifikationsanforderung in alle Bereiche des Bildungssystems.

Prävention ohne Mitbestimmung ist eine Illusion

Wenn es richtig ist, daß wesentliche soziale Belastungen wie Volkskrankheiten, Berufskrankheiten, Unfälle, psychische Störungen und im Gefolge Frühinvalidität Folgen eines inhuman organisierten Produktionsprozesses sind, dann muß die Sozialpolitik

noch stärker präventiv organisiert werden. Nicht die Behandlung von Symptomen, sondern die Beseitigung der Ursachen der sozialen Belastungen muß das Ziel sein. Prävention umfaßt den Arbeits-, Wohn- und Ökologiebereich genauso wie eine gerechtere Verteilung der Primäreinkommen, um spätere Kleinstrenten oder den Gang zum Sozialamt mit all den negativen Folgen für das Selbstwertgefühl der Betroffenen zu vermeiden. Hier begegnen sich die spezifischen Forderungen der Arbeiterbewegung nach Mitbestimmung in den Betrieben mit den Forderungen nach stärkerer Partizipation der Bevölkerung bei den politischen Entscheidungen. Prävention in der Sozialpolitik ohne die Instrumente, den Produktionsprozeß an den Bedürfnissen der Arbeiter und der Bevölkerung orientieren zu können, wird eine Illusion bleiben. Diese allgemeinen Überlegungen müssen Maßstab für notwendige Reformen in den Einzelbereichen des sozialen Sicherungssystems sein.

Wesentlichste konkrete Aufgabe der Gesamtpolitik ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Wir müssen uns bewußt werden, daß es ein Patentrezept nicht gibt. Sozialdemokraten gehen von einer Strategie der Bündelung verschiedener Maßnahmen aus, die auch wesentliche Elemente präventiver Sozialpolitik enthalten muß. Arbeitszeitverkürzung in den unterschiedlichsten Formen ist einerseits Erfüllung der Forderung nach Verteilung der Arbeit auf alle, andererseits bedeutet sie aber auch Bekämpfung der psychischen, krankmachenden Folgen der Arbeitslosigkeit. Arbeitszeitverkürzung dient gleichzeitig der Humanisierung der Arbeit und bekämpft damit Berufskrankheiten und Frühinvalidität. Arbeitszeitverkürzung vermag, gekoppelt an solidarische Lohnpolitik, auch zur gerechteren Verteilung der Primäreinkommen beizutragen.

Investitionsprogramme schaffen einerseits neue Arbeitsplätze. Wenn sie aber in die gesellschaftlichen Bedarfswelder des Umweltschutzes, des sozialen Wohnungsbaus, des öffentlichen Nahverkehrs, der Fernwärme und der rohstoffsparenden, den Bedürfnissen der Arbeiter angepaßten Technologien führen, dann bekämpfen sie auch Faktoren, die später das Sozialsystem belasten.

Mitbestimmung ist notwendig, um die auch im Interesse präventiver Sozialpolitik notwendigen Eingriffe in die Investitionsautonomie der Unternehmer durchzusetzen. Qualifizierung ist notwendig, um die Arbeitsplätze richtig besetzen zu können, aber auch, um auf die Fähigkeit der selbstverantwortlichen Teilnahme am Leben vorzubereiten. Im Rahmen der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist sicherzustellen, daß

die Arbeitsmarktpolitik finanziell abgesichert und mit wirksamen Instrumenten ausgestattet ist. Gegenwärtig ist das Finanzierungssystem der Kosten der Arbeitslosigkeit ungerecht. Obwohl inzwischen unstrittig ist, daß Arbeitslosigkeit kein individuelles, sondern ein von der Gesamtgesellschaft zu verantwortendes Risiko ist, werden die Finanzen gegenwärtig von den Versicherten aufgebracht. Beamte, Freiberufler und Selbständige werden zur Finanzierung nicht herangezogen. Da die gerechte Lösung durch eine Arbeitsmarktabgabe für alle Erwerbspersonen auf verfassungsrechtliche Bedenken stößt, ist die Arbeitsmarktpolitik aus Steuermitteln zu finanzieren. Eine Finanzierung aus den anderen Säulen der Sozialversicherung scheidet aus. Die Bedingungen einer lange andauernden Krise haben die Arbeitsmarktinstrumente in ihrer Wirkung eingeschränkt. Sie müssen den neuen Bedingungen angepaßt werden und zur dauerhaften Beschäftigung von Arbeitslosen auch in Formen eines zweiten Arbeitsmarktes und zur effektiven Qualifizierung der Arbeitslosen verwendet werden.

Die soziale Alterssicherung muß sozial gerecht gestaltet werden und auch in der Finanzierung den neuen wirtschaftlichen Bedingungen angepaßt werden. Ein unverzichtbarer Bestandteil ist die Harmonisierung zwischen den unterschiedlichen Alterssicherungssystemen und des Systems in sich. Die Gestaltung des Beitragssystems und die Form der Anpassung kann Ungerechtigkeiten festschreiben, aber auch Ungerechtigkeiten ausgleichen. Ein weiteres Strukturelement ist die Veränderung des Beitragsaufkommens der Arbeiter. In einer wirtschaftlichen Entwicklung, die bestimmt wird von Ersatz der lebendigen Arbeit durch Technik und durch steigende Arbeitslosigkeit, ist die Orientierung der Einnahmen der Rentenversicherung an der Lohnsumme ungerecht. Da die Rentenversicherung durch die Beiträge der in Arbeit Stehenden finanziert wird – zumal die neue Regierung die Beiträge der Arbeitslosen selbst gesenkt hat – und da die Zahl der Arbeitenden zurückgeht, müssen immer weniger Beitragszahler immer größere Summen zur Finanzierung der Renten aufbringen. Die Arbeitgeber, die Menschen durch Maschinen ersetzen, haben nicht nur den Rationalisierungsgewinn, sondern sparen auch den Anteil des Beitrags zur Sozialversicherung. Deshalb ist es notwendig, die Arbeitgeberbeiträge nicht mehr an der Lohnsumme, sondern an der Wertschöpfung zu orientieren. Nur eine strukturelle Neuorientierung der Beitragsgestaltung vermag die künftigen demographischen Probleme der Alterssicherung lösen.

Aber auch der Bundeszuschuß muß als zuverlässig kalkulierbarer Faktor, der nicht haushaltspolitische Manipulationsmasse ist, in Reformüberlegungen einbezogen werden. Eine weitere wichtige Herausforderung der Rentenversicherung ist die rentenrechtliche Gleichstellung der Frau.

Der letzte Bereich der Sicherungssysteme, die Krankenversicherung, muß das Problem lösen, daß die Leistungen der medizinischen Versorgung nicht in eigener Regie des Staates oder der Versicherung erbracht werden. Nach dem Gewinnprinzip arbeitende Ärzte, Apotheken und pharmazeutische Betriebe – aber auch Krankenhausträger – entziehen sich

Egon Lutz: Perspektiven der Sozialpolitik

Gedanken zur Zukunft unseres sozialen Sicherungssystems

Egon Lutz, Jahrgang 1934, ist Mitglied des Deutschen Bundestages und Obmann der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion. Der gelernte Schriftsetzer war lange Jahre Redakteur der Gewerkschaftszeitung „druck und papier“ und der „Nürnberger Nachrichten“ und gehörte dem geschäftsführenden Hauptvorstand der IG Druck und Papier an; s. a. seltenen Beitrag in NG 8/82.

Die Diskussion um den Sozialstaat hat neue Formen angenommen. Zwar ist noch nicht klar, ob die Vorstellungen, die Graf Lambsdorff in seinem Strategiepapier in die Debatte gebracht hat, überhaupt jemals in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Zu viele Fragen sind dabei noch offen: Überlebt Genschers FDP den Wechselkurs, ist das Lambsdorff-Papier überhaupt eine Diskussionsgrundlage für die CDU/CSU? Aber immerhin eins haben die gräflichen Thesen bewirkt: Sie haben ihren Zweck, die alte Koalition zu sprengen, erreicht, und die rechtliberalen Tendenzwender werden nichts unversucht lassen, um ihre Vorstellungen des Kappens von „sozialen Hängematten“ auch in einer neuen Koalition umzusetzen.

Für die Sozialdemokraten, die aus ureigenstem Interesse an die Ausweitung der sozialen Sicherung gegangen sind, macht der Lambsdorffsche Gruselka-

immer wieder der Beteiligung an einer wirksamen und gerechten Organisation und Finanzierung des Gesundheitssystems. Die Folge war bisher die fast ausschließliche Belastung der Versicherten. Dabei brachte die ungleiche Verteilung der „schlechten Risiken“ auf die Ortskrankenkassen zusätzliche Privilegien.

Kernpunkt der neuen Herausforderungen an die Sozialpolitik ist allerdings: die sozialpolitischen Reformen an der Sache, am Ziel und an den Personen zu orientieren, die besonders betroffen sind, und den Angriff abzuwehren, der Sozialstaat sei zu teuer geworden und müsse deshalb abgebaut werden.

talog die Notwendigkeit einer aktuellen Aufbereitung unserer sozialpolitischen Perspektiven nur allzu deutlich.

Dieses Strategiepapier stellt – wegen der Funktion des Koalitionsbruchs natürlich in stark überzogener Form – einen bloßen Höhepunkt in der Debatte über die angebliche Krise des Sozialstaates dar. Schon vorher wurde von den verschiedensten interessierten Kreisen mit oft recht griffigen Formulierungen nachzuweisen versucht, daß in den sogenannten guten Zeiten die Sozialleistungen in einem bedrohlichen Umfang ausgeweitet worden seien und jetzt Staat und Wirtschaft überforderten. So preßt man massive Umverteilungspolitik in logisch erscheinende Formeln.

Aber auch gerade jetzt stehen wir vor dem Problem, nicht nur in einer oft recht schäbig geführten Debatte wieder Boden unter die Füße zu bekommen sondern auch bereits den Anfängen des Raubbaus der Tendenzwender an sozialen Besitzständen Widerstand entgegenzusetzen. Standfestigkeit fällt vielen nicht leicht bei der Massivität der Vorwürfe und Polemiken: die Verunglimpfungen der Verteidiger unserer sozialen Sicherungssysteme reichen vom hirnlosen sozialistischen Doktrinär über den tagträumenden Menschheitsbeglückler bis zum stupiden Sozialbürokraten. Es wird das Schreckgespenst wuchernde Sozialbürokratien beschworen. Man verschweigt allerdings geflissentlich, daß derartige Bürokratisierungserscheinungen in jeder Verwaltung auftreten, sei sie nun staatlich, halbstaatlich oder privat.

Da werden mißbräuchliche und extensive Nutzungen des Leistungssystems vorgerechnet. Aber niemanden scheint es zu berühren, daß derartiger Miß-

brauch in viel verheerenderer Weise im steuer- und subventionspolitischen Sektor stattfindet und dort Milliardenlöcher in die Staatskassen reißt. Von allen anderen Formen der Wirtschaftskriminalität ganz zu schweigen. Und da entdeckt man schließlich die „private Daseinsvorsorge“. Dies ist aus bestimmten konservativen und wirtschaftsliberalen Kreisen nichts Neues. Schlimmer ist es schon, wenn – in vermeintlichen Rückzugsgefechten – Sozialdemokraten diesen „Argumenten“ auf den Leim gehen und die private Daseinsvorsorge (etwas eleganter formuliert) mit den vielen kleinen sozialen Netzen entdecken.

Vor solchen Konzepten muß gewarnt werden: auch das Übertragen auf die Verantwortlichkeit in kleinen Gruppen und Einheiten heißt in letzter Konsequenz nichts anderes, als daß die großen Lebensrisiken Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter und Gebrechlichkeit privatisiert werden. Hier gilt es schon allen Anfängen zu wehren.

Aber nehmen wir den Ausgangspunkt der ganzen Debatte: es wird so getan, als lebe unser Sozialsystem zu Lasten der Investitionen und damit der Arbeitsplätze weit über die gegebenen Möglichkeiten hinaus, als verfrühstückte der Sozialleistungsempfänger unsere Zukunft. Wer so argumentiert, muß sich allerdings auch Vergleiche gefallen lassen: lebt etwa der Rentner über unsere Verhältnisse, dessen Einkommen „überproportional“ auf 1200 DM im Monat gestiegen ist? Die Mutter, die mit 750 DM Staatshilfe im Monat sich ein halbes Jahr länger der Pflege ihres Babys widmen kann? Der Arbeitslose, der „erst“ nach einem Jahr unfreiwilliger Untätigkeit auf Sozialhilfe-Niveau landet? Oder der Verletzte auf der kostenträchtigen Intensivstation? Der Gebrechliche im Altenpflegeheim? Der Süchtige im Landeskrankenhaus?

Sind es dagegen nicht eher diejenigen, die selbst am lautesten schreien, die die „soziale Hängematte“ beklagen, die Politiker, Wirtschaftsfunktionäre, Manager, Wissenschaftler, Mediziner und Journalisten, die alle ein bequemes Plätzchen in dieser Hängematte gefunden haben? Beziehen die nicht Einkommen, die sie der Leistungs- und Verzichtsbereitschaft der kleinen Leute in unserem Staat verdanken?

Nur wer diese Vergleiche nicht scheut, wer die Augen vor diesen Tatsachen nicht verschließt, hat ein Recht darauf, sozialen Korrekturen und Anpassungen das Wort zu reden. Denn es soll nicht geleugnet werden, daß bei veränderter finanzpolitischer Lage auch über eine Anpassung der Sozialleistungssysteme an veränderte Umstände nachgedacht werden muß. Nur: wer dies tut, darf nicht aus den Au-

gen verlieren, daß es sich hier nicht um eine Krise des Sozialstaats handelt, sondern um eine fundamentale Wirtschafts- und Gesellschaftskrise, deren Auswirkungen natürlich auch im Sozialbereich zu spüren sind.

Aber die Bereitschaft zu Reformen bedingt Klarheit über Weg und Ziel der beabsichtigten Veränderungen. Die Diskussion mit Allgemeinplätzen ist zwar bequemer aber wenig hilfreich. Und ein Reformeifer, aufgehängt allein an der augenblicklichen ökonomischen Situation, würde ebenfalls zu verkümmerten, schmalspurigen und damit letztlich verfehlten Weiterentwicklungen führen. Nachstehend soll das an einigen Zweigen unseres sozialen Sicherungssystems demonstriert werden.

Perspektiven einer Reform der Alterssicherung

Wer unsere Alterssicherungssysteme runderneuern möchte, wird sagen müssen, was wann und zu wessen Lasten verbessert werden soll. Wenn es stimmt, daß die ökonomischen Rahmendaten längerfristig keine neuen Verteilungsspielräume zugunsten der Alterssicherung eröffnen, kann eine Harmonisierung der Alterssicherungssysteme auf dem jeweils höchsten erreichten Standard nicht erfolgen. Dann muß der Ausgleich innerhalb der Systeme liegen, und es macht sich hoffentlich niemand Illusionen, daß ein solcher Versuch auf ganz erheblichen Widerstand stoßen dürfte.

Aussprechen, was ist, heißt auch zugeben, daß die Ära des schnelleren Anwachsens der Alterseinkommen gegenüber den Entgelten der Aktiven der Vergangenheit angehört und so schnell nicht wiederkommt. Ja, es müßte sich auch die Frage stellen, ob ein solcher Vorgang, über die Jahrzehnte hinweg unverändert weitergeführt – falls man ihn sich leisten könnte –, sozialpolitisch überhaupt wünschbar wäre.

Die Gesellschaft hält es auf die Dauer nicht aus. Wenn das verfügbare Einkommen der Ruheständler über dem Realeinkommen der Beitrags- und Steuerzahler liegt, dann zerbricht der Solidaritätspakt der Generationen, und die gesamte Altersversorgung gerät in existentielle Gefahr. Die Gesellschaft hält es längerfristig auch nicht aus, daß sich die verschiedenen Renten- und Versorgungseinstellungen so dramatisch auseinander entwickeln, wie das nun schon seit Jahren der Fall ist. Ferner werden wir auf die Dauer nicht zulassen dürfen, daß der eine brav, absolut einkommensabhängig und regelmäßig seinen finanziellen Beitrag zum Generationenvertrag leistet, der andere aber nach freiem Ermessen Beiträge abführt,

immer darauf bedacht, mit möglichst geringem Aufwand eine möglichst hohe Renten-Rendite herauszuschinden. Wer sich freiwillig unter den Schutz des sozialen Netzes begibt, der muß auch zur vollen solidarischen Mithaftung bereit sein.

Die Reformwilligen werden einsehen müssen, daß einkommensbezogene Beitragsleistungen auch leistungsorientierte Renten bedingen und daß der Vertrauensschutz allzu radikalen Veränderungen des Systems unüberwindbare Grenzen setzt. Der bruttolohnbezogene Beitrag bedingt die bruttolohnberechnete Eingangsrente. Bei den Anpassungen der Renten sind mehr Gestaltungsmöglichkeiten gegeben. Der Gesetzgeber wäre zum Beispiel nicht daran gehindert, dem schematischen Auseinanderklaffen zwischen hohen und niedrigen Renten in behutsamen, aber immer wieder erfolgenden Schritten entgegenzuwirken. Nicht möglich wäre ihm der Weg in die Einheitsrente.

Und noch eins wäre klugerweise zu berücksichtigen: wer einigermaßen verantwortungsbewußt Reformen in diesem sensiblen Bereich ansteuert, die dann ja möglicherweise über Jahrzehnte Gültigkeit haben, der kommt nicht umhin, den breiten politischen Konsens anzustreben. Bei solchem Bemühen fällt möglicherweise der einzelne Reformschritt nicht so strahlend aus, wie er konzipiert gewesen sein mag, aber es hätte den Vorteil, von größerer Beständigkeit und Verlässlichkeit zu sein. Deshalb wäre es klug, ja fast unverzichtbar, so früh wie möglich das Gespräch über die politischen Grenzen hinaus zu beginnen und an der Absicht, eine breite Mehrheit zu suchen, keinen Zweifel zu lassen.

In der Debatte um die Finanzierbarkeit des Sozialstaates wäre es außerdem hoch an der Zeit, ein paar differenziertere Akzente zu setzen, als das bisher der Fall war. Wir müssen Schluß damit machen, Steuern und Renten- und andere Sozialversicherungsbeiträge sowie Abgaben in einen Topf zu werfen und daraus die Gesamtbelastung der Haushalte zu errechnen. Zumindest der Rentenversicherungsbeitrag verdient eine gesonderte Würdigung. Die Rentenanwartschaft ist das Wertpapier des kleinen Mannes. Krisensicherer als jede Aktie und jedes Sparbuch und für die Existenzsicherung wichtiger als das Eigenheim. Das deutlich zu machen, würde sehr viel mehr Verständnis für die Soziallastquote und ihre Unvergleichbarkeit mit der Steuerlastquote erreichen.

Dann würde auch deutlich, daß jede beabsichtigte Teilprivatisierung des Alters-Risikos für die davon Betroffenen ein haarsträubendes Abenteuer wäre, und man könnte sich unverkrampfter darüber unter-

halten, wie gesetzliche, betriebliche und private Alterssicherungssysteme miteinander zum Akkord gebracht werden können. Beispielhaft mag dafür das Gesetz zur Sicherung der betrieblichen Altersversorgung sein. Das zweite Standbein der Altersversorgung wurde damit gekräftigt und krisensicherer gemacht. Zwar zeigt jetzt der AEG-Fall, daß es noch verpflichtender Rückstellungen für Versorgungszusagen bedarf, damit sich das angeschlagene Unternehmen zu Lasten der Allgemeinheit aller Betriebe nicht in ungesicherte Zusagen flüchtet – aber im großen und ganzen stimmt die Richtung. Das heißt allerdings auch, daß man sich über zwei Grundsätze verständigt: 1. die betriebliche Altersversorgung ergänzt die gesetzliche Grundsicherung, 2. man sollte sorgfältig darauf achten, daß durch die Addition von gesetzlicher und betrieblicher Rente nicht neue Überversorgungs-Tatbestände geschaffen werden. Statt dessen ist es wünschenswert und bleibt es weiterhin förderungswürdig, wenn besonders für die Arbeitnehmer in den Klein- und Mittelbetrieben über Tarifvertrag neue betriebliche Rentenansprüche geschaffen werden.

Schutz vor dem Risiko Arbeitslosigkeit

Stärker als jeder andere Zweig des sozialen Sicherungssystems ist die Arbeitslosenversicherung dem wirtschaftlichen Auf und Ab und damit der wechselnden politischen Beurteilung ausgeliefert. Dabei wäre gerade der Arbeitsförderung und der Arbeitslosenversicherung eine stetige Weiterentwicklung zu wünschen. An der Höhe des Beitragssatzes sind schon Koalitionen zerbrochen, man wird gerade in diesen Monaten immer wieder daran erinnert. Auch in den letzten Jahren der ständig steigenden Arbeitslosenzahlen hat die veränderte rauhe wirtschaftliche Wirklichkeit die Politiker zu den spektakulären Änderungen veranlaßt, die zwar aktuelle Finanznöte gemindert haben, aber ansonsten wenig politische Weitsicht verraten. Genau genommen ist mit den verschiedenen Änderungen des Arbeitsförderungs-gesetzes ein zukunftsweisendes Instrumentarium zu Tode reformiert worden. Das geschieht genau in der Zeit, in der man geschliffene und einsatzfähige Werkzeuge besonders dringlich bräuchte.

Die Sachzwänge der schrumpfenden Haushaltseinnahmen und der explosionsartig steigenden Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit haben zu einem gesetzgeberischen Kahlschlag geführt, der eigentlich allen übereifrigen Sozialreformern zu denken geben sollte. In keinem anderen sozialen Sicherungsbereich läßt sich so lupenrein demonstrieren, was geschieht,

wenn sachfremde Erwägungen zu kräftigen Einschnitten in das soziale Netz führen.

Es war schon eine gesellschaftspolitische Entscheidung ersten Ranges, als man in der Zeit der Großen Koalition die Arbeitslosenversicherung zu einem arbeitsmarktpolitischen Instrumentarium entwickelte, indem man das Schwergewicht der Aktivitäten der Arbeitsämter nicht mehr auf die Schadensregulierung legte, sondern darauf, den einzelnen Arbeitnehmer zu befähigen, dem technologischen Wandel besser folgen zu können und durch ständige Weiterqualifizierung das individuelle Arbeitsplatzrisiko zu mindern. Es war schon ein großer Schritt hin zu mehr Menschlichkeit, als man den Arbeitsämtern den Charakter der Stempelstellen nahm und als der Gesetzgeber postulierte, daß auch einem Arbeitslosen nicht jede Arbeit zu jeder Bedingung zuzumuten sei.

Sicher, der Reformeifer jener goldenen Jahre der Arbeitsförderungs politik hat auch da und dort zu Fehlentwicklungen geführt, die in der Öffentlichkeit übrigens recht breit diskutiert worden waren und die auch ziemlich schnell – ohne Diktat der leeren Kassen – korrigiert worden sind. Der Reitunterricht für den Schauspieler zählt dazu, die Pilotenausbildung mit Hilfe des Arbeitsamtes, die Qualifikationsförderung ohne Rücksicht darauf, ob später am Arbeitsmarkt auch ein tatsächlicher Bedarf vorhanden ist. Es mußten Bremsen eingebaut werden, als sich zeigte, daß das Arbeitsförderungsgesetz immer mehr als Weiterbildungsvehikel für bereits Qualifizierte diente und immer weniger zur Qualifizierung der noch nicht Qualifizierten, woran der Gesetzgeber in erster Linie gedacht hatte. Da und hier traten auch Mißbräuche auf, denen es zu steuern galt. Alles in allem aber war der Großen Koalition ein Reformwerk gelungen, das weit in die Zukunft reichte.

Als die Finanzdecke hinten und vorne nicht mehr reichte, wurden Korrekturen am AFG vorgenommen, die alle Beteiligten im Grunde noch mit gutem Gewissen vor sich selbst rechtfertigen konnten. Die Möglichkeiten der Weiterqualifizierung wurden präzisiert, die finanzielle Förderung für jene zurückgenommen, die nicht arbeitslos waren oder mit dem Verlust des Arbeitsplatzes rechnen mußten. Zumutbarkeitskriterien wurden entwickelt, verworfen, neu gefaßt. Mitnahmeeffekte führten zu Korrekturen. Alle Schritte waren von dem Bemühen gekennzeichnet, das Instrumentarium zu erhalten, aber unter dem Diktat der Finanznöte die vorhandenen Mittel rationaler einzusetzen.

Es hat sich gezeigt, daß diese Schritte allein nicht ausreichten, die Finanzen der Bundesanstalt für

Arbeit wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Die nächsten Sparoperationen gingen dann schon an den Nerv des AFG. Fiskalpolitischer Aktionismus hat dazu geführt, daß die Überlegung, den Arbeitslosen oder von Arbeitslosigkeit Bedrohten lieber zur Umschulung oder Weiterqualifizierung zu animieren, praktisch fallen gelassen wurden. Drastische Rücknahmen stellen das ganze Instrumentarium in Frage. Tatsächlich stellt sich heute der Arbeitslose finanziell besser, der passiv (aus welchen Gründen auch immer) auf die Überweisung aus Nürnberg wartet als der, der sich durch Umschulung oder Weiterbildung um eine neue berufliche Chance bemüht.

Das Instrument der arbeitsbeschaffenden Maßnahmen – über viele Jahre seit Beginn der großen Rezession wirksamste Möglichkeit, gerade älteren Arbeitnehmern noch eine Erwerbchance zu erhalten – ist in seiner Bedeutung erheblich gemindert worden. Die Folge: die Dauer der Arbeitslosigkeit wächst gerade für die älteren Semester. Bitterkeit und Hoffnungslosigkeit machen sich breit. Schließlich hat man in der Öffentlichkeit gar nicht wahrgenommen, daß die tatsächlichen Geldleistungen an Arbeitslose natürlich auch schmerzlich zurückgeschnitten worden sind – etwa um ein Zehntel, mitunter auch noch um mehr – und somit eine wachsende Zahl von Stellungslosen früher an die Sozialhilfe weitergereicht wurde.

Das alles vollzog sich hinter dem Rauchvorhang großer öffentlicher Polemiken wider jene Arbeitslosen, die sich angeblich in der „sozialen Hängematte“ ausruhen. Die Stammtische bemächtigten sich des Themas, und die Arbeitslosen hatten zu wachsendem Schaden auch noch die gedankenlosen Vorwürfe der Voll- oder Überbeschäftigten zu erdulden. Für manchen der neuen Sozialreformer sollten die eben genannten Beispiele wenigstens eins bewirken: behutsamer und mit mehr Sachkenntnis Reformschritte auf diesem äußerst sensiblen Feld anzugehen.

Sinnvollen Reformen bietet sich ein weites Betätigungsfeld. Ganz zweifellos ist es notwendig, das Finanzierungssystem neu zu ordnen. Es ist notwendig, immer wieder darauf hinzuweisen, daß Arbeitslosigkeit kein versicherbares Risiko, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem ist. Folglich können die Kosten der Arbeitslosigkeit auch nicht allein von den Arbeitern und Angestellten getragen werden, sondern müssen von allen Erwerbstätigen aufgebracht werden. Wie man das macht, ist letztlich eine technische Frage. Wer etwa die Einführung eines Arbeitsmarktbeitrags mit dem Hinweis abtut, das lasse sich nicht machen, weil es verfassungswidrig sei, der will

sich nicht den Kopf darüber zerbrechen, wie man eine solche Abgabe verfassungskonform ausgestalten könnte. Daß es solche Wege geben könnte, wird noch nicht einmal von Fachleuten der FDP bestritten. Man ist nur nicht bereit, daraus die politischen Konsequenzen zu ziehen. Somit kommt es nur zu einer indirekten Haftung der Gesamtgesellschaft über Transfers zwischen den verschiedenen Sicherungssystemen, die kaum befriedigen können, und über die Defizithaftung aus dem Bundeshaushalt.

Ein Ausbau der die Arbeitslosigkeit verhindernden Instrumente und nicht deren Abbau, wäre ein ebenso dringender Reformschritt. Es muß der Gesellschaft endlich klar werden, daß sich auch eine reiche Gesellschaft nur für eine beschränkte Zeitspanne Arbeitslosigkeit leisten kann. Es muß deutlich werden, daß die Finanzierung von Arbeitslosigkeit die unökonomischste Antwort auf die Beschäftigungskrise ist. Daß deshalb eine aktive Beschäftigungspolitik längst überfällig und eine konsequente Arbeitszeitverkürzungspolitik des Staates und der Tarifvertragsparteien jedem Bemühen auf dem Feld der Arbeitsmarktpolitik vorgelagert sein müßte.

Für Sozialdemokraten, aber im Grunde auch für alle jene, für die der sozialstaatliche Charakter unseres Grundgesetzes verpflichtende Maxime ist, müßte sich eine weitere Privatisierung des Risikos Arbeitslosigkeit von selbst ausschließen. Schon jetzt wird das Risiko nur zu Teilen von der Versicherungsgemeinschaft getragen: Vollen Schutz genießt der Arbeitslose nur in den ersten 52 Wochen, danach sinkt die Unterstützungsleistung auf Sozialhilfeniveau. Zeiten der Arbeitslosigkeit werden sich künftig schmerzlich in der Höhe der Alterssicherung bemerkbar machen. Die Gesellschaft garantiert keine Beschäftigung, die der Ausbildung und den Fähigkeiten des Betroffenen tatsächlich entspricht. Beim Bezug der Arbeitslosenhilfe wird das Familieneinkommen und werden die Vermögenswerte angerechnet. Hier noch einen Schritt weiterzugehen, indem man etwa dem Gedanken von Karenztagen über die jetzt schon gültigen Sperrfristen hinaus näher tritt oder einer weiteren Absenkung von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe das Wort redet, wäre der unweigerliche Schritt zurück in die Wolfsgesinnung des Frühkapitalismus. Neue gesellschaftliche Konflikte würden geschärft, die politische Instabilität wüchse, die Radikalen von links, aber mehr noch von rechts, würden beträchtlichen Zulauf aus dem Lager der Entwurzelten erhalten – die Bundesrepublik bewiese, daß sie aus den Ursachen des Zusammenbruchs der Weimarer Republik nichts gelernt hätte.

Eine Änderung des Denkens wäre die wichtigste Reform. Das Grundrecht auf Arbeit darf nicht zum Abfallprodukt der Hochkonjunktur verkümmern. Die Gesamtverantwortung aller Beschäftigten, seien sie nun im Bereich der privaten oder der öffentlichen Wirtschaft und Verwaltung tätig, muß deutlicher werden, und es müssen Regelmechanismen geschaffen werden, die sicherstellen, daß die Sicherung der Arbeitsplätze einen, ja *den* verpflichtenden Charakter in staatlichen und privaten Wirtschaften bekommt, der ihm gebührt.

Die Krankenversicherung

Der Drang nach relativer Unsterblichkeit hat seinen Preis. Alle Volkswirtschaften ächzen unter den Kosten des Gesundheitswesens, und zwar um so heftiger, je entwickelter sie sind: Die, die das Risiko Krankheit weitgehend privatisieren (beispielsweise die USA), wie die, von denen behauptet wird, sie strangulierten durch den Wohlfahrtsstaat die Volkswirtschaft (nämlich die Schweden). Und natürlich auch die Deutschen, die so gar nicht fassen wollen, daß ihre Gesundheitskosten explosiv gestiegen sind, und die deshalb (weil sie die unausrottbare Neigung haben, in jeder Generation Amerika neu zu entdecken) das große Palaver über die Privatisierung des Lebensrisikos Krankheit mit geradezu aberwitzigem Eifer führen.

Wenn etwas weniger gelärrmt und etwas mehr gerechnet würde, käme man zu durchaus zutreffenden Beurteilungskriterien. Das aber wäre nicht deutsch – und deshalb ist es auch nicht „in“, nicht einmal bei Sozialdemokraten. Oder hat man schon einmal gehört, daß einer unserer Reformeliferer sich die Anteile des Gesundheitswesens am Bruttosozialprodukt der jeweiligen Volkswirtschaft ernsthaft schon einmal als Meßlatte seiner Theorie vergewaltigt hätte? Wenn, dann ist es weitgehend unemerkt geblieben. Die Zielenhaltung der Deutschen und anderer Völker ist leichter abrufbar als die Kosten des Gesundheitswesens.

Es gibt sogar rudimentäre Vergleichsdaten. Wenn man es wissen will, kann man erfahren, daß die Nordamerikaner 1972 genau acht Prozent ihres Bruttosozialprodukts für das Gesundheitswesen ausgegeben haben, acht Jahre später ein Prozent mehr. Man kann zur Kenntnis nehmen, daß den Schweden ihre Gesundheit vor zehn Jahren ebenfalls acht Prozent des Bruttosozialprodukts wert war, 1977 sogar 9,5 Prozent. Und man erfährt, daß die Bundesbürger 1972 rund 7,3 Prozent, 1980 genau 9,3 Prozent für ihre „Unsterblichkeit“ ausgegeben haben. Die Ver-

gleichjahre sind nicht willkürlich gewählt, sondern fußen auf den Daten, die vorhanden sind. Sie müßten natürlich ergänzt werden durch die Kosten, die in der Dritten und Vierten Welt (wiederum gemessen am Bruttosozialprodukt) aufgewendet werden. Erst wenn man diese Grunddaten zueinander in Beziehung zu setzen vermag, läßt sich nicht nur mit Glaubenssätzen streiten.

Man muß seriöserweise natürlich noch eine ganze Reihe weiterer Daten miteinander vergleichen. Die ärztliche Versorgungsdichte, den medizintechnischen Standard, das Einkommen der Erbringer von Gesundheitsleistungen, der Umfang der industriell bedingten Erkrankungen und der soziokulturellen Streß-Faktoren (was unter anderem heißen soll; In welcher Gesellschaft und mit welcher Nachdrücklichkeit werden die Leute zum Saufen und Rauchen verführt?). Wenn man das alles weiß und sorgfältig miteinander verglichen hat, dann läßt sich sicher auch mit mehr Sinn über die Effizienz der verschiedenen Gesundheitssysteme rechnen. Wer behaupten wollte, er hätte diese Daten parat und könnte sich folglich ein Urteil leisten, wäre ein Scharlatan oder ein Deutscher.

Nun, wir sind alle Deutsche und folglich nicht davor gefeit, Gewißheit durch Überzeugung zu ersetzen. Das macht das politische Geschäft nicht leichter, aber so reizvoll unberechenbar wie Russisches Roulett. Und das führt dann zu so aberwitzigen Beschlüssen, wie dem, eine Selbstbeteiligung der Versicherten an den Kosten des Krankenhausaufenthalts einzuführen. Niemand sollte der Illusion unterliegen, hiernit sei eine Konsolidierung unseres Gesundheitssystems zu erreichen. Vielmehr werden die Verfechter solcher Lösungen von der Vorstellung geleitet, gewissermaßen durch die Hintertür die Privatisierung der Gesundheitsvorsorge einführen zu können. Die Beschlüsse der neuen christlich-liberalen Koalition zeigen, daß man diesen Weg nun konsequent weiterverfolgen will.

Wir sollten der Versuchung widerstehen, diesem Unsinn weitere vergleichbare „Reformen“ folgen zu lassen. Statt dessen sollten wir uns mit der Grundfrage beschäftigen, ob es eine volkswirtschaftliche Grenze gibt in dem Bemühen, das Leben mit medizinischen Mitteln zu verlängern. Vermutlich wird sich niemand zutrauen, eine solche Grenze zu ziehen. Dann aber sollte man auch die Debatte dadurch verschärfen, daß man sich eine klare Vorstellung von jenen Faktoren verschafft, welche unser Streben nach relativer Unsterblichkeit verteuern.

Es ist nicht zu bestreiten, daß die Bundesrepublik

ungewöhnlich fürsorglich mit ihren Ärzten und Zahnärzten, ja mit allen Erbringern von Gesundheitsleistungen umgeht. Wir räumen unserer Pharmaindustrie Gewinnspannen ein, die volkswirtschaftlich unverträglich sind. Wir leisten uns unwirtschaftliche Krankenhäuser und damit Pflegesätze zu Lasten der Versicherten, die in der Tat unsere Leistungskraft überstrapazieren. Bemerkenswerterweise setzt aber nicht da der Reformeifer der Tendenzwender ein, sondern am schwächsten Glied der Kette, am Sozialversicherten.

Ihm wird vorgeworfen, daß er zu häufig den Arzt aufsuche, zu viele Tabletten verzehre, sich zu aufwendige Zahnprothesen verpassen lasse, zu oft krank feiere und zu lange im Krankenhaus verweile. Deshalb, so sagt man, müsse man den Patienten kräftig zur Ader lassen. Das stärke sein Verantwortungsbewußtsein und führe zu einer Gesundung unseres Gesundheitswesens. Der Zynismus solcher Argumentationsketten ist unüberbietbar, aber leider die Norm in der öffentlichen Auseinandersetzung.

Anders herum müssen wir denken. Wir sollten beispielsweise den Ärzten nicht neiden, daß sie mittlerweile den Weltrekord in der Honorierung ihrer Leistungen innehaben, aber wir sollten diese Tatsache dazu nutzen, unseren Medizinern die Verpflichtung aufzuerlegen, wirklich sorgsam und volkswirtschaftlich verantwortungsbewußt mit den Instrumenten des Sozialstaates umzugehen. Wir dürfen nicht die Oma dafür verantwortlich machen, daß sie zu viele Tabletten verzehrt, sondern wir müssen den Arzt zur Rechenschaft ziehen, der sie verschrieben hat. Wir dürfen nicht über den Patienten zornern, der zu lange im Krankenhaus verweilt, sondern wir müssen uns mit der Klinikverwaltung befassen, die ihre Anstaltsärzte unter Druck setzt, damit sie für eine gleichmäßige Auslastung der Bettenkapazität sorgen. Der Weltrekord im Verbrauch von Zahngold (1979: Weltverbrauch 89 Tonnen, davon Bundesrepublik Deutschland 29 Tonnen) ist nicht dadurch entstanden, daß sich die Versicherten selbst aufwendige Gebisse verordnen haben, sondern dadurch, daß hochdotierte Zahnmediziner ihren Patienten Luxusprothesen verpaßten. Der Patient hat nicht die unwirtschaftlichen und fast schon unmenschlichen Großkliniken zu verantworten und es ist ihm nicht anzulasten, daß ein Medikament in der Bundesrepublik um ein Vielfaches teurer ist als auf anderen, offenbar einem schärferen Wettbewerb ausgesetzten Arzneimittelmärkten.

Erst wer auf diesen Sektoren ansetzt und den Konflikt mit den Erbringern von Gesundheitsleistungen

nicht scheut, der hat die Legitimation, auch den Wildwuchs auf Patientenseite zurückzuschneiden. Waren schon Beschlüsse der sozialliberalen Koalition wegen der Rücksichtnahme auf Vorstellungen der FDP eher Patienten-Bestrafungsaktionen, so zeigt die neue Koalition, daß an den eigentlichen Pfründen nicht gekratzt wird.

Dabei besteht kein Defizit an vernünftigen Reformvorstellungen. Da ist schon so viel vorgedacht worden, daß man ein Menschenalter damit füllen könnte, die guten Gedanken in die Tat umzusetzen. Da man aber nicht in der Lage ist, das als richtig Erkannte zu verwirklichen, flüchtet man sich in platten Pseudo-Verformismus. Auf die Spitze getrieben, werden die Tendenzwender ihr Bemühen in der privaten Zusatzversicherung gegen die verschiedenen Formen der Selbstbeteiligungskosten im Krankheitsfall haben. Dann sind zwar die ökonomischen Größenordnungen nicht verändert worden, wohl aber hat sich ein weiterer Bereicherungs-Tatbestand schaffen lassen.

Wer die volkswirtschaftlichen Belastungen der Gesundheitssicherung in Grenzen halten will, wird nicht darum herumkommen, zuerst einmal für mehr Kosten-Transparenz zu sorgen. Leistungserbringer und Patienten müssen einen exakten Überblick darüber haben, was die Kassen (und damit eben nur die Versicherten) aufzuwenden haben, um das Befinden des Patienten zu verbessern. Der Patient sollte die ärztliche Leistung (die ihm ja noch unmittelbar erkennbar ist) quittieren und er sollte wissen, was sie in Mark und Pfennig kosten wird. Der Patient muß die tatsächlichen Ausgaben für die Heil- und Hilfsmittel kennen, die er über den Umweg seiner Kasse aufzubringen hat, und er sollte von seinem Versicherungsträger über die Ausgabenstruktur unseres Gesundheitssystems informiert werden. Natürlich wäre es zudem unerlässlich, ihm bei der Gelegenheit Hinweise für den sorgsameren Umgang mit den Mitteln der Versicherungsgemeinschaft anzudienen. Solange die Kosten- und Leistungsstruktur hinter Kennziffern verschlüsselt und damit dem Patienten uneinsichtig bleibt, kann man sich nicht wundern, wenn der Antrieb zum verantwortungsbewußten Patientenverhalten Zufallsprodukt bleibt.

Größere Kostentransparenz, präzisere Hilfen für ein ökonomisch sinnvolles Verhalten der Ärzte und Zahnärzte müßte dauerhafte Aufgabe der Kassenzentralen sein. Weiter wäre zu prüfen, ob das gegenwärtige Kontrollinstrumentarium tatsächlich effektiv genug ist, um die schwarzen Schafe in der Ärzteschaft schneller zur Verantwortung zu zie-

hen. Ferner käme es darauf an, die Orientierungshilfen des Arztes für die Auswahl des therapierechten, aber auch kostengünstigen Arzneimittels wesentlich zu verbessern und zu überlegen, welche Stimulanz es zusätzlich geben könnte, eine dauerhafte Mitwirkung der Ärzte am Prozeß des Kostenbewußtseins zu erreichen. Möglicherweise ist der Regreß viel zu grobschlächtig, zumindest in seiner heutigen Form.

Ganz sicher bleibt es eine Daueraufgabe, in regelmäßigen Intervallen die ärztliche Gebührenordnungen mit dem Ziel zu verändern, die persönliche Leistung des Arztes, die Beratung des Patienten höher zu bewerten als die medizinisch-technischen Checks, die vom Praxis-Personal und von Groß-Labors vorgenommen werden. Noch viel wichtiger, ja unverzichtbar für unser Gesundheitswesen wäre die wachsende Einsicht der Ärzte, Zahnärzte und anderen Leistungserbringern in die Tatsache, daß in Zeiten stagnierender, ja schrumpfender Einkommen der Versicherten auch die Honorare eingefroren, beziehungsweise nach unten korrigiert werden müssen. Wer sich und seinen Berufsstand vom Schicksal der Gesamtgesellschaft abzunabeln trachtet, der fördert zwangsläufig den Ruf nach dem Staat, damit der Gruppenegoismus zurückschneidet und die ökonomische Rechenbarkeit sichert. Die Vereinbarungen der niederländischen Ärztevereinigung, freiwillig ihre Honorierung zu reduzieren, sollten mehr als ein bloßer moralischer Appell zur Nachahmung für unsere Ärzte und Zahnärzte sein.

Sichern müssen wird sich die Gemeinschaft auch vor dem schrankenlosen Preisgebaren der Pharmaindustrie und anderer Erbringer von Gesundheitsleistungen. Wenn das durch eine weitgehende Öffnung des Wettbewerbs nicht möglich ist, darf der Staat die Reglementierung nicht scheuen. Es wäre vernünftig, wenn er dabei mit Vorwarnsystemen arbeiten könnte, damit die Beteiligten nicht im Zweifel darüber sind, was passiert, wenn sie sich selbst nicht zu einem kosten- und effizienzbewußten Verhalten bereit finden. Nur: Die Drohung muß glaubwürdig sein. Appelle des Staates, Resolutionen der Parlamente haben in diesen Kreisen einen so geringen Realitätsgehalt, daß sich die Verhaltensweisen deswegen gewiß nicht ändern werden. Glaubwürdigkeit wächst zweifellos, wenn die Anbieter erkennen müssen, daß alle politisch relevanten Kräfte der Ausplünderung unserer Kassen auf diesem Sektor energischen Widerstand entgegen setzen werden.

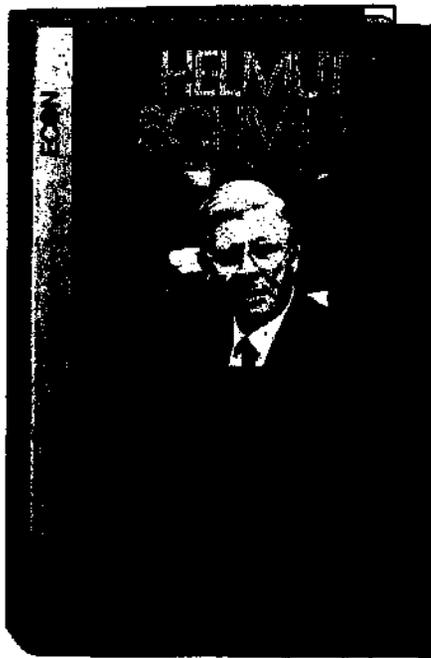
Marktmacht zu Lasten der Versicherungsgemeinschaft spielen nicht nur private Anbieter und nicht

nur Pharma-Konzerne aus. Auch die öffentlichen und halböffentlichen Träger der Krankenhäuser salivieren sich auf Kosten der Kassen. Unter Sozialpolitikern grassiert der grimmige Scherz, es sei mittlerweile billiger, einen Kranken ins Hilton zu legen und den Hausarzt dreimal täglich vorbeizuschicken, als die Pflegesätze in einem Großklinikum aufbringen zu müssen. Wer sich die aberwitzigen Kostensprünge bei den Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung für stationäre Behandlung (in einem Jahrzehnt von sechs Milliarden bis 24 Milliarden um ganze 300 Prozent) vergegenwärtigt, wird zustimmen, daß alle Kostendämpfungsbemühungen scheitern müssen, wenn es nicht gelingt, die Krankenhäuser in dieses Bemühen einzubeziehen.

An Konzepten und Versuchen in dieser Richtung hat es nicht gefehlt. Listig haben die Bundesländer – und zwar unabhängig von der politischen Couleur – dafür gesorgt, daß sie scheiterten. Kein Wunder, sind sie doch selbst verantwortlich für Bau und Unterhalt der teuren Bettenburgen, für die Über- technisierung unserer Krankenhäuser. Würde man die Kassen nur dazu verpflichten können, den ökonomisch gerechtfertigten und verantwortbaren Pflege- satz zu zahlen – die Länder, Kreise und Gemein-

den müßten den Differenzbetrag aus ihren Haushal- ten aufbringen. Da ist es schon in ihrer Sicht beque- mer, die Folgen eigener Fehler und Versäumnisse den Krankenkassen und damit der Versichertenge- meinschaft aufzulasten mit dem Ergebnis, daß wir derzeit allein ca. 15 Prozent der Gesamtkosten im Gesundheitswesen für die Krankenhäuser aufzubrin- gen haben. Es fügt sich glänzend, daß der Bund nicht die alleinige Regelungskompetenz hat; so läßt sich das Kostendämpfungsbe- mühen des Parlaments über den Bundesrat unterlaufen. Daß dies langfristig zum Exitus unseres Gesundheitswesens führen wird, fürchten die Länderfinanzminister und Gesundheits- senatoren offenbar nicht. Die Versicherten sollten diese Sorglosigkeit nicht teilen.

Das alles ist nicht neu, es ist schon x-mal der Öffentlichkeit vorgerechnet worden. Gleichwohl ist aus dieser Dauerdebatte noch immer nicht so viel Bewußtsein erwachsen, daß eine sinnvolle Reform zu erzwingen gewesen wäre. Statt dessen verzettelt man sich in so unsinnige Kostendämpfungsschritte wie der Selbstbeteiligung der Versicherten an den Kosten des Krankenhausaufenthaltes. Statt dessen erhöht man die Rezeptgebühren und entschließt sich zu weiteren Strafaktionen gegen die Versicherten. Die



Ein einzigartiges Zeitdokument: Die bedeutendsten Reden Helmut Schmidts aus dem letzten Jahr seiner Kanzlerschaft

Helmut Schmidt
Freiheit verantworten
300 Seiten, Leinen, 32 DM

»Freiheit verantworten« dokumentiert alle wesentlichen Äußerungen Helmut Schmidts aus den letzten eineinhalb Jahren seiner Amtszeit als Bundeskanzler. Vier große Themen beinhaltet dieser Band: die Diskussionen zur Friedenspolitik und zur Friedensbewegung, die Auseinandersetzung mit der FDP, den Kampf um die Freiheit der eigenen Partei, das Innen- und außenpolitische Ringen um die Bewältigung der Wirtschaftskrise. Reden zur Kunst und Kulturpolitik beweisen die Sensibilität von Helmut Schmidt. Dieses einzigartige Zeitdokument belegt die Gradlinigkeit der Politik dieses Kanzlers und die Glaubwürdigkeit seines Versprechens bei seinem Abschied: »Jedermann darf und muß mit unserer Stetigkeit rechnen«.

ECON

Postfach 9229
4000 Düsseldorf 1

In jeder Buch-
handlung!

Schieflastigkeit solcher Operationen soll sich nach dem erklärten Willen der Unionsparteien und ihres Koalitionspartners künftig noch verstärken. Eine „weitere Ausgrenzung von Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung“ peilt man an: die Wiedereinführung von Karenztagen im Krankheitsfall, das Absenken der Lohnfortzahlung, der Wegfall des Sterbegeldes und des Mutterschaftsurlaubs, die Selbstbeteiligung der Versicherten an den Arztkosten bleiben hartnäckig im Gespräch. Die Phantasie der konservativen Reformer kennt keine Grenzen, wenn es darum geht, das Risiko Krankheit zu privatisieren. Mitunter gibt es sogar Sozialdemokraten, die der langfristig angelegten konservativen Strategie erliegen und das dann auch noch als unerhört neue Erkenntnis unters Volk bringen. Es wäre ein untauglicher Versuch, die Sprach- und Hilflosigkeit der Politik auf diese Weise korrigieren zu wollen.

Schweigsam werden die Reformer dann wieder, wenn sie eigentlich gehalten wären, sinnvolle Instrumente zur Früherkennung und Bekämpfung der großen Menschheitsgeißeln Krebs und Herzinfarkt zu entwickeln, zur Veränderung oder Milderung des Krankmachers Arbeitsplatz beizutragen, die Streßsymptome unserer Zivilisation samt Alkoholismus und Nikotinmißbrauch anzugehen, den Skandal der unterversorgten psychiatrischen Einrichtungen zu beheben. Darauf aber muß der Reformeifer konzentriert werden, muß die öffentliche Debatte intensiviert werden, damit neue Entscheidungen möglich werden.

Das Schweigen in Teilprivatisierungsplänen dagegen ist keine neue, das ist eine höchst reaktionäre Alternative. Das ist frühkapitalistische Nostalgie und, wie die ökonomischen Daten des Gesundheitswesens in den USA beweisen, noch nicht einmal billiger.

Zur Reform gehören Ausdauer, Strategiebewußtsein, Kenntnis der Zusammenhänge und Bemühen um Verständlichkeit

Wenn Sozialdemokraten über die triste Gegenwart und die Zukunft der Partei nachsinnen, geraten sie unweigerlich irgendwann an den Punkt, an dem sie selbstkritisch bekennen, die Partei sei einmal so groß geworden, weil sie die Antwort auf die Fragen der 70er Jahre zu geben vermochte. Ihr heutiges Dilemma sei es, daß sie sich in der Regierungsverantwortung verschlissen und das Nachdenken aufgegeben

habe. Das ist dann der Punkt, wo der eine Denker dem anderen bedeutungsvoll zunickt und beide sich in das Abenteuer stürzen, das noch nie Gedachte in Papiere umzusetzen. Ich weiß nicht, ob das unser wirkliches Problem ist. Ich wage die These, daß zu schnell gedacht wird. Wenn ein Problem unlösbar erscheint, hüpfst man auf ein neues. Besser wär's vielleicht, man dächte in etwas langfristigeren Dimensionen und modernisiere weniger die Ziele als die Durchsetzungsstrategien.

Nehmen wir Beispiele aus der Sozialpolitik. Eine Generation von Sozialisten und Gewerkschaftern hat sich im Kampf um den Acht-Stunden-Tag und die 48-Stunden-Woche verschlissen. Es bedurfte einer durch den verlorenen Ersten Weltkrieg veränderten gesellschaftlichen Situation, ehe dieser alte Traum der Arbeiterbewegung Realität wurde. Ein weiteres Menschenalter – samt neuerlichem Krieg und dadurch veränderter politischer Großwetterlage – war nötig, um den Sprung zur Fünf-Tage-Woche bei 40 Wochenstunden und den erheblichen Verbesserungen im Urlaub zu vollenden.

Die Altvorderen der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterschaft dachten in Zeiträumen von Generationen. Und versuchten, in unendlich vielen kleinen Einzelschritten, durch die ständige Wiederholung des als richtig Erkannten, die Gesellschaft an den Punkt zu führen, an dem die Mächtigen eine Reform nicht mehr verhindern konnten, ohne den Konflikt mit den Massen zu riskieren.

Hierzulande wird so unheimlich viel erforscht. Vielleicht rechnet mal einer vor, welche eminent politische Bedeutung der Faktor Ausdauer in der Auseinandersetzung hat und welche schwerer historische Fehler es wäre, momentane Unbeweglichkeit durch intellektuelle Geschäftshuberei überspielen zu wollen. Ein Menschenalter hat der Gedanke der Mitbestimmung gebraucht, um zumindest in der Montanindustrie Fuß zu fassen – er wird wohl noch ein paar Jahrzehnte Energie und Ausdauer beanspruchen, ehe er wirklich zum Anliegen der Mehrheit des Volkes, und nicht nur Hoffnung der Funktionäre ist.

Allzu schnell setzt heutzutage die Selbstfesselung des Denkens durch das Vorhandensein tatsächlicher oder vorgeblicher Sachzwänge ein. Das hat die alte Arbeiterbewegung allerdings noch nicht gekannt. Widerstand wäre von ihr immer als Herausforderung begriffen worden, ihn zu überwinden.

Karlheinz Blessing: Sozialreform statt Leistungsabbau

Der Diplom-Volkswirt Karlheinz Blessing, geb. 1957, ist Doktorand an der Universität Konstanz. Verschiedene Veröffentlichungen zu wirtschafts- und sozialpolitischen Themen, u. a. in NG 11/78, 8/79, 2/80, 8/80 und 12/81.

In einem vielbeachteten, aber zumeist falsch interpretierten „Vorwärts“-Interview forderte Peter Glotz vor einiger Zeit eine neue „Theorie“ der Sozialpolitik. „Die sozialen Sicherungssysteme sind auf eine andere als die jetzige Wachstumsrate eingestellt und können deswegen nicht in allen ihren Elementen gehalten werden... Was alle Parteien und die Gewerkschaften brauchen, ist eine Theorie der Sozialpolitik, die auf die heutigen Probleme bezogen ist.“ (Vorwärts Nr. 33, 12. 8. 82) Zuzustimmen ist Glotz, wenn er eine neue Reformkonzeption auf dem Gebiet der Sozialpolitik anstrebt, die über die quantitative Fortschreibung des Bestehenden hinausgeht.

Die Sozialpolitik gehörte unzweifelhaft zu den Aushängeschildern der sozialliberalen Reformära. Bei genauerem Hinsehen entpuppt sich aber der Kern dieser Sozialpolitik als eine Strategie der Leistungsausdehnung. Die Stichworte lauteten: Schaffung einer umfassenden wohlfahrtsstaatlichen Sicherung, Einbeziehung weiterer Gruppen in das System der sozialen Sicherung, Erhöhung und Dynamisierung von Leistungen.

Diese Maßnahmen waren ohne Zweifel geboten und brachten Erleichterung für eine Vielzahl von Menschen. Erich Standfest hat diese Phase einmal als Sozialpolitik im Zeitrastertempo im Vergleich zum Zeitlupentempo der CDU/CSU-Regierungszeit bezeichnet. Es wurde allerdings versäumt, qualitative Schritte und Veränderungen einzuleiten. Die Humanisierung der Arbeit und die betriebliche Arbeitsschutzpolitik können als wenige Ausnahmen erwähnt werden. Ansonsten hat sich aber an der Struktur des Sozialleistungssystems wenig geändert.

Diese Versäumnisse wirken sich heute in doppelter Weise negativ aus. Zum einen wurde das System zu wenig widerstandsfähig gegenüber Phasen wirtschaftlicher Stagnation gemacht. Zum anderen muß eine Sozialdemokratie, die ihr reformpolitisches Selbstverständnis aus der Verteilung von Zuwachsraten bezieht, angesichts niedriger Wachstumsraten in eine Identitätskrise geraten, da sie nicht nur – diesem Reformverständnis gemäß – keine Reformen mehr durchführen kann, sondern sogar gezwungen

ist, die eigene Reformpolitik teilweise wieder zurückzunehmen. D. h. die Notwendigkeit über Form und Inhalt der Sozialpolitik neu nachzudenken, wozu Peter Glotz auffordert, ist schon seit langem gegeben.

Die richtige Forderung nach einer sozialpolitischen „Theorie“, die an die veränderten ökonomischen Gegebenheiten angepaßt sein soll, darf aber nicht zu einer theoretisch abgesicherten Rechtfertigung des Sozialabbaus werden. Um solche Kurzschlüsse wie „weniger Wachstum gleich weniger Sozialpolitik“ zu verhindern, ist es notwendig, den Zusammenhang zwischen Finanzkrise und Sozialstaat genauer zu untersuchen.

Ursachen der Finanzkrise

Die Ursachen der Finanzierungsprobleme der Sozialleistungssysteme sind vielschichtig. Gegenwärtig im Vordergrund der Diskussion stehen Ursachen, die im *ökonomischen System* begründet sind. Gemeint ist damit der schlichte Zusammenhang, daß in Phasen niedrigeren Wachstums des Sozialprodukts die Einnahmen des Staates und der Sozialversicherungseinrichtungen rückläufig sind, während gleichzeitig die Ausgaben für Sozialleistungen steigen. Dies ist nur logisch und selbstverständlich, da ein Teil der Sozialleistungssysteme nicht für den Normalfall geschaffen ist, sondern als Sicherung für die Wechselfälle des Lebens. Tritt beispielsweise bei einer langsam wachsenden oder gar schrumpfenden Ökonomie Arbeitslosigkeit auf, so hat die Arbeitslosenversicherung die Aufgabe, dieses Risiko abzudecken. Verhältnismäßig unproblematisch ist ein solcher Vorgang, wenn es sich um einen klassischen konjunkturellen Zyklus handelt, der dann entstehende Finanzierungsengpaß der Sozialleistungssysteme ist zeitlich begrenzt und kann durch die Auflösung von Rücklagen, Beitragserhöhungen und/oder Kreditaufnahme überbrückt werden. Gegenwärtig deutet aber vieles darauf hin, daß es sich nicht um eine nur konjunkturelle, sondern um eine Stagnationskrise handelt. Hinzu kommt, daß offensichtlich eine zunehmende Entkoppelung von Wachstum und Beschäftigung festzustellen ist. Dies wirkt sich zusätzlich negativ auf die Sozialleistungssysteme aus, da ihre Einnahmen entscheidend durch die Faktoren „Lohnsumme“ und „Beschäftigungsgrad“ determiniert sind.

Eine weitere Ursache der Finanzierungskrise ist die *lineare Dynamisierung*. Vom Prinzip her soll das Wachstum der monetären Sozialtransfers an das gesamtwirtschaftliche Wachstum angebunden sein. Die Bezugsgröße ist hierfür die Veränderung der Nominallöhne und -gehälter. Am deutlichsten sichtbar ist

dies bei der Rentenversicherung. Vom Grundsatz her ist an diesem Gedanken festzuhalten. Aber es stellen sich zwei Fragen: Ist es ökonomisch sinnvoll und sozial gerecht, wenn die Renten jährlich im Ausmaß der Bruttolohn- und -gehaltssteigerungen angepaßt werden? Bei den Rentnern entspricht die Bruttoveränderung gleich der Nettoveränderung, während aufgrund einer zunehmenden Abgabenquote die Steigerung der Nettolöhne in der Regel geringer ist als die der Bruttolöhne. Für die Vergangenheit war dies gerechtfertigt (Nachholbedarf). Für die Zukunft scheint dies angesichts ökonomischer und demographischer Probleme kaum mehr möglich zu sein. Aus diesem Zusammenhang ergibt sich die zweite Frage: Sind lineare Leistungsanpassungen auch weiterhin noch sozial gerecht? Wir können mittlerweile ein ziemliches Einkommensgefälle bei den Alterseinkünften feststellen. Es gibt nicht mehr nur „arme“, sondern auch „reiche“ Rentner. Eine lineare Rentenanpassung ist für die Arbeiterwitwe zu wenig und für den ehemaligen Angestellten im öffentlichen Dienst zu viel.

Auch die demographische Entwicklung spielt eine Rolle. Der Altersaufbau der Bevölkerung wird sich zuungunsten der jüngeren Generationen verändern. Die Zahl der älteren Menschen nimmt im Verhältnis zu den jüngeren zu. Dies hat natürlich sehr direkte Auswirkungen auf die Rentenversicherung: weniger Aktive müssen für mehr Rentner aufkommen. Aber auch auf Pflege-, Gesundheits- und andere soziale Dienstleistungen werden höhere Anforderungen zu kommen.

Die *mangelnde Produktivität personenbezogener Dienstleistungen* ist als Ursache der Kostenexplosion in der Dienstleistungsökonomie schon lange bekannt. Personenbezogene Dienstleistungen sind nur geringfügig rationalisierbar und weisen daher einen Produktivitätsfortschritt von annähernd Null auf. Gleichzeitig wachsen aber die Löhne und Gehälter wie im produktiven Sektor, wo sie allerdings durch den Produktivitätsfortschritt gedeckt sind. Das Phänomen der Kostenexplosion liegt also in der Natur personenbezogener Dienstleistungsproduktion.

Die *Vermachtung von Teilsystemen* der Sozialpolitik wirkte sich kostensteigernd aus. Freie, d. h. nicht-staatliche Anbieter von Sozialleistungen nehmen zu- sehends eine monopolähnliche Stellung gegenüber Staat und Sozialklientelen ein. Vor allem im Gesundheitswesen nimmt dieser Vermachtungsprozeß besorgniserregende Ausmaße an. Ärzte, Apotheker, Pharmaindustrie und medizinische Gerätehersteller nutzen ihre zentrale Stellung zur Durchsetzung politischer und ökonomischer Interessen. Zusammenge-

nommen ergeben sie den mit Abstand größten Anteil der Gesundheitsausgaben.

Die *institutionelle Sklerose* schreitet fort. Hierunter wird eine allmähliche Begrenzung der Wirksamkeit traditioneller (sozial)staatlicher Steuerung verstanden. Die regulative Steuerung durch die Medien Recht und Geld erfährt dort ihre Grenzen, wo es um die unmittelbare Einstellungs- und Verhaltensänderung von Menschen geht. Die Steuerung beruht hierbei auf Lern- und Überzeugungsprozessen. Ihre Wirksamkeit hängt ganz wesentlich von der Kooperation und der Eigenaktivität der betroffenen Personen ab. Das aber setzt Personeneinsatz, Engagement, Interaktionsflexibilität, Sensitivität und Unmittelbarkeit voraus. Gerade die Sozialpolitik umfaßt wichtige Teilbereiche, in denen es auf partizipative und nicht auf bürokratische Steuerung ankommt (Erziehung, Sozialtherapie, Rehabilitation u. ä.). Der Versuch, solche Probleme mit traditionellen kausaltechnischen Regulierungsmechanismen zu steuern, führt zur Entstehung und Aufblähung von Bürokratien, ohne Probleme zu lösen. Die Notwendigkeit von Interventionen wächst überproportional zu den erzielten Erfolgen.

Bisherige Problembewältigungsstrategien

Sieht man von wenigen Einzelmaßnahmen ab, so lassen sich drei Reaktionsmuster auf die Finanzkrise des Sozialstaats unterscheiden:

● Der Versuch, die Ressourcenbasis, d. h. das ökonomische System zu stärken. Die wirtschaftspolitischen Ankurbelungsmaßnahmen waren und sind allerdings unterschiedlich. Da ist der klassische keynesianistische Weg über staatliche Ausgabenprogramme zur Stärkung der Konsumnachfrage und zur Anregung der privaten Investitionstätigkeit. Die Erfolge einer solchen Globalstrategie angesichts einer eher strukturell bedingten Krise und hoher Staatsverschuldung bleiben fraglich. Selbst wenn hierdurch kurzfristige Impulse erzielt werden könnten, bleibt doch die langfristige Stagnationstendenz bestehen. Sicher ist, daß eine solche Strategie bei den gegebenen Rahmenbedingungen wesentlich teurer sein wird als in vergleichbaren historischen Situationen.

Eine andere Methode ist die neoliberal-monetaristische Wirtschaftspolitik, wie sie in Großbritannien und den USA praktiziert wird – und wohl jetzt auch in der Bundesrepublik. Die „Erfolge“ dieser Politik sind mittlerweile hinlänglich bekannt. Statt die Tal-fahrt der Wirtschaft und die hohe Arbeitslosigkeit zu stoppen und umzukehren, führte diese ökonomische Strategie zu einer Verstärkung des negativen Trends.

● Ein zweites Reaktionsmuster konzentriert sich auf die Stärkung des Steuerstaats. Der überwiegend nicht produktiv tätige (d. h. nicht produzierende) Staat versucht sich über fiskalische Abschöpfung einen Teil der privat-kapitalistisch erwirtschafteten Wertschöpfung anzueignen. Elemente dieser Strategie sind Steuer-, Beitrags- und Gebührenerhöhungen, aber auch die Auflösung von Reserven und die Erhöhung der Staatsverschuldung zählen hierzu. Eine solche Politik taugt allenfalls zur „Überwinterung“, kann aber keine dauerhaft wirksame Lösung bieten.

● Als dritte Reaktionsmöglichkeit verbliebe der Abbau des Sozialstaats. Auch diese Strategie ist, sieht man von ihrer unsozialen Philosophie ab, nur begrenzt wirksam. Ein Sozialabbau kann nur solange funktionieren und politisch durchgesetzt werden, solange nur die „Randbelegschaft“ betroffen ist. Sobald aber der Sozialabbau in ernsthafter Weise die „Stammbelegschaft“ trifft, wird es zu politischen Konflikten kommen. Sozialpolitik ist eben kein Luxus, sondern eine soziale und systembedingte Notwendigkeit. Irgendwann werden auch die Konservativen von Union und FDP begreifen, daß Massenloyalität auch ihren Preis hat. Wer nicht bereit ist, auf die Sozialpolitik zu setzen, wird in Polizeiknüppel investieren müssen.

In der Bundesrepublik wurden in der Vergangenheit alle drei Strategien praktiziert. Wobei bis Ende der siebziger Jahre ein deutlicher Schwerpunkt bei der Stärkung der ökonomischen Ressourcenbasis durch staatliche Konjunkturprogramme festzustellen war. Seit Genscher mit seinem Brief an die FDP-Basis die Wende proklamierte, ist eine Verschiebung hin zu einer Strategie des Sozialabbaus zu konstatieren. Waren anfangs „nur“ die „Randbelegschaften“ von den Kürzungen betroffen, so zeigt sich seit Antritt der Kohl-Regierung immer deutlicher, daß nun auch der Kernbereich der sozialen Sicherung vor einem radikalen Leistungsabbau nicht mehr verschont bleibt. Angesichts der enormen wirtschaftlichen Probleme und angesichts einer neoliberalen Wirtschaftspolitik, die die ökonomischen Rahmenbedingungen noch wesentlich verschlechtern wird, führt der Weg der Haushaltssanierung über Sozialabbau zu einem sich stets beschleunigenden Teufelskreis nach unten. Wenn diese Strategie konsequent umgesetzt wird und keine von außen induzierten Impulse auftreten, wird es zwangsläufig zu einer Zerstörung der Wirtschaftsstruktur, des Sozialleistungssystems und der gesellschaftspolitischen Stabilität kommen.

Die Wirksamkeit aller drei Strategien ist also be-

grenzt. Eine ökonomische Wachstumsstrategie, selbst wenn sie machbar wäre, würde sehr schnell an ökologische und gesellschaftliche Grenzen stoßen. Politisch angereizt und ökonomisch in absehbarer Zeit kontraproduktiv ist der Weg über die Stärkung des Steuerstaats. Der Hauptgrund für das Scheitern der bisherigen Lösungsansätze liegt in der monokausalen Ursachenanalyse und den daraus ableitbaren eindimensionalen Handlungsansätzen. Aber die Finanzierungsschwierigkeiten der Sozialleistungssysteme haben, wie gezeigt, über die Wirtschaftskrise hinausgehende Ursachen. Über das Phänomen der Kostenexplosion im Gesundheitswesen wurde beispielsweise schon diskutiert, als sich die Wirtschaft noch in einer Boomphase befand. Eine erfolgreiche Überwindung der Finanzkrise des Sozialstaats muß daher an der Komplexität der Ursachen ansetzen.

Elemente einer neuen „Theorie“ der Sozialpolitik

Eine Reform der Sozialpolitik hat die Aufgabe, das System sozial zu verbessern und finanziell zu stabilisieren. Beide Ziele stehen nur scheinbar im Widerspruch zueinander. Die Qualität der Sozialpolitik mißt sich nicht in jedem Fall am Umfang des Sozialbudgets. Beispiele aus dem Gesundheitswesen machen dies deutlich: So stand der Explosion der Arzthonorare keine entsprechende Verbesserung der medizinischen Dienstleistungen gegenüber. Für das kommende Jahrzehnt wird es ganz entscheidend sein, ob es gelingt, die Bandbreite aufzuspüren, in der sozialer Fortschritt und finanzielle Konsolidierung miteinander vereinbar sind. Gelingt dies nicht, dann ist angesichts der zu erwartenden ökonomischen und politischen Konstellationen ein Rückfall in vor-sozialstaatliche Zeiten zu befürchten. Anstelle der solidarischen wird die marktwirtschaftlich ausgerichtete Sicherung treten. Statt der sozialstaatlichen wird die private Vorsorge dominieren. Sogenannte „marginalisierte Gruppen“ werden zugunsten der Leistungsstarken weiter an den Rand gedrängt. Um dies zu verhindern, müssen SPD und Gewerkschaften neben dem Widerstand gegen die unsoziale Sparpolitik der jetzigen Regierung auch die Diskussion um die Reformierbarkeit der Sozialpolitik führen – arch dann, wenn die Rechtsregierung nicht abgewählt wird.

1. Die Wiederherstellung der ökonomischen Ressourcenbasis wird eine zentrale Aufgabe auch einer neuen Sozialpolitik sein. Der Zusammenhang zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik ist prinzipiell und kann nur geringfügig entkoppelt werden. Eine autonome, d. h. von der wirtschaftlichen Entwicklung

abgenabete Sozialpolitik wird illusionäre Wunschvorstellung bleiben. Allerdings richtet sich der Blick in der gegenwärtigen Diskussion fast ausschließlich auf die Funktion der Wirtschaftspolitik als Ressourcenbasis der Sozialpolitik. Dies ist aber nur eine Wirkungskette. Zumeist wird dabei unterschlagen, daß das ökonomische System auch Verursacher sozialer Probleme und damit sozialpolitischer Folgekosten ist. Eine globale, undifferenzierte Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung dürfte daher nicht nur an ökologische Grenzen stoßen, sondern würde mit einiger Sicherheit auch zusätzliche sozialpolitische Kosten verursachen. Ziel ist daher ein selektives Wachstum, das Mensch und Natur vor Ausbeutung schützt. Wer sich Invaliditätsstatistiken, nach Branchen und Berufsgruppen aufgeschlüsselt, betrachtet, wird leicht feststellen können, welch enger Zusammenhang zwischen Arbeitsplatz und Gesundheit besteht. Die Forderung nach einem verstärkten Ausbau des Arbeitsschutzes und der Fortsetzung der Humanisierung der Arbeit ist daher keine Phrase, sondern ein wichtiger Beitrag zu einem Wirtschaftswachstum mit geringeren sozialen Folgekosten. Die IG Metall Baden-Württemberg hat mit der Vorlage ihres jüngsten Modelltarifvertrags zur Humanisierung der Arbeit begriffen, daß eine solche Politik erst recht in Krisenzeiten notwendig ist.

Aber ein selektives Wachstum allein wird nicht ausreichen, die hohe und immer noch steigende Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Dies ist aber gegenwärtig die Hauptursache für die Finanzkrise der öffentlichen und der Sozialhaushalte. Kein Sozialleistungssystem der Welt kann Massenarbeitslosigkeit auf Dauer finanzieren. Deshalb ist eine deutliche Verkürzung der Arbeitszeit dringend geboten. Unter dem Gesichtspunkt der Sanierung der Sozialleistungshaushalte sind allerdings Arbeitszeitstrategien, die auf eine frühere Verrentung o. ä. abzielen, eher fraglich. Besser geeignet sind Arbeitszeitreduktionen, die ins ökonomische System selbst eingebettet werden. Deshalb hat eine Arbeitszeitpolitik zuallererst auf der Tarifebene anzusetzen.

2. Wir müssen in die Sozialleistungssysteme eine solidarische statt einer linearen Dynamik einbauen. Sozialleistungen sollten grundsätzlich an die ökonomische Entwicklung angebunden sein. Die Anpassung sollte aber nicht mehr ausschließlich linear erfolgen. Eine differenzierte Anpassung in Form von Sockelbeträgen oder degressiven Steigerungssätzen wäre sozial vertretbar und ökonomisch geboten. Dies wäre jedenfalls sozial wesentlich gerechter als, wie beispielsweise in der Rentenversicherung, lineare

Anpassungskürzungen durch die Einführung eines Krankenversicherungsbeitrags oder der Nettoanpassung. Es ist kaum zu vertreten, die zweieinhalbtausend Mark Rente eines ehemaligen Angestellten im öffentlichen Dienst mit dem gleichen Prozentsatz wachsen zu lassen, wie die Arbeiterwitwenrente von 600 DM.

In der Tarifpolitik setzt sich die Notwendigkeit einer solidarischen Lohnpolitik allmählich durch. Für die Rentenpolitik wäre mittlerweile bei der zunehmenden Einkommensspanne der Altersruhegeldempfänger ähnliches geboten. Dies müßte allerdings insgesamt in eine Politik der Harmonisierung der Alterssicherungssysteme eingebettet sein. Dabei dürften auch Sonderversorgungssysteme nicht mehr ausgenommen bleiben.

Die Forderung nach einer solidarischen Dynamisierung ist im übrigen eine Reaktion auf die Tatsache, daß in unserem Sozialleistungssystem nahezu keine vertikale Umverteilung stattfindet. Dies war so lange begründet, wie die Sozialleistungsempfänger ausschließlich die sozial Benachteiligten waren. In dem Maße, wie die Sozialpolitik nahezu alle Bevölkerungsteile umfaßt, wächst die Notwendigkeit einer vertikalen Umverteilung.

3. Für die Bewältigung der demographischen Probleme gilt der Grundsatz der gleichen Lastenverteilung. Weder Rentner noch Aktive dürfen einseitig oder überproportional belastet werden. Die Verschiebung in der Alterspyramide ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Ihre Bewältigung kann daher nicht nur eine Aufgabe der Sozialversicherten sein. Notwendig wäre, nicht nur aus diesem Grund, die Einbeziehung weiterer Einkommen in das Versicherungssystem.

4. Im Sozialleistungssystem muß mehr Raum für Selbst- und Laienhilfe geschaffen werden. Außer Frage steht dabei, daß wir auch in der Zukunft einen wachsenden Bedarf an qualifiziertem Dienstleistungspersonal haben werden. Aber neue altruistische Tendenzen, wie sie sowohl bei der traditionellen ehrenamtlichen Hilfe als auch bei Selbsthilfe und Selbstorganisationsbestrebungen festzustellen sind, sollten gefördert und für die Sozialpolitik nutzbar gemacht werden. Wobei, realistisch gesehen, Selbst- und Laienhilfe vorwiegend nur ergänzende Funktionen zum etablierten Sozialleistungssystem wahrnehmen können. Dies sollte man jedoch keinesfalls gering schätzen. Gerade im Vor- und Nachsorgebereich des Gesundheitswesens können Selbsthilfegruppen wichtige Dienste im medizinischen, psychischen und therapeutischen Bereich leisten. Ein Ergebnis könnte, neben einer besseren Versorgung, eine Entlastung

der etablierten Systeme sein. Sozialpolitisches Ziel sollte die komplementäre Vernetzung zwischen dem etablierten und dem Selbsthilfesektor sein. Dabei kann das Subsidiaritätsprinzip eine wichtige Hilfestellung bieten. Allerdings nicht in der eingebürgerten konservativen Vulgärinterpretation, die die Hierarchie der Hilfe und der helfenden Instanzen betont, sondern in der Ur-Form der Quadragesimo Anno und der Interpretation Nell-Breunings (*subsidio esse, subsidium afferre*): Die Selbsthilfe einer Gliedgemeinschaft kann nur erfolgen, wenn zuvor das Ganze die Voraussetzungen hierfür geschaffen hat. Im Gegensatz zum konservativen Subsidiaritätsverständnis herrscht zwischen „Ganzem“ und „Glieder“ keine hierarchische, sondern eine interdependente Beziehung. Der Hauptgrund, warum sich die Sozialdemokratie mit dem Subsidiaritätsprinzip auch heute noch so schwer tut, liegt in dem Vorherrschen der konservativen Interpretation, wie sie vor allem im BSHG-Streit festgeschrieben wurde.

5. Die Anbietermacht im Gesundheitswesen muß endlich auf ein erträgliches Maß reduziert werden. Wenn die ökonomische Stellung von Ärzten, Zahnärzten und Pharmaindustrie weiterhin nicht angetastet wird, ist der Zeitpunkt abzusehen, von dem an kein soziales Gesundheitssystem mehr finanzierbar sein wird. Wenn es richtig ist, daß wir erhebliches volkswirtschaftliches Kapital brauchen, um die Zukunftsinvestitionen zu finanzieren, gleichzeitig aber das Sozialleistungssystem in seinem Bestand sichern wollen, dann ist es unverständlich, warum die genannten Gruppen bisher so glimpflich davongekommen sind. Denn die hohen Einkommen von Ärzten, Zahnärzten usw. sind angesichts der genannten Zu-

kunftsaufgaben volkswirtschaftlich vergeudetes Vermögen. Dieses Vermögen wird nicht investiert (allenfalls in Abschreibungsgesellschaften), es bildet kein Risikokapital, sondern dient der persönlichen Einkommensmehrung und Konsumtion der Mediziner und ihrer Familien. Daß es sich dabei um Milliardenbeträge handelt, wird aus folgender Überlegung deutlich: Je nach Berechnung beträgt das durchschnittliche Bruttoeinkommen der niedergelassenen Ärzte und Zahnärzte das sieben- bis achtfache des Durchschnittsverdienstes der Arbeitnehmer. Eine Halbierung dieser Proportion (was immer noch einem Bruttoeinkommen von über 100 000 DM/Jahr entspräche) würde den Krankenkassen eine jährliche Einsparung von 5–7 Milliarden DM erbringen.

6. Wir brauchen letztlich auch ein verändertes Interventionsmuster des Sozialstaats. Die (zentral)bürokratische Steuerung hat ihre Berechtigung bei der Verteilung von Einkommensleistungen und Rechtsansprüchen. Sie stößt an ihre Grenzen, sobald es um die Erfüllung von nicht-materiellen und differenzierten Bedürfnissen geht. In manchen Bereichen der Sozialpolitik muß die administrative Problemregulierung durch die partizipative Problembewältigung ersetzt werden. Dies heißt Demokratisierung und Selbstverwaltung sozialpolitischer Institutionen und Dezentralisierung im Bereich personenbezogener Dienstleistungsproduktion. Nach allen Bedarfsprognosen wird gerade dieser Bereich, ergänzt durch eine verstärkte präventive Orientierung, an Bedeutung gewinnen. Beides kann aber nur funktionieren, wenn die Betroffenen in die Problembehandlung und -lösung stärker als gegenwärtig miteinbezogen werden.

Hans-Rainer Koch: Technik im Handel – Mehr Risiken als Chancen

Der Diplom-Politologe Hans-Rainer Koch, Jahrgang 1943, ist Ing. grad. der Verfahrenstechnik und Ing. grad. der Produktionstechnik, angestellt beim Hauptvorstand der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Düsseldorf, für das Projekt „Technischer Wandel im Handel“.

Die Zeichen im Einzelhandel stehen momentan auf Sturm. Die allgemeine wirtschaftliche Stagnation, die anhaltende Massenarbeitslosigkeit, hohe Preise bei Waren des täglichen Bedarfs, geringe Steigerungsraten bei den Tarifgehältern und -löhnen sowie betrieblicher und staatlicher Sozialabbau sind die Hauptgründe, warum die Kassen im Einzelhandel nicht mehr wie gewohnt klingeln. Denn dadurch wird das verfügbare Einkommen der Arbeitnehmerhaushalte verringert; das bedeutet Ausfall an privater Nachfrage und damit gleichzeitig Umsatzverluste beim Handel.

Dies hat in den Vorstandsetagen und Stabsabteilungen der Handelsunternehmen ein geradezu hektisches Treiben entfacht. Täglich werden neue Konzepte und Methoden entwickelt, um die Unternehmen rentabler zu führen. Alle diese Planungen und Maßnahmen haben ein zentrales Ziel: *Die Verringerung der Kosten*. So wundert es nicht, daß die Rationalisierungswelle im Handel derzeit auf Hochtouren läuft.

Der Einsatz von Datenkassen, mobilen Erfassungsgaräten, rechner-gestützten Warenwirtschaftssystemen, Bildschirmarbeitsplätzen, Text- und Datenverarbeitung, Datenbanken (*technische Rationalisierung*) sowie die Durchführung von Gemeinkostenwertanalysen, Deckungsbeitragsrechnungen, Flächenwertanalysen, Personaleinsatzplanung (*organisatorische Rationalisierung*) zeigen, in welcher Form und welchem Umfang die Rationalisierungswelle bereits den Handelsbereich heute erreicht hat. Zwei Entwicklungen zeichnen sich dabei deutlich ab:

- Der systematische und gebündelte Einsatz aller bislang betriebenen Rationalisierungsmaßnahmen sowie die Anwendung neuer arbeitsorganisatorischer Methoden und
- der verstärkte Einsatz der technologischen Rationalisierung.

Beide Entwicklungen münden in einer rigorosen Personaleinsatzplanung, die den Menschen unmittelbar an jeweilige Umsatzentwicklungen anpaßt.

Für die Unternehmer ist es der „Beginn der Zukunft“, wobei mit Zukunft lediglich die bessere, profitablere Verwertung der eingesetzten Mittel zu Rationalisierungszwecken gemeint ist. Für die Arbeitnehmer, die Betriebsräte und die Gewerkschaften sind die neuen Techniken jedoch eine Herausforderung, der sie sich stellen müssen. Herausforderung in dem Sinne, daß die konkreten Gefährdungen der betrieblichen Arbeitsbedingungen erkannt werden. Damit stellen sich nicht nur höhere Anforderungen an eine wirksame Interessenvertretung, vielmehr kommt es zunehmend darauf an, die jeweiligen technischen Entwicklungstrends im Auge zu behalten. Bei drohenden negativen Folgewirkungen, wie sie der Einsatz neuer Techniksysteme sehr schnell hervorbringen kann, sind frühzeitig Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Ein vorausschauender Einfluß betrieblicher und gewerkschaftlicher Interessenvertretungen ist allerdings nur dann vorstellbar, wenn den betrieblichen Interessenvertretern Kenntnisse über den gegenwärtigen Stand und die absehbare Weiterentwicklung neuer Techniken im Handelsbereich zur Verfügung stehen.

Im Mittelpunkt unternehmerischer Planungen steht momentan die Einführung eines rechner-gestützten Warenwirtschaftssystems. Die wesentlichen 4 Gründe für den Aufbau eines solchen Systems sind:

- Die lückenlose Erfassung aller mengen- und wertmäßigen Warenbewegungen. Mit anderen Worten,
- die artikelgenaue Erfassung und Verarbeitung in allen Bereichen des Warenflusses;
- Die Steuerung und Planung der Warenbestände zur Unterstützung von Dispositionen, Bestandbewertung und Sortimentsstraffung;
- Die Kontrolle aller Planwerte durch Soll-/Ist-Vergleiche;
- Die organisatorische Zusammenfassung der einzelnen Elemente zu einem geschlossenen Warenwirtschaftssystem, um die Kosten für die verschiedenen Erfassungsvorgänge (Warenannahme, Verkauf usw.) zu senken.

Dieses System ermöglicht zu jeder Tages- und Nachtzeit in Sekundenschnelle eine Informationsaufbereitung und Verarbeitung des gesamten Waren-durchlaufes in einem Handelsunternehmen (vom Einkauf über das Lager und vom Verkauf bis hin zur Verwaltung).

Die wesentlichen technischen Bausteine dieses Warenwirtschaftssystems sind:

1. Elektronische Datenkassen;
2. Mobile Datenerfassungsgaräte (MDE);
3. Filialrechner;
4. Zentralrechner;
5. Leitzentrale;
6. Datensichtgeräte;
7. Etikettendrucker;
8. Datenbanken (Personalinformationssysteme).

Allein hieraus wird deutlich, welchen Umfang solche Systeme annehmen und wo die Absicht der Unternehmer steckt:

- Ersetzung des Menschen durch Einsatz der EDV, wo es eben nur geht,
- Planung von Einkauf und Verkauf zur Vermeidung unnützer Lagerkapazitäten und schwerverkaufbarer Warenkontingente,
- Kapazitätsplanung in allen Einzelheiten zur Steuerung des Personaleinsatzes (kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit, KAPOVAZ).

Das Kernstück dieser neuen Technik bilden die elektronischen Datenkassen. Der elektronischen Datenkasse kommt insofern eine Schlüsselfunktion zu, weil am Kassenplatz die wichtigsten warenwirtschaftlichen Daten anfallen. Die elektronischen Datenkassen ermöglichen es, daß alle wesentlichen Informa-

tionen über jeden Artikel erfaßt und festgehalten und vom Computer verarbeitet werden.

Das geschieht, indem an der Kasse entweder mit einem sogenannten Scanner oder mit Hilfe einer Lesepistole die artikelbezogenen Informationen über die Kasse eingegeben werden. Dazu wurden kodierte Etiketten entwickelt, die die elektronischen Datenkassen lesen können. Diese Kassen erkennen blitzschnell, um welchen Artikel es sich handelt. Die Datenkasse identifiziert also den einzelnen Artikel, ruft seinen aktuellen Preis ab und speichert gleichzeitig im Computer, wieviel davon zu welcher Zeit verkauft wurde.

Auf dem Kassensbon wird der Artikel mit genauer Bezeichnung, Preis und Mengenangabe ausgedruckt. Zwei verschiedene Etiketten-Typen haben sich bereits im Einzelhandel durchgesetzt: der EAN-Code und der OCR-Code.

Beim EAN-Code handelt es sich um die „Europäische-Artikel-Numerierung“, das sind die auf zahlreichen Waren angebrachten dünnen Balken. In nicht allzu ferner Zukunft werden diese Striche im Lebensmittelhandel die heute noch üblichen Preisschilder fast völlig verdrängen. Bereits im Juli/August 1981 waren 72 % der Artikel im Lebensmittel-Einzelhandel mit diesem Strich-Code versehen. Somit ist eine international einheitliche Artikel-Codierung durch die Herstellung in Absprache mit dem Einzelhandel möglich.

Die Kassiererin wird künftig nicht mehr den Preis von der Ware ablesen und mit der Hand eintippen. Statt dessen wird die Ware über einen in den Kassentisch eingebauten Scanner (ein Lesegerät, das mit Laserstrahlen arbeitet) gezogen.

Der OCR-Code (Optical-Character-Recognition = optische Schriftzeichen-Wiedererkennung) ist eine Auszeichnungsart, die sowohl menschlich als auch maschinell lesbare (erkennbare) Schriftzeichen enthält. Die Warenauszeichnung erfolgt in den Verkaufsstellen oder Zentralen der Handelsunternehmen. Die einzelnen Etiketten können mit einer beliebigen Anordnung von Daten, mit oder ohne Preis, versehen werden. Die so gestalteten Etiketten sind in der Lage, mehr Information als bei EAN-Auszeichnung aufzunehmen.

Dieser OCR-Code wird entweder mit einer sogenannten Lesepistole oder – wie der EAN-Code – mit dem Scanner gelesen.

Dieses Lesegerät arbeitet jedoch nicht wie beim EAN-Code mit Laserstrahlen, sondern mit einem opto-elektronischen Auge (funktioniert ähnlich wie eine Kamera). Haupteinsatzgebiet des OCR-Codes ist

im Gegensatz zum Strich-Code der gesamte Nichtlebensmittelbereich. Beide – EAN-Code und OCR-Code – „leisten“ im Grunde das gleiche: Sie geben über die Datenkasse Informationen über die artikelgenaue Warenbewegung und den Warenbestand und sind damit Herzstück jedes Warenwirtschaftssystems.

Der EAN-Code hat den unbestrittenen Vorteil, daß er in großen Teilen bereits vom Hersteller auf den Artikeln angebracht ist. Nachteil dieses Codes ist u. a., daß er nur begrenzte Informationen über den Artikel gibt.

Der OCR-Code dagegen ermöglicht eine unternehmensspezifische Ausgestaltung, d. h. es können die Informationen aufgebracht werden, die jeweils für das Unternehmen von Interesse sind. Allerdings müssen diese Etiketten noch vom Einzelhandel erstellt und angebracht werden.

Die technische Entwicklung geht sogar noch weiter. Die automatische Ablesung des EAN- bzw. OCR-Codes soll künftig mit bargeldloser Bezahlung verbunden werden. Dies wird durch eine Erneuerung der Scheckkarte möglich sein.

Unvollständig wäre die Beschreibung des Warenwirtschaftssystems ohne die Erwähnung der auf leisen Sohlen sich einschleichenden „mobilen Datenerfassung“ (MDE). Auch diese Technik ist keine Zukunftsmusik, sie ist bereits heute in einigen Betrieben Selbstverständlichkeit, wie die Untersuchungen der Rationalisierungsgemeinschaft des Handels beweisen. Mobile Datenerfassungsgeräte sind kleine, taschenrechnergroße, mit erheblicher Speicherkapazität ausgerüstete Eingabegeräte. Sie sind in Filialunternehmen weit verbreitet, aber immer häufiger auch in Waren- und Kaufhäusern anzutreffen. Mit diesen kleinen Handgeräten kann man beispielsweise am Regal die entsprechende Artikelnummer in das MDE-Gerät eintippen oder mit Lesepistole ablesen und im gleichen Zuge die vorhandene Artikelzahl (Inventur) oder aber die gewünschte Bestellmenge (Disposition) eingeben. Sie beschleunigen die bisher üblichen Erfassungsvorgänge im Lagerbereich, der Bestellabwicklung und bei der Inventur um ein vielfaches. Direktübertragung über das öffentliche Fernsprechnet zum Nachttarif oder per Funk gestattet eine vom jeweiligen Sitz des Zentralrechners unabhängige Einsatzweise und ermöglicht somit – ohne die Einschaltung auch nur eines einzigen Blattes Papier – die direkte Einspeicherung und Verarbeitung, die umgehende Fakturierung und Inventuraufnahme. Diese hier genannten technischen Geräte sind jedoch nur die Spitze eines Eisbergs, hinter denen noch das gesamte EDV-System steht. In den Ver-

kaufstellen bzw. Filialen stehen die sogenannten Filialrechner, die alle für den Betrieb wichtigen Informationen erfassen, sammeln und speichern, die die einzelnen Datenkassen liefern. Alle diese Informationen der verschiedenen Abteilungen und Filialen werden auf unterschiedliche Art und Weise an einen Zentralrechner in der Hauptverwaltung des jeweiligen Unternehmens übermittelt. Dies geschieht entweder über die Telefonleitung (zum Nachttarif) oder per Versand der Diskette, einer kleinen Datenplatte im Schallplattenformat. In nicht allzu ferner Zukunft soll das noch perfekter durch Datenfernübertragung geschehen. Hintergrund des gesamten Warenwirtschaftssystems ist die EDV-Leitzentrale, die alle mit ihr verbundenen Stationen steuert und kontrolliert.

Zur optischen Datenüberwachung zwischen Mensch und EDV-Anlage werden Datensichtgeräte eingesetzt. Sie können zur Datenerfassung, Datenausgabe oder beim Dialog zwischen Mensch und Computer eingesetzt werden. Sie ermöglichen u. a. eine genaue Prüfung und Überwachung der gesamten Warenbewegung.

Gesteuert von der Leitzentrale können mit dem Etikettendrucker mehrere 10000 Etiketten pro Stunde erstellt werden. Über den Etikettendrucker, der mit dem Zentralcomputer verbunden ist, sind alle Wareneingangsdaten erfasst; über die Datenkassen sind alle Warenausgangsdaten erfasst. Was jetzt noch an Informationen fehlt, sind lediglich die Warenbewegungen wie Bruch, Schwund, Diebstahl und dergleichen. Dafür aber hat man ja die mobilen Datenerfassungsgeräte.

Eine entscheidende Lücke im Warenwirtschaftssystem war die Nichteinbeziehung nicht fest verpackter Waren der Frischwarenabteilung im Lebensmittelbereich. Diese Lücke wird nunmehr durch ein Verbundsystem Waage/Kasse geschlossen. Überall dort; wo Frischwaren wie z. B. Obst und Gemüse, Fleisch und Wurst oder auch Käse und Feinkost gewogen werden müssen, läßt sich das neuartige Verbundsystem in Verbindung mit einer kundenbezogenen und artikelbezogenen Datenkonzentrierung bringen. Bereits jetzt ist es möglich, ca. 500 Artikel nach Preis und Gewicht zu speichern. Die Hersteller haben elektronische Kassen entwickelt, die an einen maschinen-lesefähigen Drucker (EAN-Etikettendrucker) angeschlossen werden können. Der Kunde gibt selbst an dieser Schnell-Selbstbedienungs-Waage, die mit Direkttasten für die unterschiedlichen Artikel ausgestattet ist, die entsprechende Nummer ein und bringt dann selbst das EAN-Etikett an die Tüte an.

Diese Etiketten können dann durch den Scanner an den Kassen automatisch gelesen werden.

Was das Warenwirtschaftssystem alles zu leisten vermag, wird aus folgender Aufstellung sichtbar, die auch gleichzeitig die Gefährdungsbereiche für die Arbeitnehmer aufdeckt.

– **Warenauszeichnung:** Wenn EAN eingeführt ist, wird die Auszeichnung ganz entfallen. Bereits heute ist keine Einzelauszeichnung bei steigender Anzahl von Waren nötig. Preisänderungen können in Kürze durchgeführt werden, denn lediglich der eingespeicherte Preis sowie das Preisschild am Regal müssen noch geändert werden.

– **Disposition:** Umsatztrends werden schnell erkannt, „Schnelldreher“ entdeckt und „Ladenhüter“ aussortiert. Die Disposition, Bestandsfortschreibung und Bestellmengenrechnungen erfolgen automatisch.

– **Lagerhaltung:** Durch ständige geplante Überwachung wird der Lagerbestand reduziert. (Das Lager wird zum Spiegelbild des „wirklichen“ Kundenbedarfs.) Schriftverkehr und Bestellwesen können reduziert werden.

– **Inventur:** Permanente Inventur wird möglich. Jederzeit kann eine gezielte Kontrollbestandserhebung durchgeführt werden; auch fallen einzelne Stichtagsinventuren fort.

– **Verwaltung:** Manuelle Buchhaltung entfällt. Folgende Daten werden automatisch erfasst: Umsätze, Erträge, Kunden- und Artikelzahl, Umsatz der Artikel usw. Darüber hinaus ermöglicht das System die kurzfristige Erfolgsrechnung, die Deckungsbeitragsrechnung für die einzelnen Abteilungen und die Ermittlung von Leistungszahlen wie Umsatz pro Verkäufer/Abteilung/Filiale, Quadratmeterumsätze, Kundenfrequenz, Kassierleistung, Gesamtarbeitszeit an den Kassenständen pro Stunden usw.

– **Kassiervorgang:** Der Kassiervorgang wird erheblich beschleunigt.

Hier werden also unmittelbar die Gefährdungsbereiche der Arbeitnehmer bei dieser Rationalisierungsmaßnahme deutlich. Sie liegen:

1. Bei der Vernichtung von Arbeitsplätzen durch Verringerung des Personaleinsatzes an den Kassen, bei der Wareneingangserfassung, bei der Auszeichnung, der Umzeichnung, bei der Inventur, bei der Disposition und im Lagerbereich.
2. Bei der Verschlechterung der betrieblichen Arbeitsbedingungen durch verstärkte Monotonie an den Kassen, durch Erhöhung des Leistungsdrucks, durch Arbeitsintensivierung, durch totale Leistungs- und Verhaltenskontrollen, durch Streß usw.
3. Bei der Gefahr von Dequalifikation durch die Po-



Der politische Hintergrund

Die Hintergrundinformation

Bücher für NG-Abos

Folgende Bücher gibt es zur Auswahl:

- Der alltägliche Faschismus.*
Frauen im Dritten Reich. 1982. 221 S.
- Axel Eggebrecht:*
Volk ans Gewehr. Chronik eines Berliner Hauses 1930-1934. TB-Ausgabe 1982. 255 S.
- Harjo Kesting:*
Dichter ohne Vaterland. Gespräche und Aufsätze zur Literatur. 1982. 217 S.
- Susanne Miller/Heinrich Potthoff:*
Kleine Geschichte der SPD. 4. Aufl. 1981. 416 S.
- Johano Strasser/Klaus Traube:*
Die Zukunft des Fortschritts. Der Sozialismus und die Krise des Industrialismus. 1981. 410 S.

Ich habe einen neuen NG-Abonnenten geworben.
Meine Anschrift:

Anschrift des neuen Abonnenten:

Hiermit bestelle ich für mindestens ein Jahr „Die Neue Gesellschaft“ ab Heft _____ „Die Neue Gesellschaft“ erscheint monatlich und kostet im Jahr 48,- DM zuzüglich 10,20 DM Versandkosten im Inland und 11,40 DM im Ausland. Kündigung jeweils bis 30 Tage vor Jahresende.

(Bitte gewünschtes Buch ankreuzen)

Datum

Unterschrift des neuen Abonnenten

Neuerscheinungen

der Verlage Neue Gesellschaft
und J.H.W. Dietz Nachf.

Ich bestelle hiermit

Ex. Autor/Titel

DM je Ex.

<i>Hermann Glaser:</i> Im Packeis des Unbehagens. Eine persönliche Bilanz des Generationenkonflikts. 216 S.	29,80
<i>Gilberto Granados/Erik Gurgsdler:</i> Lern- und Arbeitsbuch Ökonomie. Eine Einführung in die Probleme der westdeutschen Wirtschaftsentwicklung. 444 S.	19,80
<i>Friedrich G. Kärbsch (Hg.):</i> Dieses Land schläft einen unruhigen Schlaf. Sozialreportagen 1918-45. Ein Lesebuch. 240 S.	19,80
<i>Susanne Miller/Heinrich Potthoff:</i> Kleine Geschichte der SPD. 4. Aufl. 1981. 416 S.	19,80
<i>Corz Stephan (Hg.):</i> Zwischen den Stühlen oder über die Unvereinbarkeit von Theorie und Praxis. Schriften Rudolf Hilferdings 1904-1940. 333 S.	29,80
<i>Johano Strasser/Klaus Traube:</i> Die Zukunft des Fortschritts. Der Sozialismus und die Krise des Industrialismus. 410 S.	29,80

Ich wünsche Lieferung über die Buchhandlung.

Die Wahl der Lieferbuchhandlung überlasse ich dem Verlag.

Datum

Unterschrift

(Bitte genaue Anschrift auf der Rückseite eintragen)



Der politische Hintergrund

Die Hintergrundinformation

Senden Sie an folgende Anschriften ein Probeexemplar:

Name:

Straße:

PLZ, Ort:

Name:

Straße:

PLZ, Ort:

Name:

Straße:

PLZ, Ort:

Abseender:

.....
.....
.....
.....

(Bitte in Druckbuchstaben oder mit Schreibmaschine ausfüllen)

Werbeantwort



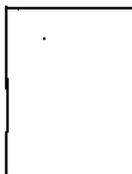
Die
Neue
Gesellschaft

— Redaktion —

Postfach 200 189

5300 Bonn 2

Postkarte



Verlag
Neue Gesellschaft

Postfach 200 189

5300 Bonn 2

larisierung der Beschäftigten in einen geringer werdenden Teil höher qualifizierter Arbeitnehmer und einen wachsenden Teil von Arbeitskräften mit Anlern- und Hilfstätigkeiten.

4. Bei der Zunahme von gesundheitsgefährdenden Belastungen, durch einseitige Körperhaltung (z. B. infolge der Beschleunigung des Kassiervorganges an elektronischen Kassen), durch Kreislaufbelastung, durch übermäßige Beanspruchung der Augen (Datensichtgeräte), durch Rückenschmerzen, durch Kopfschmerzen, durch Schmerzen in Schulter-, Ellenbogen- und Handgelenkbereich und durch Strahlenbelastung (Laser).

5. Bei der Gefahr von Einkommensverschlechterung durch Abgruppierung usw.

Weiterhin muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß die „optimale“ Personaleinsatzplanung mit Hilfe von neuen Arbeitszeitsystemen eine logische Konsequenz EDV-unterstützter Warenwirtschaftssysteme ist. Die Datenkasse schafft hier eine technische Voraussetzung für weitere Rationalisierung (kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit „KAPOVAZ“).

Für die Arbeitnehmer ergeben sich also vielfältige Nachteile, sie reichen von gesundheitlichen Gefahren bis hin zum Verlust des Arbeitsplatzes. Nahezu alle Bereiche sind betroffen.

Die Humanisierung der Arbeitswelt erfolgt jedoch nicht naturwüchsig und von selbst; sie muß gewollt, schrittweise angestrebt und von der Gewerkschaft erkämpft werden. Die aufgezeigten Rationalisierungsaktivitäten der Unternehmen bedeuten für die Arbeitnehmer, Betriebsräte und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) eine entscheidende Herausforderung für die nächsten Jahre. Die HBV wendet sich nicht grundsätzlich gegen neue technische Entwicklungen, sondern sie will die positiven Möglichkeiten, die die neuen Techniken auch für die Gestaltung der Arbeitsplätze bieten, im Interesse der Arbeitnehmer nutzen. Technischer „Fortschritt“ darf jedoch nicht zu sozialem Rückstand führen.

Die HBV kämpft dafür, daß die technische Entwicklung hauptsächlich für die Arbeitnehmer positive Ergebnisse bringt. Aus diesem gewerkschaftlichen Grundprinzip leiten sich die konkreten Ziele und Forderungen für die Gewerkschaft ab. Die wichtigsten Forderungen sind:

- Verkürzung der Arbeitszeit für alle bei vollem Lohnausgleich ohne Leistungsintensivierung,
- Verbesserung des Kündigungsschutzes,
- Schaffung humaner Arbeitsbedingungen,
- Absicherung der Teilzeitbeschäftigung und Begrenzung der Teilzeitarbeit,

- Verhinderung aller Arbeitszeitformen ohne feste Einsatzzeiten und -orte,
- Ausweitung der Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates (u. a. bei der Personalplanung),
- Abgruppierungsschutz,
- Schutz vor gesundheitlichen Gefahren.

Zur Durchsetzung dieser Forderungen müssen alle vorhandenen gewerkschaftlichen Instrumente benutzt werden. Auch wenn die Gewerkschaften ihre Kräfte voll entfalten, d. h.

- volle Ausschöpfung des Betriebsverfassungsgesetzes unter Einbeziehung der Unternehmensmitbestimmung,
- voller Einsatz der Tarifpolitik zum Zwecke des Rationalisierungsschutzes und der Arbeitszeitverkürzung,
- Intensivierung der gewerkschaftlichen Schulungs- und Bildungsarbeit,
- Aufbau eines aktiven Vertrauensleutekörpers, reicht es nicht aus, um die Probleme dieses Jahrzehnts in den Griff zu bekommen.

Die Gewerkschaften dürfen und können den Staat nicht aus der Verantwortung für Vollbeschäftigung und menschengerechtere Gestaltung der Arbeitsplätze entlassen. Dies gilt gleichermaßen für Bund, Länder und Gemeinden. Die wesentlichen gewerkschaftlichen Forderungen sind:

1. Vollbeschäftigung war, ist und bleibt unser vorrangigstes Hauptproblem in den nächsten Jahren. Zur Erreichung dieses Zieles sind alle gewerkschaftlichen Instrumente einzusetzen.
2. Die Gewerkschaft HBV kann sich nicht den Luxus leisten, die Tarifpolitik quantitativ und qualitativ aufzuteilen. Wir brauchen beides: mehr Lohn und Gehalt und bessere Arbeitsbedingungen.
3. Zu den wichtigsten Aktivitäten der Gewerkschaft HBV zählt in den nächsten 10 Jahren der Rationalisierungsschutz. Er reicht von der Verkürzung der Arbeitszeit für alle bei vollem Lohnausgleich ohne Leistungsintensivierung bis hin zum Schutz vor gesundheitlichen Gefahren. Dies durchzusetzen, erfordert nicht nur viel Geduld und Einfallsreichtum, sondern stellt letztendlich die Machtfrage. Der Blick in die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung zeigt: Gewerkschaftliche Forderungen müssen seit 100 Jahren gegen den Widerstand der Unternehmen und Arbeitgeberverbände durchgesetzt und erkämpft werden. Dieser Interessengegensatz stellt sich grundsätzlich bei der Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen, egal ob es sich um Lohn-, Gehaltsfragen (auch Lohn- und Gehaltsfragen sind Machtfragen), um die Verkürzung der Arbeitszeit, oder um Schaf-

fung humaner Arbeitsbedingungen, Ausweitung der Mitbestimmungsrechte, Abgruppierungsschutz oder um den Schutz vor gesundheitlichen Gefahren handelt.

Die Zukunft wird unsere gewerkschaftliche Arbeit auf keinen Fall überflüssig machen. Denken wir z. B. an die zunehmende Kapitalkonzentration mit rasanten technologischen Entwicklungen. Daraus resultierende Rationalisierungsschübe gefährden in den nächsten 10 Jahren, gerade im Organisationsbereich der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, nachhaltig die Arbeitsplätze. Unsere Interessenvertretung wird in den Handlungsfeldern Arbeits-

platzsicherung, Einkommen, Qualifikationsanforderungen und Arbeitsbedingungen vor völlig neuen Aufgaben stehen. Schon die Durchsetzung des gemeinsam erreichten derzeitigen Besitzstandes – Schutz vor Arbeitsplatzverlust, Arbeitslosigkeit, Dequalifikation, zu hohen Arbeitsbelastungen, Geldminderungen – erfordert nicht nur neue Strategien, sondern vor allem die volle Mobilisierung der Gewerkschaftsmitglieder. D. h. für die Durchsetzung dieser Forderungen ist letztendlich die gewerkschaftliche Kampfkraft auf allen Durchsetzungsebenen ausschlaggebend.

Hans-Joachim Schabedoth: Wirtschaftspolitik der Grünen zwischen Utopie und Realitätsbezug

Dr. Hans-Joachim Schabedoth, Jahrgang 1952, ist Sekretär bei der IG Metall in Stuttgart. Veröffentlichungen u. a.: Die Gegenreform in der Bildungspolitik (1979), Rudolf Bahro und die Grüne Partei, in: Kremendahl/Meyer: Menschliche Emanzipation (1981), Hochschulreform – eine verpaßte Chance (1982).

Nach ihren bisherigen kommunal- und landespolitischen Erfolgen spricht einiges dafür, daß sich die Grün/Alternativen auch im Bundestag als parlamentarische Kraft etablieren können. Das öffentliche Interesse an ihren politischen Zielen und Vorschlägen ist mit ihrer parlamentarischen Repräsentanz gewachsen. Auch in der SPD und der CDU kam man nicht umhin, sich jenseits tagespolitischer Polemik eingehender mit dem neuen Konkurrenten zu befassen.¹⁾ Daß Kritiker genügend Anhaltspunkte fanden, den Grünen politische Unreife bzw. politischen Chaotismus vorzuhalten, lag vor allem an ihrem bisherigen Desinteresse, sich in gleicher Ernsthaftigkeit wie mit den Fragen des Umweltschutzes, der Energieversorgung und der Friedenssicherung auch mit den drängenden Problemen der Wirtschafts- und Sozialpolitik auseinanderzusetzen und dabei eigene plausible Alternativen zu entwickeln. Die mangelnde Konkretisierung der eigenen Überlegungen sowie eine oft provozierende Ignoranz gegenüber den Problemen der Massenarbeitslosigkeit und der Arbeitswelt erleichterten dabei jenen die Vorurteilsproduktion

und das Propagandageschäft, denen aus Machterhaltungs- bzw. Machterwerbserwägungen heraus nicht an einer produktiven Auseinandersetzung, sondern an einer Verteufelung der Grün/Alternativen gelegen war.

Die Grünen im Schnittpunkt von Oppositions- und Regierungsinteressen

Daß die von den Grünen befürwortete „ökologisch und sozial ausgerichtete Wirtschaft“ nicht zwangsläufig gleichzusetzen ist mit Anti-Industrialismus und dem Ideal einer Müll-produzierenden und -essenden Aussteigergesellschaft, mußte in den Reihen der Gewerkschaften und der SPD schon deshalb nicht zur Kenntnis genommen werden, weil die Grün/Alternativen – und somit auch ihre fragmentarischen und oft widersprüchlichen wirtschaftspolitischen Vorstellungen – nur wenig tagespolitische Relevanz besaßen. Dies ist inzwischen anders geworden. Denn eine SPD, die sich nicht damit bescheiden will, Oppositionspartei zu bleiben, wäre schlecht beraten, bei der Suche nach Bündnispartnern für die Durchsetzung einer arbeitnehmerorientierten Politik nicht auch nach möglichen Übereinstimmungen mit den Grün/Alternativen zu fragen sowie bestehende Konsenschancen auszuloten und gegebenenfalls zu nutzen.

Die neue Regierungskoalition muß wohl zu Recht befürchten, daß der kleinste gemeinsame Nenner zwischen Sozialdemokraten und Grünen auf dem Feld der Wirtschafts- und Sozialpolitik noch erheblich größer sein könnte, als es der einstige Vorrat an Gemeinsamkeiten mit der damals noch liberal getarnten Genscher-Lambsdorff-Partei war. Aus einem

Machtsicherungskalkül heraus dürften die Regierungsparteien im Gegensatz zur SPD-Opposition wenig Neigung spüren, sich zukünftig vorurteilsloser mit der Grünen Partei auseinanderzusetzen. Ihr Interesse ist es vielmehr, anknüpfend an populäre Vorurteile, eine mögliche parlamentarische Kooperation von Sozialdemokraten und Grün/Alternativen zur Durchsetzung einer wirkungsvollen Krisenbekämpfungspolitik schon von vornherein mit dem Verdikt des politisch Unanständigen zu belegen. Angesichts der Herausforderung durch jetzt weit über 2 Millionen Arbeitslose glauben die drei Parteien an der Regierungsmacht offenbar, sich um plausible Antworten zur Krisenlösung am besten herumzogen zu können, wenn sie zur Ablenkung ihre Wahlkampftruppen auf einen Kreuzzug gegen ein vermeintlich drohendes „rot-grünes Chaos“ ein schwören.

Hürden und Bürden für eine überfällige wirtschaftspolitische Selbstverständnisdiskussion

Die Grün/Alternativen selbst haben sich erst in letzter Zeit sichtbar bemüht, gegenüber der Öffentlichkeit und in ihren eigenen Reihen ihr wirtschaftspolitisches Selbstverständnis zu präzisieren und damit der Vorurteilsproduktion die Grundlage zu entziehen.

Die wenigen Globalformeln ihres Saarbrückener Bundesprogramms, rechtzeitig zur Bundestagswahl 1980 auf Umweltschutzpapier gebracht, erschienen schon 1980 nicht mehr problemadäquat.²⁾ Offenbar hat man dies auch selbst in den Reihen der Grünen Partei als Defizit erkannt. Wenn überhaupt, dann beschränkte sich der bisher noch recht bescheidene Beitrag der Grünen für die Diskussion um die Entwicklung einer alternativen Wirtschaftspolitik auf die mittlerweile auch in der SPD und den Gewerkschaften verbreitete Einsicht, daß Wachstumsstrategien à la CDU nicht nur ökologische Probleme aufwerfen, sondern darüber hinaus die Hoffnung auf eine Krisenlösung auch nicht mehr erfüllen können.³⁾

An einer ersten Zwischenbilanz der neueren wirtschaftspolitischen Diskussion in den Reihen der Grün/Alternativen konnte auch die Öffentlichkeit teilnehmen. Vom 8. bis 10. Oktober 1982 versammelten sich in Bielefeld weit über 1000 Interessierte, um auf einem „Kongreß Zukunft der Arbeit“ gemeinsam über „Wege aus Massenarbeitslosigkeit und Umweltzerstörung“ nachzudenken. Obwohl auch Jungsozialisten, Falken und Jungdemokraten zum Trägerkreis des Kongresses gehörten, dominierten in Arbeitsgruppen zur gesamten Palette der aktuellen wirt-

schafts- und sozialpolitischen Probleme jene Kräfte, die sich selbst dem grün-alternativen Spektrum zu rechnen. Da zur Vorbereitung einer produktiven Diskussion eine 368-seitige Textsammlung herausgegeben wurde, läßt sich nachlesen, mit welchen Ergebnissen inzwischen auch in grün-alternativen Diskussionszusammenhängen das Nachdenken über alternative Konzepte zur herrschenden Wirtschaftspolitik vorangeschritten ist.⁴⁾ Folgt man dem Bielefelder Soziologie-Professor Johannes Berger, sollten drei Maßnahmen im Zentrum „grüner“ Wirtschaftspolitik stehen: „Arbeitszeitverkürzung, Arbeitsumverteilung und Förderung von Aktivitäten außerhalb der abhängigen Erwerbsarbeit.“⁵⁾

Weitgehend einig scheint man sich über die Notwendigkeit einer aktiven Rolle des Staates im Wirtschaftsprozeß. Dies drückte sich aus in den Forderungen nach ökologisch wie sozial sinnvollen Investitionsprogrammen auf den gesellschaftlichen Bedarfsebenen z. B. des Umweltschutzes, der Energieversorgung, des Wohnungsbaus und des öffentlichen Nahverkehrs. Allgemeine Zustimmung fand auch die Forderung nach Gegenwehrmaßnahmen, mit denen eine Abwälzung der Krisenlasten auf die bisherigen Krisenopfer verhindert werden könnte. So rief der Kongreß dazu auf, sich an den Protestkundgebungen des DGB gegen Arbeitslosigkeit und soziale Demontage zu beteiligen. Insgesamt machen die Kongreßbeiträge sichtbar, daß eine Annäherung an wirtschaftspolitische Vorstellungen stattgefunden hat, wie sie auch in Gewerkschaften und der SPD diskutiert werden. Skeptische Beobachter werden mindestens schon einräumen müssen, daß der übliche Vorwurf an die Grünen, eine „Ein-Punkt-Partei“ zu sein, nicht mehr zutrifft.

Doch ist die Annäherung an gewerkschaftliche Positionen in den Reihen der Grün/Alternativen nicht unumstritten: Einerseits wurde immer noch nicht hinreichend zur Kenntnis genommen, daß sich gewerkschaftliche Konzepte zur Bekämpfung der Wirtschafts- und Beschäftigungskrise nicht in Wachstumsstrategien erschöpfen, und die Forderung nach einer anderen Logik des Wirtschaftens schon gewerkschaftliches Allgemeingut war, als die Großeltern der heutigen Grün/Alternativen noch die Schulbank drückten. Andererseits artikulieren sich nun auch politische Kräfte als Grün/Alternative, die aus den unterschiedlichsten Motiven heraus unter dem Zwang stehen, kompromißlos die Brücken zu den politischen Kräften der traditionellen Arbeiterbewegung – zur SPD und zu den Gewerkschaften – abzurechen. Sie selbst sehen sich dabei als Vertreter eines „funda-

mental-oppositionellen Standpunktes“, den sie selbst auch gegenüber jenen Kräften in den eigenen Reihen betonen, die ihnen als „Öko-Reformisten“ suspekt sind. Denn die Vertreter des Öko-Reformismus wollen sich – zum Ärgernis der Fundamental-Oppositionellen – tatsächlich darauf einlassen, die gesellschaftlichen Realitäten und ihre ökonomischen wie ökologischen Problemstellungen zum Ausgangspunkt der Suche nach grünen Alternativen zu machen.

Daß dabei oft nur nachvollzogen wird, was bereits in der gewerkschaftlichen Diskussion und in der Diskussion der politischen Linken zur Selbstverständlichkeit gehört, gilt den Anhängern einer Fundamental-Opposition als Verrat an der grünen Sache oder – wie Rudolf Bahro beklagt – als Beweis, „wie wenig die Grünen in ihrer Gesamtheit von sozialdemokratischem (reformistischem) Politikverständnis und von altlinken Identifikationen und Zielvorstellungen emanzipiert sind.“⁶⁾ Angesichts einer solchen parteiinternen Konstellation vollzieht sich die wirtschaftspolitische Diskussion und Identitätsfindung der Grünen unter der Belastung, gleichsam das Rad neu erfinden, mindestens aber einen solchen – offenbar parteiidentitätsstiftenden – Eindruck bewahren zu müssen.

Konfliktlinie zwischen konkreter und abstrakter Utopie

Inhaltlich drückt sich der Konflikt zwischen Vertretern einer konkreten – und damit schon eher gewerkschaftsnahen – Utopie sowie den fundamental-oppositionellen Gegenkräften – den Vertretern einer wenig realitätsbezogenen abstrakten Utopie – auch in einer unterschiedlichen strategischen Wertigkeit aus, die nach wie vor dem formellen Bereich der Produktion von Gütern und Dienstleistungen zugemessen wird: Zutreffend gehen beide Positionen davon aus, daß infolge der Anwendung neuer Technologien und fortschreitender Rationalisierung mit immer weniger Arbeitskräften die jeweils gesellschaftlich notwendige Menge an Gütern und Dienstleistungen produziert werden kann. Unter den gegenwärtigen Bedingungen führt dies zwangsläufig zu einer Vergrößerung der Massenarbeitslosigkeit. Die Vertreter einer abstrakten Utopie sehen darin jedoch eine Chance, allmählich aus dem Industriesystem aussteigen zu können und mit den arbeitslosen Opfern dieses Industriesystems neben dem traditionellen Wirtschaftsbereich einen informellen, alternativen Wirtschaftssektor aufzubauen. Die Arbeit im informellen Sektor soll gegenüber der Arbeit im formellen Sektor geprägt sein durch nicht vermarktete, selbstbestimmte Aktivitäten, Nachbarschaftshilfe und

selbstorganisierte Gebrauchswertproduktion.

Um es mit den Worten von Rudolf Bahro zu sagen: „Mit 5 Millionen Arbeitslosen ist zumindest theoretisch auch ein Druck möglich, der die bisherigen Summen für die Unterstützung, für Subventionen und für Investitionen in eine todbringende Zukunft in die Hände der Betroffenen umlenkt, damit sie sich eine neue, weltmarktunabhängige Lebenspraxis aufbauen können... Die Grünen müssen die Selbstorganisation derjenigen anregen und unterstützen, müssen ihren möglichen Machtanteil darauf konzentrieren, die materiellen Voraussetzungen für den möglichst massenhaften Ausstieg aus dem Industriesystem bereitzustellen, den Auszug zu sichern und schon den Entschluß zum Auszug zu erleichtern.“⁷⁾ Wohl nicht ohne Berechtigung erkennen Bahros Kritiker in diesem Konzept ein „grünes Sonthofen“ nach dem Motto: Erst die Katastrophe fördern, dann die Macht übernehmen.

Die analytische Unterscheidung zwischen dem Bereich der formellen und der informellen Wirtschaft und somit die Annahme einer „Dualwirtschaft“⁸⁾ ist auch Bestandteil von Überlegungen jener Grün/Alternativen, die mit ihrer Politik die Katastrophe nicht fördern, sondern verhindern wollen. Im Unterschied zu den Utopisten wird nicht darauf vertraut, die Produktion im formellen Sektor überflüssig zu machen und alle notwendige Arbeit im selbstbestimmten, informellen Sektor konzentrieren zu können. Gleichwohl wird eine Notwendigkeit betont, den informellen Sektor – das Reich der Freiheit – zu erweitern und den formellen Sektor – das Reich der Notwendigkeiten – einer demokratischen Planung und Steuerung zu unterstellen. Die Massenarbeitslosigkeit soll sowohl durch Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich für die unteren Einkommensgruppen als auch durch gezielte Investitionspolitik im informellen und formellen Bereich der Produktion abgebaut werden. Diese Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sollen nach grünem Selbstverständnis nicht der Reparatur des zerstörerischen traditionellen Wirtschaftssystems dienen, sondern eine Umstrukturierung der Wirtschaft „in Richtung einer ökologischen und sozialen Kreislaufwirtschaft“ einleiten.

Eine Nähe zu den in der traditionellen politischen Linken diskutierten Vorschläge zur Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit besteht auch hier. Die bislang offenkundigste Differenz liegt in der Aufgabe des Anspruchs, auch den formellen Bereich der Produktion so umzugestalten, daß dabei schrittweise Arbeitsbedingungen entstehen, die in der bisheriger

grün-alternativen Diskussion offenbar nur im informellen Bereich für realisierbar gehalten werden.⁹⁾ In der gewerkschaftlichen Sicht ist es völlig unakzeptabel, lediglich Arbeitsbedingungen fortgeschrieben zu sehen, unter denen es den im formellen Bereich tätigen Arbeitnehmern zwar möglich sein mag, infolge von Arbeitszeitverkürzungen in einem erweiterten zeitlichen Umfang die eigene Arbeitskraft – auch im informellen Bereich – zu regenerieren, wenn diese gleichzeitig in der verkürzten Phase der Erwerbstätigkeit infolge von Leistungsverdichtung immer stärkeren Belastungen ausgesetzt würde.

Teilzeitarbeit, ein voraussehbar falscher Ansatz

Bei den vorgeschlagenen Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung überrascht die Naivität, mit der – leider nicht nur in der Diskussion der Grün/Alternativen – davon ausgegangen wird, man könne durch Ausweitung von Teilzeitarbeit beschäftigungs-, humanisierungs- und freizeitpolitische Ziele miteinander harmonisch verbinden.¹⁰⁾ Dabei wird vor allem übersehen, daß beim Angebot von Teilzeitarbeitsplätzen nicht die Teilzeitarbeit-Suchenden mit ihren individuellen Arbeitszeitwünschen, sondern die Anbieter von Teilzeitarbeit die Bedingungen bestimmen können. Diese orientieren sich ausschließlich an der Absicht, Kosten einzusparen. In der Realität erweisen sich die individuellen zeitlichen Wunschvorstellungen oft als mit dem verfügbaren Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen unvereinbar. Das allgemein knappe Arbeitsplatzangebot zwingt die Arbeitsplatzsuchenden bereits unter gegenwärtigen Bedingungen, auch Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten gegen ihre individuellen Wünsche zu akzeptieren.

Bei Aufgabe einer bisher gezeigten Zurückhaltung von Betriebsräten und Gewerkschaften bei der Einrichtung von Teilzeitarbeitsplätzen würde ein Schutzdamm brechen, der bislang die Umwandlung von Hunderttausenden von Vollzeitarbeitsplätzen in Teilzeitarbeitsplätze verhindern konnte. Zum Beispiel würde das gewerkschaftliche Bemühen, Arbeit an Bildschirmen auf täglich 4 Stunden zu begrenzen und mit anderen Arbeitsinhalten zu mischen, durch leichtfertige Genehmigung von Teilzeitarbeitsplätzen unterlaufen. Für den Arbeitgeber ist es nämlich rentabler, zwei Teilzeitarbeitskräfte einzusetzen, als jeweils zwei Arbeitskräfte auf Vollzeitarbeitsplätzen zu belassen, die als Mischarbeitsplätze gestaltet sein müßten. Ein unverzichtbarer gewerkschaftlicher Anspruch ist es dagegen, durch Anreicherung der Arbeit beim Einsatz elektronischer Kommunikationstechniken das Arbeitsleben zu humanisieren. Bei ei-

ner Ausweitung von Teilzeitarbeit würde dies erheblich erschwert.

Eine freie Wahl, über die Dauer von Teilzeitarbeit zwischen weniger Einkommen und Freizeit wählen zu können, mag es für materiell gut gesicherte Arbeitnehmer oder für gut verdienende Akademiker tatsächlich geben. Für die überwiegende Mehrheit der abhängig Beschäftigten ist diese „freie Wahl“ durch die Notwendigkeit der Existenzsicherung nicht vorhanden. Da in der Summe die kollektiven Nachteile die vermeintlichen individuellen Vorteile überwiegen, ist es immer noch sinnvoller, die Annäherung von tatsächlicher Arbeitszeit und individuellen Wünschen auf dem Wege der allgemeinen Wochenarbeitszeitverkürzung anzustreben. Die Vorlagen für die Erarbeitung eines wirtschaftspolitischen Programms der Grünen lassen absehen, daß auch in dieser Frage eine Annäherung an gewerkschaftliche Positionen nicht ausgeschlossen ist.¹¹⁾

Von der guten Absicht zum Scherbenhaufen und zurück zur guten Absicht

Selbst den schon mehr realitätsverbundenen wirtschafts- und sozialpolitischen Vorschlägen der Grün/Alternativen haftet noch das Defizit an, nicht überprüfbar aufzeigen zu können, wie – von den festzustellenden Disfunktionen der kapitalistischen Wirtschaft ausgehend – in einer Abfolge ineinandergreifender Maßnahmen Beiträge zur Verwirklichung der konkreten Utopie geleistet werden könnten. In der gewerkschaftlichen Diskussion ist dieses Defizit als Kluft zwischen Zielperspektiven und tagespolitischen Notwendigkeiten schon lange nicht mehr so groß wie derzeit noch in der orientierenden Diskussion unter den Grün/Alternativen. Mit dem Konzept der Wirtschaftsdemokratie verfügen die Gewerkschaften über einen Rahmen, in dem sich Forderungen nach gesamtgesellschaftlicher Rahmenplanung, Kontrolle wirtschaftlicher Macht, Mitbestimmung und Humanisierung der Arbeitswelt zu einem aufeinander bezogenen Geflecht wirtschaftsdemokratischer Neuordnung und Krisenbekämpfung verdichten lassen.¹²⁾ Woran es auch hier mangelt, ist das Bemühen, dafür konzentrierte Überzeugungsarbeit zu leisten. Nicht zuletzt hat auch die SPD darauf verzichtet, um Mehrheiten für eine Politik wirtschaftsdemokratischer Krisenbekämpfung zu werben. Anders als in der Partei der Grünen ist man sich in der SPD immerhin jedoch schon programmatisch weitgehend einig, in welchen Schritten eine effektive Krisenbekämpfungspolitik umgesetzt werden müßte.

Präzisierung der grünen Vorschläge zur Bekämp-

fung der Wirtschafts- und Beschäftigungskrise und ihre Verdichtung zu einem wirtschafts- und sozialpolitischen Programm hatte die interessierte Öffentlichkeit von der Bundesdelegiertenversammlung der Grünen vom 12. bis 14. November 1982 in Hagen erwartet. Umfangreiche Vorbereitungen der Bundeswirtschafts-AG der Grünen lagen als „Thesenpapier gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau“ vor.

Ausgehend von der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Krise heute sowie ihren sozialen und ökologischen Ursachen werden sowohl „Zielsetzungen und Rahmenbedingungen grüner Wirtschaftspolitik“, „Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit und für sinnvolle Arbeit“ und „Ansatzmöglichkeiten, Finanzierung und Strategien zur Durchsetzung“ umrissen. Die „Öko-Utopisten“, als deren prominentester Fürsprecher Rudolf Bahro auftrat, haben diese umfangreiche Vorarbeit für die Diskussion der Grünen Bundesversammlung als Programm des „grünen Reformismus“ in einer Diktion verdammt, die auch die heftigste Rechts-Links-Kontroverse in der SPD an Arroganz und Anmaßung noch übertrifft. Den Autoren spricht Rudolf Bahro sogar das grüne Heimatrecht ab: „Die Grünen brauchen eine völlig anders zusammengesetzte Arbeitsgruppe für die Wirtschaftspolitik. Diejenigen, die den Entwurf gemacht haben, wissen vielleicht nicht, daß sie keine Grünen sind, aber es ist aus dem Resultat offensichtlich.“⁽¹³⁾

Bahro hält es für selbstverständlich, daß die Grünen ihre Position zur Arbeitslosigkeit klarlegen. Aber es könne nicht „ihre Priorität sein, sich um Arbeitsbeschaffung zu sorgen“. Bahro möchte nicht „auf diese Weise eiligst über den nächsten Stock springen, den uns das in eine überaus komplexe Krise geratene kapitalistische Industriesystem hinhält“. Besonders ereiferte sich Bahro darüber, daß die Gewerkschaftsbewegung „an der Spitze der sozialen Bewegung genannt wird“, mit denen sich die Programmschreiber „für soziale... und ökologische Veränderungen verbünden wollen“. Im DGB sieht er „eines der Schlachtschiffe der Kaputtindustrialisierung, des bedingungslosen Mitmachens bei der Konkurrenz auf dem Weltmarkt“ sowie einen „Teil des Machtkartells“ und den ständigen „Kompagnon des metropolitane Kapitals hierzulande“. Von den Grünen verlangt er, „auch die politische Machtfrage gegen die DGB- und IG-Bürokratie“ zu stellen. Gewerkschaftsnähe bei der Formulierung von Forderungen im Programmentwurf münzt Bahro zu folgendem abenteuerlichen Vorwurf: „Grob gesprochen, verfiel der Entwurf das, was sich in Stuttgart bei Daimler-Benz als Linie der IG Metall gegen die Linie der Plakat-

Gruppe darstellt. Die Forderung, die Solidarität aller Lohnabhängigen zu stärken, ist so eingeordnet, daß sie auf die Stärkung der Einheitsgewerkschaft hinausläuft.“

Mit der „Plakat-Gruppe“ strebt Bahro offensichtlich eine Schwächung der Einheitsgewerkschaft an. Der DGB gehört für ihn „nicht weniger als die SPD zu den Strukturen, die wir bekämpfen müssen“. Wer nicht begreife, „daß man im Bündnis mit dem DGB keine ökologische Politik machen kann, den sollten wir bitten, nicht unbedingt gerade bei uns mitmachen zu wollen“. Angesichts dieser heftigen Kampfansage der Fundamental-Oppositionellen gegen das mehrseitlich sichtbare Bemühen um Klarheit in der eigenen Positionsfindung, wurde der Streit um die zukünftige wirtschafts- und sozialpolitische Orientierung der Grünen zunächst einmal im Stile einer schon etablierten Partei vertagt: Erst auf einer weiteren Bundesdelegiertenversammlung im Januar 1983 will man auf der Grundlage der ökologischen und sozialen Orientierung der Grünen ein Programm gegen Arbeitslosigkeit beschließen, das Vorschläge und Forderungen zu folgenden Punkten enthalten soll: „Ökologische und soziale Investitionen, betriebliche Produktionsumstellungen, Maßnahmen gegen die Diskriminierung von Frauen in der Arbeit, Arbeitszeitverkürzung, soziale Sicherheit, Finanzierung des Programms.“⁽¹⁴⁾

Gesellschaftsverändernde Praxis oder Fundamentalopposition?

Daß Rudolf Bahro als Vorsprecher der Öko-Utopisten auf der Hagener Bundesversammlung in den Vorstand der Grünen gewählt wurde, verstehen die Grünen als Signal für ihre Bereitschaft, auch Minderheitenvertreter in die Vorstandsarbeit einbeziehen zu wollen. Auf der noch nicht abgeschlossenen Suche nach einem Weg von der abstrakten Utopie zu einer möglichen realitätsverändernden Praxis bietet es wohl kaum erkennbare Vorzüge, um jeden Preis auch noch jene Kräfte zur Mitarbeit einzuladen, die zur Freude der gegenwärtigen Rechtskoalition und der Unternehmer die ohnehin schon bestehenden Gräben zwischen den Grün/Alternativen und der SPD und den Gewerkschaften noch tiefer ziehen wollen. Da die Grünen in keinem Parlament Mehrheiten für ihre eigenen politischen Anliegen bilden können, werden sie stets darauf angewiesen sein, das eigene Gewicht in mehrheitsbildende Bündnisse einbringen zu können. Wenn die Grünen tatsächlich Politik mitbestimmen wollen und an einer gesellschaftsverändernden politischen Praxis ernsthaft interessiert

sind, wird die sterile Betonung eines fundamental-oppositionellen Anspruchs wohl kaum durchgehalten werden können.

Die Grünen stehen jetzt vor der Entscheidung, entweder mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit sowie auch ihrer aktuellen und zukünftigen Parlamentsarbeit an der Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses zugunsten von Mehrheiten für die Durchsetzung einer neuen Logik im Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital teilzunehmen oder aber durch unausgeglichene Utopien und Kampfansagen an die real existierende Gewerkschaftsbewegung weiterhin Wasser auf die Mühlen der rechtskonservativen Regierungen in Bund und Ländern zu leiten.

Anmerkungen

- 1) Vgl. *Joachim Hofmann-Göttig/Rudolf Scharping: „Von der sozialen Frage haben die Grünen keine Ahnung“*, in: *Frankfurter Rundschau*, 12. 8. 1982, S. 9f, sowie *CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.): „Das Spektrum der Grünen ist breiter, als angenommen wird“*, in: *Frankfurter Rundschau*, 14.10. 1982, S. 10f u. 25.
- 2) *Die Grünen: Das Bundesprogramm, Bonn (1980), S. 6ff.*
- 3) *Um auf dem Weg der Wachstumsförderung bis 1990 das Problem der Massenarbeitslosigkeit beseitigen zu können, müßten jährliche Wachstumsraten in der utopischen Größenordnung von 7% erzielt werden.*
- 4) Vgl. *Kongreßbüro „Zukunft der Arbeit“ (Hrsg.): Kongreß Zukunft der Arbeit. Materialien-Band, Bielefeld 1982.*

- 5) *Johannes Berger: Kleine Wirtschaftspolitische Geschichte der Nachkriegszeit*, in: *Kongreß der Arbeit*, S. 30.
- 6) *Rudolf Bahro: Entgegnung auf den grünen Wirtschaftsprogrammentwurf*, in: *Moderne Zeiten* 11/1982, S. 38-41, hier S. 38.
- 7) *Ebenda*, S. 40.
- 8) *Vgl. dazu vor allem den Beitrag Joseph Huber: Soziale Ökologie und Dualwirtschaft*, in: *Kongreß Zukunft der Arbeit*, S. 57ff.
- 9) *Vgl. zur Kritik an dieser Vorstellung Elmar Altvater, Kurt Hübner, Michael Stanger: Postkeynesianische Politikstrategien und Gewerkschaften in Westeuropa*, in: *Kongreß Zukunft der Arbeit*, S. 22f, sowie *Joachim Bischoff, Walter Breum, Klaus Bullan, Michael Menard: Auswege aus der Massenarbeitslosigkeit - Dualwirtschaft als Alternative*, ebenda, S. 37ff.
- 10) *Zur gewerkschaftlichen Kritik vgl. WSI-Mitteilungen, März 3/1982, S. 163-197.*
- 11) *Vgl. Bundes-Wirtschafts-AG (der Grünen): Thesenpapier gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau, Bonn (1982), Thesen 80-84.*
- 12) *Eine zusammenfassende Darstellung der vorliegenden Konzepte und Ansätze liefern Fritz Vilmar/Karl-Otto Sattler: Wirtschaftsdemokratie und Humanisierung der Arbeit, Köln/Frankfurt/M. 1978. Vgl. auch Altvater/Hübner/Stanger, a. a. O., S. 7ff., die Denk- und Lösungsmuster der gewerkschaftlichen Alternativendiskussion in Westeuropa kritisch untersuchen.*
- 13) *Dies und folgende Zitate nach Rudolf Bahro: Entgegnung auf den grünen Wirtschaftsprogrammentwurf.*
- 14) *So angekündigt in der Hagener Erklärung zur Wirtschaftspolitik, dokumentiert in: Frankfurter Rundschau, 18. 11. 1982, S. 24.*

Karl Georg Zinn: Grünes Holz ist zäh — Zur wirtschaftspolitischen Perspektive von Alternativen

Prof. Dr. Karl Georg Zinn, Jahrgang 1939, ist Hochschullehrer für Volkswirtschaftslehre an der Technischen Hochschule Aachen. Veröffentlichungen u. a.: Basistheorie des ökonomischen Wohlstandes in der Demokratie (1970); Sozialistische Planwirtschaftstheorie (1971); Allgemeine Wirtschaftspolitik (2. Aufl. 1974); Der Niedergang des Profits (1978); Preissystem und Staatsinterventionismus (1978); Die Selbstzerstörung der Wachstumsgesellschaft (1980).

Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der „Grünen“ haben sich noch nicht so weit verdichtet, daß man von einem deutlich umrissenen Konzept sprechen könnte. Jedoch wird der Versuch einer fairen

Beurteilung der verstreut vorliegenden Äußerungen zur alternativen bzw. grünen Wirtschaftspolitik zu beachten haben, daß Widersprüche in einzelnen Aussagen weder als Beweis für eine grundsätzlich verfehlt Perspektiv gelten können, noch als Argument gegen Werturteile, die von der grün-alternativen Bewegung verfochten werden.

In der Situationsbeschreibung und der Kritik am Status quo finden sich bei den Grünen weitgehende Gemeinsamkeiten mit anderen Gruppierungen. Umweltzerstörung, Wachstumskepsis, Verelendungsprozesse nicht nur in der Dritten Welt und deren ursächlicher Zusammenhang mit den Wirtschaftsmechanismen der kapitalistischen Industrieländer, Diskrepanzen zwischen unproduktiver Verschwendungs- und Vernichtungsproduktion einerseits und Unterversorgung in lebenswichtigen Bereichen andererseits sind Problemfelder, für die die Grünen keineswegs ein Erkenntnismonopol haben, auf die sie allerdings radikaler und mit mehr Sensibilität für

langfristige Wirkungen hinweisen als die meisten politisch etablierten Kräfte.

Die übliche Qualifizierung jenes den Grünen nachgesagten und nachgeschriebenen Verhaltens geringer Kompromißbereitschaft als typische Minderheitsposition und Aufbruchgebärde von Leuten, die keine politische Verantwortung tragen, ist sicher keine völlige Fehlbewertung, greift aber zu kurz. Denn gerade weil von seiten der Grünen keine ökologischen und wachstumskritischen Neuentdeckungen vorgetragen werden, sondern längst Bekanntes, das im politischen Geschäft des Establishments allerdings leicht der Verdrängung und Bagatellisierung anheimfällt, hat die grüne Radikalität auf viele politisch nicht festgelegte, aber – vielleicht deshalb – problembewußtere Bürger mobilisierend gewirkt.

Existenzfragen sind dauerhaft

Es mag dahingestellt bleiben, ob die Mehrheit der grün Wählenden sich mit der grünen Programmatik – ein umsetzbares wirtschaftspolitisches Programm liegt ja noch nicht vor – voll identifiziert oder „nur“ aus einer tiefen Unzufriedenheit mit der sozialliberalen Vergangenheit und der konservativ-wirtschaftsliberalistischen Gegenwart Proteststimmen abgegeben hat. Beide Motive nähren sich jedoch von einem dauerhafteren Brennstoff als die berühmten Strohefeuer. Deshalb scheinen jene Einschätzungen realistisch, die unbeachtet gewisser Schwankungen grüner Prozente von Wahl zu Wahl der Partei sozusagen eine günstige Überlebensprognose stellen (bei der Hamburger Deziemberwahl verloren die Grünen nicht absolut, sondern die hohe Wahlbeteiligung reduzierte ihren prozentualen Stimmenanteil).

Nimmt man die verschiedenen Materialien, die anlässlich des Bielefelder Kongresses der Grünen zum Thema „Zukunft der Arbeit“ im Oktober 1982 vorgelegt wurden, genauer unter die Lupe, so läßt sich der prononciert kapitalismuskritische Tenor nicht übersehen. Die Grünen stehen – nach jenen Materialien zu urteilen – in der langen Tradition der Kritik der bürgerlichen Ökonomie. Daß sie diese Kritik um die ökologische Perspektive angereichert haben, darf wohl im Hinblick auf die eindeutigen Katastrophensignale im Umweltbereich als Zukunftsrealismus und programmatische Flexibilität gelten. Denn auch wenn das ökologische Moment für die Grünen als politischer Kristallisationskern und stark emotional besetzter Integrationsfaktor dient, handelt es sich hierbei nicht um eine bloß des ideologischen Zusammenhalts halber hochstilisierte Weltanschauung, sondern um eine existentielle Grundfrage.

Das Ökologieproblem ist durch die Weltwirtschaftskrise der siebziger und achtziger Jahre in seiner Brisanz zwar nicht entschärft worden, aber im öffentlichen Bewußtsein hat sich eine Verschiebung ergeben. Die noch vor Eintritt in die weltwirtschaftliche Stagnation vom „Club of Rome“ in Gang gebrachte Diskussion ist abgeflacht und die im Report „Global 2000“ referierten Horrorperspektiven gehen in den aktuellen Krisenängsten unter. Die Wirtschaftskrise hat die Chancen für eine umweltbewußte Wirtschaftspolitik verschlechtert. Damit geriet die Ökologiebewegung in ein (wirtschaftspolitisches) Dilemma. Sowohl ihr humaner Anspruch als auch die pragmatische Überlegung, daß man die Umwelt nur retten kann, wenn man politische Mehrheiten für die ökologisch notwendige Politik gewinnt, zwingt die Grünen, sich um die Beschäftigungspolitik zu kümmern; eine Aufgabe, die sich bei hohen Wachstumsraten nicht stellen würde – Wachstumskritik erwies sich schon unter Vollbeschäftigungsbedingungen trotz passabler Argumente als unpopulär; in der Krise trifft sie auf Hohn und Aggressivität.

Die wirtschaftspolitische Dilemma-Situation der Grünen ergibt sich aus dem Widerspruch, glaubhafte und in absehbarer Zeit erfolgreiche Vollbeschäftigungskonzepte einerseits entwickeln zu müssen und andererseits klar zu erkennen, daß dies unter den gegebenen Bedingungen nicht ganz ohne Wachstum möglich sein wird, womit aber die Radikalität des ökologischen Anspruchs nicht mehr ganz durchgehalten werden kann. Die Systemstrukturen und das mit ihnen korrespondierende öffentliche Bewußtsein erlauben nicht, aus der Wachstumskrise eine Tugend zu machen, d. h. die unerwünschte Stagnation in ein erwünschtes Null-Wachstum zu transformieren. Dieser Widerspruch zwischen ökologischen Notwendigkeiten und kurzfristiger Beschäftigungssicherung kennzeichnete auch die Auseinandersetzungen auf dem erwähnten Bielefelder Kongreß – sehr deutlich etwa in Rudolf Bahros Einlassungen gegen die Wachstumsorientierung der von ihm als „Altsozialisten“ qualifizierten Links- und Rechtskeynesianer in der SPD.

Auch die gescheiterten Verhandlungen zwischen SPD und GAL vor der Hamburger Deziemberwahl belegen, daß die Wirtschaftskrise die Grünen in erhebliche Programmschwierigkeiten gebracht hat. Aber auch die etablierten Parteien – obgleich durch ökologische Skrupel weniger gehemmt – sind die Antwort auf die Krise schuldig geblieben: die Arbeitslosigkeit ist mit Schwankungen seit Mitte der siebziger Jahre gestiegen, ohne daß die Wachstums-

reduktionen wenigstens der Umweltpolitik zugute gekommen wären; und die Bevölkerung wird mit einer Mischung aus fatalistischer Weltmarktmythologie und Verzichtpropaganda auf noch schlimmere Zeiten eingestimmt. Die Krise wird andauern. Damit bleibt allerdings auch den Grünen noch Zeit, ihre internen wirtschaftspolitischen Konflikte abzuarbeiten und ein eventuell überzeugendes Konzept vorzulegen, wie sich Vollbeschäftigung und Umweltschutz vereinbaren lassen. Dessen Elemente sind vorhanden – und keine grüne Monopolware.

An erster Stelle steht die Arbeitszeitverkürzung. Die Grünen fordern die 35-Stundenwoche mit vollem Lohnausgleich; wahrlich kein sensationelles Postulat. Die Arbeitszeitverkürzung steht jedoch nicht in bloß beschäftigungspolitischem Kontext, sondern leitet sich aus der Wachstumskritik her. Damit baut die grüne Arbeitszeitpolitik auf wohlstandspolitischen Vorstellungen auf, wie sie schon in den fünfziger und sechziger Jahren (erinnert sei etwa an den IG-Metall-Kongreß zum Qualitativen Wachstum) formuliert wurden: weiteres wirtschaftliches Wachstum – selbst wenn es möglich sein sollte – trägt in geringerem Maße zur Wohlstandserhöhung bei, als sie aus kürzerer Arbeitszeit bei stärkerer Einkommensnivellierung resultiert. Wenn heute solche Perspektiven auch von „Autoritäten“ wie dem Ökonomienobelpreisträger Leontief unterstützt werden, so spricht das sicher nicht für den Realismus der Gegner der Arbeitszeitverkürzung und Umverteilungspolitik.

Andere Produktionsqualitäten

Die Grünen begnügen sich nicht mit Beschäftigungspolitik – beispielsweise durch Arbeitszeitverkürzung – an sich, sondern sie fragen auch noch, was mit verkürzter Arbeitszeit und dann meist mit höherer Produktivität gefertigt wird; ob es sich um sinnvolle Produktion handelt, ob sie gesellschaftlichen Bedürfnissen entspricht. Diese Fragen ergeben sich logisch aus der ökologischen Sorge. Denn wenn Arbeitszeitverkürzung, vor allem bei vollem Lohnausgleich, die Produktions- und Nachfragestrukturen prinzipiell unverändert läßt, das System aus Verschleiß- und Wegwerfproduktion einerseits und Unterversorgung sozial schwächerer Schichten andererseits lediglich auf niedrigerem Wachstumsniveau, aber ohne qualitativen Strukturwandel, reproduziert werden, bleiben alle Probleme ungelöst, die sich schon vor Eintritt in die Krise stellten. Die Rückkehr zur Vollbeschäftigung stellt für Grüne kein Endziel dar, sondern allenfalls eine Etappe auf dem Weg zur umweltschonenden Produktionsweise.

In den gesellschaftspolitischen Zielsetzungen der Grünen kommt dem Begriff „Basisdemokratie“ eine Schlüsselrolle zu. Im Betrieb, im Gesamtunternehmen, auf volkswirtschaftlicher Ebene sollen „die Betroffenen selbst entscheiden, was, wie und wo produziert“ wird. „Basisdemokratie“ ist für die Grünen ein Eigenwert, dessen Verwirklichung auch etwas – an ökonomischer Effizienz – kosten darf; so wie etwa der Wirtschaftsliberalismus die „freie“ Marktwirtschaft als Eigenwert verfiucht, der gewisse soziale Kosten rechtfertigt.

Wie vielfältig und von realen Koordinationsproblemen einer komplexen Produktion noch weit entfernt die Diskussionsbeiträge zu diesen basisdemokratischen Vorstellungen zum Teil auch ausfallen, so kreisen sie doch alle um die alte Frage, ob und wie weit Privateigentum an den Produktionsmitteln mit Selbstbestimmung, d. h. konkreter: Entscheidungen über das „Wie, Was und Wo“ der Produktion der arbeitenden Menschen vereinbar ist. Nimmt man die vorliegenden Äußerungen der Grünen zu dieser Frage, Äußerungen, die – das sei nochmals betont – Meinungen einzelner Gruppen und Personen sind, so tritt doch die sozialistische Qualität des Ganzen deutlich hervor. Sozialismus ist nicht nur eine begleitende Komponente der grünen Reformperspektive, sondern wesentliches Charakteristikum. Allerdings weder Staatssozialismus noch technikooptimistischer Industriesozialismus. Der Reißbrettcharakter traditioneller Sozialismen widerspricht dem grünen Demokratieverständnis, dessen äußere Symptome – etwa das Rotationsprinzip der Parlamentsabgeordneten und die antihierarchische Phobie vor Funktionsautorität – weniger wegen der damit verbundenen Verletzungen von Kleider- und sonstigen bürgerlichen Konventionen irritieren als vielmehr wegen des dem vorherrschenden Effizienzverständnis zuwiderlaufenden Rigorismus bei der Behauptung „prinzipieller“ Positionen. Es mag in konkreten Verhandlungen mit den Grünen Zweifel daran geben, ob manches, was als Prinzipienfrage behandelt wird, auch tatsächlich diese Qualität beanspruchen darf und nicht eher lokaler Hartnäckigkeit in recht partiellen Fragen geschuldet ist; aber es erscheint doch recht paradox, wenn jener Rigorismus in prinzipiellen Fragen als politische Unreife und Unzuverlässigkeit wahrgenommen wird. Vielleicht liegt dies daran, daß in den vergangenen Jahren einer Koalitionsregierung gerade die große Koalitionspartei sich selbst und die Öffentlichkeit daran gewöhnte, daß Kompromißbereitschaft auch in fast prinzipiellen Fragen eine politische Tugend abgibt.

Wenn sich die Grünen in den für sie prinzipiellen Fragen – Atomkraft, Umweltschutz, Demokratisierung seien als wichtige Beispiele genannt – verwindungsstief zeigen, so können sie immerhin damit argumentieren, daß Koalitionskompromisse stets die Gefahr der schleichenden Aufweichung von Grundpositionen in sich bergen und man damit zwar Amtsmacht gewinnen bzw. verlängern kann, aber auch Anhängerschaft verloren geht; und je schmaler die „Basis“, desto gefährlicher die Folgen einer zu weiten Hinnelzung zum jeweiligen Koalitionspartner.

Umsetzungsdefizit

Was den Grünen (noch) fehlt, ist eine Strategie, ihre bisherigen Popularitäts- und Wahlgewinne auch in politischen Einfluß umzusetzen. Sie haben es hierbei sehr viel schwerer als die traditionellen Parteien, deren Anhängerschaft an Kompromisse gewöhnt und von fast unterschütterlichem „Vertrauen in die Führung“ besetzt ist. Grüne Parlamentäre genießen weniger Führungsautonomie. Doch die Grünen müssen gerade wegen ihres ökologischen Impetus auf raschen Einfluß hinwirken. Die aktuelle Wirtschaftskrise setzt jedoch rigide Ausgangsbedingungen: um eine Antwort auf die Arbeitslosigkeit zu geben, die mehr ist als die ja weit über den Einzugsbereich der Grünen hinaus akzeptierte Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, müssen – mindestens – folgende Probleme in ein geschlossenes Lösungskonzept einbezogen werden:

- Finanzierung der Umweltpolitik, der sozialen Sicherungssysteme und der Hilfe für die Dritte Welt;
- Berücksichtigung der hohen außenwirtschaftlichen Abhängigkeit der bundesdeutschen Wirtschaft;
- Verträglichkeit basisdemokratischer Vorstellungen mit den weitreichenden Eingriffen, die die Grünen in das Konsumverhalten befrworten; geht es doch nicht nur um Verminderung unproduktiver Wegwerf- und Verschleißproduktion, sondern auch um Veränderungen im Wohnungsbau, den Verkehrssystemen, dem Verhältnis von Individual- und Sozialkonsum.

Was zu diesen Punkten von „grünen Autoren“ geschrieben wurde, liegt oft gar nicht so weit weg von den auch außerhalb der grünen Partei entwickelten Analysen: stärkere Einkommensnivellierungen, vor allem Abbau von steuerlichen Privilegien, die die Steuerprogression aushöhlen; Subventionsabbau; Beeinflussung von Investitionen nach Maßgabe gesellschaftlicher Bedürfnisse statt reiner Profitorientierung; Reduzierung der außenwirtschaftlichen Abhängigkeit auf ein durch binnenwirtschaftliche Instrumente handhabbares Ausmaß; Beschränkung der

Konzentration auf das ökonomisch-technisch notwendige Maß – also auch hier gesellschaftliche Bedarfsdeckung gegen Profitprinzip; steuerliche Belastungen und Auflagen gegen Produkte und Produktionen, die umweltschädlich, ressourcenverschwendend und/oder gesundheitsgefährdend sind. Die Liste ließe sich fortführen. Sie mag jedoch genügen, um zu verdeutlichen, daß das wirtschaftspolitische Denken von Grünen nicht so sehr durch die Neuartigkeit der Ideen, sondern durch die Rigorosität, mit der sie vertreten werden, gekennzeichnet ist.

Diese Rigorosität spiegelt einen Ernst wider, den die grünen Wähler offenbar bei anderen Parteien vermissen, wenn es um die Bewältigung der skizzierten Probleme geht. Die Grünen werden ihre Rigorosität jedoch mit handlungsreifen Vorschlägen unterfüttern müssen. Es genügt noch nicht, daß einzelne Leute und Gruppen Vernünftiges auf die Frage zu sagen wissen, was getan werden soll, sondern die grüne Partei muß zu einem inneren Konsens finden. Gelingt ihr das nicht (bald), so laufen vielleicht nicht die Wähler davon, wohl aber die Zeit.

Der interne Diskussionsprozeß über die grüne Wirtschaftspolitik ist schwieriger als in anderen Parteien, – weil die Grünen getreu ihrem basisdemokratischen Verständnis weniger als andere an Experten und Autoritäten glauben. In der Wirtschaftspolitik hat man bekanntlich eine recht undurchsichtige Materie vor sich. Die herkömmlichen Parteien lösen dieses Problem meist dadurch, daß die jeweilige parteiinterne Mehrheitsfraktion die Formulierung der Wirtschaftspolitik einigen ökonomischen Gurus überträgt, die um so breitere Zustimmung finden, je besser ihr Marketing ist. Auf diese Weise können sich dann sogar im reichsten Land der Welt, den USA, lokale Hungersnöte ereignen, ohne daß sich an der Wirtschafts- und Sozialpolitik etwas ändert.

Hätten die Grünen einen oder einige wirtschaftspolitische Gurus, gälten sie in diesem Punkt sicher als „zuverlässig“ und „berechenbar“, wenn deshalb auch noch nicht als akzeptabel. Sie haben jedoch keine Gurus; also müssen sie das Experiment vorerzieren, aus einer Fülle ökonomisch vernünftiger und weniger vernünftiger Diskussionsvorlagen ein wirtschaftspolitisches Programm zu destillieren, auf das sich alle Grünen verpflichtet fühlen können. Ungewis ist, wann solch ein Programm vorliegen wird; gewisser ist schon, daß der den Grünen eigene Rigorismus dafür sorgen wird, daß die Diskrepanz zwischen grünem Programm und grüner Wirtschaftspolitik sehr viel geringer ist als bei den großen und kleinen Parteien, die bisher das Sagen haben/hatten.

Dualwirtschaft

Die bisher behandelten Ausblicke auf die grüne Wirtschaftspolitik zeigten, daß sich durchaus Analogien und Identitäten mit herkömmlichen Reformvorstellungen ergeben. Ein eigenständiges Konzept der Alternativbewegung liegt jedoch mit der sogenannten „Dualwirtschaft“ vor. Es handelt sich um die Entfaltung eines arbeitsintensiven Sektors, in dem Selbstorganisation, Eigeninitiative und bedürfnisorientierte Kleinproduktion qualitativ neue Produktionsverhältnisse schaffen. In den vergangenen Jahren entfaltete sich dieser Wirtschaftsbereich spontan – anschauliches Beispiel: Berliner Netzwerk –, ohne daß die offizielle Wirtschaftspolitik und -theorie bisher viel damit anzufangen wußte. Inzwischen liegen jedoch nicht nur praktische Erfahrungen vor, sondern auch theoretisch fundierte Analysen zur Integrationsmöglichkeit jenes „autonomen“ Wirtschaftssektors mit dem dominierenden traditionellen Bereich, in dem „heteronom“ gewirtschaftet wird. So wurde beispielsweise von Gretschmann/Koltz (Leviathan, 2/82) klargestellt, daß und wie eine kreislauftheoretisch einwandfreie Kopplung der beiden Sektoren zu sehen ist und daß gerade unter den Bedingungen hoher Arbeitslosigkeit eine „Subventionierung“ des autonomen Sektors unter zweifachem Aspekt auch der Belebung des traditionellen Produktionsbereichs dienen kann: erstens sind im autonomen Sektor Nachfragepotentiale aktivierbar, die – durchaus im Einklang mit der „Selbständigkeitsideologie“ – arbeitsplatzschaffende Kleininvestitionen umfassen; zweitens entlastet die im autonomen Sektor mögliche Beschäftigungsexpansion den traditionellen Sektor von Soziallasten. Hierbei dürfte die Verminderung bzw. Vermeidung von psychischen und sozialen Langzeitschäden der Arbeitslosigkeit noch stärker zu Buche schlagen als die kurzfristigen Einsparungen an Transferzahlungen.

Niedrigere Arbeitsproduktivität und relativ niedriges Einkommen im autonomen Sektor – bei u. U. recht langer Arbeitszeit – führten zu der Interpretation, es handle sich bei der autonomen Tätigkeit um eine Art „Selbstausbeutung“. Abgesehen davon, daß solche Urteile wohl etwas vorschnell ohne Berücksichtigung des geringeren Arbeitsdrucks und der größeren Arbeitsfreude im autonomen Sektor gefällt werden, macht es doch einen fundamentalen Unterschied, ob jemand *sich selbst* zu arbeitsintensiver Leistung bestimmt oder ob er/sie fremder Anwendung unterliegt. Viele kleine Landwirte, bei denen vom Subventionssegen nur wenig ankommt, werden das bestätigen können.



UMWELTPOLITIK

Volker Hauff: Wege zum Gleichgewicht von Ökonomie und Ökologie

Der Diplomvolkswirt Volker Hauff, Jahrgang 1940, war 1978–1980 Bundesminister für Forschung und Technologie und von 1980 bis 1982 Bundesminister für Verkehr. Hauff, der dem Bundestag seit 1969 angehört, ist Vorsitzender der Kommission „Umweltschutz und Ökologie“ beim SPD-Parteivorstand.

I

Mir ist in den letzten Monaten aufgefallen, daß in keinem anderen Land der Welt der beunruhigende Umweltbericht „Global 2000“ eine solche Auflage und öffentliche Beachtung gefunden hat, wie in der Bundesrepublik. Diese Tatsache steht in einem bemerkenswerten Gegensatz zu der Behandlung des Themas Ökonomie und Ökologie durch die politischen Parteien. Die CDU/CSU hält das Ganze für ein Thema, das die Marktwirtschaft schon lösen wird. Die Grünen behandeln das Thema mit dem Monopolanspruch, als einzige die wesentlichen Probleme erkannt zu haben und freuen sich oft über ihre schönen und naiven Antworten. Und der SPD gelang es in der Regierungsverantwortung viel zu wenig, sich auch die Vitalität in der Auseinandersetzung mit neuen Fragen zu erhalten.

Diese Situation ist sicher auch Folge und Ausdruck der politischen Kultur in der Bundesrepublik. Aber ich will mich damit nicht abfinden. Es ist an der Zeit, sich an die programmatische Arbeit zu machen.

Kein ernsthafter Mensch kann bezweifeln, daß die Industriegesellschaften in einer ökologischen Krise stecken. Die Wachstumswirtschaft der Industrieländer in Ost und West behandelt die natürlichen Lebensgrundlagen als fast beliebig belastbar, obwohl die Grenzen des Erträglichen oft überschritten werden. Vergiftete Fische, Seveso, Harrisburg, Tankerunfälle, mit Blei vergiftete Kinderspielplätze, das Sterben der Wälder, die Verkarstung ehemals fruchtbarer Landschaften – dies sind nur einige Stichworte

für die besorgniserregende Ausbeutung der Natur durch den Menschen. Die Folgen für das Leben: Schon heute steigt in den wohlhabenden Industrieländern die Lebenserwartung der Erwachsenen nicht mehr, die Zahl der Krebskrankungen, vor allem bei Kindern, erhöht sich laufend, und die Zahl der Tier- und Pflanzenarten, die noch überleben können, wird ständig kleiner. Kommt es nicht zu einer deutlichen Kurskorrektur, so werden die natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen zerstört. Um es mit einem Wort von Jochen Vogel zu sagen: Der „Friede mit der Natur“ ist bedroht.

II

In dieser Situation fliehen die Konservativen aus der Komplexität. Sie suchen Zuflucht bei einfachen Antworten: Die Ökonomie sei in einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit das Wichtigere und deswegen müsse der Umweltschutz in den Hintergrund treten. Weniger Staat, weniger Vorschriften, weniger Umweltschutz und mehr freie Entfaltung der Wirtschaft sei das Gebot der Stunde; Arbeitsplätze sind wichtiger als Ökologie. Oder wie es Innenminister Zimmermann etwas verschleierte formuliert hat: „Nur eine funktionierende Ökonomie macht Ökologie überhaupt möglich.“ Die Konsequenz ist klar: Alles, was wirtschaftlichen Interessen nutzt, ist gut. Alles, was wirtschaftlichen Interessen zuwiderläuft, ist schlecht.

Auf der anderen Seite stehen die dogmatischen Ökologen mit ihrer Forderung: „Ökologie hat Vorrang vor Ökonomie.“ Bei den Überlebensfragen der Menschheit darf es – so wird argumentiert – keine Kompromisse geben. Jedenfalls nicht aus wirtschaftlichen Gründen. Rudolf Bahro und seine Öko-Sozialisten gehen sogar soweit, ernsthaft zu behaupten, es müsse, was die Arbeitslosigkeit angeht, noch viel schlimmer kommen, damit die Wende zum Besseren, zum Öko-Sozialismus sich durchsetzen läßt.

Beide Antworten – die konservative und die öko-sozialistische – verkennen die Komplexität des Problems und kommen deswegen zu einem falschen Ergebnis. Ihre Vorschläge führen in eine Sackgasse. Es bleibt richtig, was Helmut Schmidt 1980 in seiner Regierungserklärung gesagt hat: „Ökonomen und Ökologen sollten sich jetzt in der Zielsetzung einigen: Eine Produktion anzustreben, die mit Rohstoffen und Energien sparsam umgeht und welche die Umwelt möglichst wenig belastet. Wir brauchen zugleich neue Arbeitsplätze und zugleich Schutz für unsere Umwelt. Wir brauchen beides.“ Für Sozialdemokraten sind Ökonomie und Ökologie gleichgewichtig; Aufgabe unserer praktischen Politik ist es,

jene Schritte herauszufinden, die zum Gleichgewicht zwischen beiden hinführen. Dabei gilt: Vorbeugen ist besser als heilen.

III

Vor mehr als zwei Jahrzehnten haben Sozialdemokraten mit Willy Brandt im Bundestagswahlkampf 1961 gefordert: „Der Himmel über der Ruhr muß wieder blau werden.“ Das war der Anfang der Umweltschutzpolitik in unserem Land. In den letzten 13 Jahren hat die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung gegen massiven Widerstand die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen zu einem Kernstück ihrer Politik der inneren Reformen gemacht. Wir haben wichtige Gesetze durchgesetzt. Mit dem Benzin-Blei-Gesetz (1971) ist es gelungen, den Bleigehalt in der Luft in den Großstädten um 65% zu verringern. Mit dem Bundesimmissionsgesetz (1970) ist es gelungen, die Staub- und Rußbelastung um über 50% zu verringern. Mit dem Abfallbeseitigungsgesetz (1975) ist es gelungen, die Zahl der Mülldeponien drastisch zu verringern. Mit dem Abwasserabgabengesetz (1976) haben wir dafür gesorgt, daß der Anteil der Abwasser, der vollbiologisch gereinigt wird, um 35% auf 65% erhöht wurde. Das sind erkennbare Einzelerfolge. Auch im institutionellen Bereich gab es Fortschritte: die Einrichtung des Sachverständigenrates für Umweltschutz, die Errichtung des Umweltbundesamtes und die Schaffung der Umweltministerkonferenz von Bund und Ländern.

Wir können jedoch bei dem Erreichten nicht stehenbleiben, denn die fortdauernde Belastung der Luft, der Flüsse und Seen, des Grundwassers und des Bodens gefährden die menschliche Gesundheit; sie bedrohen den Bestand unserer Wälder; zahlreiche Tier- und Pflanzenarten sind bereits ausgerottet. Die sozialliberale Regierungskoalition hat deshalb am 1. September 1981 die Eckwerte für ein ökologisches Schwerpunktprogramm beschlossen. Die von der CDU/CSU geführte Rechtsregierung will auch auf diesem Gebiet die Wende. Der Umweltschutz wird zur Nebensache.

IV

Um unsere Vorstellungen zum Umwelt- und Naturschutz gegen Widerstände durchsetzen zu können, brauchen wir eine breite politische Zustimmung und Unterstützung. Das kann nur gelingen mit einer großen politischen Kraft, die gleichzeitig die Interessen der Bevölkerungsmehrheit an gesicherten Arbeitsplätzen und sozialer Sicherheit repräsentiert.

Ohne das Bündnis aus Sozialdemokratie und Gewerkschaften ist ein solcher Prozeß nicht denkbar. Ökologische, ökonomische und gesellschaftspolitische Ziele sind für Sozialdemokraten gleichrangig.

Es gibt auch keinen prinzipiellen Gegensatz zwischen Arbeitsplatzsicherung und Umweltschutz. Aber es gibt Konflikte. Sehr häufig läßt sich jedoch zeigen, daß ökologisch schädliche Arbeitsplätze nur deswegen betriebswirtschaftlich vorteilhaft sind, weil die negativen Auswirkungen – beispielsweise Krankheit – nicht vom einzelnen Unternehmen zu tragen sind. Hier gibt es so etwas wie eine Sozialisierung der Schäden, bei einer Privatisierung der Vorteile einer industriellen Produktion. Sozialisierung der Schäden kann beispielsweise bedeuten: Abwälzung der Lasten auf die Solidargemeinschaft der Kranken- und Rentenversicherung oder etwa die Sanierung einer schädlichen Entwicklung durch öffentliche Finanzhilfe. In allen diesen Fällen wird eine bestimmte Produktion also nicht mit den echten Kosten belastet; die Kosten sind aber vorhanden, sie müssen von der Volkswirtschaft getragen werden. Insofern ist eine rein betriebswirtschaftliche Betrachtung des Problems oft irreführend.

Im übrigen schaffen Umweltinvestitionen oft direkt neue Arbeitsplätze: Beispielsweise bei Kläranlagen für Gemeinden, bei Filteranlagen für Kraftwerke, beim Aufbau von Rohstoffkreisläufen in der Industrie oder beim Bau von umweltfreundlichen Heizsystemen für Privathaushalte. Und mit unserem Beschäftigungsprogramm dienen wir auch dem Umweltschutz, etwa bei der Verbesserung der Wohnumwelt, durch den Ausbau der Fernwärme und der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse (öffentlicher Personennahverkehr, Verkehrsberuhigung, Radwege).

Es läßt sich immer weniger bestreiten: Nur ökologisch vernünftige Arbeitsplätze sind auch wirklich zukunftssichere Arbeitsplätze. In den letzten 10 Jahren sind in unserem Land für Umweltschutz rund 120 Milliarden Mark aufgewendet worden. Man schätzt die Zahl der auf diesem Gebiet tätigen Unternehmen auf etwa 1100 mit insgesamt 450 000 Beschäftigten. In aller Regel sind das hochqualifizierte und zukunftsorientierte Arbeitsplätze. Der Umsatz dieser „Öko-Industrie“ in der Bundesrepublik wird für 1982 auf rund 28-Milliarden Mark geschätzt; der Exportanteil liegt bei über 8 Milliarden Mark.

V

Nicht alle praktischen Lösungen in der Umweltpolitik werden sofort durchsetzbar sein. Auch innerhalb

der SPD gibt es unterschiedliche Auffassungen über den Stellenwert der Umweltpolitik. Deswegen ist der Dialog mit den gesellschaftlichen Gruppen so wichtig: den Gewerkschaften, den Umweltschutzverbänden, den Bürgerinitiativen, der Industrie und auch mit den Kirchen. Es geht darum, die vorhandene soziale Stabilität zu sichern und in Einklang zu bringen mit den ökologischen Notwendigkeiten. Es läßt sich zeigen, daß mehr Umweltschutz für die arbeitenden Menschen den größten Gewinn bringt, weil sie vom Lärm, Gestank und Abgasen meist stärker betroffen sind. Dieser Zusammenhang hat sich aber noch nicht überall herumgesprochen. Deswegen muß unser Werben um Vertrauen in eine ökologisch verantwortliche Politik vor allem bei den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften ansetzen. Sie sind die wichtigste politische Basis für eine auf Veränderung drängende Umweltpolitik.

Der Versuch, Umweltziele nur von der politischen Basis, einzelnen Gruppen oder Bürgerinitiativen anzugehen, kann nicht eine grundlegende Änderung der heute vorhandenen Dynamik des Produzierens und Konsumierens erreichen; dieser Versuch reicht allenfalls zur Verhinderung einzelner Projekte. Von Fall zu Fall können solche Initiativen durchaus Bündnispartner sein. Wenn andere glauben, zur Lösung der Umweltprobleme müsse das Prinzip demokratischer Meinungsbildung partiell aufgegeben werden, weil man über die Fragen des Überlebens der Menschheit nicht abstimmen könne, so ist damit das Feld der Gemeinsamkeit mit Sozialdemokraten verlassen. Mehr noch: sie müssen mit unserem entschlossenen Widerstand rechnen.

VI

Wir Sozialdemokraten wollen auch in der Umweltpolitik eine Partei der Hoffnung sein. Keiner blinden und naiven Hoffnung. Wohl aber einer realistischen Zuversicht, die von wirklichkeitsnahen Orientierungspunkten ausgeht. Solche Orientierungspunkte müssen in allen Politikbereichen erarbeitet werden. Nur ein schrittweises Vorgehen hilft weiter. Grundsatzbekenntnisse gibt es im Überfluß. Besserwisseri und Indoktrination ist nicht unsere Sache, wohl aber Richtungsangabe und Wegweisung. Wenn es schon keine Wege aus der Gefahr gibt, so suchen wir doch jene Wege in der Gefahr, die uns dem Ziel näherbringen. Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen Ökonomie und Ökologie – das gilt für die Maßnahmen in unserem eigenen Land. Sie müssen eingebettet sein in ein Netz von internationalen Absprachen und Verträgen.

Klaus Michael Meyer-Abich: Kurskorrektur in der politischen Wahrnehmung der Natur Umwelt- und Energiepolitik im Wahlprogramm 1983 der SPD

Klaus Michael Meyer-Abich ist Professor für Naturphilosophie und Leiter der AG Umwelt, Gesellschaft, Energie (AUGE) der Universität Essen. Außerdem ist er persönlicher Berater von Hans-Jochen Vogel in Fragen der Umwelt-, Energie-, Forschungs- und Technologiepolitik.

Eine politische Haltung bewährt sich über eine akute Problemlage hinaus daran, daß bestimmte Maximen durchgehalten werden, auch wenn die Anlässe zum politischen Handeln sich wandeln. Diese Maximen oder Maßstäbe sind in der Sozialdemokratie nach meinem Verständnis vor allem Solidarität und Gerechtigkeit. Aus Gründen der mitmenschlichen Solidarität und sozialen Gerechtigkeit durfte in den Anfängen der Sozialdemokratie die Ausbeutung von Menschen durch Menschen politisch nicht hingenommen werden. Inzwischen ist diese Form der Ausbeutung in der Bundesrepublik im wesentlichen überwunden. Andere Formen der Ausbeutung aber sind an ihre Stelle getreten oder sind noch nicht überwunden. Dies ist einerseits die Ausbeutung anderer Länder, vor allem im Nord-Süd-Verhältnis, andererseits die unserer natürlichen Mitwelt durch die Industriegesellschaften. Auch hier Solidarität und Gerechtigkeit zu üben und dadurch über den rechtsstaatlichen inneren Frieden hinaus den *Frieden mit der Natur* zu suchen, sind wir nunmehr aufgerufen.

Daß es eine politische Wirklichkeit der Natur gibt, auf die wir also in unserem politischen Handeln Rücksicht zu nehmen haben, ist durch die Wahrnehmung der Umweltprobleme und der natürlichen Grenzen des wirtschaftlichen Wachstums in den 70er Jahren einer breiten Öffentlichkeit deutlich geworden. Die SPD hat mit Willy Brandts „blauem Himmel über der Ruhr“ als erste deutsche Partei bereits 1961 eine umweltpolitische Forderung unter die zentralen Aussagen ihres Wahlprogramms aufgenommen. War in dieser Weitsichtigkeit damals noch nicht gegen die Konsum-Solidarität der Nachkriegsgesellschaft anzukommen, so erhielt die Umweltpolitik in der sozialliberalen Koalition Anfang der 70er Jahre erstmals ein eigenes Gewicht. Etliche gute Gesetze sind seitdem beschlossen worden. Die Erfolge in Teilbereichen dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß damit lediglich ein Anfang gemacht

sein kann und daß es auch in den letzten Jahren noch zu weiteren Verschlechterungen der Umweltqualität gekommen ist.

In einem Beschluß des Berliner Parteitags der SPD von 1979 heißt es dementsprechend: „Die SPD ist sich trotz unbestreitbarer Erfolge in Teilbereichen der Umweltpolitik der Versäumnisse der Vergangenheit bewußt und betont daher die Notwendigkeit und Dringlichkeit eines konsequenten Schutzes der natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen. [...] Dabei reicht es keineswegs aus, die Arbeit im Rahmen der herkömmlichen Umweltschutzkonzeption zu intensivieren. Vielmehr muß die Politik in allen Bereichen nach ökologischen Maßstäben überprüft und ggf. korrigiert werden.“ Eine daraufhin innerhalb der Partei gebildete Kommission hat im November 1981 nach sorgfältiger Überprüfung der verschiedenen Politikbereiche 62 „Ökologiepolitische Orientierungen“ der SPD (s. a. NG 1/82) beschlossen, die nun wesentlich zum neuen Wahlprogramm beigetragen haben. Ein Fazit ist auch hier: „Kommt es nicht zu einer deutlicheren Kurskorrektur, so werden die natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen zerstört.“

Daß der erforderlichen Kurskorrektur im Entwurf des neuen Wahlprogramms durch die Antragskommission zum Bundesparteitag der SPD 1983 Raum gegeben wird, zeigt sich äußerlich bereits daran, daß der Umwelt- und Energiepolitik unter der Zielbestimmung: *Den Frieden mit der Natur suchen und die Umwelt erhalten*, nun erstmals ein eigener Hauptabschnitt gewidmet ist. Frieden mit der Natur soll heißen, „daß neben der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft auch der Ausbeutung der Natur ein Ende gemacht wird“. So wie für die gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse der innere Frieden in Gestalt des sozialen Rechtsstaats gefunden ist, soll auch der menschlichen Herrschaft in der Natur eine neue Ordnung gegeben werden. Solidarität und Gerechtigkeit würden dadurch in einer neuen Form, welche der Gefährdung der Lebensbedingungen angemessen ist, zum Maßstab eines zukunftsbezogenen politischen Handelns. Wirtschafts- und beschäftigungspolitisch kann auf diese Weise zugleich die Chance ergriffen werden, in diejenige Richtung, in welcher industriewirtschaftliche Entwicklungen auch heute noch wirkliche Fortschritte sein können, anderen voranzugehen.

Ich hebe dreizehn politische Zielvorstellungen hervor, die im Entwurf des Wahlprogramms besonders bemerkenswert und wichtig sind:

(1) Die Ziele der Umweltpolitik sollen als eine bestimmende Vorgabe zum Maßstab für die anderen

Politikbereiche gemacht werden. Die Lebensgrundlagen dürfen nicht einem blinden Glauben an das Wachstum und die Selbstheilungskräfte des Marktes geopfert werden.

(2) Technisch-wissenschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen müssen umweltverträglich und sozialverträglich sein. Die verantwortungsvolle Frage nach dem Verhältnis von Nutzen und Schaden, nach der Verträglichkeit für die menschliche Gesellschaft und für die Natur muß Forschungsvorhaben schon in einem frühen Stadium begleiten.

(3) Die Bürger müssen an Entscheidungen über umweltverändernde Vorhaben beteiligt werden, bevor diese Entscheidungen gefallen sind. Dazu gehören die Einbeziehung von Wissenschaftlern mit kontroversen Ausgangspositionen und die Ermöglichung der Verbandsklage.

(4) Durch die Umweltverträglichkeitsprüfung sollen ökologiepolitische Ziele sowohl bei öffentlichen als auch bei privaten Investitionen zur Geltung gebracht werden.

(5) Gegen das Waldsterben sollen zunächst eine neue Großfeuerungsanlagenverordnung (nach dem Beschluß der sozialliberalen Koalition vom 1. September 1982) erlassen und neue Technologien zur Kohleverbrennung verstärkt gefördert werden. Weitere Schritte sind noch nicht festgelegt, sollten aber in der Konsequenz dieser Politik liegen.

(6) Die deutschen Flüsse und Seen sollen bis zum Ende dieses Jahrzehnts wieder sauber sein. Das Wattenmeer soll geschützt und der Verschmutzung von Nord- und Ostsee Einhalt geboten werden.

(7) Der Schutz vor gesundheitsschädlichen Chemikalien soll verstärkt werden, insbesondere durch ein Programm zur Förderung gesunder Lebensmittel, z. B. im ökologischen Landbau.

(8) Zur Rettung der Kulturlandschaft soll dem Ausräumen der Landschaft und der Kanalisierung der Gewässer ein Ende gemacht werden. Die Landwirtschaft soll endlich wieder der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen dienen, der Bau des Rhein-Main-Donau-Kanals abgebrochen werden.

(9) In der Bundesregierung sollen die umweltpolitischen Ressortzuständigkeiten (insbesondere für den Natur-, Tier- und Pflanzenschutz) dahingehend neu geordnet werden, daß politische Konflikte auch auf einer politischen Ebene offen zum Austrag kommen.

(10) Die Nutzung der Energiequelle Energieeinsparung und der Sonnenenergie (erneuerbare Energieträger und passive Nutzung) soll gemäß den 62 Empfehlungen der Enquête-Kommission des 8. Deutschen Bundestags forciert werden.

(11) der heimischen Kohle wird sowohl in der Wärmeversorgung als auch in der Stromerzeugung die Priorität vor der Kernenergie gegeben. Die Kohle soll vor allem durch Kraft-Wärme-Kopplung und durch Fernwärme genutzt, die gegenwärtige Förderkapazität keinesfalls unterschritten werden.

(12) Kernenergie aus Leichtwasserreaktoren soll, wenn die Entsorgung gesichert wird, nachrangig zur Kohle weiterhin begrenzt genutzt werden können, wenn gleichzeitig alles geschieht, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß langfristig auf die Kernenergie verzichtet werden kann.

(13) Für die Entwicklung des – zur Plutoniumwirtschaft führenden – Schnellen Brütters sollen keine weiteren öffentlichen Mittel zur Verfügung gestellt, d. h. die Brüterentwicklung soll abgebrochen werden (so daß auch auf Wiederaufbereitungsanlagen verzichtet werden kann).

Wenn alle diese Ziele politische Geltung finden und verwirklicht werden, braucht die deutsche Sozialdemokratie sich wohl endgültig nicht mehr vorhalten zu lassen, sie vernachlässige neben der menschlichen Arbeit die Natur als gleichrangige Quelle unseres Wohlstands. War dies noch Marx' Kritik des Gothaer Programms der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (1875) – die er selbst freilich mindestens gleichermaßen verdiente –, so führt rückblickend doch ein gerader Weg bis zum heutigen Programm, „daß neben der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft auch der Ausbeutung der Natur ein Ende gemacht wird. Wir wollen den Frieden mit der Natur suchen und die Umwelt erhalten“.

Politiker neigen allerdings dazu, das, was sein *soll*, in der Form zu beschwören, daß es nicht anders sein *könne*. So beginnen die ökologiepolitischen Orientierungen der SPD mit dem Satz: „Umweltpolitik kann nicht mehr isoliert betrieben werden.“ Dies ist leider nicht richtig. Es ist ein unverändert möglicher politischer Fehler, den Frieden mit der Natur weiterhin *keine* bestimmende Vorgabe für alle Politikbereiche sein zu lassen. Auch die aufgezählten Zielvorstellungen des Wahlprogramms 1983 der SPD sind nur so notwendig wie vernünftig und werden unter den politischen Fatalitäten des Alltags schwer genug durchzuhalten sein. Trotzdem ist es ein großer Fortschritt, wenn das Richtige immerhin so verbindlich gewollt wird, daß die kleinen Schritte, in denen Politik sich vollzieht, jederzeit daran gemessen werden können, ob sie die richtigen (kleinen) Schritte sind und ob sie auch nicht zu klein geraten sind.

Wie das ökologiepolitische Wahlprogramm der SPD nach meiner Empfehlung in einigen Bereichen

näher ausgelegt und insgesamt weiterentwickelt werden sollte, ist den nachstehenden 24 Thesen zu entnehmen, die als mein Rat an Hans-Jochen Vogel dem vorliegenden Entwurf vorangegangen und darin nur teilweise berücksichtigt sind.

24 Thesen zur Ökopolitik

Ökonomie und Ökologie kommen darin überein, daß es in beiden um den Oikos oder die Lebensbedingungen im Naturzusammenhang geht. Wenn der Frieden mit der Natur ein allgemeines Ziel der Politik werden soll, bedarf es über Umweltpolitik, Energiepolitik, Forschungs- bzw. Technologiepolitik hinaus einer Fortsetzung auf andere Politikbereiche.

Neun Thesen zur Orientierung der Umweltpolitik

1. Der innere Frieden ist in der Bundesrepublik und in einigen anderen Ländern durch den Rechtsstaat gewährleistet. Die Überwindung des Fehderechts durch die Einrichtung des Rechtsstaats war eine der größten politischen Errungenschaften in der Kulturgeschichte der Menschheit. Für den internationalen Frieden steht die entsprechende Errungenschaft leider aus. Noch weiter entfernt sind wir von dem *Frieden mit der Natur*. Um ihm näher zu kommen, sind heute zunächst die von den neuen sozialen Bewegungen aufgeworfenen *Fragen* anzuerkennen, denen die herrschende Politik bisher nicht hinreichend gerecht geworden ist. Sodann ist nach *Antworten* zu suchen, die sich auch in der politischen Erfahrung bewähren können.

2. Wir verhalten uns gegenüber der Natur wie ein absolutistischer Herrscher. Auch als Krone der Schöpfung ist der Mensch jedoch ein Teil der Schöpfung und krönt nicht nur sich selber. So wie die gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse durch den Rechtsstaat verfassungsmäßig geregelt sind (innerer Frieden), damit Macht nicht mißbraucht wird, bedarf auch die Ausübung menschlicher Herrschaft in der Natur einer entsprechenden Ordnung (Frieden mit der Natur). Welcher Ordnung unsere Machtausübung in der Natur zu unterwerfen ist, beruht sich daran, daß *wir als ein Teil der Schöpfung das Interesse des Ganzen stellvertretend zu wahren haben*. Vom Ganzen aus gesehen, ist unsere natürliche Mitwelt nicht nur im menschlichen Interesse, sondern auch in ihrem *Eigenrecht* nur als Teil der Schöpfung zu respektieren. Dies bedeutet nicht, daß Belastungsgrenzwerte grundsätzlich auf die empfindlichste Species Rücksicht zu nehmen haben. Es bedeutet aber, daß außer den menschlichen Interessen auch die der natürlichen Mitwelt in den gewissenhaften Abwägungspro-

zess einzubeziehen sind (Rechtfertigungspflicht). Dies sollte in Form einer Staatszielbestimmung auch grundgesetzlich festgehalten werden.

3. Der Frieden mit der Natur ist im Nachkriegswachstum dem sozialen Frieden geopfert worden (Konfliktlösung durch Wachstum auf Kosten der Natur). Heute zeigt sich, daß weder dem Gemeinwohl noch z. B. Arbeitnehmerinteressen gedient ist, wenn der soziale Frieden und der Frieden mit der Natur gegeneinander aufgerechnet werden. Auch historisch stehen Umwelt- und Naturschutz in einer Kontinuität mit den Bestrebungen zur Verbesserung der Arbeitswelt (z. B. Lärmschutz). Die Umweltzerstörung ist nur das akuteste Beispiel dafür, daß einzelwirtschaftliche Interessen nicht von selbst und unter allen Umständen dem Gemeinwohl dienen. In den letzten hundert Jahren war in den Industrieländern vor allem die menschliche Arbeit *vor Ausbeutung zu schützen*. Heute ist es *die natürliche Mitwelt des Menschen*. „Die endgültig manifestierte Natur liegt nicht anders als die endgültig manifestierte Geschichte im Horizont der Zukunft“ (Bloch, Prinzip Hoffnung).

4. Arbeitsschutz und Umwelt- bzw. Naturschutz verbinden sich heute auch darin, daß die herkömmliche Wirtschaftsentwicklung mittlerweile sowohl Arbeitsplätze vernichtet als auch die natürlichen Lebensgrundlagen zerstört. Wir suchen eine Reorientierung der industriewirtschaftlichen Entwicklung zu einer Vollbeschäftigung mit sinnvollen Aufgaben auf einem höheren Niveau der technischen Entwicklung. Eine umweltzerstörende Technik ist schlechte Technik. Die menschlichen Bedürfnisse in Bezug auf die Natur sollen dabei von vornherein im Naturzusammenhang des menschlichen Lebens geltend gemacht werden, nicht erst durch nachträgliche Umweltschutzmaßnahmen. Auf diese Weise ergeben sich *nicht nur direkte, sondern auch indirekte Beschäftigungseffekte* für eine umweltverträgliche, moderne industrielle Wirtschaft.

5. Die Umweltpolitik der 70er Jahre hat, teilweise unterstützt durch den wirtschaftlichen Strukturwandel, zu einzelnen Verbesserungen der Umweltqualität geführt und in manchen Bereichen immerhin Verschlechterungen verhindert. Damit ist ein guter Anfang gemacht. Eine nachhaltige Wende im industriewirtschaftlichen Verhältnis zur Natur steht jedoch noch aus; z. B. liegt die Beweispflicht immer noch viel zu sehr beim Nachweis der Schädlichkeit von Umweltbeeinflussungen statt beim Nachweis ihrer Unschädlichkeit.

Erforderlich ist ein Aktionsprogramm mit den folgenden Schwerpunkten:

- Reinhaltung der Luft in den Ballungsräumen und außerhalb der Ballungsräume zur Verhinderung des Waldsterbens (verschärfte Emissionsauflagen auch für alle Altanlagen);
- ökologische Gesundung des Bodens (neue Ziele für eine umweltverträgliche Landwirtschaft);
- ökologische Gesundung der Flüsse und Seen;
- ökologische Gesundung von Nord- und Ostsee, vordringlich des Wattenmeers;
- Erneuerung der Artenvielfalt und Verschärfung des Tierschutzes;
- Erhaltung und Erneuerung der Kulturlandschaft.

Die Gründe der bisherigen Fehlentwicklung liegen zum Teil in einem Voltzugsdefizit der bestehenden Gesetze und Verordnungen, im wesentlichen aber darin, daß Umweltschutz und Frieden mit der Natur von unserem politischen System noch nicht hinreichend als Handlungsziele internalisiert worden sind. *Die politische Ordnung der Industriegesellschaft muß mit der Ordnung der Natur in Einklang gebracht werden.*

6. Die beste Umweltpolitik ist jeweils diejenige Ressortpolitik, welche eine ausdrückliche Umweltpolitik überflüssig macht.

▷ In der *Energiapolitik* ist die *Energieeinsparung* die einzige ganz umweltverträgliche Energiequelle. Sie ist weder mit Luftbelastungen noch mit Freileitungen, weder mit klimatischen noch mit Katastrophenrisiken verbunden.

▷ In der *Wirtschaftspolitik* ist die Umweltpolitik eine der Antriebskräfte eines *qualifizierten Wachstums*. Sie schafft nicht nur Arbeitsplätze, sondern gibt diesen auch eine sinnvolle Aufgabe. Eine Mehrheit (44:39:17) der Bevölkerung der Bundesrepublik ist der Meinung: Es wäre schön, wenn man mit der Konstruktion so vieler Maschinen aufhören und zur Natur zurückkehren könnte. Dieses Bedürfnis ist auch dann eine politische Realität, wenn die Mehrheit gleichzeitig weiß, daß die Abschaffung der Technik noch wesentlich größere Probleme mit sich brächte als ihre Beibehaltung. Die zukünftige Aufgabe der industriellen Wirtschaft ist es dementsprechend, die menschlichen Bedürfnisse in Bezug auf die Natur so zu decken, daß die Produkte sowohl den Bedürfnissen gerecht werden als auch einem menschlichen Verhältnis zur Natur entsprechen und im Naturzusammenhang des menschlichen Lebens zu verantworten sind. Da die industrielle Wirtschaft von der Natur lebt und letztlich alle ihre Produkte als Abfall wieder in die Natur zurückgibt, sollte sie z. B. nicht mehr als Einwegwirtschaft, sondern als Kreislaufwirtschaft betrieben werden.

▷ In der *Technologiepolitik* könnten Spitzenpositionen zurückgewonnen werden, wenn Umweltechnik nicht nur als Reinigungstechnik am Ende herkömmlicher technischer Prozesse betrieben, sondern in neue Verfahrensentwicklungen von vornherein internalisiert würde. Der Schutz der Umwelt erfordert neue Technologien auf hohem Niveau.

▷ In der *Verkehrspolitik* hat sich gezeigt, daß die Verkehrsprobleme des Autos (Stauungen etc.) oft besser zu ertragen sind als ihre Lösungen (Luftverpestung, Zerstörung von Stadt und Landschaft). Eine Verkehrspolitik der Verbesserung des *Öffentlichen Personennahverkehrs* und vor allem (als Siedlungspolitik) der *Verminderung von Entfernungen* – so daß (auf neuen Radwegen) mehr radgefahren werden kann – deckt sich mit den Interessen des Umweltschutzes.

So wie z. B. Zunahmen der Verkehrsleistung immer wieder zur Lösung anderweitiger Friktionen in Kauf genommen werden, gibt es jedoch in der Regel Kollisionen zwischen Ressortinteressen und denen der Umweltpolitik.

7. Die Belange des Umwelt- und Naturschutzes sollten generell unabhängig von denen jeder Wirtschaftsförderung wahrgenommen werden. Dazu bedarf es auch institutioneller Trennungen, damit die Interessenkonflikte zwischen unabhängigen und gleichrangigen Ressorts ausgetragen werden können.

Auf Bundesebene z. B. gehören Natur-, Tier- und Artenschutz nicht in das Landwirtschaftsministerium. Die Tierschutzgesetzgebung entspricht der Mitverantwortung des Menschen für das seiner Obhut anheimgegebene Lebewesen (BVG). In den letzten Jahren aber ist es u. a. in der Massentierhaltung, bei wissenschaftlichen Tierversuchen und im Tierhandel zu einer beträchtlichen Steigerung der Tierquälerei gekommen. Die Einrichtung eines *Bundesministeriums für Umwelt und Naturschutz* wäre auf Bundesebene ein Signal dafür, daß dem Umweltinteresse endlich gleichrangig mit wirtschaftlichen und sozialen Interessen Raum gegeben wird. Relativ zu den anderen Ressorts sollten die Kompetenzen des Umweltministers denen des Finanzministers nicht nachstehen, damit der Umweltpolitik hinreichend Nachdruck verliehen wird. Auf lokaler und regionaler Ebene sind gleichermaßen von der Wirtschaftsförderung unabhängige Einbindungen der *Naturschutzbeauftragten* zu suchen.

8. Ein wichtiger Schritt zur gleichberechtigten Wahrnehmung von Umwelt- und Naturschutzinteressen mit wirtschaftlichen und sozialen Interessen ist die *Umweltverträglichkeitsprüfung*. Die Prüfung soll sich auf alle *öffentlichen und privaten* Vorhaben erstreck-

ken, deren Durchführung erhebliche Auswirkungen auf Wasser, Luft, Boden, Klima, Flora, Fauna, Landschaft und die besaute Umwelt (einschließlich des architektonischen Erbes) haben könnte. Entscheidungsgrundlage sind der Istzustand der Umweltqualität oder eine Zielprojektion, die möglichen Auswirkungen des Projekts, die vorgesehenen Umweltschutzmaßnahmen und mögliche Alternativen für das Gesamtprojekt. Die Umweltverträglichkeitsprüfung soll unter Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgen.

9. Im Repräsentativsystem der großen politischen Einheiten und Systeme bedarf die landsmannschaftlich-räumliche Identität des Bürgers oder sein Heimatgefühl einer besonderen Pflege. Umgekehrt trägt die Erhaltung der Vielfalt von Landschaften, Lebensräumen und kulturellen Besonderheiten zur Stabilisierung des Ganzen bei. Eine möglichst weitreichende *Beteiligung der Öffentlichkeit* an regionalen Entwicklungsprogrammen dient der Neubildung gesellschaftlicher Konsense. Geeignete Instrumente sind z. B.:

- die Verbandsklage,
- die Beteiligung von Wissenschaftlern mit kontroversen Ausgangspositionen und
- die öffentliche Kontrolle der örtlichen Umweltqualität (einschließlich der Artenvielfalt) durch die Anwohner (Bürgerbericht zum Stand der Umwelt).

Die Umweltpolitik ist deshalb ein Terrain, auf dem auch gesellschaftspolitische Versäumnisse wiedergutmacht werden können. Wird z. B. die Umweltverträglichkeitsprüfung kein abgekapseltes, industriell-bürokratisches Genehmigungsverfahren, sondern erfolgt sie in ihren politischen Elementen als ein öffentlicher und nicht schon vorentschiedener Verhandlungsprozeß, so könnten aus den bisherigen Vollzugsdefiziten Gewinne im Sinne des Subsidiaritätsprinzips werden.

Zehn Thesen zur Orientierung der Energiepolitik

1. Unsere Energieversorgung wird noch bis weit in das nächste Jahrhundert hinein im wesentlichen auf den fossilen Energieträgern Kohle, Öl und Gas beruhen. In der Bundesrepublik soll der Anteil des Öls in Zukunft noch weiter herabgesetzt und der der Kohle erhöht werden, um die Versorgungssicherheit zu vergrößern. Eine *moderne Kohlepolitik* ist unter diesen Umständen auf der Versorgungsseite die vordringlichste Aufgabe der deutschen Energiepolitik. Der mit einer solchen Politik verbundene Beschäftigungseffekt für den heimischen Kohlebergbau gibt ihr in

der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage eine besondere Aktualität.

2. Es geht nicht an, die politischen Anstrengungen zur Energieversorgung auf Prozentanteile unseres Energiebudgets zum Ersatz fossiler Energieträger zu konzentrieren und darüber die größeren Aufgaben zu vernachlässigen. Die Kohleförderung sollte allenfalls vorübergehend unter das heutige Niveau sinken, so daß die heutigen Kohleförderungskapazitäten für die 90er Jahre erhalten bleiben. Im Interesse einer umweltverträglichen und – auch im Wärmemarkt – effizienten Verwendung bedarf es eines Schwerpunktprogramms zur Verringerung der umweltschädigenden Emissionen und zur *Kohlenutzung in bedarfsnahen Einheiten*, z. B. durch die Wirbelschichttechnologie. Beiderlei Aufgaben sind technologisch lösbar, wenn die Prioritäten in Zukunft entsprechend gesetzt werden.

3. Zur weiteren Verminderung der Ölabhängigkeit und im Interesse einer langfristigen Erhaltung fossiler Energieträger für die Rohstoffnutzung gibt es grundsätzlich *zwei verschiedene Wege*: erstens die Nutzung der Energiequelle Energieeinsparung und der Sonnenenergie, zweitens die Nutzung verschiedener Arten von Kernenergie. Welcher Weg der bessere ist, kann jetzt noch nicht im öffentlichen Konsens entschieden werden. Um in den 90er Jahren eine hinreichend mehrheitsfähige Entscheidung zu ermöglichen, soll in den 80er Jahren (im Sinn der Empfehlung der Enquête-Kommission des 8. Deutschen Bundestags) die Chance einer *fairen Konkurrenz* der beiden Wege im Rahmen einer Energiepolitik gegeben werden, welche von Befürwortern beider Wege mitgetragen werden kann. Eine solche Politik ist bisher nicht versucht worden. Nicht einmal die Existenz der zwei Wege hat bisher eine hinreichende politische Anerkennung gefunden.

4. Welcher der beiden Wege der bessere ist, bemißt sich an den Kriterien der Wirtschaftlichkeit, internationalen Verträglichkeit, Umweltverträglichkeit und Sozialverträglichkeit. Das Problem der *Sozialverträglichkeit* der beiden Wege reicht über die Entscheidung zwischen Energiesystemen hinaus. Die energiepolitische Alternative ist in der öffentlichen Diskussion zur Leitfrage der wirtschafts-, technologie- und umweltpolitischen Orientierung geworden. Energieentscheidungen sind nicht nur Energieentscheidungen. Diese Erweiterung ist sachgemäß, weil Energieeinsparung und Sonnenenergie dazu beitragen, das in unserer industriellen Wirtschaft zur Seite des „harten“ Wegs verlorengegangene Gleichgewicht durch eine gewaltlosere Technik wiederzugewinnen.

Die energiepolitische Entscheidung zwischen den beiden Wegen ist deshalb eine Weichenstellung dafür, wie und wie nicht wir in Zukunft leben möchten. In der energiepolitischen Kontroverse geht es letztlich darum, in welcher Richtung technische Entwicklungen noch Fortschritte im Naturzusammenhang des menschlichen Lebens sind.

5. Im Rahmen der anzustrebenden fairen Konkurrenz verdient die *Energiequelle Energieeinsparung* relativ zu ihrer Unterschätzung in der Vergangenheit eine Priorität vor der Kernenergie. An der Spitze der energiepolitischen Prioritäten stehen dementsprechend die Förderung der Energieeinsparung und der umweltverträglichen Kohlenutzung. Energieeinsparung bedeutet, daß ein bestimmter Bedarf durch neuartige Investitionen oder Technologien und dafür mit weniger Energie – oder durch Sonnenenergie, die auch in unseren Breiten nutzbar ist – gedeckt wird. Durch die Nutzung der Sonnenenergie sind beträchtliche Einsparungen nicht-regenerierbarer Energieträger auch langfristig möglich. Energiesparende Investitionen und Technologien ersetzen also nicht-regenerierbare Energieträger und sind in diesem Sinn eine Energiequelle.

Durch die Nutzung der Energiequelle Energieeinsparung kann die Bundesrepublik auch bei – mit dem strukturellen Wandel – wieder steigendem Wohlstand mit erheblich weniger Energie auskommen als bisher. Energieeinsparung und Sonnenenergie sind außerdem in weiten Grenzen volkswirtschaftlich billiger als ihre Alternativen, haben einen breiteren Beschäftigungseffekt und erfordern weniger staatliche Einmischungen. Sie zu nutzen, ist auch umwelt- und sozialverträglicher als jedes andere Energiesystem und der schnellste Weg zur Verminderung der Ölabhängigkeit.

6. Die Nutzung der Energiequelle Energieeinsparung ist, wie viele Bürger längst entdeckt haben, im Interesse jedes einzelnen. Daß das Energiebudget der Bundesrepublik nicht mehr steigt und die Öleinfuhr erheblich abgenommen hat, ist in erster Linie dem Einsparengagement der Bürger zu verdanken. Der Staat aber kann und sollte diese Entwicklung unterstützen, um einen längerfristigen Effekt zu gewährleisten. Wegweisend sind die 62 Maßnahmen, welche die Enquête-Kommission des 8. Deutschen Bundestags empfohlen hat. Erforderlich sind insbesondere – strukturelle Maßnahmen (z. B. regionale und örtliche Versorgungskonzepte, Fernwärmeversorgung in bedarfsnahen Einheiten, Erweiterung der Aufgaben von EVU/Modell Saarbrücken);

– Forschungs- und Ausbildungsprogramme;

- die Beseitigung von Wettbewerbsnachteilen für die Energiequelle Energieeinsparung (z. B. Begünstigung des Mehrverbrauchs in Tarif- und Kostenstrukturen);
- die hinreichende Anpassung von Vorschriften an die veränderten Preisrelationen (z. B. Bauvorschriften);
- Finanzierungshilfen zur technischen Innovation, die möglichst aus der Energiewirtschaft selber kommen sollten.

Entscheidend ist im übrigen, daß der Staat bei der Markteinführung energiesparender Techniken selbst mit gutem Beispiel vorangeht.

7. Die Möglichkeiten der *Kernenergie* sind in der Vergangenheit außerordentlich überschätzt worden. Kernenergie ist bis zur Jahrhundertwende praktisch nur durch die Elektrizitätserzeugung in *Leichtwasserreaktor-Kraftwerken* nutzbar. Diese Kraftwerke haben sich insbesondere in der Grundlast bewährt. Der Stromanteil beträgt jedoch nur etwa ein Siebtel unseres Energiebudgets, und etwa ein Fünftel davon wird durch Kernenergie gedeckt (insgesamt also 3%).

Unter den Voraussetzungen, daß

- das Entsorgungsproblem gelöst wird, wozu keine *Wiederaufbereitungsanlage* bzw. Plutoniumgewinnung erforderlich ist,
- nach dem Abbau von Überkapazitäten ein entsprechender Bedarf absehbar wird und
- die Chancen der Kohle im Wärmemarkt dadurch nicht beeinträchtigt werden,

sollten im Rahmen der angestrebten fairen Konkurrenz Leichtwasserreaktor-Kraftwerke zusätzlich genehmigt werden können, wenn die sonstigen Voraussetzungen erfüllt sind.

8. *Kernenergie aus Brutreaktoren* könnte im Lauf des nächsten Jahrtausends einen großen Teil unseres Energiebedarfs decken, ist aber sehr teuer und voraussichtlich für die nächsten 40–50 Jahre schon wirtschaftlich uninteressant. Die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten sollten in einem Umfang fortgesetzt werden, der diesem Zeithorizont angemessen ist. Wieweit der gesellschaftliche Nutzen einer *langfristigen Kernenergienutzung* den damit verbundenen gesellschaftlichen Aufwand wert sein kann, hängt insbesondere von den Problemen der Sozialverträglichkeit einer Plutonium-Wirtschaft ab. Andere Beurteilungskriterien und Zeithorizonte gelten für Länder, die ein Interesse an der militärischen Nutzung der Kernenergie haben.

Der Bau des Demonstrationskraftwerks *Kalkar* war aus heutiger Sicht ein Frühstart in der Wachstumseuphorie der Nachkriegszeit. Dies jetzt zuzugeben

und daraufhin das Projekt so schnell wie möglich einzustellen, wäre eine glaubwürdigere Politik als das Hin- und Herschieben von Verantwortlichkeiten für die Zerstörung falscher Hoffnungen.

9. Eine Reihe von energiepolitischen Entscheidungen bedarf der weiteren *Vorbereitung in Wissenschaft und Politik*, um nicht durch unüberlegte Durchsetzungsstrategien in wirtschaftliche bzw. technologiepolitische Sackgassen hineinzulaufen und Konsens-Möglichkeiten in Gemeinschaftsaufgaben zu verspielen. Nicht hinreichend geklärt sind insbesondere die gesellschafts- und wirtschaftspolitische, die außen- und verteidigungspolitische sowie die entwicklungspolitische Tragweite künftiger energiepolitischer Entscheidungen. In diesem Zusammenhang verdient der *Hochtemperaturreaktor* eine besondere Aufmerksamkeit. Vorbildlich für den erforderlichen politisch-wissenschaftlichen Diskurs war die Arbeit der Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik“ des 8. Deutschen Bundestages.

10. Das kritische Engagement der *Öffentlichkeit* hat erheblich zur Vermeidung von Fehlentwicklungen und Fehlinvestitionen beigetragen. *Der Staat darf in der energiepolitischen Auseinandersetzung nicht Partei sein*. Er hat eine energiepolitische Verantwortung, aber er ist der Staat der Kernenergie- und der Sonnenenergiefreunde, sollte also die Chancen der positiven Vermittlung von Gegensätzen – im Sinn der Enquete-Empfehlung – besser nutzen als bisher. Der Staat kann und soll dazu beitragen, daß den Argumenten beider Seiten Raum gegeben wird. Das umfassendere, über die Energiepolitik hinausreichende Ziel ist eine Erneuerung des Grundkonsenses für die Aufgaben der 80er Jahre, nachdem die Ziele der 50er Jahre erreicht sind oder sich als Illusionen erwiesen haben. Die Erneuerung des Grundkonsenses beginnt unter den heutigen politischen Gegebenheiten mit neuen Zielen der Energiepolitik.

Fünf Thesen zur Orientierung der Forschungs- und Technologiepolitik

1. „Eine Erkenntnis, die sich dadurch bezeugt, daß sie das, was erkannt werden soll, vernichtet, kann nicht wahr sein“ (G. Picht). Wir stehen vor der Frage, ob z. B. ein Atombombenwissen wirklich wissenschaftlich wertvoll ist und wieweit uns darüber das Wissenschaftswert entgeht. Wissenschaftswert sind heute vor allem die *Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt*. Die Verengung der Wissenschaft auf Fachbereiche, die oft keine Sachbereiche sind, hat zur Vernachlässigung dieser Forschung geführt. Eine Wissenschaft, die sich heute nicht vorrangig mit den Lebensbedin-

gungen der wissenschaftlich-technischen Welt beschäftigt, macht von ihrer grundgesetzlich garantierten Freiheit jedoch nicht den rechten Gebrauch. Mitverantwortlich dafür ist die institutionelle Verfassung des Wissenschaftssystems. Einer Erneuerung der Wissenschaft ist durch interdisziplinär-problemorientierte Kristallisationskerne institutionell Raum zu geben. Dabei kann der Beratungsbedarf in der Politik direkt zur Reorientierung der Wissenschaft beitragen.

2. Die Macht von Wissenschaft und Technik wird bisher im wesentlichen an den liberal-demokratisch verfaßten Institutionen vorbei zur Geltung gebracht. Die Politiker laufen hinter der wissenschaftlich-technischen Entwicklung her und versuchen, ihre Folgen aufzufangen. Die Mehrheit der Bevölkerung (51:20:29) ist konsequenterweise der Meinung, daß „die Ansichten der Öffentlichkeit in der Ausrichtung der wissenschaftlichen und technischen Forschung stärker berücksichtigt werden sollten“ als bisher. Ausgehend z. B. von den zu bildenden Kristallisationskernen sollten *Forschungsprogramme* dementsprechend *kooperativ* von Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und betroffener Öffentlichkeit erörtert und erarbeitet werden.

3. Die staatliche Forschungs- und Technologiepolitik ist durch die Mißerfolge mit den „fortgeschrittenen Reaktorlinien“ kompromittiert. Dies sollte nicht dazu führen, die FT-Politik auch dort zurückzunehmen, wo sie sich bewährt hat oder wo neue Bewährungsfelder wahrgenommen werden sollten. Besondere Chancen liegen darin, die *Anpassungserfordernisse* in der Wirtschafts-, Energie- und Umweltpolitik strukturell zur Förderung *bedürfnisgerechterer Technologien* zu nutzen. *Umweltzerstörende Technik* z. B. ist schlechte Technik. Durch die Entwicklung gewaltloserer Technologien kann dem Kriterium der Umweltverträglichkeit und zugleich dem Bedürfnis nach mehr Natürlichkeit Raum gegeben werden. Technische Entwicklungen würden dann wieder in höherem Maß der Erhaltung und Verbesserung der Lebensbedingungen dienen. Institutionell empfiehlt sich, daß der Staat entsprechende Einflüsse zunächst dort geltend macht, wo staatliches Handeln unmittelbar verantwortlich ist (z. B. in den Großforschungseinrichtungen), und im übrigen primär durch neue Prioritäten fördert, was förderungswertig ist, statt zu verbieten, was nicht förderungswertig ist.

4. Wissenschaftler haben die Wissenschaft in der Öffentlichkeit durch kontroverse Expertenaussagen in Mißkredit gebracht. Diese Widersprüche beruhen grundsätzlich darauf, daß mindestens einer der Beteiligten mehr behauptet, als er wissenschaftlich bewei-

sen kann. Dies geschieht in der Regel nicht böswillig, aber Wissenschaftler und Ingenieure können meistens nicht gut genug unterscheiden, was sie wissen und was sie nicht wissen. Ein Mittel zur Unterscheidung dessen, worüber zu streiten sich nicht lohnt, weil man hier wissenschaftlich festen Boden hat, und der eigentlich politischen Fragen, für welche die Wissenschaftler nicht kompetenter sind als die Laien, der Fragen also, welche auch der eigentliche Gegenstand der Bürgerbeteiligung sein sollten, ist die Beteiligung von Wissenschaftlern mit kontroversen Ausgangspositionen. Eine in diesem Sinn *kritische Wissenschaft* bedarf der besonderen Pflege im politisch-wissenschaftlichen Diskurs.

5. Der internationale Rang der deutschen Wissenschaft und Technik hängt auf längere Sicht davon ab, wie weit neue Spitzenpositionen aus eigener Kraft

und Innovation aufgebaut werden können. Chancen dafür bieten vor allem die Berücksichtigung der Kriterien Umweltverträglichkeit und Sozialverträglichkeit in der wissenschaftlich-technischen Entwicklung. Zur Sozialverträglichkeit gehört, daß auf die zunehmenden Bedürfnisse nach gewaltloseren, lebensfreundlichen und weniger anonymen technischen Systemen Rücksicht genommen wird. Soweit in unserer Forschungs- und Technologiepolitik eine *Umkehr zum Leben* vollzogen werden kann, würden wir zu Pionieren einer neuen Industriegesellschaft und brauchten den Spitzenpositionen der „harten“, lebensfeindlichen Technik nicht nachzutraumern. Im übrigen würde sich das Problem der sogenannten Technikfeindschaft, die ja nur gegen eine bestimmte Art von Technik gerichtet ist, auf diese Weise von selbst erledigen.

Horst Hochgreve: Umweltkataster als umweltpolitisches Frühwarnsystem

Horst Hochgreve, Jahrgang 1933, ist Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik im DGB-Landesbezirk Hessen und in dieser Funktion auch zuständig für Umweltpolitik. Er ist Mitglied des Umweltbeirats beim Hessischen Minister für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten. Aufsätze zu ordnungs-, struktur- und umweltpolitischen Fragen; u. a. NG 7/74, 4/75, 6/76, 4/77, 6/80.

Die Aufgabe

Ein integriertes Umweltkataster soll die umweltpolitische Situation bestimmter Räume (insbesondere Belastungen auf verschiedensten Gebieten) durch- und überschaubar machen und durch laufende Erhebungen voraussichtliche Entwicklungen aufzeigen. Auf diese Weise können umweltpolitische Zielsetzungen bei wirtschafts-, verkehrs- und energiepolitischen Maßnahmen, die für die Arbeits- und Lebenssituation der Menschen und für die natürliche Umwelt von Bedeutung sind, besser beachtet und durchgesetzt werden. Ein integriertes Umweltkataster ist sozusagen auch als Frühwarnsystem, mit dem vorausschauend Umweltschäden erkannt und verhindert werden können, zu verstehen. Es kann zu einem wichtigen Instrument der Umweltvorsorge werden.

Die Forderung nach besserer Durchschaubarkeit auf dem Umweltsektor ist nicht neu. Bereits 1974 forderte der DGB in seinem Umweltprogramm

- Erstellung, Fortschreibung und ständige Kontrolle eines Immissionskatasters;
- Errichtung von stationären Immissions-Meßsystemen zur Feststellung der Schadstoffbelastung für die Bevölkerung;
- Errichtung von automatisch arbeitenden Warnsystemen in den belasteten Ballungsräumen.

Seither ist auch die Verwirklichung dieser Forderung in Teilbereichen vorangekommen. In Hessen beispielsweise sind die Luftreinhaltepläne „Rhein-Main“ und „Wetzlar“ auf Emissions-, Immissions- und Wirkungskatastern erstellt worden. Diese geben jedoch nur Auskunft über die Luftsituation und keine Auskunft über die Gesamtbelastung eines Raumes. Genau dort setzen die Überlegungen, ein integriertes Kataster zu erarbeiten, an.

Auch der Gedanke einer „Gesamtschau“ ist nicht neu. Es gibt Räume, in denen vielfältige Teilbelastungen vorhanden sind und in denen das Problem der Häufung („Kumulation“) eine Rolle spielt. Als Beispiel hierfür ist der südhessische Kreis Groß Gerau, darüber hinaus aber auch das gesamte hessische Ried mit den Stichworten „Startbahn West“, „Biblis Block C“, „HCH-Ablagerungen“, „Grundwasserabsenkung“, „Landschaftszerstörungen durch Verkehrsstraßen“ usw. zu nennen. Verständlicherweise wird hier bei weiteren größeren industrie-, verkehrs- und

energiepolitischen Vorhaben die Forderung nach vorhergehenden Umweltgutachten erhoben, die oft auch erfüllt wird. Dabei ist es häufig vorgekommen, daß Gutachten oder gutachterliche Stellungnahmen, die auf die jeweilige Einzelbelastung bezogen waren, zu dem Ergebnis kamen, die zusätzliche Belastung, z. B. im Hinblick auf die Verschlechterung der klimatischen Situation, sei „gerade noch“ vertretbar. Aber ist auch die Kumulation zusätzlicher Belastungen ebenfalls noch vertretbar? Aus der Unmöglichkeit, diese Frage objektiv zu beantworten, und aus dem Mangel an integrierter Betrachtung ist die Forderung nach „gesamtökologischen Gutachten“ entstanden.

Ein gesamtökologisches Gutachten muß zunächst auf eine Vielfalt von Teiluntersuchungen bzw. auf die jeweiligen Teilbelastungen (Luft, Klima, Lärm, Wasser usw.) bezogene Gutachten zurückgreifen. Die hierbei gewonnenen Indikatoren deuten zunächst nur die Teilbelastungen an. Will man zu einer die Kumulation der Belastungen berücksichtigenden Gesamtbetrachtung kommen, ist es notwendig, die Einzelindikatoren zu verschmelzen und einen Gesamtindikator zu erarbeiten.

Hierbei ist die Gewichtung der Einzelindikatoren das entscheidende und bisher ungelöste Problem. Welches Gewicht erhält der übersäuerte Boden gegenüber Lärm- und Geruchsbelästigungen? Wie erfolgt die Abwägung zwischen meßbaren physikalischen Belastungen und ästhetischen Gesichtspunkten (Landschaftsverunstaltung, Zersiedlung usw.)? Diese Fragen dürften ausreichen, um zu zeigen, daß ein „objektives“ gesamtökologisches Gutachten, das imstande wäre, den Politikern Entscheidungen abzunehmen, eine Utopie ist. Gutachten, die mit dem Anspruch „gesamtökologisch“ auftreten, können nicht wertfrei sein. Erschwerend kommt hinzu, daß gesamtökologische Gutachten in aller Regel nicht um ihrer selbst willen, sondern als Entscheidungshilfe bei notwendigen Güterabwägungen zwischen ökonomischen und ökologischen Interessen, und hier meist bei konkurrierenden Ansprüchen an Raum und Landschaft, angefertigt werden. Am Ende muß also immer eine politische Entscheidung stehen.

Aus dem – jedenfalls nach dem heutigen Erkenntnisstand – unbefriedigend beantworteten methodischen Fragen ergeben sich Forderungen nach einer auf das jeweilige energie-, verkehrs- oder industriepolitische Projekt bezogenen Umweltverträglichkeitsprüfung. So hat z. B. der hessische DGB eine Umweltverträglichkeitsprüfung vor dem Bau der Startbahn West mit anschließender Bewertung durch den zuständigen Minister gefordert. Der Forderungs-

katalog bezog sich pragmatisch auf die umweltrelevanten Teilbereiche (Grundwasser, Naturhaushalt, Klima, Freizeit, Lärm). Ungeachtet der nicht voll befriedigenden Ergebnisse dieser auf den konkreten Fall Startbahn West bezogenen Forderungen ist die Methodik der Umweltverträglichkeitsprüfung inzwischen auf EG-Ebene und nicht zuletzt auch auf der Ebene des Landes Hessen weiterentwickelt worden.

So wertvoll und unabdingbar Umweltverträglichkeitsprüfungen im konkreten Einzelfall auch sind, so sind sie doch nur „Ad-hoc-Instrument“ und können eine systematische und laufende Umweltkontrolle belasteter Räume nicht ersetzen. Hierfür bieten sich integrierte Umweltkataster an.

Teilkataster als Grundlage

Auch ein integriertes Umweltkataster hat zunächst von den verschiedenartigsten Teilbelastungen auszugehen. Als wichtigste Teilbereiche seien genannt:

- Luftverschmutzung und klimatische Folgen,
- Gewässerverschmutzung,
- qualitative und quantitative Grundwassersituation,
- Boden,
- Naturhaushalt, Biotop- und Artenschutz,
- Landespflege und Raumordnung,
- Abfallwirtschaft,
- Geruchsbelästigung,
- Lärmbelästigung,
- Strahlenschutz.

Am weitesten fortgeschritten sind zweifellos die Kataster, die als Grundlage für die Strategien gegen Luftverschmutzung anzusehen sind: Emissions-, Immissions- und Wirkungskataster.*) Ein Emissionskataster erfaßt die von bestimmten Anlagen ausgehenden Schadstoffe in einem abgegrenzten Gebiet, und zwar aufgelistet nach dem geographischen Standort sowie nach Abgasmenge und -temperatur, Schadstoffart und -menge sowie Häufigkeit und Dauer der Emission. Eine Aufteilung erfolgt dabei in Teilkataster für die Verursacherguppen Industrie, Hausbrand, Kleingewerbe sowie Straßenverkehr.

Das parallel dazu entwickelte Immissionskataster gibt Auskunft über die Anreicherung der Luft mit Schadstoffen, ebenfalls bezogen auf ein bestimmtes Gebiet. Die Messungen erfolgen an feststehenden, ausgewählten Orten und/oder als Stichprobenmessungen an verschiedenen Orten. Dabei werden die wichtigsten Komponenten der Belastung (Staub, Schwefeldioxid, Stickstoffoxide, Kohlenmonoxid und

*) Vergl. hierzu: Luftreinhalteplan Rhein-Main, herausgegeben vom Hess. Min. für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten, Wiesbaden 1981; bes. Seite 15 ff.

Gesamtkohlenwasserstoffe) erfaßt. Darüber hinaus erfolgt je nach regionalen Gegebenheiten eine Ergänzung der Komponenten, z. B. nach Schwermetallen im Staubbiederschlag.

Emissions- und Immissionskataster werden schließlich ergänzt durch ein Wirkungskataster, das die Auswirkungen der Luftverunreinigung auf Mensch, Tier, Vegetation und Sachen aufzeigt. Dies ist in Anbetracht der Tatsache, daß z. B. auf den Menschen nicht nur allgemeine Luftverunreinigungen, sondern auch Einflüsse am Arbeitsplatz einwirken, der schwierigste Teil der Untersuchungen.

Kataster im Aufgabenfeld Luftreinhaltung gibt es vorerst nur in eng begrenzten Teilregionen. Es ist eine dringende Zukunftsaufgabe, sie auf weitere Belastungsgebiete auszudehnen und die Forschungsarbeit auch auf klimatische Zusammenhänge auszudehnen.

Auch bei der Gewässerverschmutzung ist zunächst bei großen Flüssen an ein Emissions-, Immissions- und Wirkungskataster zu denken. Auch hier gibt es bereits konkrete Ansätze, z. B. die Arbeit der Internationalen Kommission zum Schutz des Rheins, das Deutsche Meßprogramm Rhein und das Meßprogramm der Arbeitsgemeinschaft der Länder zur Reinhaltung der Weser. Darüber hinaus gibt es laufende Kontrollen der Gewässergüte, die ihren Niederschlag in flächendeckenden Gewässergütekarten finden, in denen sowohl die Wasserqualität großer Ströme als auch die kleinster Bachläufe von „unbelastet“ bis „übermäßig verschmutzt“ registriert wird.

Bei den Meßprogrammen handelt es sich allerdings im wesentlichen um Immissionsmessungen. Die Meßprogramme konnten zwar insoweit verbessert werden, als an den großen Flüssen die alten Stichprobenmessungen durch ein System kontinuierlicher Messungen an festen Stationen ersetzt wurden. Trotz dieser Verbesserung gibt es im Kontrollsystem noch erhebliche Lücken. Auch bei den kontinuierlichen Messungen handelt es sich lediglich um punktuelle Messungen, nicht um laufende Kontrolle der Verursacher. Notwendig wären durchgängige Emissionskontrollen mit dem Ziel der Erstellung eines flächendeckenden Emissionskatasters. Dieses müßte folgende Problemereiche umfassen:

- Wärmebelastung,
- biologische Belastung,
- chemische Belastung.

Wie im Teilbereich Luftreinhaltung sollten auch hier die Meßergebnisse Grundlage sein für umweltpolitische Aktionen. Im Hinblick auf die Reinhaltung der Gewässer wären als längerfristiges Ziel Bewirtschaftungspläne vorstellbar. Integrierte und unter

allen Anrainerstaaten bzw. -ländern abgestimmte Bewirtschaftungspläne hätten in den gesamten Einzugsgebieten die Inanspruchnahme der Gewässer festzulegen, insbesondere die Belastungen, die Nutzungen sowie die erforderlichen umweltpolitischen und wasserwirtschaftlichen Maßnahmen.

Nach dem gleichen Grundmuster (Emissions-, Immissions- und Wirkungskataster) könnte in den Teilbereichen Geruchsbelästigung, Lärmbelästigung und Strahlenbelastung vorgegangen werden. Auch hier gibt es bereits konkrete und brauchbare Ansätze. Ziel aller Teilkataster wäre es, die Belastung eines Raumes überschaubar zu machen.

Kartierung von Umweltkatastern und deren Integration

Umweltschäden in den Bereichen, die mit den Stichworten Grundwasser, Boden, Naturhaushalt, Landschaft und Abfallbeseitigung umschrieben werden können, sind im wesentlichen durch Kartierung – und zwar zunächst durch Teilkartierung der verschiedensten Bereiche – festzuhalten, wobei die Anwendung verschiedener graphischer Techniken hilfreich sein kann. So kann z. B. die Qualität des Grundwassers ähnlich der (Oberflächen-)Gewässergütekarte in verschiedenen farblichen Abstufungen, die Quantität des Grundwassers in verschiedenen Schraffierungen dargestellt werden. Ebenso könnte im Hinblick auf die Bodenqualität verfahren werden.

Zu den Kartierungsaufgaben gehört auch die genaue geographische Darstellung von Landschaft, Landschaftsschäden und Biotopen. Um die beschränkte Aussagekraft einer einmaligen „Momentaufnahme“ zu ergänzen, sind die Kartierungen in bestimmten Abständen zu wiederholen. Nur so können Veränderungen – man denke an Landschaftsverbrauch und das Verschwinden von Biotopen, aber auch die Aufforstungen und Rekultivierungen – laufend beobachtet werden.

Ein integriertes Umweltkataster entsteht aus dem Zusammenfassen der Teilkataster oder, wenn diese ihren Niederschlag in Kartierungen finden, in einem Übereinanderlegen der geographisch dargestellten Belastungen. Wenn man berücksichtigt, daß in vielen Bereichen zumindest sehr brauchbare Ansätze bereits vorhanden sind, ist ein integriertes Kataster im wesentlichen ein Koordinationsproblem.

Schwierig, aber grundsätzlich nicht unlösbar, dürfte ein auf weite Landesteile ausgedehntes – im Idealfall; flächendeckendes – integriertes Umweltkataster sein. Auf dem Wege dorthin wären auch Teillösungen im Interesse von mehr Transparenz und mehr Umweltvorsorge sehr begrüßenswerte Schritte.



GESELLSCHAFTS POLITIK

Herbert Leuninger: Ausländerpolitik aus katholischer Sicht

Herbert Leuninger, geb. 1932, ist Referent für Katholiken und Mitbürger anderer Muttersprache im Bischöflichen Ordinariat Limburg an der Lahn.

Drei Länderchefs, alles „Nordlichter“, handeln sich kirchliches Lob ein. Lob für ihre Einsprüche gegen Restriktionen, die die Familienzusammenführung der nichtdeutschen Arbeitnehmer betreffen. Das Lob kommt von Helmut Hermann Wittler, dem Bischof von Osnabrück und wird ausgesprochen in drei unterschiedlich lautenden Schreiben an Klaus von Dohnanyi, Hans Koschnick und Ernst Albrecht. Wittler ergreift diese Initiative nicht als gleichsam viertes, kirchliches „Nordlicht“, sondern als Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz für Ausländerfragen.

Die Katholische Kirche sucht Bündnispartner für ihre ausländerpolitischen Vorstellungen. Sie tut dies in ungewohnt starkem Umfang seit 10 Jahren mit wechselndem, letztlich aber geringem Erfolg. Es wechseln die Inhalte, es wechseln aber auch die Bündnispartner; sind es einmal Politiker dieser, so später unter Umständen die der anderen Couleur, vielleicht auch politisch Gleichgesinnte in den verschiedenen Parteien. Nähe und Distanz zu den Parteipolitikern ergeben sich nicht aus festgefühten Beziehungen, sondern aus der jeweiligen Einschätzung politischer Möglichkeiten. Dahinter steckt die im nachhinein unbegründete Hoffnung, es setze sich mit den Jahren eine realistische und zukunftsorientierte Integrationspolitik durch, eine Politik, die die Kirche selbst nicht machen kann, aber beeinflussen möchte. Die Kirche hat sich ihrer Mittel bedient, die politisch, aber indirekt, wirksam sind. Es waren nicht nur Briefe und Fernschreiben, sondern auch Appelle, Stellungnahmen, Resolutionen, Presseerklärungen und Hintergrundgespräche. Es waren die Versuche, über Hirten schreiben die Gemeinde und Verbände politisch zu mobilisieren.

Kritik überzog, Zustimmung war selten angezeigt.

So wechselten Nähe und Distanz zur jeweiligen Ausländer(-beschäftigungs)politik immer wieder. Die größte Nähe schien erreicht, als Ministerpräsident a. D. Heinz Kühn Ende 1979 als Beauftragter der Bundesregierung für Ausländerfragen sein Memorandum veröffentlichte. Es trug die Überschrift „Stand und Weiterentwicklung der Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in der Bundesrepublik Deutschland“. Es sei in seinem wesentlichen politischen Gehalt mit Bundeskanzler Helmut Schmidt abgestimmt, hieß es. Das 66-Seiten-Papier wurde von der katholischen Kirche ausdrücklich begrüßt, weil es Positionen aufnahm, die von den Kirchen und ihren Wohlfahrtsverbänden, Caritas und Diakonisches Werk, seit langem vertreten worden waren. War die Ausländerpolitik bislang eine reine Arbeitsmarktpolitik, so wird sie bei Kühn als gesamtgesellschaftliches Anliegen gewertet.

Für die Kirche wichtigster Punkt: Die Anerkennung der faktischen Einwanderung. Kühn stellte fest, daß eine nicht mehr umkehrbare Entwicklung eingetreten sei und die Mehrzahl der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien nicht mehr als „Gastarbeiter“ angesehen werden könnten, sondern als Einwanderer. Weitere Grundzüge des Memorandums, die der kirchlichen Auffassung entsprachen, waren die Forderungen nach einer erheblichen Intensivierung der Integrationsmaßnahmen, nach Ablösung unzulänglicher Unterrichtsformen in der Schule, nach ungehindertem Zugang der Jugendlichen zu Arbeits- und Ausbildungsplätzen, nach einem Optionsrecht der in der Bundesrepublik geborenen und aufgewachsenen Jugendlichen auf Einbürgerung, nach genereller Überprüfung des Ausländerrechts und des Einbürgerungsverfahrens mit dem Ziel größerer Rechtssicherheit der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien, nach Verstärkung ihrer politischen Rechte bis zu einer Einräumung des kommunalen Wahlrechts und nach Ausweitung der problemorientierten sozialen Beratung. Das alles waren für die Kirche Elemente einer konsequenten Integrationspolitik, wobei die in dem Memorandum enthaltene Integrationsvorstellung für die Kirche einen zu starken Akzent auf Assimilierung besaß. Aber hierüber und vielleicht auch über die bedeutsamere Funktion von ausländischen Vereinen und Organisationen zur Selbstvertretung war ja durchaus noch zu reden. Die Kirche jedenfalls glaubte, daß eine gemeinsame Basis erreicht sei, die nicht nur eine humane, sondern auch eine realistische und vernünftige Integrationspolitik ermöglichte.

Der Konsens währte nicht lange. Es war eine

kirchliche Fehleinschätzung, ja eine illusionäre Wunschvorstellung anzunehmen, das Memorandum könne eine neue Phase der Integrationspolitik einleiten. Die Bundesregierung zeigte sich nicht bereit, entscheidende Empfehlungen des mittlerweile als Kühn-Bericht heruntergespielten Memorandums zu übernehmen.

Die Vertreter der Kirchen und Wohlfahrtsverbände entschlossen sich zu einem ungewöhnlichen Schritt. Unter Protest verließen sie eine Sitzung des Koordinierungskreises „Ausländische Arbeitnehmer beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung“, nachdem dort eine vorrangige Behandlung der politischen Zielvorstellungen über die künftige Ausländerpolitik, wie sie im Kühn-Memorandum dargelegt worden war, trotz früherer Zusagen abgelehnt worden war. Ein Eklat, der verdeutlichte, daß die kirchlichen Repräsentanten Protest einlegten, nicht nur gegen unzulängliche politische Vorstellungen, sondern im Grunde auch gegen die Rolle, die ihnen im Prozeß der politischen Willensbildung zugestanden wurde; ein spektakulärer Schritt für die Kirchenleute selbst, die im Grunde auf Harmonie eingestimmt sind.

Eine Untersuchung über die Interessenlage der für die Ausländerpolitik relevanten Institutionen in der Bundesrepublik kommt zwar zu dem Ergebnis, daß sich die Kirchen und Wohlfahrtsverbände (inklusive Arbeiterwohlfahrt) am weitgehendsten für die Verbesserung der Lage der ausländischen Arbeitnehmer eingesetzt hätten, daß aber andererseits die Ausländerpolitik ein Bereich sei, der vergleichsweise geringe Widersprüche unter den Akteuren verdeutliche.^{*)} Danach gelingt es dem Staat in nur wenigen Bereichen, die Widersprüche unter den Akteuren durch den Einsatz entsprechender Organisationsmittel derart zu minimieren. Die Studie legt die Schlußfolgerung nahe, „daß das Bundesarbeitsministerium neben der Bundesanstalt für Arbeit lediglich den DGB und die BDA in die Vorabklärung politischer Schritte einbezieht“. Sie deckt sich mit der Erfahrung der kirchlichen Mitglieder des genannten Koordinierungskreises. Die Studie spricht von einem regelrechten Kartell, das bei der Durchsetzung seiner Interessen die übrigen Institutionen mit der Devisen einbezieht: So wenig wie möglich, so viel wie nötig. Durch dieses Vorgehen entstehe in der Bundesrepublik der ausländerpolitische Grundkonsens.

Dieses Spiel haben die Kirchen und die Wohl-

fahrtsverbände, letztere in die Vergabestrategie von Bundesmitteln einbezogen, zwar widerstrebend, aber dennoch mitgespielt. Ihr Widerstreben zeigt sich in dem Konfliktschema, bei dem die Fronten in der Ausländerpolitik so verlaufen, daß auf der einen Seite Kirchen, Wohlfahrtsverbände und kommunale Spitzenverbände stehen, auf der Gegenfront die Bundesregierung mit den Sozialpartnern und der Bundesanstalt für Arbeit. Den stärksten „Konfliktstrang“ gibt es zwischen den Kirchen und dem Bundesarbeitsministerium.

Hätte die Kirche im politischen Geschäft auch eine andere als die angesonnene Rolle spielen können oder müssen? Darauf läßt sich nur eine Antwort geben, wenn es eine eigene kirchliche Rollendefinition gibt. Tatsächlich hat die katholische Kirche ihre Funktion gegenüber den ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familien, übrigens auch gegenüber der Gruppe der Asylbewerber, artikuliert und als die eines Anwalts umschrieben. Sie überträgt damit eine allgemein für sie geltende Position auch auf diese Minderheiten, insofern sie die Verpflichtung sieht, sich zum Anwalt jener Menschen zu machen, deren Rechte und Freiheiten durch gesellschaftliche Verhältnisse in ungerechter Weise eingeengt oder beschnitten werden. Im Blick auf die ausländischen Arbeitnehmer und ihre Angehörigen hat die Kirche auf eine sich positiv entwickelnde Integrations- und Einwanderungspolitik gesetzt, bei der dieser Minderheit tendenziell in unserer Gesellschaft ein „Höchstmäß an Rechtssicherheit, ein größtmögliches Maß an eigener Entscheidungsfreiheit und Mitwirkung, volle Gleichheit der Chancen und sozialen Sicherheit“ gewährleistet wird. Diesen Prozeß wollte die Kirche im gesellschaftspolitischen Raum vorantreiben helfen, wo nötig, auch durch deutliche Kritik und Appelle. Sie hat es in vielfältiger Weise und auf allen Ebenen getan. Dabei hat die Vorstellung, gesellschaftlicher Anwalt zu sein, ihre Aktivitäten maßgeblich bestimmt.

Eine Reflexion darüber, was dies dann bedeuten muß, wenn es zu erheblichen Interessenkonflikten kommt, hat es in der Kirche allerdings in breiter Form nicht gegeben, entsprechende Handlungskonzepte wurden seitens der Theologie nicht entwickelt. So gibt es nur die grundsätzliche Stellungnahme von Weihbischof Wilhelm Wöste, dem früheren Leiter des Kommissariates der katholischen Bischöfe, der kirchlichen Verbindungsstelle zur Bonner Regierung und des jetzigen Leiters einer Ad-hoc-Arbeitsgruppe der Deutschen Bischofskonferenz zu Asylfragen, die dieser im Rahmen einer scharfen Kritik an restrikti-

^{*)} Klaus Unger, Ausländerpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Saarbrücken/Port Lauderdale, 1980

ven Regelungen für Asylbewerber in einem Referat geäußert hat. Für ihn ist es nicht von vornherein ausgemacht, wann etwa Freiheit und Rechte in einem Maße bei Menschen eingeschränkt sind, das nicht mehr gerechtfertigt werden kann. Bei der politischen Aufgabe, Regelungen zu treffen, die dem Gemeinwohl dienen und die Freiheit des einzelnen beschränken müssen, ist eine politische Diskussion mit entsprechender Güterabwägung notwendig. In dieser Diskussion aber steht die Kirche als Anwalt der Schwachen, mit denen sie sich solidarisiert, zu allererst auf deren Seite. Sie versucht sich deren Anliegen zu eigen zu machen. Dies bedeutet im Grunde, daß die Kirche nicht nur die Anliegen schwacher Gruppen vertritt, sondern so zu denken, zu sprechen und zu handeln versucht, als sei sie selbst diese Gruppe.

Damit übernimmt sie die Aufgabe, ein Gegengewicht zu den starken Interessenvertretungen aufzubauen in dem Bewußtsein und der Erfahrung, daß bei dem Ausgleich der Interessen verschiedener Gruppen die der Minderheiten zu kurz kommen und von vornherein deren Rechte verkürzt werden. Sobald die Kirche, darüber ist sich Wüste im klaren, in einen solchen Prozeß eintritt, kann es dahin kommen und sogar unumgänglich werden, daß sie ihre eigenen Interessen und die der Mehrheit ihrer Mitglieder zurückstellt. Ob es das institutionssoziologisch überhaupt gibt oder geben kann, und wenn ja, unter welchen Bedingungen, dürfte sicher nicht nur kirchenintern interessieren. Möglicherweise liefert die derzeitige Phase der Ausländerpolitik hierfür ein Anschauungsmodell. Vielleicht wird daran auch deutlich, warum die Kirche mit ihren bisherigen Interventionen nur wenig erreicht hat, ganz abgesehen davon, daß sie keine direkte politische Einwirkungsmöglichkeit hat, nicht einmal haben will und darf.

Das Anschauungsmodell Kirche und Minderheitenschutz läßt sich begrenzt überblicken in der Auseinandersetzung um die Familienzusammenführung. Im Dezember 1981 hatte das Kabinett Schmidt Empfehlungen an die Länder beschlossen, den Nachzug von Familienangehörigen drastisch zu beschränken bzw. zu unterbinden. Diesen Empfehlungen sind die Länder weitgehend nachgekommen, in einigen Ländern wurden sie sogar noch verschärfend befolgt. Dies war eine ernste Herausforderung an die Kirche, die sich im Entscheidungsprozeß zu spät, weil ungefragt, aber immerhin noch vor dem Kabinettsbeschluß mit einem Schreiben von Wittler an den Bundeskanzler gewandt hatte. Der Tenor des Briefes: die geplanten Maßnahmen verstießen gegen grundlegende Rechte der Familie.

Dieser Einschätzung hat sich Kardinal Höffner für die Deutsche Bischofskonferenz vollinhaltlich angeschlossen und seinerseits im Juni vergangenen Jahres eine Erklärung abgegeben. Darin beruft er sich ausdrücklich auf die Anwaltsfunktion, die die Kirche wahrnehmen müsse. Höffner spricht dem Staat die Kompetenz ab, in die grundlegenden Rechte der Familie, vor allem unter dem Gesichtspunkt des Zusammenlebens einzugreifen. Solche Rechte dürften weder aus ideologischen, noch aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen eingeschränkt werden. Dahinter steht eine Auffassung von Familie, die vielleicht als spezifisch katholisch gilt, von der Kirche selbst aber auf menschenrechtlichem Hintergrund betrachtet wird, zumindest in dem Sinne, daß es nicht zweierlei Familien gibt.

Die Katholische Kirche in der Bundesrepublik tritt mit ihrer Auffassung in einen scharfen Gegensatz zur überwiegenden politischen Repräsentanz, sicher auch zu den in der Öffentlichkeit vorherrschenden Plausibilitäten. Höffner ist sich auch darüber im klaren, daß dies in die eigenen Reihen hineinreicht, wenn er in seiner Erklärung davon spricht, daß sich die Unruhe in der Gesellschaft, die sich als Fremdenangst und Fremdenabwehr äußere, vor der Kirche, ihren Pfarreien und Verbänden nicht halt mache. Deswegen sei auch ein Wort in die Kirche hinein angezeigt. Er faßt dies so zusammen: „Was die Kirche nach außen sagen muß, ob gelegen oder ungelegen, verlangt in der Kirche selbst volle Geltung.“ Um dies zu erreichen, will er alle Formen der Vermittlung und Unterweisung eingesetzt sehen. Ja, er geht noch weiter, indem er von der Kirche erwartet, daß sie mit den Betroffenen, insofern sie selbst zur Kirche gehören – und dies sind nahezu zwei Millionen – eine Solidarität übt, die für die Gesellschaft modellhaft sein könnte.

In der öffentlichen Diskussion, an der sich die Berliner Senatorin Frau Hanna Renate Laurien (CDU) mit massiven Angriffen gegen die Katholische Hierarchie beteiligt hat, werden zwei wichtige Komponenten der kirchlichen Lehräußerungen übersehen. Einmal die unmittelbare Betroffenheit der Kirche, auch wenn es sich hierbei um Minderheiten handelt, und dann die internationale, weltweite Einbindung der Kirche in der Bundesrepublik in die römische Universalkirche. So wehren sich Höffner und die deutschen Bischöfe gegen die Einschränkungen familiärer Basisrechte und die Abdrängung nichtdeutscher Arbeitnehmer in die ursprünglichen Entsendeländer mit dem ausdrücklichen Hinweis darauf, daß dies geschieht in der Einheit mit dem Papst, der ge-

samen Kirche und den Europäischen Bischofskonferenzen.

Es gibt in der Bundesrepublik nur eine gesellschaftliche Großgruppe, die im Hinblick auf die Mitglieder und ihre internationalen Loyalitäten eine gewisse ähnliche Struktur aufweist wie die Kirche: die Gewerkschaften. Und es ist in dem hochtourig verlaufenden Verteilungskampf nicht von ungefähr, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund in der Ausländerpolitik auf größere Distanz geht und es vielleicht, wie bisher noch nicht, auf diesem Sektor von der Kirche aus zu neuen (Teil-)Bündnissen kommt, die ihrer Natur nach von längerer Dauer sein könnten als die mit Parteien, die national strukturiert sind und sich nur vor einer deutschen Wählerschaft zu le-

Faruk Şen: Türkische Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland und Ansätze zu ihrer Integration

Der Diplom-Kaufmann Dr. Faruk Şen ist Maßnahmenleiter an der Volkshochschule in Duisburg. Veröffentlichungen: Türkische Arbeitergesellschaft, Verlag Peter Lang, Bern, erweiterte 2. Auflage 1982; s.a. seine Beiträge in NG 5/77, 1/78, 7/79, 11/80 und 12/81.

In NG 6/82 war „Ausländerpolitik“ das Schwerpunktthema. Die Aussagen von Hans-Jochen Vogel und mehrere Artikel von SPD-Politikern und Wissenschaftlern zeigten erneut, daß das Ausländerproblem in der Bundesrepublik Deutschland ein Türkenproblem geworden ist. Erfreulich war, daß sich die Autoren allgemein für eine Integration der Ausländer ausgesprochen haben. Die für diesen Schwerpunkt gut ausgewählten Beiträge lassen auch für Türken die Hoffnung offen, daß nicht alle Politiker nur Integrationshemmnisse bei den Türken betonen und ausschließlich Modelle für eine Rückkehr dieser Gruppe entwickeln.

Türken in der Bundesrepublik Deutschland

Zur Zeit leben in der Bundesrepublik Deutschland – wie aus Zählerhebungen vom September 1981 hervorgeht – 4,6 Millionen Ausländer. Davon kommen ca. 1,2 Millionen aus EG-Staaten. Die größte

gitimieren haben. Erste Anzeichen für eine stärkere Gemeinsamkeit liegen vor und zwar in einem Flugblatt gegen rechtsextreme Fremdenfeindlichkeit, das der DGB-Bundesvorstand mit dem Ökumenischen Vorbereitungsausschuß zur Woche der ausländischen Mitbürger 1982 herausgegeben hat. Neben Argumenten und Warnungen enthält dieses Flugblatt nicht nur den Aufruf an alle verantwortlich denkenden Deutschen, einem von neuem erwachenden deutschen Nationalismus zu widerstehen, sondern auch schon den Appell, die Woche der ausländischen Mitbürger 1983 mit vorzubereiten. Hierbei soll es zu gemeinsamen Aktionen im Stadtteil und Wohngebiet kommen, um Ängste zu überwinden und zur Nachbarschaft zu finden.

Gruppe jedoch, nämlich 1,546 Millionen, stammt aus der Türkei. Diese Gruppe, die während der sechziger Jahre hauptsächlich aus Arbeitern bestand, hat sich inzwischen durch den Nachzug von Familienangehörigen zur Wohnbevölkerung entwickelt. Sie umfaßt nur 588 000 Arbeitnehmer, das bedeutet: nur jeder Dritte ist erwerbstätig.

Die zunehmend ausländerablehnende Haltung, die heute in der deutschen Öffentlichkeit bemerkbar wird, belastet die Bemühungen um eine Integration der Ausländer. Die Türken bilden als größte Ausländergruppe innerhalb der öffentlichen Diskussion die Gruppe, deren Integration nach allgemeiner Auffassung nur schwer zu verwirklichen sei. Dabei werden im wesentlichen folgende Argumente ins Feld geführt:

- Die Türken kommen aus einem den Europäern fernem Kulturkreis.
- Sie haben eine andere Religion; sie sind Moslems und haben ganz andere Wertmuster.
- Sie haben kein Interesse, sich einzugliedern, leben in Ghettos und hängen sehr stark an ihren eigenen Traditionen.
- Ihre Zahl nimmt in Deutschland trotz des Anwerbestopps weiter zu. Diese Argumentationskette ließe sich fortsetzen.

Angesichts dieser tatsächlichen oder vermeintlichen Hindernisse, die einer Integration der Türken entgegenstehen, ist inzwischen die Frage ihrer Reintegration in der Türkei in den Vordergrund der Diskussion getreten. Daß die Problematik einer Integration oder Reintegration gerade der hier lebenden

türkischen Bevölkerung von hervorragender Bedeutung ist und dringend einer Lösung bedarf, wird anhand folgender Zahlen deutlich: Während die Zahl der Griechen in Deutschland nach dem Anwerbestopp von 1973 bis 1981 um 193 500 und die der Spanier um 77 800 zurückgegangen ist, stieg die Zahl der Türken im selben Zeitraum um 436 500.

Diese Entwicklung zeigt deutlich, daß die Türken trotz des Anwerbestopps vom November 1973 die Einwanderung in die Bundesrepublik Deutschland im Gegensatz zu den anderen Ausländergruppen im Wege der Familienzusammenführung fortgesetzt haben.

Integrationsaspekte

Wenn wir die Definition des Begriffs „Integration von Ausländern“ der Beauftragten der Bundesregierung, Liselotte Funcke, zugrundelegen, können wir Integration umschreiben als „Freisein von Diskriminierung und Eingliederung in die Gesellschaft und in das Berufsleben im Respekt vor der nationalen, kulturellen und religiösen Eigenart der Ausländer“. Der Stand der Integration der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Türken läßt sich anhand von vier verschiedenen Integrationsansätzen messen, nämlich unter dem Aspekt der beruflichen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Integration.

Wirtschaftliche Integration

Die ersten positiven Integrationsansätze wurden im Gegenzug zu der rapiden Verschlechterung der türkischen Wirtschaft seit 1979 bei den Versuchen einer wirtschaftlichen Eingliederung der Türken in Deutschland erkennbar. So ist festzustellen, daß die Investitionen der Türken in der Türkei zurückgehen. Die Instabilität der türkischen Währung, das geringe Vertrauen in die türkische Wirtschaft und die dadurch bedingte Abnahme des Rückkehrwillens haben dazu beigetragen, daß die Türken inzwischen Kapitalanlagen in Deutschland bevorzugen, dabei spielt natürlich auch die Stabilität der deutschen Währung eine Rolle.

Gleichzeitig wurde eine abnehmende Tendenz beim Sparverhalten bemerkbar. Zwischen 1975 und 1978 betrug das Sparvolumen 45% des Einkommens, während es 1981 auf 35% gesunken ist. Ursache dafür ist in erster Linie der Umstand, daß zur Zeit nur etwa jeder dritte in Deutschland lebende Türke erwerbstätig ist und die im Rahmen der Familienzusammenführung nachgereisten Familienmitglieder miternähren muß. Die Distanzierung von dem Gedanken an eine Rückkehr in die Türkei hat aber auch

eine Änderung des Konsumverhaltens und damit des Sparverhaltens herbeigeführt. Mit zunehmender Aufenthaltsdauer in Deutschland nimmt die Nachfrage nach langlebigen Konsumgütern zu. So läßt sich bei den Türken besonders während der letzten beiden Jahre ein deutlicher Anstieg beim Kauf von Fernseh- und Rundfunkgeräten, von Kraftfahrzeugen, Waschmaschinen und Möbeln verzeichnen.

Als zweiter Aspekt einer beginnenden wirtschaftlichen Integration ist die Zunahme von selbständigen Erwerbstätigkeiten der Türken in Deutschland zu erwähnen. In jüngster Zeit versuchen zahlreiche Türken, sich in der Bundesrepublik selbständig zu machen. Die ersten Türkengeschäfte wie Reisebüros, Änderungsschneidereien, Lebensmittelgeschäfte und Metzgereien, die Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre eröffnet wurden, werden ständig um neue Geschäftsbereiche erweitert. Immer mehr Türken bemühen sich bei den Behörden und den Industrie- und Handelskammern um eine Gewerbeerlaubnis. Auch in Großmärkten fassen die Türken mit ihren Geschäften Fuß. Türkische Lebensmittelketten, Kassetten- und Videocassettenfirmen erzielen inzwischen Millionen-Umsätze. Als ganz neue Entwicklung ist der Erwerb von Immobilien in Deutschland durch Türken zu nennen. In Hessen, Bayern und in Nordrhein-Westfalen zeigen Türken starkes Interesse am Kauf von Immobilien. In Düsseldorf, Frankfurt und München bieten zahlreiche Immobilienfirmen ihre Objekte gezielt türkischen Arbeitnehmern an. Heute besteht unter Türken eine große Nachfrage nach Eigentumswohnungen in Frankfurt, nach Häusern in Bamberg und nach Bauernhäusern im Münsterland.

Begleitet wird diese Tendenz von einem wachsenden Interesse an Bausparverträgen und Lebensversicherungen. Seit 1979 bemühen sich immer mehr Bausparkassen um türkische Kunden als einem bisher unentdeckten Interessentenkreis. 1980 haben zahlreiche Bausparkassen unter den Türken in Deutschland eine neue Zielgruppe gefunden. Nach jüngsten Schätzungen haben bislang 40 000 Türken einen Bausparvertrag abgeschlossen. Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich bei den Lebensversicherungen ab. Diese Tendenz ist ein verhältnismäßig zuverlässiger Indikator dafür, daß Türken in zunehmendem Maße hier im Lande investieren wollen und werden.

Während die wirtschaftliche Integration bereits in begrenztem Maße stattfindet, sind die Fortschritte bei der beruflichen, der sozialen und der politischen Integration noch mit großen Hemmnissen belastet.

Berufliche Integration

Im Vordergrund stehen dabei die Probleme der zweiten Türkengeneration bei der beruflichen Eingliederung. Die erste Generation, die für bestimmte Hilfsarbeitertätigkeiten von der deutschen Industrie angeworben worden war, hatte schon bei der Einreise in die Bundesrepublik einen Arbeitsplatz. Abgesehen von den Rezessionsphasen hatte diese Gruppe in der Vergangenheit nur wenig Probleme mit der Sicherheit des Arbeitsplatzes. Die jüngsten Entwicklungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt haben zwar auch die Arbeitsplätze der ersten Generation in Frage gestellt. Am stärksten leidet jedoch zur Zeit die zweite Generation unter den schwierigen beruflichen Eingliederungsmöglichkeiten. Seit 1978 steigt die Zahl der türkischen Jugendlichen, die zu ihren Eltern in die Bundesrepublik Deutschland nachreisen. Wenn auch die Familienzusammenführung seit den Beschlüssen der Bundesregierung vom 2. Dezember 1981 für die Kinder der türkischen Arbeiter wesentlich erschwert wurde, so leben doch bereits heute ca. 550 000 türkische Kinder unter 16 Jahren in Deutschland, von denen eine große Zahl in Kürze auf den Arbeitsmarkt drängen wird. Die derzeit schwierige Lage der Jugendlichen zwischen dem 16. und 20. Lebensjahr zeigt deutlich, daß hier Fördermaßnahmen nötig sind. Für diese Jugendlichen, die zum überwiegenden Teil erst vor kurzer Zeit aus der Türkei kamen, gibt es nur wenige Möglichkeiten einer beruflichen Eingliederung. Die größte institutionalisierte Hilfestellung bilden seit 1980 die sogenannten „Maßnahmen zur Berufsvorbereitung und sozialen Eingliederung junger Ausländer“, an denen seit 1980/81 jährlich 15 000 Ausländer teilnehmen. Daß 95 bis 97% der Teilnehmer Türken sind, macht den Stellenwert dieser Maßnahmen gerade für die türkischen Jugendlichen deutlich. Die 10 Monate dauernden Maßnahmen, in deren Verlauf durchschnittlich 1500 Stunden Deutsch- und Werkstattunterricht sowie 350 Stunden Berufsschulunterricht erteilt werden, zeigten ihre ersten Ergebnisse im vergangenen Jahr. Nur für wenige Teilnehmer konnte im Anschluß an die Maßnahme ein Ausbildungsplatz gefunden werden. Im günstigsten Fall konnten die Absolventen mit einem Arbeitsplatz als Hilfsarbeiter rechnen. Es ist schwierig, den Jugendlichen in so kurzer Zeit sprachliche Kenntnisse und Vorkenntnisse für eine Berufsausbildung zu vermitteln. Besonders Probleme bringt die Isolation der türkischen Jugendlichen, die getrennt von den deutschen Jugendlichen unterrichtet werden, mit sich. Im Kursjahr 1981/82 werden – bedingt durch die negative Ent-

wicklung auf dem Arbeitsmarkt – die Ergebnisse dieser Maßnahme noch erheblich schlechter ausfallen als im Vorjahr. Eine inhaltliche Verbesserung und eine bundesweite Integration der Maßnahme in die Berufsschulen könnten die ersten Fortschritte bringen.

Die Chancen der 2. Generation können langfristig nur durch eine Intensivierung der Betreuung vom Kindergartenbesuch an verbessert werden. Zwar hat der Kindergartenbesuch türkischer Kinder besonders in letzter Zeit zugenommen, aber dennoch sind türkische Kinder im Vergleich zu deutschen und ausländischen Kindern anderer Herkunft in den Kindergärten unterrepräsentiert. Während 80% der deutschen, 75,5% der portugiesischen und 68% der jugoslawischen Kinder den deutschen Kindergarten besuchen, beträgt der Anteil bei den türkischen Kindern nur 39%. Die Abneigung der Eltern (christlich-)konfessionellen Kindergärten gegenüber, eine fehlende Aufklärung der Eltern und das zahlenmäßige Anwachsen der Koranschulen in Deutschland sind die Ursachen dafür. Durch Aufklärung der Eltern, Verbot von Koranschulen und durch Vermehrung der konfessionsfreien Kindergärten könnte der Kindergartenbesuch gefördert werden.

Die Mißerfolge der türkischen Kinder und Jugendlichen in den Haupt- und weiterbildenden Schulen sind weitere Faktoren, die ihre berufliche Eingliederung erschweren. Erforderlich sind hier Fortbildungsangebote für Lehrer, speziell bezogen auf Ausländerkinder. Kenntnis der sozioökonomischen Situation in der Türkei sowie Kenntnisse der grammatischen Struktur der türkischen Sprache werden den Lehrern türkischer Kinder ihre Arbeit wesentlich erleichtern und eine effektive Förderung in der Schule ermöglichen. Durch Weiterbildungsangebote für ausländische Eltern über die gesellschaftspolitische Situation in Deutschland durch Institutionen wie die Volkshochschule kann eine Förderung der Kinder auch im Elternhaus erreicht werden.

Als weitere Maßnahme ist die Weiterbildung der Ausbilder türkischer Jugendlicher in deutschen Betrieben notwendig. Auch ihnen müssen Kenntnisse über die sozioökonomischen Verhältnisse in der Türkei sowie über die Wertmuster der türkischen Gesellschaft vermittelt werden, um Erfolge während der beruflichen Ausbildung zu erzielen.

Auf türkischer Seite kann eine Aufklärung der Familien durch türkische Sozialberater über die Vorteile einer Berufsausbildung in Deutschland stattfinden. Auf diese Weise könnte die berufliche Integration gefördert werden.

Politische Integration

Bevor ich den wichtigsten Integrationsaspekt, die soziale Integration, erwähne, möchte ich auf die hierfür erforderliche Voraussetzung, nämlich auf die politische Integration, eingehen. Die Integration politisch unmündiger Bürger ist theoretisch schwer nachvollziehbar. Zur Zeit besteht für Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland keine Möglichkeit der politischen Partizipation. Die bisher in zahlreichen Städten existierenden Ausländerbeiräte konnten diese Funktion in der Vergangenheit nicht erfüllen. Wenn wir davon ausgehen, daß mehr als die Hälfte der Türken in Deutschland seit mindestens 6 Jahren hier lebt, und daß viele von ihnen langfristig hierbleiben wollen, ergibt sich die Forderung nach der Gewährung politischer Rechte wie des kommunalen Wahlrechtes zwangsläufig. Die Gewährung des kommunalen Wahlrechtes könnte das gegenseitige Interesse der Türken einerseits und der Deutschen andererseits steigern. Die deutschen Parteien und ihre Politiker würden sich stärker um die Belange der Ausländer kümmern, da diese dann ein beachtliches Wählerpotential darstellten. Auf der anderen Seite könnte durch diesen Schritt das politische Interesse der Türken, das zur Zeit noch überwiegend an den Geschehnissen in der Türkei orientiert ist, auf die Ereignisse in Deutschland gelenkt werden. Auf diese Weise würden auch die eine Integration hemmenden Einflüsse extremistischer türkischer Organisationen wie der Grauen Wölfe zurückgehen. Die Zielsetzungen dieser Organisationen, die nur auf die Türkei ausgerichtet sind, lassen bei vielen Türken ein Interesse an den hiesigen Entwicklungen nicht aufkommen. Es ist anzunehmen, daß Türken, die lange hier leben wollen, durch Gewährung des kommunalen Wahlrechtes mehr und mehr in die deutschen Parteien integriert werden. In letzter Zeit steigt die Zahl der türkischen Mitglieder in deutschen Parteien. Eine Förderung dieser Entwicklung ließe erwarten, daß viele Türken eine Mitgliedschaft bei den großen Parteien SPD, CDU und FDP erwägen würden.

Die ersten Bewegungen in diese Richtung lassen sich bei den Großparteien CDU und SPD feststellen. Während die CDU ihre Zusammenarbeit mit der konservativen Föderation der Türken „Hür-Türk“ verstärkt, beginnt die SPD in einzelnen Bundesländern, mit dem Dachverband der türkischen Sozialdemokraten in Deutschland zusammenzuarbeiten. Es ist heute leider besonders schwer, angesichts der ausländerablehnenden Haltung der Öffentlichkeit von den Parteien eine Verwirklichung des kommunalen Wahlrechtes zu erwarten.

Erste Ansätze einer politischen Integration kann man bei der SPD feststellen. So sind heute – wenn auch in geringer Zahl – in den Unterbezirken der SPD und sogar im Landesvorstand der JUSOS in Nordrhein-Westfalen Türken als Vorstandsmitglieder vertreten.

Die geschilderten Ansätze der beruflichen, wirtschaftlichen und politischen Integration sind erste Schritte auf dem Weg zur Verwirklichung der gewünschten sozialen Integration.

Soziale Integration

Generell erfordert eine Integration der Türken eine gesetzliche Absicherung. Auf dem Hintergrund des derzeitigen Ausländergesetzes und der heute praktizierten restriktiven Ausländerpolitik können die Türken sich in der Bundesrepublik Deutschland nur wenig sicher fühlen. Die Zurückhaltung bei der Gewährung von Aufenthaltsberechtigungen und die restriktive Handhabung des Ausländergesetzes durch die Ausländerbehörden verunsichern die hier lebenden Türken. Zunächst müßte diese Unsicherheit über den eigenen Status aufgrund der Ausländergesetze abgebaut werden. Solange dies nicht geschieht, bleibt das Interesse der Türken an einer sozialen Integration gering.

Bei der sozialen Integration darf in keinem Fall die erste Generation vernachlässigt werden. Die Integration der 2. und 3. Generation kann nur schwer verwirklicht werden, wenn die notwendigen Maßnahmen für die erste Generation nicht ergriffen werden. Soziale Integration erfordert von den Türken zwingend eine Anpassung an die äußeren Lebensumstände in der Bundesrepublik Deutschland und die Respektierung der hiesigen Gesetze. Dies setzt zunächst bessere Kenntnis der deutschen Sprache voraus. Durch eine Intensivierung von Sprachangeboten können gezielt auch die türkischen Frauen angesprochen werden, die zur Zeit in Deutschland eine doppelte Diskriminierung – als Frau und als Ausländer – erfahren. Für die türkischen Frauen und Mädchen stellt sich die soziale Integration am problematischsten dar. Die türkischen Frauen, die seit 1974 im Rahmen der Familienzusammenführung hierher kamen, mußten zunächst 4 Jahre lang auf die Erteilung einer Arbeitserlaubnis warten. Während dieser Zeit waren ihre Kontakte mit der deutschen Umwelt auf ein Minimum beschränkt. Die Rolle der Frau ist nach dem türkischen Wertmuster durch eine starke Abhängigkeit vom Mann gekennzeichnet, die in Deutschland aufgrund der fehlenden Kontaktmöglichkeiten noch verstärkt wird und zur Isolation

führt. Für die Lösung der speziellen Probleme türkischer Frauen fehlen entsprechende Angebote der Sozialbetreuung. Türkische Frauen sind bundesweit vor den türkischen Sozialbetreuungsstellen der Arbeiterwohlfahrt äußerst selten zu sehen. Ihre Probleme der Isolation und der doppelten Diskriminierung sind in Deutschland noch ungelöst. Die Problemfelder bei den Frauen werden auf die Kinder – besonders auf die Töchter – reflektiert. Die Sozialisation der zweiten Generation in Ghettos mit diskriminierten Müttern hemmt ihre soziale Integration.

Jüngste Untersuchungen zeigen, daß Türken in Deutschland im Vergleich zu anderen Ausländergruppen am wenigsten Interesse an einer Rückkehr zeigen. Nach der deutschen Wohnbevölkerung repräsentieren die Türken die zweitgrößte Wohnbevölkerung im Lande. Abgesehen von den notwendigen politischen und gesetzlichen Schritten, die den Türken größere Gleichberechtigung bei der Berufs- und Arbeitsfindung sowie aufenthaltsrechtliche Sicherheiten bieten sollen, wird insbesondere auch auf die türkischen und deutschen Sozialarbeiter eine Fülle von Aufgaben zukommen. Neben der bisherigen Betreuung der türkischen Arbeiter stellen sich den Sozialarbeitern in den achtziger Jahren zwei weitere große Arbeitsfelder. Die türkischen Frauen und Jugendlichen benötigen zur Zeit die größten Anstrengungen für ihre Eingliederung in die deutsche Gesellschaft. Die türkischen Frauen mit ihren Schwierigkeiten von der gesundheitlichen Aufklärung an bis hin zur Gleichberechtigung innerhalb von Familie und Gesellschaft brauchen gezielte Betreuung und Aufklärung. Die türkischen Jugendlichen, deren Rückkehr in die Türkei abgesehen von den dortigen arbeitsmarktpolitischen Bedingungen auch durch ei-

ne Entfremdung von den türkischen Lebensbedingungen behindert wird, benötigen bei der Berufsfindung, bei der Wahrnehmung ihrer Rechte und bei der Erweiterung ihrer gesellschaftspolitischen Kenntnisse die Unterstützung der Sozialarbeiter.

Während der sechziger und siebziger Jahre bestanden die Aufgaben der türkischen Sozialberater in technisierten und formalen Hilfen für die türkischen Arbeiter bei Ausländerbehörden, Arbeitsämtern und Arbeitgebern. Heute hat sich die Situation entsprechend dem Wandel der türkischen Arbeiter zur Wohnbevölkerung geändert. Die Sozialarbeit mit Türken bietet jetzt eine veränderte Aufgabenpalette, die eine Professionalisierung und eine höhere Qualifizierung der Sozialbetreuer und Sozialarbeiter erfordert. Quantitative und qualitative Verbesserungen sind unerlässlich.

Im Laufe der Zeit hat sich die Bundesrepublik Deutschland für die Türken von einem Arbeitsaufenthaltsland zu einem Einwanderungsland entwickelt. Ihre Integration scheint trotz der erwähnten Schwierigkeiten wesentlich realistischer zu sein als eine Reintegration in der Türkei.

Literaturhinweise

- Arbeiterwohlfahrt Bundesverband (Hrsg.), *Integration der zweiten und dritten Ausländergeneration*, Bonn 1980
Birkenfeld, Helmut (Hrsg.), *Gastarbeiterkinder aus der Türkei*, C. H. Beck-Verlag, München 1982
Funcke, Liselotte (Hrsg.), *Daten und Fakten zur Ausländerpolitik*, Bonn 1982
Şen, Faruk, *Türkische Arbeitergesellschaften*, Verlag Peter Lang, Bern, 2. erw. Auflage 1982



DEUTSCHLAND- POLITIK

Wilhelm Bruns: Der Grundlagenvertrag ist 10 Jahre in Kraft

Dr. Wilhelm Bruns, Jahrgang 1943, ist Leiter der Abteilung Außenpolitik- und DDR-Forschung im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung (Bonn). Veröffentlichungen: Friedliche Koexistenz, Hamburg 1976; Die UNO-Politik der DDR, Stuttgart 1978; Deutsch-deutsche Beziehungen (3., erw. Aufl.), Opladen 1982; Die Uneinigen in den Vereinten Nationen, Köln 1980 (s. a. seine zahlreichen Artikel in der NG).

Voraussetzungen

Bei den Voraussetzungen deutsch-deutscher Politik kann man sich auf einige Stichworte beschränken:

- Deutschland steht unter dem Vier-Mächte-Vorbehalt;
- die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik sind Teilstaaten des Deutschen Reiches, von dem die Bundesrepublik behauptet, es bestehe fort, während die DDR dies bestreitet (dies hat weitreichende politische wie rechtliche Folgen);
- die DDR wie die Bundesrepublik sind Kinder des Kalten Krieges.

Weiter sollte auf zwei strukturelle Gegebenheiten hingewiesen werden, die sich als Bestimmungsfaktoren deutsch-deutscher Politik auswirken:

- Es handelt sich bei der DDR und der BRD um zwei Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung mit verschiedenen Wertvorstellungen und konfrontativer Ideologie;
- beide sind Mitglieder gegnerischer Militärkoalitionen und gehören unterschiedlichen Integrationsystemen wie der EG und dem RGW an.

Inbesondere diese beiden strukturellen Gegebenheiten wollen und können beide deutsche Staaten nicht verändern. Hinzu kommt: Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR sind Teil der Ost-West-Beziehungen. D. h. die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR ist abhängig vom Stand der Ost-West-Beziehungen insgesamt und

wird wesentlich bestimmt durch den Stand der Beziehungen ihrer Führungsmächte UdSSR und USA! Hier muß auf ein kompliziertes Gemisch aus konfrontativen, kooperativen, koexistentiellen, kompetitiven Elementen (4 Ks) hingewiesen werden, das in den deutsch-deutschen Beziehungen seinen Ausdruck in einem verwirrenden Nebeneinander staatlich-diplomatischer Entspannung (Kooperation) und forciertem ideologischer Auseinandersetzung (Abgrenzung) findet.

Die Deutsch-deutschen Beziehungen haben eine anerkannte und gute Geschäftsgrundlage

Anerkannte Geschäftsgrundlage der deutsch-deutschen Beziehungen ist der Grundlagenvertrag vom 21. Dezember 1972 mit seinen Anhängen. Man sollte hier von einer „Gesamtstruktur“ eines Vertragswerkes sprechen, die von der Präambel über die Protokollvermerke bis zu den begleitenden Briefen reicht. Nicht dazu gehört – gegenüber der DDR – das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1973, das nur innerstaatlich gilt. Aus diesem Vertragswerk wie aus den zahlreichen Erklärungen von autorisierten Vertretern beider deutscher Staaten läßt sich herausarbeiten, wozu sich die beiden deutschen Staaten politisch und rechtlich verpflichtet haben:

- zum Verzicht auf Gewaltanwendung und Gewaltandrohung,
- zur Anerkennung bzw. Respektierung des Status quo,
- zur Anerkennung des Systemantagonismus unter Fortsetzung des ideologischen Kampfes sowie operativ
- zur Kooperation auf ausgewählten Gebieten zu beiderseitigem Nutzen und schließlich
- zur Auflösung des Problemhaushalts in nichtverhandlungsfähige Grundkonflikte und praktisch regelbare Fragen, die auf dem Verhandlungswege zu Verträgen und Abkommen führen sollen.

Dieser letzte Punkt ist der Schlüssel zum deutsch-deutschen Verhandlungsansatz. Zum Ansatz und zum Ziel der Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Bundesregierung erklärte Bundeskanzler Helmut Schmidt in seiner Regierungserklärung nach dem Treffen am Werbellin- und am Döllnsee vor dem Deutschen Bundestag am 18. Dezember 1981: „Die nicht zu behobenden Unterschiede und Gegensätze in grundsätzlichen Fragen müssen durch ein Geflecht des für beide Seiten praktisch Möglichen und Vernünftigen gemildert werden.“

Auf dieser Grundlage gelang es, innerhalb weniger Jahre ein Netz von deutsch-deutschen Verträgen und

Vereinbarungen zu knüpfen, das den Menschen in beiden Teilen Deutschlands zugute kam. Ob es sich um den Verkehrsvertrag vom 26. Mai 1972, um die Pauschalabgeltung von Straßenbenutzungsgebühren vom 31. Oktober 1979, um Vereinbarung über den nichtkommerziellen Zahlungsverkehr vom 25. April 1974 oder um die „Vereinbarung über die Verrechnung der im Post- und Fernmeldeverkehr erbrachten Leistungen“ (1970), um den „Vertrag über Fragen des Verkehrs“ (1972), um „Vereinbarungen über Grundsätze zur Schadenabekämpfung und über die Instandhaltung der Grenzgewässer“ (1971), um das Gesundheitsabkommen (1974) oder um das Post- und Fernmeldeabkommen (1976) handelt – stets ging es um Verträge, deren Gebrauchswert für die Bürger unmittelbar erfahrbar war und ist.

Zu den Ergebnissen dieser „Kontaktpolitik“ gehörten u. a. auch:

- der ungehinderte und freie Verkehr von und nach Berlin über die Transitwege für jährlich 15 Millionen Reisende;
- der Ausbau der Transitwege zu Land und auf dem Wasser;
- weltweite vertragliche Absicherung der Existenz West-Berlins;
- ein Journalistenaustausch;
- der Ausbau des Fernsprechnetzes und der Telexleitungen (die Gespräche in West-Ost-Richtung stiegen innerhalb von zehn Jahren von 0,5 Millionen auf über 23 Millionen jährlich);
- eine friedliche Regelung von Grenzproblemen durch eine Grenzkommission;
- innerdeutsche Sportbegegnungen;
- Intensivierung des innerdeutschen Handels;
- Vereinbarung auf dem Energiesektor.

In bislang dreizehn Bereichen kam es zu vertraglichen Beziehungen. Keine vertragliche Regelung fanden die Gebiete Umweltschutz, Rechts- und Amtshilfe zwischen Gerichten und Staatsanwaltschaften, Wissenschaft und Technik und Kultur. (Streitpunkte sind hier die Einbeziehung Westberlins und die umstrittene Frage der Staatsbürgerschaft.)

Der Zustand der deutsch-deutschen Beziehungen nach dem Grundlagenvertrag ist erheblich besser geworden. Besser heißt jedoch nicht gut und normal!

Aus der Verhandlungspolitik in den deutsch-deutschen Beziehungen der 70er Jahre läßt sich so etwas wie eine Erfolgshoreographie ableiten:

1. Es muß auf beiden Seiten ein Interesse da sein, das homogenisierbar ist bzw. gemacht werden kann.
2. Der Grunddissens (die „Systemfrage“) muß dabei ausgeklammert bleiben.

3. Keine Seite darf die andere überfordern.
4. Wenn unterschiedliche Interessen verknüpft werden sollen, so müssen diese auch verknüpfbar sein. Dies muß für beide Seiten auch erträglich sein.
5. Beide Seiten müssen zu Kompromissen bereit und fähig sein.
6. Die internationalen Rahmenbedingungen dürfen deutsch-deutschen Regelungswünschen nicht entgegenstehen.

Die vier Forderungen von Gera

Werden die vier Forderungen des Generalsekretärs der SED, Erich Honecker, zur unabdingbaren Voraussetzung für Verhandlungen in den deutsch-deutschen Beziehungen gemacht, sind Fortschritte bei Verhandlungen unwahrscheinlich.

Am 13. Oktober 1980 hielt der erste Mann der DDR, Erich Honecker, in Gera eine Rede, die die deutsch-deutschen Beziehungen offenbar auf eine andere Grundlage stellen wollte, als dies im Grundlagenvertrag vereinbart wurde. Sie wurde von ihm auf dem X. Parteitag der SED 1981 in den Rang einer „Prinzipien- und Grundsatzrede“ gehoben. Kern dieser Geraer Rede waren vier Forderungen an die Bundesrepublik:

- Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR,
- Auflösung der sogenannten „Zentralen Erfassungsstelle“, Salzgitter,
- baldige Regelung des Grenzverlaufs auf der Elbe entsprechend dem internationalen Recht,
- Verwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften und Austausch von Botschaftern (was dem Völkerrecht entspreche).

Das Neue waren nicht die Forderungen nach Anerkennung (Stoph sprach am 17. Dezember 1980 vor der DDR-Volkskammer statt von „Anerkennung“ von „Respektierung“, was mehr als eine Nuance ausmacht) der DDR-Staatsbürgerschaft oder die Auflösung der Erfassungsstelle in Salzgitter. Das Neue an diesen Forderungen war zweierlei:

- Honecker machte die Erfüllung dieser Statusforderungen zur „unabdingbaren“ Voraussetzung weiterer Normalisierungsschritte in den deutsch-deutschen Beziehungen. Eine solche Position wurde dann schrittweise im Laufe der Zeit von der DDR selbst wieder abgebaut. Heute wird lediglich „Respektierung“ der DDR-Staatsbürgerschaft verlangt und um eine „einvernehmliche“ Elbe-Regelung geworben.
- Schwerer wiegt: Während es mit dem Grundlagenvertrag, dem Schlüsseldokument deutsch-deutscher Beziehungen, vereinbar ist, die ersten drei „Geraer Forderungen“ weiterhin zu erheben, wirft die vierte

Forderung die Frage auf, ob die DDR den Grundlagenvertrag überhaupt noch als Geschäftsgrundlage akzeptiert. Denn dort ist in Artikel 8 lediglich die Rede von Ständigen Vertretern. Aus guten Gründen! Diese Forderung unterscheidet sich von den anderen hier erhobenen dadurch, daß gezielt ein ganzer Artikel des Grundlagenvertrages ausdrücklich zur Disposition gestellt wurde.

Wer die Forderungen der DDR insbesondere in der Geraer Rede von Erich Honecker mit den Bestimmungen des Grundlagenvertrages konfrontiert, stellt unschwer fest, daß die DDR hier Forderungen stellt, die durch den Grundlagenvertrag teilweise beantwortet sind. So steht der Forderung der DDR nach Anerkennung der Staatsbürgerschaft die Protokollnotiz gegenüber, wonach diese Frage nicht geregelt ist. Bei der Frage nach der Klärung des Grenzverlaufs auf der Elbe kann man sich direkt nicht auf den Grundlagenvertrag beziehen. Diese Frage ist hier nicht geregelt, auch nicht angesprochen. Die Forderung nach Einrichtung von Botschaften, also nach Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften, ist eine Forderung, die sich auch im Entwurf Walter Ulbrichts vom Dezember 1969 findet. Eine Aufwertung in Botschaften steht aber in diametralem Gegensatz zum Artikel 8 des Grundlagenvertrages:

Die Forderung der DDR nach Auflösung der Erfassungstelle Salzgitter ist im Grundlagenvertrag nicht geregelt. Die Existenz dieser Stelle war der DDR vor der Ratifizierung des Grundlagenvertrages bekannt. Es ist eine durchaus legitime Forderung von Seiten der DDR, die Auflösung dieser Erfassungsstelle zu verlangen, zumal sie mit dem Art. 6 Grundlagenvertrag kollidiert. In diesem Zusammenhang steht stets die prinzipielle Frage: Gilt für all das, was nicht ausdrücklich im Grundlagenvertrag geregelt wird, das Völkerrecht, wie prominente DDR-Völkerrechtler behaupten? Und: Was schreibt das Völkerrecht im einzelnen an Verhalten vor? Auf die deutsch-deutschen Beziehungen bezogen, heißt dies: Nirgendwo steht beispielsweise geschrieben, daß Staaten die Staatsangehörigkeit anderer Staaten ausdrücklich anerkennen müssen. Eine Respektierung reicht aus. Dies aber geschieht bereits.

Die Forderungen der DDR müssen daraufhin geprüft werden, ob sie politisch angemessen und rechtlich einwandfrei sind. Angemessenheit läßt sich im Zusammenhang mit den Verhandlungsmaterialien prüfen, im Zusammenhang mit dem Artikel 7 des Grundlagenvertrages. Hier ist nicht zu sehen, in welchem Verhältnis die DDR-Forderung nach Aufwer-

tung der Ständigen Vertretungen in Botschaften etwa zu den Verhandlungen über ein Kulturabkommen oder über ein Abkommen zu Umweltfragen usw. steht. Hier also eine Verknüpfung herzustellen, ist sachlich unangemessen und politisch willkürlich.

Nicht zu bestreiten ist allerdings, daß es einen Zusammenhang gibt zwischen der DDR-Forderung nach Anerkennung der Staatsbürgerschaft und einem Rechtshilfeabkommen. Denn in einem Rechtshilfeabkommen geht es um Bürger, und hier muß eine Regelung gefunden werden, die auch für die DDR annehmbar ist. Erfreulich ist, daß es Erich Honecker vor kurzem in seinem Schlußwort auf der 5. Tagung des ZK der SED unterließ, die Erfüllung der vier Punkte von Gera zur Vorbedingung neuer Vertragsverhandlungen mit der Bundesrepublik zu machen.

Entweder Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik oder gute deutsch-deutsche Beziehungen?

In Reden führender SED-Politiker taucht häufig eine Verknüpfung von zwei verschiedenen Sachverhalten auf, die zum ersten Mal 1979 vorgenommen wurde; amerikanische Mittelstreckenraketen und deutsch-deutsche Beziehungen. Auf diese Verknüpfung haben Erich Honecker, Kurt Hager und Hermann Axen wiederholt drohend und mahrend hingewiesen: „Im Schatten von neuen USA-Atomraketen, die 1983 in der Bundesrepublik stationiert werden sollen, können gutnachbarliche Beziehungen zwischen der DDR und der BRD nicht geduldet“ – so der Tenor (hier zitiert nach dem „Neuen Deutschland“ vom 22. September 1982, S. 2). Der ultimativen und kausalen Verknüpfung von verlangtem „Wohlverhalten“ der Bundesregierung bei amerikanischen Raketen und der Fortsetzung deutsch-deutscher Beziehungen ist entgegenzuhalten:

1. Der rechtliche Rahmen deutsch-deutscher Politik mit ihren Grenzen und Möglichkeiten umreißt der Grundlagenvertrag mit seinen Anlagen.
2. Weitere rechtliche und politische Grundlagen sind die Ostverträge, das Berlin-Abkommen, die UNO-Charta und die KSZB-Schlusakte von Helsinki.
3. In diesen genannten Dokumenten finden sich Voraussetzungen deutsch-deutscher Beziehungen.
4. In keinem dieser Dokumente findet sich der von der SED konstruierte Zusammenhang von Pershing II und deutsch-deutschen Beziehungen mit der ultimativen Alternative: bei Stationierung neuer amerikanischer Raketen keine Fortsetzung deutsch-deutscher Beziehungen.

5. Die Drohung der SED und die Verknüpfung von neuen amerikanischen Raketen und deutsch-deutschen Beziehungen ist daher rechtlich unzulässig, politisch willkürlich und droht, nicht nur die Grundlagen deutsch-deutscher Beziehungen zu stören, sondern könnte auch Einfluß auf die Ost-West-Entspannung insgesamt haben.

Erwartungen und Enttäuschungen als ständige Begleiter der deutsch-deutschen Beziehungen

Wer erwartet und gefordert hat, Deutschlandpolitik müsse Mauer, Schießbefehl und Tötungsautomaten schnell abbauen, wie dies erst jüngst der heutige Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Peter Lorenz, in der Aussprache zum Bericht über die Lage der Nation formuliert hat, mußte enttäuscht sein. Enttäuscht nicht wegen der Versprechen der Bundesregierung, sondern wegen der ungerechtfertigten Erwartungen der Opposition. Wer erwartet hatte, daß die SED ihren Führungsanspruch oder die DDR ihr System aufgibt, daß sich die DDR so verhält, wie wir dies wünschen, der mußte enttäuscht sein. Doch diese Enttäuschung läßt sich auf Erwartungen zurückführen, die unangemessen waren. Diese Erwartungen sind eine Art von Wirklichkeitsverleugnung. Sie ignorieren im übrigen, was Repräsentanten dieser Politik immer gesagt haben: Nach dem Zustand von Nichtbeziehungen gibt es jetzt formalisierte Beziehungen, die schwierig bleiben und voller Rückschläge sein werden.

Deutsch-deutsche Beziehungen zwischen Erreichbarem und Erreichbarem

Was in den deutsch-deutschen Beziehungen erreichbar ist, ist abhängig von Entwicklungen und Bedingungen, die nur teilweise von einer deutschen Bundesregierung beeinflussbar sind. Es wird auf Entwicklungen und Konstellationen ankommen, die wie folgt zu benennen sind:

1. Entscheidend ist der Verlauf der Ost-West-Beziehungen, in die die deutsch-deutschen Beziehungen eingebettet sind und von denen sie abhängig sind.
2. Das Verhalten der Sowjetunion, und hier insbesondere in der Nach-Breschnew-Ära.
3. Wichtig ist das Verhalten der amerikanischen Administration (sieht sie in deutsch-deutschen Beziehungen kooperativer Art eine Konterkarierung ihrer konfrontativen Ost-West-Politik?).
4. Abhängig sind die deutsch-deutschen Beziehungen vom Verhalten der DDR-Regierung und von der relativen Stabilität des DDR-Systems.
5. Schließlich werden die deutsch-deutschen Bezie-

hungen beeinflußt und bestimmt vom deutschlandpolitischen Ansatz und den Forderungen der jeweiligen Bundesregierung.

Dies sind im wesentlichen auch die Bestimmungsfaktoren, die die Grenzen und Möglichkeiten deutsch-deutscher Politik in den 80er Jahren umreißen.

Selbstblockierung

Inwieweit die Einbettung der deutsch-deutschen Beziehungen in die Ost-West-Beziehungen und ihre Abhängigkeit von der Art der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen sind, keine abstrakte These ist, zeigt der Verlauf der Nachkriegsgeschichte. Aber auch die jüngste Geschichte liefert dafür ein Anschauungsbeispiel: Es ist bekannt geworden, daß die UdSSR seit einiger Zeit der Bundesregierung Entgegenkommen signalisiert hat bei den anhängigen deutsch-sowjetischen Verträgen über Wissenschaft und Technik sowie über Kultur. Die Verträge sind ausgehandelt und liegen seit geraumer Zeit „auf Eis“. Sie können vom Eis befreit werden durch eine für Bonn akzeptable Berlin-Einbeziehung.

Nun soll der Stand der sein, daß Moskau Bonn in der Frage einer Berlin-Einbeziehung so weit entgegengekommen ist, daß Bonn damit einverstanden sein kann. Doch Bonn, in diesem Fall das Auswärtige Amt unter Außenminister Genscher, verweist auf die USA und glaubt in der derzeitigen Situation, es sich nicht erlauben zu können, mit Moskau Kooperationsverträge abzuschließen, wo doch die amerikanische Administration auf Konfrontation und Bestrafung der UdSSR gesetzt habe, d. h. das Moskauer Angebot wird mit Rücksicht auf die Reagan-Administration abgelehnt. Deutsche Interessen werden hintergestellt.

Der Zusammenhang mit dem deutsch-deutschen Verhältnis ist der, daß in dem Moment, in dem die Bundesrepublik mit der UdSSR die Verträge über Wissenschaft und Technik abschließt, das zwischen beiden deutschen Staaten ausgehandelte Abkommen über Wissenschaft und Technik, das bislang wegen der strittigen Berlin-Einbeziehung nicht unterschrieben worden ist, sofort (DDR-Vertreter sagen „am nächsten Tag“) unterzeichnet werden könnte. Hier werden Zusammenhänge, aber auch Abhängigkeiten erkennbar – und möglicherweise vertane Chancen!

Die Kontinuitätsbehauptung

Die neue Bundesregierung ist zum „offenen und vorurteilsfreien Gespräch“ mit der DDR bereit und wünscht die deutsch-deutsche Vertragspolitik fortzu-

setzen. Nach einem Bericht der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 16. Nov. 1982, S. 3, hat dies der Bundeswohnungsbauminister Schneider am 15. Nov. 1982 bei der Eröffnung der Ausstellung „Stadt-Park-Stadt“ in Magdeburg gesagt (Schneider war der erste Bundesminister der neuen Regierung in der DDR). Dies ist ein nachträgliches Kompliment für die Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition von 1972/1982, denn die neue Regierung unter CDU/CSU/FDP will diese Politik fortsetzen.

Die Unionsvertreter in der Regierung sprechen sich für Verhandlungen mit der DDR aus „zur Verbesserung der Beziehungen und zur Erleichterung der Lage der Menschen“, so der zuständige Minister für innerdeutsche Beziehungen, Rainer Barzel („Die WELT“, 6. 11. 1982, S. 4) und der für Deutschlandpolitik zuständige Minister im Bundeskanzleramt, Philipp Jenninger. Barzel versichert, daß die neue Regierung „das Gespräch, nicht die Polemik, das Ergebnis, nicht die Schlagzeile“ suche. Er sucht damit etwas, was die sozialliberale Koalition praktiziert hat, das aber von der Union als Opposition kritisiert wurde.

Es habe keinen Sinn, so Jenninger, „die gegenseitige Durchsetzung von Rechtspositionen zum Gegenstand der innerdeutschen Beziehungen zu machen“. Der Bundesregierung gehe es „um praktische Ergebnisse“. Dies klingt gut. Nur: Dies hat die von der damaligen Opposition kritisierte Bundesregierung aus SPD und FDP gemacht. Es ging der Union während ihrer Oppositionszeit um die „Durchsetzung von Rechtspositionen“, wobei dies zu Lasten „praktischer Ergebnisse“ gegangen wäre. Die sozialliberale Bundesregierung erstrebte und erreichte praktische Ergebnisse, ohne Rechtspositionen aufzugeben. Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Rainer Barzel, hat in einer Grundsatzrede zur Deutschlandpolitik am 11. November 1982 (vor dem

Innerdeutschen Ausschuß des Deutschen Bundestages) die Kontinuität deutsch-deutscher Verhandlungs- und Vertragspolitik unterstrichen („Kontinuität schließt die Arbeit der früheren Regierungen ein...“).

Das Kontinuitätsversprechen der jetzigen Bundesregierung sollte auch *in der Praxis* Ansatz und Methode der sozialliberalen Regierungspolitik einschließen. Hier steht der Test noch aus!

Perspektiven

Die deutsch-deutschen Beziehungen haben ihre besonderen Voraussetzungen und ihre spezifischen Probleme. Haben sie auch Perspektiven? Die Antwort hängt von Bestimmungsfaktoren (Ost-West-Beziehungen, Verhältnis USA-UdSSR u. a.) wie von den Erwartungen ab. Die Verhandlungsperspektive ist im Grundlagenvertrag genannt, im Art. 1 („normale gutnachbarliche Beziehungen“). Dies wäre schon sehr viel. Doch selbst davon sind wir noch weit entfernt (H. Schmidt). Dennoch sollte dies die Orientierung sein bei den Verhandlungen, wie bei den Erwartungen!

Bei den deutsch-deutschen Beziehungen geht es weniger darum, uns einen direkten Weg zur Wiedervereinigung auszudenken und alles andere als unzureichend anzusehen, sondern um die Frage: Was ist der nächste Schritt, was sind die nächsten Schritte, um die Teilung Deutschlands für die Menschen in beiden Teilen Deutschlands erträglicher zu machen? Dazu diente die Vertragspolitik der 70er Jahre.

Deutsch-deutsche Vertragspolitik in den 80er Jahren steht und fällt mit unserer Fähigkeit und Bereitschaft, die DDR „in unserem politischen Verhalten, im politischen Denken und Trachten und Fühlen als einen gleichberechtigten Dauerpartner zu akzeptieren“ (so Günter Gaus im NG-Gespräch, Heft 8/1982, S. 720).

Wolfgang Baer: Die Union in der Verantwortung — Zur Deutschlandpolitik von Helmut Kohl und Rainer Barzel

Dr. Wolfgang Baer, Jahrgang 1938, ist Wissenschaftler und Publizist mit besonderem Interesse an deutschlandpolitischen Fragen.

Die Regierung Kohl/Genscher wird sich fragen lassen müssen, was sie nun eigentlich politisch wolle: Kontinuität oder Wandel, zumal Genscher seine Formel von der „Wende“ nicht aus dem inneren Zustand der FDP, sondern aus den angeblich zerrütteten Grundlagen der sozialliberalen Koalition abgeleitet hatte. Bereits in den ersten hundert Tagen der neuen Regierung schimmert nun durch, daß „Kontinuität“ zur geradezu auffallend eifrig beschworenen

Signatur politischen Handelns geworden ist – womit aber zugleich das Motiv für diese politische „Wende“ mehr und mehr fragwürdig erscheint. Sehen wir einmal von manchen sozial- und innenpolitischen Feldern ab: kein Spitzenpolitiker der neuen Regierung versäumt die Beteuerung, es hier und hier beim Erprobten zu belassen. Vorläufiges Fazit: Die ersten Erfahrungen in der politischen Verantwortung dürften bereits zu der Erkenntnis verholfen haben, daß die viel zitierte „Wende“ der Bundesrepublik Deutschland besonders außen- und sicherheitspolitisch schlecht bekommen könnte. Das internationale Ansehen, das die Bundesrepublik in den letzten dreizehn Jahren durch die Bundeskanzler Brandt und Schmidt gewonnen hat, könnte allzu schnell – und vor den Wahlen – Opfer verbaler Akrobatik und damit verspielt werden.

Dies gilt besonders für den sensiblen Bereich der Deutschlandpolitik. Kein Wunder, daß sich der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Rainer Barzel, beeilt, die Kontinuität seiner Deutschlandpolitik hervorzuheben. Eine Serie von Erklärungen und Interviews beweist sein politisches Engagement und scheint auch seinen Parteifreunden zu zeigen, daß das Reißbrett für die Grundlinien der Deutschlandpolitik in seinem Hause steht. Dafür sollte er mehrere gute Gründe haben: Zunächst sorgten manche terminologische Seifenblasen für Verwirrung, zumindest für eine gewisse Irritation über Konzept oder mutmaßliche Absichten der neuen Bundesregierung. Wir erinnern uns: der Vorsitzende des auch für Deutschlandpolitik zuständigen Arbeitskreises der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Hans Graf Huyn, bezeichnete noch im August 1982 die Ankündigung des damaligen Regierungssprechers Rühl, am Treffen mit Erich Honecker bestehe kein aktuelles Interesse, als einen „Schritt in der richtigen Richtung“. Schärfer noch ließ der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen, Lintner, hören, ein Besuch Honeckers in der Bundesrepublik sei ohne Gegenleistungen der DDR derzeit auch unerwünscht.

In der Frage der Festlegung der Elbe-Grenze sollte es nach Lintner (Mai 1982) kein Entgegenkommen und keine Verhandlungen geben. Wenn die (damalige) Bundesregierung in dieser Frage „die Erfüllung der DDR-Wünsche“ vorbereite, beleuchte dies das Fiasko ihrer Deutschlandpolitik. Im „Bayernkurier“ schrieb der damalige CSU-MdB Spranger (August 1982), daß allen Einlenkungsversuchen in der Elbe-Frage ein klares Nein entgegengesetzt werden müsse. Die Union werde „Verhandlungskompromisse“ in

dieser existentiellen Frage mit allen Mitteln verhindern.

Zu den Gesprächen der (damaligen) Bundesregierung über ein Wissenschaftsabkommen mit der DDR schrieb der „Bayernkurier“ im Juli 1982 in einem Leitartikel, Bonn wolle der deutschen Öffentlichkeit etwas vorführen, was nach Zusammenarbeit aussähe. An dieser wiederum habe Ostberlin ein spezielles Interesse: „Ihm geht es darum, sich einen direkten deutsch-deutschen Weg der Vermittlung neuen technologischen Wissens aus dem Westen zu eröffnen.“ Der Artikel trug die Überschrift: „Propaganda, sonst nichts!“

Rainer Barzel selbst – inzwischen Minister – betonte zunächst auch auffallend die „Offenheit der deutschen Frage“, zitierte hauptsächlich den Verkehrsvertrag zwischen beiden deutschen Staaten, der von den Unionsparteien nicht abgelehnt wurde, und benutzte schließlich die im Vertragsgesetz zu diesem Vertrag festgeschriebene Formel von den „beiden Staaten in Deutschland“ als Gegenstück zum bisherigen Begriff der beiden deutschen Staaten. Schließlich hatte er mit Ottfried Hennig einen Politiker in sein Amt berufen, der noch im August 1982 öffentlich bezweifelte, daß sich die Beziehungen zwischen Bonn und Ostberlin normalisieren könnten, solange die Mauer in Berlin stehe. (Freilich ist der Begriff der „Normalität“ an sich schillernd, auslegungsfähig und -bedürftig. Sein Gebrauchswert aber für Absichten und Zustandsbeschreibungen verschiedener staatlicher und nichtstaatlicher, bestehender und anzustrebender Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten bleibt unbestritten, auch wenn dieser Begriff von Ost und West unterschiedlich interpretiert wird.) Weitere Ausführungen Hennigs über die „fehlende Konkurrenzfähigkeit des kommunistischen Systems mit einer freiheitlichen Demokratie“ als „Zeichen der fortdauernden Schwäche der DDR-Führung“ schienen sich jedenfalls nicht als Entrée für die Fortführung deutsch-deutscher Beziehungen auf Arbeitsebene zu eignen. Zugegeben: Hennig und die genannten Unionspolitiker politisierten in dieser Weise vor dem Regierungswechsel, doch ist dieser allein keine ausreichende Begründung für Meinungswechsel, um Kontinuität zu erreichen.

Wenn Rainer Barzel – und so wollen wir ihn im Sinne eines Konzeptes verstehen – in die Kontinuität bundesdeutscher Deutschlandpolitik bei programmatischen Erklärungen Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und die Sozialdemokraten Helmut Schmidt und Egon Franke einbezieht, dann hat er sich auch die Frage nach der Ausgewogenheit von Äußerungen

mancher seiner Parteifreunde aus der Union stellen müssen. Die Deutschlandpolitik, vornehmlich die deutsch-deutschen Beziehungen, sind eine sensible Szene und vertragen um so weniger Polemik, je näher diese an der politischen Verantwortung inszeniert wird.

Es ist sicher nicht nur auf das Stirnrunzeln und die erwarteten agitatorischen Strohfeder in Ostberlin gegen die neue Regierung zurückzuführen, daß heftige Töne verantwortlicher Unionspolitiker augenblicklich nicht mehr zu hören sind. Auch Rainer Barzel nennt inzwischen programmatisch zwei deutsche Staaten als „selbstredend“ voneinander unabhängig und selbstständig beim Namen und redet ausdrücklich einer Verbesserung und dem Ausbau der Beziehungen zwischen den Staaten das Wort. Insbesondere aber rückt er zurecht, daß die unionsgeführte Bundesregierung „nach einer Phase der Orientierung“ eine Kontinuität der laufenden Arbeitsbeziehungen wünscht – verbunden mit der Absicht, zu intensiveren Gesprächen und Sondierungen über mittel- und langfristige Vorhaben zu gelangen. Wenn Rainer Barzel heute für diese Zwecke „die Unterstützung aller Deutschen, insbesondere auch aller Fraktionen des Deutschen Bundestages“ zu finden hofft, dürfte er sich nicht täuschen. (Sozialdemokraten in der Regierungsverantwortung hatten diese Unterstützung bei den Unionsparteien leider oft vergeblich gesucht.)

Ohne Häme – die verträgt unsere nationalen Interessen und die deutsch-deutschen Beziehungen am allerwenigsten – bleibt nach dem vermutlichen Abschluß der „Orientierungsphase“ heute abzuhaben: Den Unionsparteien in der Regierungsverantwortung wird es schwerfallen, das von ihnen in der Öffentlichkeit immer gepflegte Bild des guten und sparsamen Geschäftsmannes, der sich an Leistung und Gegenleistung orientiert, aus jenem deutschlandpolitischen Panorama zu entfernen, das sie selbst mit der Kopplung von Vertragspolitik gegenüber der DDR und wirtschaftlichen Leistungen inszeniert hatten. Denn im Mai 1982 noch hatten führende Unionspolitiker noch auf diesem „notwendigen Zusammenhang“ (Lintner) bestanden und auf der Verknüpfung von wirtschaftlichen und humanitären Fragen (Peter Lorenz, September 1982) beharrt. Der Staatsminister im Bundeskanzleramt, Philip Jenninger, erklärte nunmehr kurz und bündig in Ostberlin (November 1982), es gebe keine Vorbedingungen mehr für weitere Gespräche und Verhandlungen mit der DDR. Das Panorama ursprünglicher Unionsvorstellungen zerfällt weiter; dem Besuch Honeckers in der Bundesrepublik steht im Prinzip nichts mehr entgegen,

eine Reihe von hohen und höchsten Repräsentanten des Staates besuchen die DDR oder haben Gespräche mit führenden Mitgliedern der SED; der Bundespräsident, der Außenminister, Rainer Barzel, Philip Jenninger, Oskar Schneider und Werner Dollinger. Die Union macht hiermit in überraschender Weise deutlich, daß sie nach Abschluß der „Orientierungsphase“ ohne viel Rücksicht auf durchaus öffentlichkeitswirksame Erklärungen von gestern beabsichtigt, Arbeitsbeziehungen und Termine der sozialliberalen Koalition allenfalls in Nuancen zu ändern. Vieles von dem, was vordem kritisch begleitet oder gegen das polemisiert wurde, scheint zur selbstverständlichen Politik geworden zu sein.

Mehr noch: ein erster Blick auf manche Aktivitäten – und dieser ist hier nur möglich – läßt sogar den Schluß auf weitergehende Pläne und Absichten zu. Zwar hat Rainer Barzel – er beruft sich nun nicht mehr nur auf den Verkehrsvertrag, sondern auch auf den Grundlagenvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten – einige unverrückbare Positionen gesteckt: Selbstbestimmungsrecht, Menschenrechte, fehlende Freizügigkeit, Beendigung der „Schießerei“ an der Grenze. Doch sprach er sich auch dafür aus, „im Augenblick vielleicht nicht lösbare Fragen liegenzulassen und dafür zunächst einmal zu erfüllen, was verabredet ist“. Weiter bekundete er seine Absicht, mit der DDR ein Kulturabkommen zu schließen: „Es ist höchste Zeit, darüber ernsthaft zu verhandeln und es abzuschließen.“ Dies gelte ebenfalls für ein Abkommen über Wissenschaft und technischen Austausch. Weiter: nicht nur ein Gegenbesuch Honeckers in der Bundesrepublik sei möglich; verschiedene Äußerungen des neuen Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen lassen den Schluß zu, daß die Bundesregierung zusätzliche Karten im Ärmel versteckt hält. Offensichtlich ist die Union – mit ihrer Mehrheit im Bundesland Niedersachsen im Rücken – gewillt, der DDR eine Regelung der Elbe-Grenze in Aussicht zu stellen. Anders läßt sich der Satz Barzels nicht interpretieren, darüber müsse gesprochen werden; „Es gibt eine Karte, die wurde wiederentdeckt“ (gemeint ist hier offensichtlich eine Landkarte, der Verfasser).

Bisherige Zwischenbilanz: Die Bundesregierung scheint fest entschlossen – und dies ist der Saché der Deutschen dienlich –, die Deutschlandpolitik entgegen früheren Beteuerungen führender Sprecher der Unionsparteien kontinuierlich und nahezu nahtlos fortzusetzen und hat dafür bereits sichtbare Zeichen gesetzt. Einmal ist der Preis für diesen „Modus vivendi“ mit der DDR die Abkehr von verbaler Pole-

mik und Wortakrobatik, die sich heute gegen die Unionsparteien in der Verantwortung selbst richten müßte. Die von Minister Barzel angedeuteten Gespräche über die Elbe-Frage wären heute eben das Fiasko (Lintner) der Deutschlandpolitik der neuen Bundesregierung. Oder: wenn die neue Bundesregierung die „Mordmaschinen“ an der Grenze nicht öffentlich anprangert, würde sie auch „mitschuldig an der Ermordung von Flüchtlingen an der innerdeutschen Grenze“ – so jedenfalls die Junge Union Bayern im August 1982 an die Adresse der Regierung Schmidt/Genscher.

Zum anderen war für diese Politik logischerweise eine Umkehrung der von der alten Opposition und jetzigen Regierung aufgestellten Prioritätenkataloge notwendig. Für den Oppositionsführer Helmut Kohl standen noch folgende Themen im Vordergrund, die eine unionsgeführte Bundesregierung mit der DDR „vorrangig verhandeln“ würde (August 1982):

- Reduzierung der willkürlichen Erhöhung der Zwangsunterschreibgebühren,
- Herabsetzung des Reisealters für DDR-Bewohner,
- Reisemöglichkeiten für Jugendliche aus der DDR,
- verstärkte Ausreiseerlaubnis für Verwandtenbesuche,
- Beendigung der vertragswidrigen DDR-Praxis, einzelne Bürger der Bundesrepublik an der innerdeutschen Grenze zurückzuweisen.

Heute hören sich die Prioritäten nach Rainer Barzel folgendermaßen an:

- Fortsetzung der laufenden Verhandlungen über die Neufestsetzung der Postpauschale, über Verkehrsfragen und ein wissenschaftlich-technisches Abkommen,
- Verhandlungen über ein Kulturabkommen und Vereinbarungen wegen der Verschmutzung der Werra,
- Intensivierung der Sondierungen über mittelfristige und langfristige Vorhaben (wobei offensichtlich auf die am Werbellinsee erörterte Kooperation bei Industrie-Projekten und der Elektrifizierung der DDR-Reichsbahn abgehoben wird),
- Erschließung zusätzlicher Möglichkeiten für die Gestaltung der Beziehungen, die sich aus der KSZE-Schlußakte von Helsinki ergeben.

Gleichwohl: ein Rest an Skepsis bleibt. Wie wird die Reaktion der auf die Union eingestimmten Öffentlichkeit sein? Sind die anderen Stimmen aus der Unionsfraktion verstummt? Wie lange? Bisher haben die Unionsabgeordneten jedenfalls ein hohes Maß an Loyalität gegenüber der Regierung und Parteidisziplin bewiesen. (Vielleicht nehmen die Sozial-

demokraten dies exemplarisch zur Kenntnis!) Es bleiben auch nichtinterpretierte und von sozialdemokratischer Seite (Egon Bahr) bereits monierte grundsätzliche Positionen in der Regierungserklärung von Helmut Kohl, von denen eher zu hoffen ist, daß sie nur eine Frucht der „Orientierungsphase“ sind und in ihrer deutschlandpolitischen Relevanz wegen der gebotenen Eile nicht genügend abgeklopft werden konnten. Was bedeutet zum Beispiel die Formulierung in der Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982: Das (nordatlantische, der Verfasser) Bündnis sei der Kernpunkt deutscher Staatsräson? Es wäre eine schlimme Polarisierung, wenn damit spiegelbildlich, jedoch grundsätzlich festgelegt wäre, was die DDR bezüglich der Sowjetunion verfassungsrechtlich festgelegt hat. Und: gilt diese Aussage Helmut Kohls auch für die Deutschen in der DDR? Wie ist dies zu verstehen? Wenn nicht: ist dann Deutschlandpolitik immer eine Funktion westlicher Bündnispolitik, von dieser abgeleitet oder ihr nachgeordnet? Hier sind Antworten nicht gegeben worden; manches bleibt unklar, wird es vielleicht auch bleiben.

Sagte man dem Vorgänger von Helmut Kohl Kühle und Pragmatismus nach, so sind manche Äußerungen von Unionspolitikern und auch der neuen Bundesregierung zur Deutschlandpolitik eher marginal, manchmal pathetisch oder politische Bonmots, die gefallen und leicht verdaulich sind. Es ist redlich und glaubhaft, Deutschlandpolitik als Herzensangelegenheit (Rainer Barzel) zu bezeichnen. Solche Willenserklärungen sind gut, ersetzen aber noch nicht Politik. Wenn Rainer Barzel bekundet, Berlin „zu einer geistig-moralischen Hauptstadtfunktion“ zu führen, dann mag er die Zustimmung des Kanzlers und bei den meisten Deutschen Gefallen finden, ist aber eine Erklärung zum „Wie“ (mit allen politischen und finanziellen Risiken) schuldig. Der große Wurf setzt Verständnis für den kleinen Schritt voraus, sicher aber auch Augenmaß für das Ziel, zumindest für das Machbare.

Die internationalen Beziehungen und der Ost-West-Gegensatz dominieren die Deutschlandpolitik. So wollen wir an dieser Stelle gern registrieren, daß sich die neue Bundesregierung die Polemik aus der rechten Ecke gegen die Entspannungspolitik (Bayernkurier vom Juli 1982: „Mär von Entspannung und Normalisierung“) nicht zu eigen macht. Aber nicht nur das: in der Union denkt man offensichtlich nach, ob die Politik der Entspannung, bezogen auf die deutsch-deutschen Beziehungen, nicht doch eine gesonderte, notwendige Interpretation verdient. Würde bisher gegen die Politik der Entspannung polemisch

siert, statt dessen eine „reale“ Entspannungspolitik gefordert, so werden nunmehr neue Ansätze und Denkanstöße sichtbar. Anders ist Rainer Barzels jüngste Erklärung jedenfalls kaum zu verstehen, daß im Hinblick auf die Fortführung der praktischen innerdeutschen Politik, auf die Einhaltung der geltenden Verträge „die sowjetische Überrüstung (nicht) zur Grundlage der Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland“ gemacht werden solle. Hier deutet sich in Nuancen an, daß Deutschlandpolitik nicht strikte Funktion von Abrüstungspolitik sein könnte, umgekehrt Entspannungspolitik vielleicht doch teilbar sein darf.

Wir dürfen also für die ersten hundert Tage der neuen Bundesregierung in der Deutschlandpolitik Kontinuität feststellen und begrüßen. Die Union wird ihren Wählern hier manche Erklärung schulden. Jedenfalls wird die neue Bundesregierung gut daran tun, nicht auf diejenigen, zum Teil selbsternannten Ratgeber zu hören, die den „Augiasstall“ des ehemaligen Bundesministers Egon Franke auszuräumen empfehlen und über politische Surrogate nachdenken. Kerzen im Fenster brennen keine Mauer und keinen Stacheldraht nieder. Nüchterne Arbeitsbeziehungen mit der DDR, mehr staatliche und nicht-staatliche Kommunikation und eine möglichst von allen Bundestagsparteien gemeinsam getragene und tragbare Deutschlandpolitik helfen und nützen den Deutschen mehr.



Ditmar Gatzmaga/Rainer Thiel: Standortbestimmungen Probleme und Aufgaben der Jungsozialisten nach dem Bruch der sozial-liberalen Koalition

Ditmar Gatzmaga, Jahrgang 1951, Student der Sozialwissenschaften, seit 1978 Bezirksvorsitzender der Jungsozialisten im Bezirk Niederrhein.

Rainer Thiel, Jahrgang 1951, Elektriker, Mitglied im Betriebsrat eines Metall-Unternehmens, seit 1978 – mit einem Jahr Unterbrechung – stellvertretender Bezirksvorsitzender der Jungsozialisten im Bezirk Niederrhein.

1. Rahmenbedingungen für Juso-Arbeit

Die Entwicklung der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten, wie die jeder politischen Organisation, vollzieht sich abhängig von der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung der Bundesrepublik. Damit soll kein Freispruch für die hausgemachten Fehler, Probleme und Versäumnisse der Jungsozialisten ausgesprochen werden. Wichtig ist aber die Einsicht, daß die Jungsozialisten den Rahmen für ihr politisches Handeln nicht überwiegend selbst setzen können. Um sichtbar zu machen, welche Probleme und Schwierigkeiten der Arbeitsgemeinschaft auf hausgemachte Entwicklungen zurückzuführen sind, ist es notwendig, die Rahmenbedingungen für die Arbeit der Jungsozialisten in den letzten Jahren herauszuarbeiten:

1.1 Wirtschaftsentwicklung und politischer Handlungsspielraum

Seit steigende Arbeitslosenzahlen dokumentieren, daß wirtschaftliche Probleme und die negativen Auswirkungen neuer Technologien auf die sozial Schwächeren abgewälzt werden, gibt es auch eine Krise des sozialen Bündnisses zwischen der organisierten Arbeitnehmerschaft und den reformorientierten Teilen des Mittelstandes und des aufgeklärten Bürgertums. Basis dieses sozialen Bündnisses, dessen Ausdruck bisher auch die sozial-liberale Koalition in Bonn war, war der Ausbau des sozialen Netzes sowie eine sozialpartnerschaftliche Aufteilung von Einkom-

menszuwachsen auf der Grundlage eines stetigen wirtschaftlichen Wachstums. Zur gesellschaftlichen Absicherung dienen „Arbeitshypothesen“: Die freien Kräfte des Marktes müssen möglichst gefördert werden. Oberstes wirtschaftliches Ziel ist Wachstum. Wachstum sorgt für Arbeitsplätze und legt die materiellen Grundlagen für das soziale Netz.

Zusammengefaßt klang das so: „Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen.“ Dies bedeutet die Unterwerfung des Menschen unter Wachstum und Gewinn. Die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse wird von Wachstum und Gewinn abhängig gemacht; sie ist deren Abfallprodukt, nicht deren Sinn.

Bei ausbleibendem Wachstum und bei Wirtschaftskrisen führt die Unantastbarkeit der „freien Kräfte des Marktes“ zur Abwälzung der Lasten auf die sozial Schwachen. Gestützt wird dies von privilegierten Gruppen des Mittelstandes, die dadurch den negativen Folgen der Krise zu entgehen suchen. Trotz Wirtschaftskrise verschlechterte sich deren Situation nicht. Jedes Argument für eine sozial gerechte Verteilung von Lasten verdirbt diesen selbstgerechten Opportunisten den Spaß am aufgeklärten Liberalismus und erinnert sie daran, daß es ja auch einen alten – jeder sozialen Verpflichtung entblößten – Liberalismus gegeben hat. Als Neo-Liberalismus vom Versicherungsvertreter Otto Graf Lambsdorff aufgegriffen, heißt dann die Konsequenz: In einer Koalition mit der CDU sind die Privilegien vor Anwendungen sozialer Gerechtigkeit besser geschützt. Doch nicht das politische Schicksal des Wechselbalges FDP ist das entscheidende Problem. Entscheidender war und ist, daß diese „Arbeitshypothese“ als ideologische Grundlage der sozial-liberalen Koalition den Blick verstellt hat für neue, aber auch alte ungelöste Probleme:

- Die ökologische Existenzgefährdung mit dem Zentrum der atomaren Bedrohung, nicht nur durch Atomraketen;
- ungelöste soziale Probleme mit der zunehmenden Gefährdung der sozialen Existenz bzw. sozialen Sicherheit (Arbeitslosigkeit, Finanzierung der Sozialleistungen);
- eine Entpolitisierung von breiten Teilen der Bevölkerung, die eine demokratische Lösung von Problemen als unwahrscheinlich erscheinen läßt.

1.2 Handlungsspielraum der Koalition SPD/FDP

Der Handlungsrahmen, den die Koalition sich selbst gesetzt hatte, bestimmte auch die Grenzen ihrer Handlungsmöglichkeiten. Ohne politische Ein-

griffe in die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen schlugen die zur Erhaltung der Koalition gemachten Kompromisse zwangsläufig immer weiter zu Lasten der sozial Schwächeren aus. Die FDP diktierte zuletzt die Grundlinien der Politik. Die letzte Klammer der Koalition war die Außenpolitik, d. h. die mangelnde Attraktivität der CDU/CSU auf diesem Gebiet. In der Innenpolitik trieb die Koalition schon seit langem ihrer Selbsterstörung entgegen:

► Das Mitbestimmungsgesetz von 1976 beendete die einzige Reforminitiative zur Beschränkung unternehmerischer Selbstherrlichkeit.

► Das Montan-Mitbestimmungsauslaufgesetz schaffte den Hebel, die einzige tatsächliche Gesellschaftsreform nach 1945 wieder rückgängig zu machen. Der Gesetzentwurf zur Sicherung der Montan-Mitbestimmung (Gruppenantrag Wehner und Genossen) wurde nach der Bundestagswahl 1980 nicht mehr eingebracht. Der gesellschaftspolitische Anspruch der SPD wurde auf dem Altar der Koalitionsrason geopfert.

► So lange das Ausbildungsplatzförderungsgesetz noch galt, wurde der Finanzierungsteil nicht angewandt. Damit aber hätten Ausbildungsplätze finanziert werden können. Heute gibt es statt dessen Bittstellerkampagnen seitens der Politiker und politische Erpressung seitens der Wirtschaftsverbände. Die Zukunft der Jugendlichen wurde den „freien Kräften des Marktes“ preisgegeben, trotz Grundgesetz und trotz entgegenstehender Bestimmungen z. B. in der Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen.

► In den Haushaltsplänen von 1981 und 1982 wurden Sparkonzeptionen entwickelt, die ebenfalls dieser Grundlinie folgten: Es müsse Einschnitte ins soziale Netz geben, damit die freien Kräfte des Marktes sich wieder entfalten könnten.

Die Mehrheits-FDP trieb in allen wesentlichen Gesellschaftsbereichen (Ökonomie, Sozialpolitik, Ökologie, Friedenspolitik) eine Politik, die die Basis der sozial-liberalen Koalition zerstörte. Viele ehemalige Koalitionswähler wurden abgeschreckt, große Teile der Jugend in die Arme der Grünen und Alternativen getrieben. Die offensichtliche Erpreßbarkeit der SPD verstärkte die Wählerabwanderungen bei vielen Landtagswahlen. Die auch aufgrund dieser Politik in der SPD entstehenden Kontroversen dienten der FDP dann sogar noch als Argument für ihren Koalitionswechsel. Die FDP verhielt sich als Biedermann und Brandstifter zugleich.

1.3 Umwelterstörung und Kriegsgefahr – ein außerökonomisches Problem?

Neue soziale Bewegungen griffen Fragen der

Umweltzerstörung, der atomaren Bedrohung und der Kriegsgefahr auf. Diese Fragen wurden auch schon in der SPD, bei Jungsozialisten, in den Gewerkschaften und anderswo diskutiert. Die mangelnde Lösungsfähigkeit bzw. Lösungsbereitschaft der etablierten Parteien und Organisationen hat ihre Ursache darin, daß diese durchaus wissen, daß der Lösungsweg nur über massive Eingriffe in die Wirtschaft verläuft. Die massiven Eingriffe werden teils als schädlich betrachtet, teils traut man sie sich aber auch nicht zu.

Die neuen sozialen Bewegungen beweisen sich im Prinzip als Problemanzeigebewegungen. In ihrer Stoßrichtung sind sie antikapitalistisch, in ihrem Selbstverständnis nicht. Sie richten sich mit ihren Forderungen hauptsächlich an den Staat. Eine Strategie gegen die wahrhaft wirtschaftlich Mächtigen haben sie nicht. Dazu fehlt die Analyse, daß letztlich alle Probleme, die in Folge von kapitalistischen Entscheidungen in den Produktionsbetrieben auf der Basis des Profitprinzips getroffen werden, erst in der Summe als gesellschaftliches Problem auftreten und sichtbar werden. Die Ursachen liegen da, wo produziert wird. Das gilt für Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, unmenschliche Arbeitsbedingungen, der Notwendigkeit von Sozialpolitik, Kriegsproduktion usw.

Es ist im Prinzip das gleiche, die Humanisierung der Arbeitswelt und eine saubere und intakte Umwelt zu fordern. Das Ausspielen dieser beiden Forderungen gegeneinander schwächt beide. Das Argument Arbeitsplatz kontra Umwelt zerschlägt jeden Ansatz einer vernünftigen Politik. Das Bekenntnis zur arbeitsteiligen Industriegesellschaft à la Löwenthal führt zur Selbstfesselung und Auslieferung an das Wohl und Wehe des Kapitalismus.

Die antikapitalistischen Tendenzen von SPD und Gewerkschaften, die auf Erfahrung, Erleiden und Analyse beruhen und eine alte Tradition haben, und die antikapitalistischen Tendenzen der Grünen und Alternativen, die aber noch nicht verfestigt und fundiert sind, müssen sich ergänzen.

1.4 Reformkoalition für eine neue Politik

In der SPD setzt sich langsam die Einsicht durch, daß angesichts der neuen wirtschaftlich-sozialen Entwicklungen auch eine neue Politik notwendig ist, um die „alten“ Ziele der Sozialdemokratie weiter verfolgen zu können.

Bislang hielten die Verteidiger der alten Politik in der Partei vor allem deshalb die Oberhand, weil die parlamentarischen Mehrheiten für die Durchsetzung einer neuen Politik erst noch errungen werden müs-

sen. Eine Mobilisierung für diese neue Politik war auf der Grundlage der sozial-liberalen Regierungspolitik jedoch nicht möglich. Die SPD stand sich selbst im Wege.

Die Erneuerung einer tragfähigen gesellschaftlichen und politischen Reformkoalition wird nur auf der Grundlage eines Programms möglich sein, das die sozialen und politischen Interessen der Industrie- und Dienstleistungsgewerkschaften und der fortschrittlichen Teile der neuen Mittelschichten in eine gemeinsame Politik aufhebt.

2. Zur Situation der Jungsozialisten

Das Auseinanderklaffen zwischen Anspruch und Realität sozial-demokratischer Politik führte zu einem erheblichen Vertrauensverlust bei Wählern und Mitgliedern der SPD. Die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten ist davon in besonderem Maße betroffen, weil der Vertrauensverlust gerade bei Jugendlichen weit über dem Durchschnitt liegt.

Trotzdem spielen die Jungsozialisten bei der innerparteilichen Diskussion um eine neue Politik der SPD eine beachtenswerte Rolle. Einzelne Positionen, die die Jungsozialisten zur Frage des Ausgleichs zwischen ökonomischen und ökologischen Interessen und für eine neue Friedenspolitik entwickelt haben, sind schon heute mehrheitsfähig in der Partei. Der falsche Eindruck der völligen Einflußlosigkeit der Jungsozialisten ist zu einem guten Teil auf die tatsächliche Einflußlosigkeit der gesamten Partei auf die Regierungspolitik der Sozialdemokraten in der sozial-liberalen Koalition zurückzuführen. Das derzeitige Hoch nach dem Sturz der Regierung Schmidt überdeckt nur die tieferen Probleme, denen sich die SPD stellen muß.

2.1 Zur Entwicklung der Jungsozialisten

Ende der 60er Jahre vollzogen die Jungsozialisten ihre „Linkswendung“. Gemeint war damit, daß die Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten unter 35 Jahren sich nicht mehr ausschließlich als Nachwuchsorganisation für die SPD verstand. Ausgehend von einem sozialistischen Selbstverständnis strebte man nun die Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse an.

Ohne die damaligen Protestbewegungen wäre die Linkswendung der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten nicht denkbar. Außerparlamentarische Opposition, Studentenbewegung, Ostermarschierer, Lehrlingsbewegung drückten ein großes Veränderungspotential aus. Die Jungsozialisten profitierten von diesem gesellschaftlichen Umfeld. Sie konnten

die SPD als Umsetzungsinstrument für die Interessen dieser Gruppen und sich selbst als Ansprechpartner und Hoffnungsträger für den Veränderungswillen anbieten. Dies prägte die neuen Juso-Generationen und bestimmte ihre Arbeitsformen. Mobilisierungsarbeit und kleingestrickte Vertrauensarbeit war kaum notwendig. Auf stets gut besuchten Konferenzen, Versammlungen und Sitzungen ging der Streit um die richtige Analyse und Konzeption, mit denen die breiten Massen orientiert und die Partei zur Einsicht gebracht werden sollte.

Geprägt wurden dadurch auch die meisten Juso-Funktionäre, die das Geschehen im Bundesverband und auf Bundeskongressen bestimmten. Sie waren politische Konjunkturritter, die ihr Bürgerschreckrenommee von einem gesellschaftlichen Umfeld bezogen, das sie selbst nicht beeinflussten. Auch heute noch neigen sie dazu anzunehmen, daß die Entwicklung von sozialen Protestbewegungen von ihren Analysen und Forderungen ursächlich abhängt. Sie sind die Dinosaurier einer politischen Epoche bei den Jusos, die längst ihre Erfahrungen aufarbeiten und weitergeben müßten, statt dem eigenen Nachwuchs das Gras wegzuweiden. Chance und Aufgabe der Jungsozialisten der 70er Jahre lagen zu einem guten Teil in ihrer Sprecherrolle gegenüber der Partei und dem noch unverbrauchten Vertrauen, das sie bei den damaligen Protestbewegungen hatten. Dieses Vertrauen vermochten die Jungsozialisten nicht zu rechtfertigen; für die neuen sozialen Bewegungen spielen sie diese Rolle nicht mehr.

2.2 Zur Identität der Jungsozialisten

Als Randerscheinung in den neuen sozialen Bewegungen und teilweise isoliert von ihnen waren die Jungsozialisten auf sich selbst zurückgeworfen. Die von Anbeginn vorhandene Tendenz zur innerverbandlichen Fraktionierung wurde dadurch verstärkt. Ihren fehlenden öffentlichen Einfluß versuchten viele Juso-Funktionäre durch steigenden Einfluß in der eigenen Organisation auszugleichen.

Eine Gruppenbildung zur Durchsetzung inhaltlicher Positionen innerhalb der Arbeitsgemeinschaft ist legitim. Sie kann sogar für das Vorantreiben inhaltlicher Diskussionen nützlich sein. Der letzte Kongreß der Jungsozialisten in Lahnstein hat jedoch offengelegt, wie schädlich es ist, wenn vorgeblich an Inhalten orientierte Gruppenbildung nur noch als innerverbandliches Machtinstrument eingesetzt wird. Die letzte festgefügte Fraktion in der Arbeitsgemeinschaft, der „Hannoveraner Kreis“ der Stamokap-Genossen, bemühte sich nicht mehr um inhaltliche Dis-

kussionen, sondern um die Diffamierung anderer Positionen und Personen in der Arbeitsgemeinschaft. Mit Stamokap-Theorie, z. B. dem Inhalt der Herforder Thesen, hat dies überhaupt nichts zu tun.

Sozialistische Theorie dient zum Aufzeigen politischer Alternativen und dem Herausarbeiten der jeweils nächsten Schritte in der praktischen Arbeit. Ihre „Richtigkeit“ und ihren Wert muß sozialistische Theorie auf dem Prüfstand der politischen Praxis zeigen. Die Sprecher der Stamokap-Genossen arbeiten nach wie vor damit, sich selbst als „marxistisch“ und als im Besitz der sozialistischen Wahrheit befindlich zu bezeichnen und versehen damit, mehr oder weniger offen, alle anderen Jungsozialisten mit den Etiketten „rechts“, „opportunistisch“, „perspektivlos“. Das ist nichts anderes als eine inhaltsleere innerverbandliche Ausgrenzungsstrategie, die fatal an Machtabsicherungsversuche von seiten des rechten Flügels der SPD erinnert.

In der politischen Praxis weist sich dieser marxistische Anspruch durch nichts aus. Unterschiede in der Arbeit von Juso-Arbeitsgemeinschaften gibt es kaum, gleichgültig ob sie am Niederrhein oder in Hamburg, in Ostwestfalen-Lippe oder in Hessen beheimatet sind. Der einzige praktisch wirksame Unterschied ist in der Bündnispolitik zu finden.

Wer die Zusammenarbeit mit DKP-Organisationen für prinzipiell wichtiger hält als die Zusammenarbeit aller Gruppen bei den Jungsozialisten, entscheidet sich damit nicht für eine bestimmte inhaltliche Position, sondern gegen die Organisationsinteressen der eigenen Arbeitsgemeinschaft. Wer jede von einem emanzipatorischen sozialistischen Standpunkt aus geäußerte Kritik an den Ländern des „real existierenden Sozialismus“ zugunsten eines angeblichen Minimalkonsenses z. B. in der Friedensbewegung unterdrückt, gibt den Anspruch der Jungsozialisten als einer eigenständigen sozialistischen Organisation auf.

Wenn der Lahnsteiner Bundeskongreß 1982 etwas gezeigt hat, dann war es dies, daß die undogmatische Linke bei den Jungsozialisten ihre Mehrheiten aus der Zeit der Linkswendung verloren hat. Das Auslaufen der Protestbewegungen der 70er Jahre entzog der undogmatischen reformsozialistischen Position ihr gesellschaftliches Umfeld. Das Scheitern der Reformpolitik der sozial-liberalen Koalition schwächte auch die Überzeugungskraft der reformsozialistischen Position. Dieser Position hat es am meisten geschadet, daß Jungsozialisten als Arbeitsgemeinschaft der SPD Bestandteil einer Regierungspartei war. Die Wortähnlichkeit zwischen reformistischer Politik, die das vorhandene System ausbessern will, und reform-

sozialistischer Politik, die eine Gesellschaftsveränderung mit dem Ziel einer sozialistischen Ordnung anstrebt, erleichterte zusätzlich Diffamierungen. Die Tatsache, daß die neuen sozialen Bewegungen teilweise gleiche Schwerpunkte thematisierten wie die Reformsozialisten (Umwelt, Atomkraft, alternative Friedenspolitik), führte nicht zu einer Stärkung der reformsozialistischen Positionen.

2.3 Selbststählmung

Heute beziehen viele der aktiven Mitglieder der Jungsozialisten ihre persönliche politische Identität zu einem großen Teil aus der Mitarbeit in Gruppen und Initiativen außerhalb der Arbeitsgemeinschaft und der Partei. Mehr oder weniger überlegt führen sie dann nicht nur fruchtbare neue Ideen, sondern auch fremde Organisationsinteressen in die Juso-Arbeit ein, was den Verlust an Juso-Identität weiter fördert. In der Folge schwindet dann auch immer weiter die Fähigkeit, die Mitarbeit in der SPD noch positiv zu begründen. Eine auch nur teilweise Identifikation mit der Regierungspolitik war den Jungsozialisten am Schluß kaum mehr möglich. Um so notwendiger ist heute die auf innerparteiliche und gesellschaftliche Veränderungen zielende rationale Argumentation auf der Grundlage eigener sozialistischer Positionen.

Innervorbändlich schien die reformsozialistische Position zusätzlich dadurch stark in die Defensive geraten zu sein, daß die Vertreter dieser Position in den letzten Jahren zunehmend auf taktische Vorbereitungen von Bundesausschußsitzungen und Bundeskongressen verzichtet haben. Dies entwickelte sich teilweise zufällig, zu einem Teil war es Ausdruck der Überlegung, auf diese Weise den innervorbändlichen Spielraum für rationale inhaltliche Diskussion erweitern zu können. Diese Erwartung muß spätestens nach dem Lahnsteiner Kongreß 1982 als unrealistisch beiseite gelegt werden. Statt ernsthafter inhaltlicher Diskussionen und dem Bemühen um das Zusammenführen unterschiedlicher Positionen beherrschten machttaktische Mauseheien den Kongreß. Daran beteiligt waren auch solche Vertreter der Reformsozialisten, denen die Beteiligung am Zusammenschneiden unterschiedlicher Positionen zu zwar widersprüchlichen, aber mehrheitlich verabschiedeten Anträgen wichtiger schien als der offene Meinungsstreit um diese Positionen. Genutzt hat dies der Arbeitsgemeinschaft nichts.

Die Reformsozialisten müssen aus dieser Situation Konsequenzen ziehen. Im Interesse der Weiterentwicklung undogmatischer Positionen müssen verlor-

rengegangene Arbeitszusammenhänge wieder hergestellt werden. Die Klarheit der Position und der offene Meinungsstreit müssen wieder deutlich Vorrang eingeräumt bekommen vor Konfliktvermeidungs-Strategien, die der Arbeitsgemeinschaft dienen sollten, die tatsächlich aber für Schwäche gehalten und ausgenutzt werden.

2.4 Schlußfolgerungen

Die Jungsozialisten können ihr politisches Selbstwertgefühl nicht aus ihrem Engagement in einem bestimmten Arbeitsfeld beziehen; Um gegen Aufrüstung und Kriegsgefahr zu arbeiten, muß man nicht bei den Jusos mitmachen; wer gegen Umweltzerstörung kämpfen will, muß dies nicht bei den Jungsozialisten tun; den Kampf gegen die Berufverbotepraxis führen nicht allein die Jungsozialisten usw.

Ihre besondere politische Identität können die Jungsozialisten im wesentlichen aus folgenden Quellen schöpfen:

- ihren eigenen sozialistischen Positionen und deren Weiterentwicklung;
- ihrer Geschichte und ihrer politischen Erfahrung;
- der Vertretung und Verbreitung ihrer Positionen innerhalb der SPD;
- der Vertretung und Verbreitung ihrer Positionen in der Bevölkerung

Geben Jungsozialisten auch nur einen dieser Punkte auf, dann droht ihnen das Schicksal einer politischen Sekte, selbstgerecht, aber total im Abseits.

Ohne eine eigene politische Identität, die sich aus diesen Quellen nährt, entfällt die Motivation zur Mitarbeit bei den Jungsozialisten als einer sozialistischen Richtungsorganisation in der SPD. Und genau diese Gefahr droht der Arbeitsgemeinschaft.

Solange wir aber der Meinung sind, daß die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD notwendig ist, müssen wir diese Organisation auch stärken. Wenn wir dies anders sähen, wäre es ehrlicher, die Arbeitsgemeinschaft selbst aufzulösen. Wer sich in anderen Organisationszusammenhängen wohler fühlt als bei den Jungsozialisten, der sollte konsequent sein und Juso-Arbeit nicht blockieren, sondern sich in Initiativen, bei den Grünen oder bei der DKJ organisieren. Wir allerdings sind der Auffassung, daß es weder unserem sozialistischen Ziel, noch den neuen sozialen Bewegungen nützt, wenn die Jungsozialisten sich mit ihren immer noch vorhandenen Möglichkeiten, Erfahrungen und Positionen selbst aufgaben und sich hinter Minimalpositionen und Wortradikalitäten zurückzögen.

2.5 Strukturprobleme

Einige Daten verdeutlichen schnell, daß neben den Identitätsproblemen massive Strukturprobleme eine wirkungsvolle Juso-Arbeit erschweren. Sicherlich beeinflußt sich beides auch gegenseitig.

- ▶ In NRW gibt es nur noch ca. 1500 Parteimitglieder (ca. 2%) unter 20 Jahren.
- ▶ Bundesweit gibt es nur noch etwa 60-70 Juso-Schülergruppen.
- ▶ Die Altersstruktur weist eine „Überalterung“ bei den Aktiven aus.
- ▶ Viefierorts gibt es keine Arbeitsgemeinschaften mehr.
- ▶ Bei den aktiven Jungsozialisten überwiegen nach wie vor Schüler und Studenten und Angehörige des Öffentlichen Dienstes.

Diese Daten müssen ein weiterer Anstoß zur kritischen Selbsterprüfung der Arbeit von Jungsozialisten sein. Es muß alarmieren, daß die Zahl der Schülergruppen so gering ist. Es muß weiter alarmieren, daß nur wenig Jugendliche noch bei uns organisiert sind, von aktiver Mitarbeit ganz zu schweigen. Es muß dabei als Herausforderung angenommen werden, daß sich der Anteil der jungen Arbeitnehmer nur relativ erhöht hat. Eine breitere Mitarbeit der arbeitenden Jugend ist bisher nicht erreicht worden.

Die derzeitige Funktionärgeneration muß es schaffen, die Tradition der Juso-Arbeit den Jüngeren zu vermitteln und den Freiraum zu schaffen, in dem insbesondere junge Arbeitnehmer sich politisch entfalten können, die sonst innerhalb der Einheitsgewerkschaft an Grenzen stoßen, wenn sie Fragen einer sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung diskutieren.

2.6 Parteilarbeit

Die Überzeugungsarbeit der Jungsozialisten innerhalb der eigenen Partei muß verbessert werden. Die Tatsache, daß konservative Einstellungen auch in der SPD weit verbreitet sind, darf nicht zur Bildung innerparteilicher Fronten führen, die verhärteter sind als die gegenüber dem politischen Gegner. Zwar ist es eine Illusion zu glauben, aus der gegenwärtigen SPD lasse sich durch bloße Überredungskünste eine linkssozialistische Partei machen. Wer jedoch schon einen großen Teil der SPD-Mitglieder und Funktionäre als unüberzeugbar rechts liegen läßt, der sollte sich besser erst gar nicht an die Aufgabe heranwagen, eine Mehrheit der Bevölkerung für linke Auffas-

sungen zu mobilisieren. Der Kampf der Jungsozialisten gegen Ausländerfeindlichkeit z. B. muß zuallererst ausländerfeindlichen Tendenzen auch in der eigenen Partei gelten.

Schwerpunkt der Parteilarbeit ist Überzeugungsarbeit. Es ist wichtiger, weil auf lange Sicht fruchtbringender, durch intensive Diskussionen einzelne Mitglieder zu überzeugen, als sich um jeden Preis in Abstimmungen in den Ortsvereinen oder anderen Parteigliederungen durchsetzen zu wollen. Letztlich werden sich die Mehrheiten in der Partei zu unseren Gunsten nur dadurch ändern, daß sich in den Köpfen der Mitglieder etwas ändert. Bloße Abstimmungserfolge hingegen können sich schnell gegen den „Sieger“ wenden. Sie fordern Gegenreaktionen auf einer bloß formal-demokratischen Ebene heraus. Inhaltliche Argumentationen werden so erschwert, nicht leichter.

3. Neue Chancen nutzen

Die Arbeit der Jungsozialisten wird nicht allein schon dadurch leichter, daß die SPD in die Opposition geraten ist. Wohl aber liegt eine Chance darin, daß viele engagierte junge Menschen durch den Regierungswechsel dazu gezwungen werden, sich intensiver als bisher Gedanken über die Durchsetzbarkeit ihrer Vorstellungen im parlamentarischen System zu machen. Denn weder die ökologische noch die Friedensbewegung hat dadurch gewonnen, daß die SPD nicht mehr den Bundeskanzler stellt. In dieser neuen Situation wird der auch geringe Einfluß der Linken in der SPD deutlicher, als er es vorher sein konnte. In der Kohl/Genscher-Regierung wird über den Rhein-Main-Donau-Kanal nicht einmal mehr diskutiert; pro Atomkraftnutzung, dagegen gibt es in der neuen Koalition keine Bedenken; drastische Verlängerung des Zivildienstes als „Gewissensprüfung“; die Schmälerung von Chancen der sozial Schwachen im Bildungssystem, in dem Hand an die Ausbildungsförderung gelegt wird, usw.

Die SPD wird für die kritisch engagierten Jugendlichen nicht bereits dadurch zu einer besseren Partei, daß sie Oppositionspartei ist. Aber der Sinn einer Einflußnahme auf SPD-Politik und einer Stärkung der SPD – gerade auch aus der Sicht eines Grünen – wird sichtbarer. Es liegt auch an uns Jungsozialisten, ob die dadurch eröffnete neue Gesprächsbereitschaft in den nächsten Jahren genutzt werden kann.



Dagmar Luuk: Brasilien politische Öffnung

Die Berliner Diplom-Politologin Dagmar Luuk, Jahrgang 1940, ist Abgeordnete im Deutschen Bundestag. Von 1975 bis 1980 war sie Mitglied des Fraktionsvorstandes der SPD im Berliner Abgeordnetenhaus; s. a. NG 7 und 10/82.

Einen Tag wählen – wochenlang zählen, so könnte man formal den Wahlakt skizzieren, der sich am 15. November in Brasilien vollzogen hat. Zwar liegen auch rund 6 Wochen nach den brasilianischen Wahlen die offiziellen Endergebnisse noch immer nicht vor, werden auf dem Subkontinent zwischen Rio Branco, Macapá und Porto Alegre die Voten der rund 58 Millionen Wahlberechtigten der ersten freien Wahlen seit 1964 noch immer überprüft und nachgerechnet, die politische Konsequenz aus den Wahlen steht jedoch längst fest: die von den brasilianischen Militärs unter dem amtierenden Staatspräsidenten Figueiredo vorangetriebene „Apertura política“, die politische Öffnung des Militärregimes“ zu einer „gelenkten Demokratie“, geht in die richtige Richtung, die Demokratisierung Brasiliens hat eine Chance. Allerdings bedürfen Demokratien in den Tropen besonderer Pflege – und auch der Geduld.

Politisch bedeutsam an den brasilianischen Wahlen ist zunächst einmal die Tatsache, daß sie überhaupt stattgefunden haben, daß sie vollzogen wurden ohne die in Lateinamerika üblichen turbulenten innenpolitischen Begleitumstände. Das schließt jedoch Wahlmanipulationen und -fälschungen nicht unbedingt aus, die lange Dauer der Stimmauszählung ist ein Indiz dafür. Schließlich standen bei einem äußerst komplizierten Wahlrecht über 50 000 politische Mandate auf Gemeinde-, Landes- und Bundesebene zur Entscheidung an, beteiligten sich über 250 000 Kandidaten von fünf Parteien, handelte es sich um die größte Wahl in der Geschichte Südamerikas überhaupt.

Die Besonderheit der Wahlen in Brasilien besteht darin, daß sich auf dem Subkontinent erstmals ein zur Demokratisierung bereites Militärregime offen

den Wählern gestellt hat – allerdings auch wieder nicht so offen, als daß es gleich seine Existenz aufs Spiel gesetzt hätte. Schließlich hat das Regime seit 1974, als General Ernesto Geisel, der Vorgänger Figueiredos im Präsidentenamt, die Macht übernommen hatte, ganz bewußt einen Kurs der kleinen Schritte hin zu einer innenpolitischen Entspannung und begrenzten demokratischen Öffnung gesteuert. Die Pressezensur wurde gelockert, eine Amnestie gestattete Oppositionsvertretern, nach Brasilien zurückzukehren, mit dem Amtsantritt Figueiredos wurde schließlich die Bildung politischer Parteien wieder zugelassen. Im Gegensatz zu den Regimes etwa in Ecuador oder Bolivien, die unter dem Druck der Verhältnisse die Macht den Politikern übergeben mußten, traten die Machthaber in Brasilien nicht als Gescheiterte zurück, sondern stellten sich dem Wählervotum. Ihre Absicht war klar: sie wollten sich vom Wähler ihr Entwicklungsmodell einer allmählichen politischen Öffnung bestätigen lassen. Daß dabei alle Register gezogen wurden, um die Machtausübung auch nach einem weniger günstigen Wahlausgang sicherzustellen, steht außer Frage.

Orientiert man sich an den bislang feststehenden Wahlergebnissen, so muß man feststellen, daß die nach dem Willen der Militärs vollzogenen Wahlrechtsänderungen die beabsichtigten Festschreibungen gebracht haben: Regionen, in denen die Opposition dominiert, waren schlicht benachteiligt worden. Der Staat Sao Paulo etwa – wirtschaftliches Zentrum Brasiliens, das 50 Prozent der Steuern aufbringt und über 20 Prozent der Einwohner zählt – schickt gerade ein Achtel der Abgeordneten ins Bundesparlament. In Sao Paulo kommt ein Abgeordneter auf 219 000 Wähler, im Nordosten Brasiliens, das von der Regierungspartei beherrscht wird, reichen schon 58 000 Wähler aus, um einen Delegierten ins Bundesparlament zu entsenden.

Aber nicht nur unter Wahlrechtsgesichtspunkten herrscht in Brasilien ein Nord-Süd-Gefälle, dasselbe Bild bietet sich auch politisch. Die Regierungspartei PDS gewann die Wahlen in zwölf von 22 Bundesstaaten. Dort stellt sie auch die Gouverneure. Auf Grund dieses Ergebnisses wird sie wie in der Vergangenheit die absolute Mehrheit im Senat und die größte Fraktion im Bundesparlament stellen. Sie behält die absolute Mehrheit in der Wählerversammlung die den Staatspräsidenten wählt. Die Regierungspartei beherrscht klar und unangefochten den Nordosten Brasiliens.

Der Süden und Südosten des Landes, die rund 80 Prozent des Bruttosozialprodukts erwirtschaften, die

Industrie- und Landwirtschaftszone Brasiliens also, befindet sich in der Hand der Opposition. Hier leben rund 70 Prozent der Bevölkerung. Zehn Bundesstaaten wie etwa Sao Paulo, Rio de Janeiro oder Minas Gerais weisen eine zum Teil erdrückende Mehrheit der Opposition auf. Die Opposition benötigte, um zehn Gouverneure durchzusetzen, rund 13,5 Millionen Wählerstimmen, der Regierungspartei PDS reichten 7,8 Millionen Stimmen aus, um 12 Gouverneure durchzubringen. Somit haben die vier Oppositionsparteien die Mehrheit der bei den brasilianischen Wahlen abgegebenen Stimmen erhalten, die auf die Interessen der Regierungspartei zugeschnittenen Wahlgesetze verwehren ihnen jedoch den entsprechenden Einfluß.

Zwar herrscht in Brasilien Wahlpflicht, doch dürfen Analphabeten, die etwa 30 Prozent der Gesamtbevölkerung und über 50 Prozent der Landbevölkerung ausmachen, an den Wahlen nicht teilnehmen. Indessen hatten auch die des Lesens und Schreibens Kundigen enorme Probleme beim Ausfüllen der Stimmzettel: Namen von Parteien etwa waren auf den Stimmzetteln überhaupt nicht vertreten. Der Wähler war verpflichtet, die Namen der Kandidaten seiner Wahl oder deren Kennziffern auf den Wahlzettel einzutragen. Bedenkt man, daß gleichzeitig neben den Stadtparlamenten und Bürgermeistern auch Gouverneure, Parlamente und Senatoren der Bundesstaaten sowie schließlich das Bundesparlament gewählt wurden, so bedurfte es einiger Zeit, um in der Wahlkabine die richtigen Namen oder Kennziffern aneinanderzureihen.

Die größte Benachteiligung der Opposition war indessen in der von den Militärs zur Bedingung gemachten sogenannten „Munizipalisierung“ zu sehen: ein Stimmzettel ist nur dann gültig, wenn alle aufgeführten Kandidaten derselben Partei angehören, ein Stimmensplitting also ist nicht gestattet. Zudem sind die Stimmen auf Gemeinde- und Landesebene nur gültig, wenn die Partei auch auf Bundesebene mindestens fünf Prozent der Stimmen erreicht, eine Regelung also, die regional starke, aber bundesweit schlecht organisierte Parteien benachteiligt. Da zudem Wahlbündnisse der Opposition verboten waren, erschien es absehbar, daß die regierende PDS diese Wahl zwar verlieren konnte, ihren Einfluß als entscheidende politische Kraft Brasiliens jedoch nicht einbüßen mußte. Der brasilianische Wähler hatte unter diesen Umständen lediglich die Möglichkeit, sich innerhalb des vorgegebenen Rahmens frei zu entscheiden, aber er hatte nicht die Macht, die Militärs wieder zurück in die Kasernen zu schicken.

Brasiliens Regime behält so auch mit einem Drittel der Wählerstimmen die Macht in der Hand, obwohl es erstmals seit dem Umsturz die absolute Mehrheit in der Abgeordnetenkammer verloren hat. Die Generäle haben jedoch vorgesorgt: Das Vetorecht des Präsidenten kann vom Parlament nur mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit überstimmt werden. Zudem hat Figueiredo dank der jüngsten Verfassungsreform, die eine Änderung des Wahlmännergremiums festgeschrieben hat, eine vorzügliche Chance, bei dem im Januar 1985 anstehenden Präsidentenwechsel für einen Nachfolger nach seinem Geschmack zu sorgen. Neue Mehrheiten können also das alte Regime nicht verhindern. Der nächste Anlauf, einen Präsidenten der eigenen politischen Couleur ins Amt zu wählen, steht erst 1991 an.

Scheint somit die Stabilität des Regimes auf absehbare Zeit gesichert, so ist indessen offen, welchen Einfluß der Wahlausgang auf die Struktur der brasilianischen Parteien, insbesondere der Opposition haben wird. Denn die 1979 von den Militärs zugestandene Parteienreform hat keineswegs zur Bildung straff organisierter Parteien nach europäischem Muster beigetragen.

Die seinerzeit entstandenen Gruppierungen – aus der diskreditierten Regierungspartei ARENA war die Neugründung PDS geworden, aus der Opposition MDB waren gleich fünf Oppositionsparteien entstanden, die sich später auf vier reduzierten – sind eher Bewegungen, in denen sich eine Vielzahl engagierter und sich teilweise auch widersprechender Strömungen organisiert haben, Bewegungen, deren Gruppierungen Bündnisse eingegangen sind, die zweckgerichtet waren und sich mit dem Wahltag fürs erste erschöpft haben könnten. Der Wahlausgang legt es nahe, daß in der brasilianischen Parteienlandschaft einige Veränderungen bevorstehen dürften.

Für die vier Oppositionsparteien haben die Wahlen äußerst unterschiedliche Ergebnisse gebracht, die zumindest eine Feststellung erlauben: weder die PTB (Partido Trabalhista Brasileiro) noch die Arbeiterpartei PT des Gewerkschafters Luis Inacio da Silva (Lula) noch die PDT des heute sozialdemokratisch orientierten Exgouverneurs Leonel Brizola sind offenbar imstande, das Monopol der führenden Oppositionspartei PMDB (Partido do Movimento Democrático Brasileiro) zu erschüttern.

Die PMDB hat die Wahlen in neun Bundesstaaten gewonnen, lediglich in Rio de Janeiro ist es der PTD als einer der kleinen Oppositionsparteien gelungen, mit Brizola ihren Gouverneurskandidaten durchzubringen. Fest steht auch, daß die Partei des ehemali-

gen Gewerkschaftsführers Lula, die PT, ebenso wie ihr Parteiführer selbst, überraschend schlecht abgeschnitten haben. Die PT ist, das dürften die Wahlen gezeigt haben, weniger eine Arbeiterpartei als ein Sammelbecken von Studenten und Linksinrektuellen. Die lokale Presse hat zum Scheitern Lulas kurz und bündig erklärt, der Pakt zwischen Arbeitern und Intellektuellen habe nicht funktioniert. Aus Lulas Partei der Arbeiter, die sich als Integrationsbecken linker Randgruppen erwiesen hat, könnte jetzt leicht eine Art „Bunte Liste“ Brasiliens werden.

Die PMDB schließlich, als größte Oppositionspartei ein Sammelbecken liberaler und konservativer Politiker, in dem allerdings auch illegale kommunistische Gruppchen sowie Christdemokraten organisiert sind, könnte in mehrere Fraktionen zerfallen. Damit würde ein Signal gegeben zur Neuordnung der Opposition Brasiliens. In der PMDB haben sich mit den Wahlen die liberalen Kräfte durchgesetzt, die in ihr arbeitenden Christ- und Sozialdemokraten glauben an ihre politische Zukunft und sehen das Ziel in einer großen Reformpartei. Für die Parteilinke ist eine sozialistische Partei sicher attraktiver, eine sozialistische Partei etwa unter der Führung Brizolas, dessen PDT mit dem Sieg in Rio de Janeiro zur dritten politischen Kraft Brasiliens geworden ist, könnte der PTD aus der PMDB, der PT und der vom Zerfall bedrohten PTB neue Anhänger zuführen und somit die Grundlage für eine neue sozialistische Partei schaffen. So spricht einiges dafür, daß das brasilianische Parteiensystem der nahen Zukunft sich auf die Regierungspartei PDS, in der sich die liberalen Tendenzen gestärkt haben, eine um die sozialistischen Gruppen geschwächte PMDB und eine sozialistische PDT beschränken könnte. Zuvor müßte allerdings sicher sein, daß die Parteidemokratie Brasiliens angesichts der komplizierter gewordenen Wirtschaftslage und der eminent schwierigen sozialen Probleme eine Zukunft hat.

Das Wahlergebnis sollte eine Ermutigung bedeuten. Figueiredo hat mit der von ihm betriebenen „Apertura politica“ den Gegnern im eigenen Lager demonstriert, daß die von ihm verfolgte Strategie der politischen Öffnung erfolgreich sein kann. Zwar waren nach den Wahlen öffentliche Äußerungen einiger Militärs zu registrieren, die kaum als Unterstützung

des eingeleiteten Demokratisierungsprozesses gelten können, jedoch scheint das Risiko politischer Aktivitäten der Rechtsaußen gegenwärtig gering. Auch sind die Wahlerfolge der Opposition im Machtgefüge Brasiliens nicht so spektakulär, als daß Figueiredo unter einen übermächtigen Druck der Opposition geraten könnte. So gesehen sind für die Demokratisierung Brasiliens die begrenzten Erfolge der Opposition für die Militärs durchaus akzeptabel, weil risikolos. Nach dem Wahltag waren die radikalen Forderungen der Opposition wie Konfetti nach dem Karneval: melancholisch von den Müllmännern zusammengefegt.

Die Opposition hat auf Grund ihrer durch die Wahlen gestärkten Bedeutung soeben eine politische Würdigung erfahren, wenn auch zunächst nur auf das Staatsprotokoll beschränkt. Beim Besuch Ronald Reagans zwei Wochen nach den brasilianischen Wahlen diskutierte der Präsident auch mit einer Reihe ihrer Vertreter, die nach langen Debatten der Einladung schließlich gefolgt waren. Sicherlich eine richtige Entscheidung, denn eine gleichzeitig stattfindende Protestdemonstration gegen den US-Präsidenten hätte die für europäische Verhältnisse geradezu bescheidene Zahl von 4000 Demonstranten mobilisiert, ein schwaches Protestpotential. Zudem hatte der Nachbar aus dem Norden keinen Zweifel daran gelassen, daß er die in Brasilien eingetretene politische Entwicklung auf das Nachhaltigste unterstützt. Der Beweis sollte umgehend erfolgen, sicherlich nicht ohne überzeugende Fürsprache der US-Wirtschaft: Brasilien, mit derzeit knapp 100 Milliarden US-Dollar das am höchsten verschuldete Land der Erde, das zudem eine Inflationsrate von über 100 Prozent und eine extrem hohe Arbeitslosenquote aufweist, wird von den Vereinigten Staaten einen Überziehungskredit von 1,2 Milliarden Dollar erhalten, um seinen dringendsten Verpflichtungen gegenüber den internationalen Banken nachkommen zu können. Ander Staaten, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland, haben sich inzwischen dieser Unterstützungsaktion angeschlossen.

Tropische Demokratien – ihre Entwicklung erfordert ebensoviel Geduld wie Pflege, Risiken verständlicherweise inbegriffen. Das weiß derzeit niemand besser als die internationalen Banken.



Europäische Gemeinschaft: Die Erweiterung zu einem Erfolg werden lassen

Ginge es allein nach dem Willen des Europäischen Parlaments, so könnte man sich nun darauf einrichten, daß die Europäische Gemeinschaft der Zehn am 1. Januar 1984 tatsächlich zu einer Gemeinschaft der Zwölf wird.

Mit überwältigender Mehrheit sprachen sich die europäischen Abgeordneten am 17. November letzten Jahres in Straßburg dafür aus, die derzeit laufenden Beitrittsverhandlungen mit größter Beharrlichkeit weiterzuführen und am 31. März zum Abschluß zu bringen. Die anstehenden EG-internen Reformanstrengungen im Bereich der Agrarpolitik dürften die Beitrittsverhandlungen nicht verzögern, wurde dabei geltend gemacht. Das Parlament wiederholte noch einmal die Forderung, daß die Bewerberländer Spanien und Portugal schon jetzt die bereits bestehenden EG-Regeln übernehmen müßten. Zur Vorsicht mahnte es die Beitrittsbewerber, indem es darauf hinwies, ihre Bauern nicht zu einer Produktionssteigerung in den Bereichen zu veranlassen, in denen die EG ohnehin bereits Schwierigkeiten hat, so wie z. B. im Bereich der Überschußproduktionen. Bei den defizitären Produkten sollte hingegen die Einführung neuer Produktionstechniken gefördert werden. So wird empfohlen, neue Anbauflächen, die durch Bewässerungstechniken nutzbar gemacht werden, nicht für den Anbau von Obst, Gemüse, Wein und Olivenöl zu verwenden, sondern für defizitäre Kulturen in dem Bestreben, den Grad der Abhängigkeit der Zwölfergemeinschaft im Agrar- und Nahrungsmittelbereich zu verringern. Ausreichende Übergangszeiten sollen die Anpassung erleichtern.

Der französische Sozialist Sutra de Germa sprach von einem „guten Tag für die Mittelmeerländer“. Ziel der Entschließung des Europäischen Parlaments, der 101 Abgeordnete zustimmten, während 70 dagegen votierten und 12 sich enthielten, ist es, in den laufenden Verhandlungen die wesentlichen Agrarfragen vor dem Beitritt zu klären, damit später

nicht eine Neuaushandlung der Bedingungen gefordert wird. Die Gegenstimmen zu dieser ersten ausschließlich den Agrarproblemen der Süderweiterung gewidmeten Entschließung kamen vorwiegend aus den Reihen der deutschen und britischen Mitglieder der sozialistischen Fraktion und der britischen Konservativen. So gab Klaus Wettig (SPD) zu bedenken, daß im gesamten Agrarbereich nicht nur bei der Produktion von Mittelmeererzeugnissen erhebliche Probleme entstehen würden, wenn der Beitritt nicht durch große Anstrengungen der Gemeinschaft erleichtert würde: „Eine nicht genau geplante Übergangsphase in den Bereichen der Milch- und auch der Fleischproduktion kann sich zerstörerisch auswirken, weil der Wettbewerbsdruck aus den nordeuropäischen Ländern auf diese Regionen so stark werden wird, daß die Landwirte dieser Regionen dem kaum standhalten können.“ Dies würde sich in erhöhter Arbeitslosigkeit in den Beitrittsländern niederschlagen. Strukturelle Anpassung, Produktionsplanung und bessere Vermarktung sind notwendig, damit der Beitritt auch im Bereich der Südprodukte ein Erfolg wird. „Denn für Südprodukte besteht durchaus ein Markt in der Europäischen Gemeinschaft“, bekräftigte Klaus Wettig, „nur ist die Vermarktungsstruktur außerordentlich unzureichend.“

Anders verliefen die Abstimmungsfronten bei der Entschließung über den Beitrittstermin. Mit überwältigender Mehrheit (169:20:20 Stimmen) war das Parlament dafür, daß Spanien und Portugal wie geplant zum 1. Januar 1984 Mitglieder der EG werden sollen. Dem konnten ca. 40 Abgeordnete nicht zustimmen, darunter die französischen Sozialisten. Der Termin erschien dem Parlament durchaus haltbar; es gestand den Verhandlungspartnern einen dreimonatigen Aufschub des Verhandlungsbeschlusses bis zum 30. März 1983 zu. Dies würde immer noch fristgerecht die Ratifizierung in den Parlamenten der Mitgliedstaaten ermöglichen.

In seiner 80-Punkte-Entschließung analysierte das Europäische Parlament die politischen und institutionellen Aspekte, die kommerzielle Seite, die Auswirkungen auf andere Mittelmeerländer und die wirtschaftlich-industriellen Aspekte. Breiten Raum widmete es den kulturellen und Bildungsaspekten, den Umweltfragen und dem Verbraucherschutz, den regional- und verkehrspolitischen Aspekten und dem sozial- und beschäftigungspolitischen Bereich. So vertritt es die Ansicht, daß „von den Zielen der gemeinschaftlichen Entwicklung, unter denen der Beitrittsprozeß ein wichtiger Prozeß ist, in hohem Maße die Entwicklung des Zustroms der spanischen und

portugiesischen Wanderarbeitnehmer abhängt“. Das Europäische Parlament forderte überdies, daß die Integration der ansässigen Wanderarbeitnehmer, insbesondere der Jugendlichen der zweiten Generation, durch eine Sozial- und Beschäftigungspolitik gefördert wird, die auf eine effektivere Gleichbehandlung bei der Einstellung, bei den Lebens- und Arbeitsbedingungen und bei der sozialen Sicherheit gerichtet ist“. Im Bereich der Verkehrspolitik sollen direkte Kontakte zwischen dem Verkehrsausschuß des Europäischen Parlaments und den entsprechen-

den spanischen oder portugiesischen Parlamentsgremien die notwendigen Grundlagen schaffen.

Eine unzureichende Vorbereitung der Erweiterung könne zu einem Desaster werden, wurde im Europäischen Parlament mahnd hervorgehoben. „Die Gemeinschaft ist aber reich genug, sie verfügt über Ideen und Erfahrung genug, um den Beitritt Spaniens und Portugals zu einem großen Erfolg für die Gemeinschaft werden zu lassen“.

Eift Schöner (Bonn)

Frankreich: Positives und Negatives

Wenn sich alles abspielt, wie es die Verfassung und der politische Terminkalender vorsehen, werden in Frankreich im Jahre 1986 Parlamentswahlen stattfinden und wird im Jahre 1988 die Amtszeit von Staatschef François Mitterrand ablaufen.

Da Mitterrand wiederholt erklärt hat, daß die Erfüllung seiner Versprechen und die Durchführung seines Programms für die gesamte Amtsperiode gelten, wird man sich füglich für einige Jahre in Geduld fassen müssen. Erlaubt scheint es jedoch, auf einige Aspekte der sozialistischen Politik hinzuweisen – seien sie positiv oder negativ.

Positives ist geleistet worden, was einige Probleme der Gesellschaftspolitik anbetrifft: die Justizpolitik ist liberaler geworden. Der verantwortliche Minister, der frühere Rechtsanwalt Robert Badinter, hat die größten Mißstände abgestellt, hat die Reform des Gefängniswesens eingeleitet, hat deutlich gegen eine repressive Praxis Stellung genommen, hat – nach Abschaffung der Todesstrafe – klare Zeichen für eine liberale Reformpolitik gesetzt. Diese Politik ist zukunftsfruchtig.

Gleiches gilt für die eingeleitete Politik der Dezentralisierung des Landes, die ihre Früchte in einigen Jahren tragen und zum ersten Male in der Geschichte Frankreichs so etwas wie eine Regional- und Gemeindeautonomie schaffen wird. Sehr positiv auch die von Arbeitsminister Jean Auroux vorgelegte Gesetzgebung über größere Rechte für die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften in den Betrieben, die die Gewähr dafür bietet, daß insbesondere in den

mittleren und kleineren Betrieben, wo die „patrons“, die Unternehmer, bisher uneingeschränkt schalten und walten konnten, die Arbeitnehmer stärker als bisher zum Zuge kommen werden.

Kann das gleiche von den „Nationalisierungen“ großer Unternehmen gesagt werden? Hier die erste Kritik: es scheint uns, daß die Verstaatlichungen äußerst bürokratisch durchgeführt wurden, ohne wirkliche Konsultation aller Interessenten, insbesondere der Gewerkschaftsorganisationen. Hier besteht ohne Zweifel die Gefahr einer starken Bürokratisierung: um so mehr, als die sozialistische Regierung die Lösung der „autogestion“, früher ein wichtiger Bestandteil des sozialistischen Programms, völlig fallengelassen hat. Die „Manager“ dieser Großunternehmen, selbst wenn es sich um Sozialisten handelt, scheinen sich wenig um die Arbeitnehmer, aber dafür um so mehr um die „Produktivität“ zu kümmern...

Negativ auch: der sozialistische Armee minister Charles Hernu hat nur sehr zweitrangige Reformen liberaler Natur in der Armee durchgeführt und scheint sich dem „Milieu“ angepaßt zu haben; wie uns scheint, ist er da einer alten sozialdemokratischen Krankheit verfallen... Noch immer auch warten die Wehrpflichtigen auf die versprochene Reduktion der Dienstzeit und auf eine Liberalisierung des Gesetzes für die Wehrdienstverweigerer.

Die „planification“: dieser früher wichtige sozialistische Programmpunkt scheint sehr sekundär geworden zu sein. Es werden zwar unzählige Studien veröffentlicht, Zukunftsvisionen an die Wand gemalt, aber alle haben den Eindruck, daß die Planung mehr als stiefmütterlich behandelt wird. Staatsminister Michel Rocard, der für dieses Gebiet zuständig ist, erscheint zwar bei allen Meinungsumfragen als der

weitaus populärster Politiker Frankreichs, aber man hat fast den Eindruck, er gehöre der Regierung gar nicht an. Vielleicht weil er ein früherer Konkurrent des Staatspräsidenten war? Man weiß es nicht, aber er führt in der Regierung ein Schattendasein. Er und seine „*planification*“.

Nicht zufällig auch ist der für die Probleme der Dritten Welt zuständige Minister, Jean-Pierre Cot, im Dezember 1982 zurückgetreten: insbesondere deshalb, weil er das Gefühl hatte, daß die „traditionelle“ Politik Frankreichs gegenüber den früheren „Einflußgebieten“ in Afrika zum großen Teil von der neuen Regierung übernommen wurde. Auch die Waffenlieferungen an reaktionäre Regierungen wurden von Cot beanstandet.

Negativ schließlich auch, wie uns scheint: die Sozialistische Partei, von der unzählige Vertreter in den Regierungs- und Verwaltungsapparat übernommen wurden, hat in starkem Maße eingebüßt, was ihre frühere Stärke ausmachte: die lebendige Diskussion, selbst wenn sie häufig in die Zwangsjacke fest organisierter „Richtungen“ gezwängt wurde. Tatsache ist, daß heute innerhalb der P. S. nicht viel diskutiert wird: es sei denn, um diese oder jene Regierungs-

maßnahme zu kritisieren. Aber von einer schöpferischen Diskussion der wichtigsten Probleme des Landes kann kaum gesprochen werden.

Völlig negative Bilanz also? Nein, denn das hieße übersehen, daß einige Maßnahmen, die nicht als „sensationell“ erscheinen, in Wirklichkeit überaus bedeutend sind: so wird ein aufmerksamer Beobachter der Pariser Regierungsszene nicht übersehen können, daß die Sozialleistungen für die ärmeren Bevölkerungsschichten – für die ungelerten Arbeiter, für die älteren Menschen, für die Behinderten usw. – erheblich verbessert wurden; daß die Regierung bedeutende Gesetzentwürfe verabschiedet hat, die die Rechte der Frauen in der Gesellschaft, und insbesondere in den Betrieben, wesentlich erhöhen.

Diese „positive“ Aufzählung ist natürlich unvollständig. Nach und nach wird es sich sicherlich erweisen, daß da – trotz der Rezession – ein großes soziales Netz geknüpft wird. Es ist auch zu betonen, daß eben die Rezession den Reformwillen begrenzt. Zu bedauern ist allerdings, daß auch einige gesellschaftliche Reformen – siehe die Armee – die nichts oder wenig kosten, vernachlässigt worden sind.

Gustave Stern (Paris)

Griechenland: Grundzüge der Außenpolitik

Die Erblast war schwer, die Zeiten schwierig. Trotz der zahllosen Hindernisse und ernsthaften Probleme ist es der PASOK offenbar gelungen, Maßnahmen durchzusetzen und Gesetze zu verabschieden, die den Wandel, der dem Volk vor den Wahlen versprochen worden war, näher rücken lassen.

So gelang es den Regierungsmitgliedern in einjähriger harter Arbeit, Gesetze zur Sanierung der öffentlichen Verwaltung, zur Reform der Wirtschaftsministerien, zur Verbesserung der Struktur und Funktion der Bildungseinrichtungen, zur Anhebung der Niedriglohngruppen, zur Wiederherstellung eines demokratischen Gewerkschaftslebens, zur Steuerreform, zur Herabsetzung des Rentenalters zu schaffen.

Indem das Wahlrecht auf 18 Jahre herabgesetzt, die zivile Trauung eingeführt, Anstöße zur wirtschaftlichen Entwicklung der Regionen gegeben, die Renten angehoben, eine nationale pharmazeutische Industrie und ein öffentliches Gesundheitswesen auf-

gebaut und den Städten und Gemeinden finanziell unter die Arme gegriffen wurde, um die Dezentralisierung voranzutreiben, hat die PASOK die ersten grundlegenden Schritte auf dem Weg des versprochenen Wandels zurückgelegt.

Besonders deutlich wird dies wohl auf dem Gebiet der Außenpolitik – nicht nur, weil über sie in anderen Ländern in der Vergangenheit Befürchtungen laut wurden, sondern auch, weil die Beziehungen Griechenlands zu den USA neuerliche Belastungen durchzustehen haben: einerseits ist der Dialog in eine entscheidende Phase eingetreten und andererseits wird die Vermittlung der USA bei der Lösung der nach wie vor akuten Probleme mit der Türkei erwartet.

Der vielfältige Charakter der von der Regierung und von Papandreou selbst verfolgten Außenpolitik, wie sie im vergangenen Jahr zutage getreten ist, beweist, daß der Premierminister ein klug operierender Politiker ist, der sein Handeln und Reden sehr umsichtig abwägt, und nicht jener polternde Agitator, als den ihn manche gerne dargestellt haben. Ein Blick auf die Außenpolitik der PASOK-Regierung

zeigt, daß die PASOK die Beziehungen zu den USA durchaus auf die Grundlage freundschaftlicher Zusammenarbeit stellen will und die weltpolitische Rolle der USA keineswegs ignoriert, aber nicht akzeptiert, daß Griechenland zum Satelliten, zur Speerspitze oder zum Vasallen irgendeines anderen degradiert wird.

Die Verhandlungen über die Militärbasen sind von vornherein mit dem Ziel aufgenommen worden, auf griechischem Boden einen vernünftigen Rahmen für die amerikanischen Militärunterkünfte ohne einschränkende Bedingungen für Griechenland und unter voller Wahrung der nationalen Interessen zu schaffen. Es heißt nicht mehr: „Weg mit den Basen“, sondern Verhandlungen mit dem Ziel, deren unhaltbaren Status zu beenden, sind im Gange. Soweit die Beziehungen zur NATO betroffen sind, hat die griechische Regierung erklärt, daß sie keine strategische Kontrolle in der Ägäis akzeptieren wird, die in irgendeiner Weise die Souveränitätsrechte Griechenlands berühren.

In den Beziehungen zur Türkei wurde das bekannte Moratorium mit der Hoffnung akzeptiert, daß in den griechisch-türkischen Gesprächen schrittweise Fortschritte erzielt werden. Unglücklicherweise hat sich jedoch die Türkei nicht an das Moratorium gehalten und es mehrfach verletzt – eine Tatsache, die zu einer neuerlichen Verschlechterung des Verhältnisses beider Länder zueinander geführt hat, da Griechenland nicht bereit ist, auch nur einen Fuß griechischen Bodens aufzugeben, sei es nun Landmasse oder Meeresgrund.

Im Blick auf das große Nationalproblem Zypern ist die Regierungspolitik kontinuierlich und unverrückbar auf Kooperation und Unterstützung des berech-

tigten Kampfes des zypriotischen Volkes angelegt. Zugleich wurde eine Vielzahl von Anstrengungen unternommen, um die türkische Besatzung von rund 40% des Territoriums Zyperns zu beenden.

Die freundschaftlichen und kooperativen Beziehungen zu den Balkan-Staaten sind intensiviert worden, und die PASOK-Regierung hat eine Initiative zur Einrichtung einer atomwaffenfreien Zone auf dem Balkan ergriffen – ein Vorschlag, der von den übrigen Staaten sehr wohlwollend aufgenommen wurde.

Die Bilanz der Arbeit auf dem sehr entscheidenden Sektor der BG fiel ebenfalls positiv aus. Erneut hat die Regierung das Problem auf die Tagesordnung gebracht, mit dem Ziel einer Verbesserung der Beziehungen dahingehend, daß die „Besonderheiten“ der griechischen Wirtschaft stärkere Berücksichtigung finden und Entfaltungsmöglichkeiten im Rahmen der BG erhalten – daß dabei allerdings auch große Probleme auftauchen, ist an den jüngsten Importbeschränkungen abzulesen.

Auch im Nahen Osten hat Griechenland international Einfluß genommen, indem es den Kampf der Palästinenser unterstützt und zugleich das Recht der Israelis, in international anerkannten und gesicherten Grenzen zu leben, anerkennt.

Insgesamt läßt sich die Außenpolitik der PASOK-Regierung als vernünftig durchdacht charakterisieren, die allerdings dort unnachgiebig ist, wo es um den Schutz nationaler Interessen geht. Darüber hinaus zielt sie international auf die Stärkung der griechischen Positionen und fordert die Gleichbehandlung des Landes durch andere Länder, seien es große oder kleine.

Artemis Kyriazis (Athen)

Großbritannien: Das neue Labour-Wirtschaftsprogramm

Die neue beschäftigungspolitische Strategie der oppositionellen Labour-Party hat einen entscheidenden Fehler: die Politik der konservativen Regierung könnte ihre Prämissen obsolet werden lassen.

Der Run auf das Pfund Ende November hat die Regierung sichtlich aus dem Konzept gebracht. Dem

äußeren Anschein nach war alles reibungslos vorstatten gegangen, Inflationsrate und Zinssätze fielen auf ein unerwartet niedriges Niveau zurück. Die Minister strahlten Zuversicht aus. Dann gingen die Märkte ihre eigenen Wege, und die Interventionskäufe der Bank von England und ein Anstieg der Zinssätze um 1% ließen das feierliche Bekenntnis der Regierung zur Marktwirtschaft in diesem Zusammenhang als halbherzig erscheinen.

Die kleine Panik über die Entwicklung des Pfundes fiel – vielleicht unglücklicherweise – zeitlich zusammen mit einer wirtschafts- und finanzpolitischen

Grundsatzklärung von Labours Schatten-Chancellor (Schatzminister) Peter Shore. Einer der Kernpunkte seines „Programms für den Aufschwung“ war eine Abwertung des Pfund Sterling um 30%, schrittweise verteilt auf zwei Jahre. Dieser konkrete Vorschlag, so wurde sofort kritisiert, offenbare eine naive Vorstellung über die Funktionsweise der Geldmärkte.

Oberstes Ziel des neuen Programms ist es, während der fünfjährigen Amtszeit einer Labour-Regierung die Zahl der Arbeitslosen unter eine Million zu drücken. Dieses ehrgeizige Ziel, so Shore, sei erreichbar, weil das Hauptproblem der britischen Wirtschaft ein durch den Thatcherschen Monetarismus verursachter Kollaps der Binnennachfrage sei – durch hohe Zinssätze, den zu hohen Wechselkurs des Pfunds, steigende Steuern und die veränderte öffentliche Ausgabenpolitik. Die Labour-Politik der Nachfragestützung werde hingegen täglich jene 1600 Arbeitsplätze schaffen, die erforderlich sind, um das gesteckte Ziel zu erreichen.

Labours Strategie des Aufschwungs setzt an vier Punkten an:

1. Die Wechselkursanpassung soll die in den letzten drei Jahren verlorengegangene Wettbewerbsfähigkeit – ein Rückgang um 36% war zu verzeichnen – wiederherstellen.

2. Im Bereich der (binnen fünf Jahren um ein Drittel gefallen) öffentlichen Investitionen soll sofort eine 5 Mrd. Pfund-Spritze gesetzt werden, um unsere wirtschaftliche Infrastruktur zu modernisieren. Unter den Konservativen hat es hier eine klare Umschichtung weg von arbeitsplatzschaffenden Gütern und Dienstleistungen und hin zu Transferzahlungen (Pensionen etc.) gegeben.

3. Ein besserer und extensiverer Einsatz von besonderen Beschäftigungsmaßnahmen und -hilfen ist geplant.

4. Es soll ein Nationales Wirtschaftsabkommen (National Economic Assessment-NEA) geschlossen werden – Herzstück eines neuen demokratischen und planvollen Herangehens an die Gesundung der Industrie. Kapital und Arbeit sollen nicht allein auf betrieblicher Ebene zusammenarbeiten und sich dort über „Entwicklungs-Pläne“ einigen (nicht die von der Linken geforderten obligatorischen „Planungsabkommen“), sondern auch auf nationaler Ebene sollen sie zusammen mit der Regierung festlegen, wie das Nationaleinkommen auf Profite, Investitionen und – am wichtigsten – Arbeitseinkommen verteilt werden soll. Der insbesondere von einer Abwertung zwangsläufig ausgehende Druck auf die Preise soll haupt-

sächlich durch eine spürbare Senkung der Mehrwertsteuer aufgefangen werden.

Die Kritik an Labours Aufschwung-Programm konzentrierte sich auf zwei Aspekte: 1. Obwohl die Aussicht, daß das Pfund nach wie vor überbewertet ist, weitgehend geteilt wird, betrachteten es viele doch als unklug, Abwertungspläne im voraus öffentlich bekannt zu machen. 2. Viele halten den einkommenspolitischen Teil des Programms, das National Economic Assessment, nicht für überzeugend.

Peter Shore selbst räumt die übergeordnete Notwendigkeit einer Art Übereinkunft über die Löhne ein. Der Begriff „Einkommenspolitik“ ist indes tabu. Das von Shores Arbeitsgruppe vorgelegte und im Computer durchgerechnete Modell zeigt, daß das Programm ohne Zurückhaltung bei den Löhnen nicht durchschlägt. 1986 würde es bei 20%igen Lohnerhöhungen und einer Inflationsrate von 18% ein Zahlungsbilanzdefizit von 25 Mrd. Pfund geben. Obwohl das NEA auf freiwilliger Basis bleiben soll, trägt es doch den Stempel der früheren „Sozialpakt“-Periode, in der die Inflationsrate bis auf 27% stieg. Natürlich könnte das NEA funktionieren, aber viele Kommentatoren sind in ihrem Urteil zurückhaltend.

Das jüngste Fragezeichen an den Labour-Plänen bildet die Gerüchten zufolge von der Regierung beabsichtigte Zerstörung von Produktionskapazitäten in der Stahlindustrie und anderen Branchen. Ein Anstieg der Stahlproduktion ist aber eine entscheidende Voraussetzung für Labours Aufschwungprogramm. Gegenwärtig hat die britische Stahlindustrie unter den vollen Auswirkungen der Rezession und billigen Auslandsimporten zu leiden. Tausende von Entlassungen und Betriebsschließungen werden auch für diesen Monat wieder erwartet, und die Verluste der staatlichen British Steel summieren sich (allein aus den letzten zwei Jahren) auf mittlerweile 4,5 Mrd. Pfund.

Was werden die Wähler von den ehrgeizigen Versprechungen halten? Wahrscheinlich nicht viel, denn die Meinungsumfragen signalisieren deutliche Skepsis gegenüber Wunderkuren. Nur 23% hielten kürzlich die Regierung für „hauptverantwortlich“ für die Inflation, und sieben von zehn Befragten meinten, anderen Ländern gehe es ebenso schlecht. Wenn Labours Glaubwürdigkeit größer wäre (obwohl sie bereits zu Lasten der Allianz von Liberalen und Sozialen Demokraten, im Steigen begriffen ist), würden sich die Wähler Argumenten zugänglicher erweisen.

Trotz einer ganzen Reihe peinlicher Spionageaffären bleibt hingegen Mrs. Thatchers Glaubwürdigkeit unbeschädigt. Wenn sie schon verwundbar wäre,

könnten ihr diese Skandale zum Verhängnis werden. Aber sie ist es nicht. Und als die „eiserne Lady“ in der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik kann sie sich sicher fühlen.

Italien: Hang zum Denken in konspirativen Kategorien

Das politische Italien hat ein altes Gesellschafts-
spiel neu entdeckt. Auguren und Kaffeesatz-Astro-
logen in Rom haben wieder ihre Kunden, die
öffentlich die Frage herumreichen, wann denn
wohl das Parlament aufgelöst und eine neuerliche
vorgezogene Wahl ausgeschrieben wird.

Sollte dies eintreten, dann hätte Italien unter den
westeuropäischen Demokratien seinen eigenen tri-
sten Rekord überboten, nämlich, seit der Gründung
der Republik noch keine Legislaturperiode ganz aus-
geschöpft zu haben.

In Rom und anderswo wird kein Hehl daraus ge-
macht, daß die derzeitige Vier-Parteien-Regierung –
Christdemokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten und
Liberalen unter dem Vorsitz des altgedienten Amintore
Fanfani (DC) – gegenüber der gescheiterten Ko-
alition zu fünf unter dem Republikaner Giovanni
Spadolini nicht gerade eine konsequente und erfolg-
verheißende Weiterentwicklung bedeutet. Das Kabi-
nett Spadolini, eines der langlebigsten im Nach-
kriegsitalien, hatte ein beträchtliches Startkapital,
und es hat damit, im großen und ganzen gesehen,
auch recht erfolgreich gewirtschaftet.

Erste Ansätze, über einen notfalls auch harten
Dialog mit den Sozialpartnern ein langfristig angeleg-
tes Regierungsprogramm zur Sanierung der kränkelnden
Wirtschaft auf die Beine zu stellen, scheiterte,
als sich zwei damit befäßte Ressortminister, der So-
zialist Rino Formica (Finanzen) und der Christdemo-
krat Nino Andreatta (Schatz) sich über einen eigent-
lich beifälligen Aspekt so heillos zerstritten, daß der
Bruch unausweichlich schien und die betroffenen
Partiführungen, allen voran die Vorsitzenden Ciri-
aco De Mita (DC) und Bettino Craxi (PSI) sich nicht
sonderlich ins Mittel legten, um die beiden Kampf-
hähne zur Raison zu bringen.

Fanfani und seine Koalition erhielten das Ver-
trauen der Mehrheit der Kammer, wie zu erwarten

Die Unterstützung für die beiden großen Parteien,
so fand kürzlich ein Meinungsforscher heraus, ist
noch nie über einen so langen Zeitraum hinaus so
stabil gewesen. Elizabeth Hartley-Brewer (London)

war, auch wenn die Sozialisten durch den Mund
ihres stellvertretenden Generalsekretärs Claudio
Martelli ihm erst einmal nur ein halbes Jahr Zeit ge-
ben wollten. Unklar ist einzuweisen, zu welchen
Ufern Fanfani aufbrechen wird:

▷ Das vordringliche Programm zur Sanierung der
Wirtschaft muß noch genauer definiert werden, wo-
bei Fanfani mehr noch als Spadolini darauf wird
achten müssen, die wirtschaftliche Klientel ebenso-
wenig zu verprellen wie den Gewerkschaften die Tür
vor der Nase zuzuschlagen.

▷ Außenpolitisch hat die neue Regierung eine Erb-
schaft übernommen, wie sie unerfreulicher kaum
sein könnte: die sich verdichtende Hypothese, daß
bei dem Attentat auf Papst Johannes Paul II. vom
13. Mai vergangenen Jahres auch der bulgarische
Geheimdienst seine Hand im Spiel gehabt habe. (Er-
ste Stufe der diplomatischen Eskalation: Italiens Bot-
schafter in Sofia wurde zur Berichterstattung nach
Rom gerufen.)

Was das letztere Thema angeht, so wird in der
nächsten Zeit noch viel schmutzige Wäsche gewa-
schen werden – im Parlament wie in der Öffentlich-
keit. Auch ein Teil der Gewerkschaftsbewegung ist
davon zumindest mittelbar betroffen; Luigi Scriccio-
lo, der zu Beginn des Jahres verhaftete Funktionär
der UIL, dem Verwicklungen in terroristische Ma-
chenschaften vorgeworfen werden, soll zudem leb-
hafte Kontakte zu einschlägigen bulgarischen Instan-
zen gehabt haben; dies wiederum wird in Zusam-
menhang gebracht mit Scricciolos Engagement bei
der Anknüpfung von Kontakten zwischen der UIL
und „Solidarność“ und beim Besuch von Lech Wale-
sa Anfang 1981 in Rom.

Völlig unklar ist, ob dieses Knäuel, einmal ge-
schnürt, jemals vollständig wird entwirrt werden kö-
nnen. Aber jenseits der Frage, ob Licht in diese Dä-
sternis gebracht werden kann, verblüfft doch die
Hingabe, mit der auch namhafte Politiker hierzulan-
de öffentlich über tatsächliche, wahrscheinliche oder
auch nur gemutmaßte Szenarios philosophieren.
(Womit erneut belegt wäre, daß die Ursache für den
Hang der Italiener zum Denken in konspirativen Ka-

tegorien in den Wechselfällen der zumeist erlittenen statt selbstgestalteten Geschichte Italiens zu suchen ist.) Allerdings haben die betreffenden Persönlichkeiten eine gewichtige Stütze; in Staatspräsident Sandro Pertini, der schon vor Monaten die Überzeugung äußerte, daß die Drahtzieher des Terrorismus in Italien nicht nur im Inland zu suchen seien.

Aber gleichviel: erneut ist deutlich geworden, wie sehr das Mittelmeerland Italien im Schnittpunkt vielfältiger und auch nicht immer ganz lupenreiner Interessen liegt. Die Regierung Fanfani ist um ihre Aufgabe keineswegs zu beneiden.

Holger Quiring (Rom)

Luxemburg: Gefühl der Hilflosigkeit

Mit dem Andauern der Wirtschaftskrise werden die Luxemburger sich immer mehr bewußt, daß ein kleines Volk recht hilflos ist, wenn es gilt, seine nationale Identität und Souveränität zu behaupten.

Das Großherzogtum, von einer UNO-Kommission einmal als „Zufallsprodukt der Geschichte“ eingestuft, ist sehr stolz auf seine über 1000 Jahre zurückreichende, wechselhafte Geschichte, seine Kultur, seine Sprache, kurz, seine Eigenart, die sich im Landesmotto „Mir wölle bleiwen wat mir sin“ (Wir wollen bleiben, was wir sind) ausdrückt. Doch die nationale Identität Luxemburgs, das nur die Bevölkerungszahl einer mittleren Großstadt besitzt, aber Sitz und Stimmrecht in UNO, NATO und EG hat, scheint bedroht.

Die Speerspitze der nationalen Unabhängigkeit, die luxemburgische Stahlindustrie, steckt nämlich in einer ähnlich tiefen Krise wie die anderen europäischen Stahlindustrien auch. Doch mit dem Unterschied, daß für Luxemburg die Erhaltung einer wettbewerbsfähigen Stahlindustrie ungleich viel wichtiger ist als in größeren Ländern, die auf eine Vielzahl von verschiedenen Industriezweigen zählen können und in denen mehrere gesunde Wirtschaftssektoren einen kränkelnden Sektor aushalten können. Nicht so Luxemburg, zu dessen industrieller Produktion der Stahlsektor rund die Hälfte beisteuert, so wie der luxemburgische Stahlsektor rund 20% des Brutto-Inland-Produktes ausmacht, während beispielsweise im benachbarten Belgien der Stahlsektor bloß 1% des BIP darstellt.

Dazu kommt, daß praktisch alle anderen Wirtschaftssektoren des Landes mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben. So ist Luxemburg zwar Sitz von rund 120 internationalen Geschäftsbanken, die vor-

nehmlich auf dem Euro-Dollar-Markt tätig sind, doch im Gefolge der Liquiditätsschwierigkeiten zahlreicher Länder Osteuropas, Afrikas und Südamerikas sowie einiger großer Schuldner (wie beispielsweise der AEG) fließen die Gewinne nicht mehr wie früher, da Verlustprovisionen für zweifelhafte Schuldner angelegt werden müssen und die Steuereinnahmen des luxemburgischen Staates entsprechend versiegen.

Ein anderer Dienstleistungsbetrieb des Landes, Radio-Télé-Luxemburg, ist auch an die Grenzen seines Wachstums geraten, und der erhoffte Einstieg ins vielversprechende Fernsehsatelliten-Geschäft scheiterte bislang am Einspruch der deutschen und vor allem der französischen Nachbarn. Neben dem Stahlmulti ARBED gibt es an industrieller Produktion nur Mittelmaß, d. h. Betriebe mit 1000 bis 2000 Beschäftigten, und meistens auch noch in krisengezeichneten Sektoren wie Chemie oder Zulieferanten der Autoindustrie.

Die in den vergangenen Jahren mit recht viel Erfolg betriebene Politik der wirtschaftlichen Diversifizierung, die ausländische Investoren ins Land locken wollte, kostet angesichts der wachsenden internationalen Konkurrenz auf diesem Gebiet zunehmend öffentliche Gelder, ohne jedoch immer eine große volkswirtschaftliche Auswirkung zu haben. So gelang es der amtierenden Regierung, vor kurzem eine japanische Firma dazu zu bewegen, in Luxemburg zu investieren, doch wurden dadurch genau drei Arbeitsplätze geschaffen, da die Produktion der neuen Firma vollständig roboterisiert ist.

Die Handelsbranche beginnt ihrerseits unter der schwindenden Kaufkraft der Luxemburger zu leiden. 1983 wird für Luxemburg das dritte Jahr, in welchem die Löhne, Gehälter, Renten und Pensionen nicht an die inflationsbedingte Geldentwertung angepaßt werden. Da überdies der Steuerdruck verstärkt wird, bedeutet dies eine reale Kaufkraftminderung für alle Arbeitnehmer, die zwischen 10 und 20 Prozent in drei Jahren beträgt. Bei der Stahlbelegschaft,

die seit Jahren sogenannte Nullverträge akzeptieren mußte, beträgt die Einkommensminderung sogar viel mehr. Angesichts der katastrophalen Ertragslage der ARBED mußten die Gewerkschaften für 1983 dennoch Lohnkürzungen hinnehmen, die sich je nach Lohn und Gehaltshöhe zwischen 4,6 bis 24,6 % bewegen.

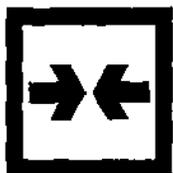
Hinzu kommt, daß im Rahmen der nationalen „Tripartite“, jenem magischen Gremium, in dem Regierung, Gewerkschaften und Patronat die nationale Einkommenspolitik aushandeln, für 1983 ein Austeritätsplan beschlossen wurde, der zwar eine Erhöhung des Mindestlohnes vorsieht, aber bei einer zu erwartenden zehnprozentigen Inflationsrate bloß Lohnanpassungen von rund 6,5 % im Jahresdurchschnitt. Zur Finanzierung der Staatshilfen an die

Stahlindustrie wird überdies eine 6,5prozentige Solidaritätssteuer erhoben, welche auf die zu zahlenden Einkommenssteuern berechnet wird.

Um den bitteren Kelch bis zum Rand zu füllen, läßt die Regierung noch tiefe Einschnitte in die Krankenversicherung tätigen, indem sie das Prinzip der Rückerstattung aller Krankheitskosten durchbricht und eine Selbstbeteiligung der Patienten bei Arztbesuch und Krankenhausaufenthalt einführt.

Daß die Luxemburger diese bitteren Pillen ohne viele Proteste schlucken, liegt wohl daran, daß sich ein Gefühl der Hilflosigkeit ausbreitet, daß sich die Erkenntnis durchsetzt, daß das kleine Luxemburg von seinen Nachbarn weder Geschenke noch Krümel vom Tisch erwarten darf.

Robert Goebbels (Luxemburg)



KRITIK

Bücher: Widerstand und Zeitgeschichte

Am 30. Januar 1983 jährt sich der 50. Jahrestag der nationalsozialistischen Regierungsübernahme, die wenig später dann Machtergreifung genannt wurde. Ehsichtigen Zeitgenossen war damals bewußt, was auf sie zukam: Der „Wille zur Gewalt“, den Goebbels bereits 1928 in einer programmatischen Schrift beschworen hatte, würde große Opfer fordern, würde das demokratische politische Leben vernichten und die Gegner der Nationalsozialisten dem allerstärksten Druck aussetzen. Viele Sozialdemokraten hatten die Eskalation der Gewalt bereits vor

1933 geahnt und in ihren wenigen Machtbereichen doch nicht verhindern können. Am 5. März 1933 hatte sich zwar gezeigt, daß die Nation politisch tief gespalten war, und so schien absehbar, daß mehr als nur die Neuauflage des Bismarckschen Sozialistengesetzes bevorstand. Aus einer Fehleinschätzung, die zugleich die fehlende „Phantasie“ (Hoegner) im Hinblick auf die Brutalität und den totalen Veränderungswillen der Nationalsozialisten widerspiegelte, resultierten lange Jahre des Terrors, Krieg, Angst, Unterdrückung.

Die Kehrseite dieser nationalsozialistischen Herrschaft waren Widerstand und Verweigerung, waren Nonkonformität und Dissidenz. Einem der vielleicht besten Sammelbände zur Geschichte des Widerstands ist es zu verdanken, wenn wir die historische Dimensionierung dieser auch in der aktuellen politischen Auseinandersetzung häufig auftauchenden Begriffe eines vieldimensionalen Widerstands besser begreifen und verstehen können. Viele

der ehemaligen Widerstandskämpfer empfinden die modische Inflationierung des Widerstandsbegriffs bereits als Zumutung und Verfälschung. Im Ohr klingen immer noch die Zurechtweisungen Herbert Wehnerts, der sich etwa gegen die Reklamation des Widerstandsbegriffs in der Auseinandersetzung um die Sparbeschlüsse der sozialliberalen Regierung wandte.

Richard Löwenthal, Sozialdemokrat, Republikaner und aktiver Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus vor Ort in Berlin und im Exil, und der jüngere Historiker Patrik von zur Mühlen, als Exil- und Widerstandsforscher ebenso ausgewiesen wie als Historiker der nationalsozialistischen Rassenideologie, symbolisieren in ihrer gemeinsamen Herausgeberschaft die Grundintention des beeindruckenden und bewegenden Bandes, nämlich die streng wissenschaftliche Analyse der historischen Überlieferung mit der Augenzeugenschaft zu konfrontieren und auf diese Weise den

Wert beider Zugangs- und Darstellungsweisen zu erhöhen.

Richard Löwenthal/Patrik von zur Mühlen (Hrsg.): Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933 bis 1945, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn und Berlin 1982, 319 S., DM 25,-

Die Herausgeber haben, fast in letzter Minute, wichtige Augenzeugen zum Schreiben veranlaßt und die besten Widerstandsforscher um eine Zusammenfassung ihrer langjährigen, mühsamen und nicht selten gegen den Trend des öffentlichen Interesses gerichteten Studien gebeten. Im Einleitungskapitel skizziert Löwenthal die Rahmenbedingungen des Widerstands im nationalsozialistischen Deutschland, ohne die Spur einer Selbstgerechtigkeit, die ihm wohl anständig, ohne Zorn und mit Verständnis für historische, aber auch für die verschiedensten Widerstandsbedingungen unserer Gegenwart. Er wendet sich einerseits gegen die Ausuferung des Begriffs, der jede Auflehnung gegen die staatlichen Instanzen als Widerstand proklamiert, und trägt andererseits durch eine präzise Beschreibung des nonkonformen und des dissidenten Verhaltens zur Präzisierung der Begrifflichkeit bei. Dieser Aufsatz wird zu den klassischen Bestimmungen über Grundfragen des Widerstands zählen: Er zwingt jeden Leser zur Stellungnahme und erzeugt Betroffenheit.

Die weiteren Abhandlungen berühren Gewerkschafter (Gerhard Beler und Hans Gottfurcht), Sozialdemokraten (von zur Mühlen und Ludwig Linsert), Kommunisten (Hermann Weber und Petra C. Karg), Christen (Günther von Norden, Hell-

mut Gollwitzer und Walter Dirks), Jugendliche (Detlev Peukert und Thorsten Müller) und Häftlinge (Falk Pingel und Werner Koch) im Widerstand. Alle Beiträge bemühen sich um Würdigung und Rechtfertigung, vor allem aber um unsere Sensibilisierung für die Schwierigkeiten des Widerstands im totalen Staat. Hier zeigt sich, daß der Historiker keineswegs stets der rückwärtsgewandte Prophet, sondern daß er auch Richter ist, der sich um die Gerechtigkeit des historischen Urteils zu bemühen hat. Deutlich wird dies in Webers Beitrag, der die Eigenständigkeit des kommunistischen Widerstands der Kriegszeit betont und zugleich verständlich zu machen versteht, weshalb der zum Innenminister bestimmte Julius Leber mit Kommunisten zusammenarbeiten konnte, ja mußte. Für Hagiographie des Widerstands ist hier kein Platz: Widerstandsgeschichte ist auch zu lange als Legitimationsersatz gebraucht und mißbraucht worden.

Beeindruckend ist der Beitrag Karl Dietrich Brachers, nicht nur als Summe seiner jahrelangen Bemühung um die angemessene Beurteilung des Widerstands, sondern als Beweis für die Offenheit seines Ansatzes, der stets um Ergebnisse und solide Traditionsbildung bemüht war. Sein Aufsatz weist alle Kritiker seines totalitarismustheoretischen Ansatzes, der sich aus der Orientierung an liberaldemokratischen Maßstäben erklärt, in die Schranken. Lange, ehe etwa der kommunistische Widerstand von der Forschung entdeckt wurde, hat Bracher seine bis heute gültigen Wertungen formuliert: Die neue Forschung ist an keiner Stelle über sein Urteil hinausgegangen und hinausgekommen. Brachers

Aufsatz wird durch Erinnerungen von Freya von Moltke ergänzt.

Neuland betreten Aufsätze von Ralf Schnell und von Hartmut Mehringer/Dieter M. Schneider. Sie beschäftigen sich mit der „inneren Emigration“ und der Rolle, die Deutsche in der europäischen Widerstandsbewegung vor allem Westeuropas gespielt haben. Zum einen wird das Stereotyp der Verweigerung konkretisiert. Innere Emigration war nicht „Aussteigen“, sondern bestand in der Bewahrung der Unabhängigkeit, der Selbstachtung, der Behauptung der eigenen Persönlichkeit gegenüber Versuchen und Verlockungen, gegenüber der Zeit. Exil aber war keine Flucht vor der Gegenwart, keine Fahrt nach Tonga, Australien oder zum Guru, sondern war Kampf gegen Tendenzen der Gegenwart – von welchem Standpunkt aus auch immer. Vor allem aber war Emigration – innere wie äußere – eine zielorientierte Verhaltensweise: Vernichtung des Nationalsozialismus, um eine politische Ordnung zu etablieren, die Heterogenität und Menschenrechte respektierte und sicherte.

Der Sammelband ist für die politische Bildungsarbeit von hohem Wert. Er ist verständlich geschrieben, wissenschaftlich solide, ohne papiertrocken zu sein: Gegenwartsorientierte Widerstandsforschung und Widerstandsgeschichte, die zur Orientierung in der Gegenwart beiträgt, ohne die Schlacht um das historische „Erbe“ zu schlagen, die der Vielzahl von Widerstandsmotivationen gerecht wird, ohne die Frage nach den handlungsbestimmenden Maßstäben zurückzudrängen. So sehr Widerstand zur Aktion, zum „Zeichen“

wurde, so wenig kann bestritten werden, daß Widerstand um der Wiederherstellung von Menschenrechten willen erfolgte. Der unvergessene hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer bezeichnete Widerstand einmal als die „exemplarische Beschwerde des Menschen“. Diese Erfahrung gilt es zu bewahren, und der bescheidene Sammelband trägt dazu mehr bei als manches dickleibige Geschichtsbuch.

Ein weiteres schmales Bändchen, das eine vielfach diskutierte Frage aufnimmt, ist ebenfalls wesentlich gehaltvoller, als sein Umfang vermuten lassen könnte.

Andreas Hillgruber: Endlich genug über Nationalsozialismus und Zweiten Weltkrieg? Forschungsstand und Literatur, Droste Verlag Düsseldorf 1982, 90 S., DM 22,-

Der Verfasser gehört zu den belesensten deutschen Historikern, gleichermaßen kompetent in der Quellenübersicht wie in der Literaturverarbeitung. In dem Buch gelingt es ihm, die Hauptfragen und Kontroversen der Forschung anzusprechen und auf der Grundlage der wesentlichen Literatur zu behandeln. Setzt man sich heute mit gängigen Vorurteilen, aber auch mit modernen wissenschaftlichen Kontroversen auseinander, so mag einen zuweilen Hilflosigkeit, zuweilen Zorn übermannen, denn inzwischen blühen auf dem Feld der historisch-politischen Publizistik viele Spekulationen und geben der neonazistischen Geschichtsklitterung vielfach reiche Nahrung. Vielleicht, weil die Wissenschaft versagte, mußte der frühere sozialdemokratische Justizminister Jürgen Schmude erwägen, etwa Vertreter der „Auschwitz-Lüge“ strafrechtlich zu

verfolgen. A. Hillgruber stellt sich diesen heißen und vielfach verdunkelten Themen, die zuweilen die Vermutung stützen könnten, wir bewegten uns auf dem Gebiet der Zeitgeschichte auf einem ähnlich unsicheren Terrain wie etwa auf dem der mittelalterlichen Geschichte. Zwei der Abhandlungen packen heiße Eisen wie Kriegsentfesselung, Widerstandsbild, Menschenvernichtung an und leisten auf ihre Weise eine gründliche historische Aufklärung, eine wissenschaftliche Aufarbeitung der Vergangenheit, ohne offene Fragen durch forsche Sicherheit zu entscheiden. Wie der Sammelband über den Widerstand, so gehört auch dieses Buch in die Hand aller, die sich in den kommenden Monaten mit Fragen des Nationalsozialismus an der Macht beschäftigen.

Wie schwer die Gesellschaft an zwölf Jahren nationalsozialistischer Herrschaft trug, wie problematisch die „Befreiung vom Nationalsozialismus“ war, wie sehr die Aufarbeitung der Vergangenheit durch folgenschwere Weichenstellungen be- und verhindert wurde, zeigt eine neuaufgelegte Arbeit des an der Fernuniversität Hagen lehrenden Historikers Lutz Niethammer.

Lutz Niethammer: Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Berlin und Bonn 1982, XI u. 710 S., DM 39,80

Dieses Buch, in der Einleitung bescheiden als ein verlegerischer „Non-Seller“ charakterisiert, erscheint um mehr als 20,- DM billiger als die erste Ausgabe, die inzwischen zu einer gesuchten Karität geworden war. Der Titel der Neuauflage ist reißerischer,

vielleicht aber auch richtiger. An der Breite der Quellengrundlage, an der Komplexität der Themenbearbeitung hat sich nichts geändert, denn es handelt sich um einen – wohlfeilen – Nachdruck. Niethammer behandelt Entstehung und Handhabung des sogenannten Befreiungsgesetzes, aufgrund dessen viele Deutsche vor Spruch- und Entnazifizierungskammern gerieten, um in der Regel als leicht oder unbelastet eingestuft zu werden.

Er beschreibt Probleme, Entwicklungen und Ergebnisse dieser Entnazifizierungsverfahren kompetent und doch engagiert und arbeitet auf diese Weise Startbedingungen der Nachkriegsdemokratie heraus. Diese Verfahren waren vor allem dafür verantwortlich, daß ein ganzes Volk rasch lernte, über die eigene Verantwortung nachzudenken, Klarheit über Voraussetzung und Folgen einer breiten und bequemen Anpassung zu gewinnen und Folgerungen für die Zukunft zu ziehen. Die von Mitscherlich konstatierte „Unfähigkeit zu trauern“ gründete in dem Selbstmitleid, das sich vor den Schranken der Spruchkammern auf die zaghaften Ansätze eines selbstkritischen Denkens der ersten Stunde gelegt hatte. Maßstäbe verschoben sich und führten dazu, daß schließlich kaum mehr zwischen Mitläufern und Kriminellen, zwischen den zahlreichen Rädchen und den Exponenten von Krieg und Massentod unterschieden wurde – vereinzelt bis heute. In der Mitläuferfabrik exkulperte sich eine ganze Generation, übte sich in Selbstentschuldigung und der Verkleinerung der eigenen Verantwortung, nicht zuletzt dadurch, daß sie die wenigen, die zum Widerstand fähig und bereit waren, diffamier-

te. Gehörte es einerseits fast zu den Vorbedingungen vieler politischer Karrieren, zum Widerstand gerechnet zu werden, so wurden andererseits Widerstandskämpfer vor allem aus dem Umkreis der Sozialdemokratie insgeheim angeklagt. Die Entnazifizierungsverfahren förderten Selbstgerechtigkeit und Selbstmitleid, indirekt aber verstärkten sie das schlechte Gewissen. Erst die sozialliberale Koalition sorgte durch den mit ihr vollzogenen Generationenwechsel auch in dieser Hinsicht für durchgängigen Wandel und förderte indirekt einen politischen Neuanfang, der nicht vergaß, aus welchen Traditionen und mit welchen Rücksichten sich politisches Handeln und Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland bis heute zu rechtfertigen hat: Es waren vor allem Angehörige der mittleren Generation, die die Form des Respektes billigten, ja fast befreit begrüßten, den Willy Brandt 1972 kniend in Warschau bezeugte.

Generationen wandern durch die Zeit, bilden sich in der Verarbeitung ihrer jeweils aktuellen Konflikte ihr Geschichtsbild und sind doch auf ein tiefer gründendes Geschichtsbewußtsein angewiesen. Wie die Herausforderungen einer Orientierung in der Zeit gelöst werden, entscheidet wahrscheinlich mit über Selbstverständnis und Integrationsmöglichkeit einer Gesellschaft. Ohne zeitgeschichtliche Kenntnisse wird sich dieses Selbstverständnis kaum finden und festigen lassen. Unter diesem Aspekt ist es zu begrüßen, daß neuere Publikationen sowohl die „Erfahrung“ in der Geschichte erschließen als auch eine analytisch abgesicherte Urteilsfähigkeit gestatten.

Peter Steinbach

Der dreifache Fluch: Jüdin, Intellektuelle, Sozialistin. Lebenserinnerungen einer Ärztin in Deutschland und im Exil
von Käte Frankenthal
Campus-Verlag, Frankfurt/New York 1981,
326 S., DM 28,-

Käte Frankenthal (1889–1976) schrieb ihre Erinnerungen 1940 nieder, veröffentlicht wurden sie erst zu Beginn der 80er Jahre (Herausgeber: Kathleen M. Pearle und Stephan Leibfried). Diesem Buch ist ein breiter Leserkreis zu wünschen, weil es nicht nur glänzend informiert über die gesellschaftlichen Verhältnisse seit dem Ausgang des deutschen Kaiserreichs – betrachtet aus der Perspektive einer Frau, der als einer der ersten in Deutschland das Medizinstudium gelang, und die an sechs Universitäten erstaunliche Einsichten in das Studentleben gewann –, über das politische Leben in der Weimarer Republik sodann, das sie als politisch engagierte Ärztin und Beamtin in Berlin mitzugestalten suchte. Was an diesen Memoiren besticht, ist das plastische Herausarbeiten des „Typischen“, das Hineinleuchten in die Szenarien der jeweiligen „Bühne“, auf der sie selbst quasi mitspielte. Der sie verfolgende dreifache Fluch, eine Jüdin, eine intellektuelle Frau und noch dazu Sozialistin zu sein, zieht sich durch die Schilderungen vom Anfang bis zum Ende – aber erstaunlicherweise ist es gelungen, gerade diesen „Fluch“ sachlich zu verarbeiten und alle seine Folgen ohne Ressentiments zu reflektieren. Damit wird zugleich das menschliche und das geistige Niveau der Autorin charakterisiert. (Das Buch gewinnt noch durch sorgsame Anmerkungen in

Fußnoten und Anhang.)

Käte Frankenthal wuchs in Kiel auf, als einzige Jüdin ihrer Schulklasse, wo sie die unsichtbaren Schranken zu den Familien ihrer Freundinnen zu spüren bekam. Als Heranwachsende kämpfte sie darum, Abitur machen und studieren zu dürfen; heiraten wollte sie grundsätzlich nicht, und das wird anschaulich begründet. Als Studentin lernte sie die vielschichtigen Klassengesetzts und den Klassenhaß kennen; bereits hier scheinen ihr die Gründe für manche Fehlentwicklung im späteren öffentlichen Leben dieses Landes aufgegangen zu sein. Klar erkannte sie nach dem Ersten Weltkrieg, wie leicht es für Demagogen werden mußte, ein dankbares Feld bei jenen zu finden, die schlechte Verlierer waren und sich nie mit einer Niederlage abfinden konnten. Dies ist zwar unzählige Male schon beschrieben worden, selten aber mit so zwingender Konsequenz.

Die junge Frau wirkte zuerst als Militärärztin in Österreich und später, nach mehreren Zwischenstationen, in der Berliner kommunalen Gesundheitspolitik. Sie wurde Mitglied der SPD, um vor allem die sozialen Probleme der Nachkriegszeit – mit dem Schwerpunkt Gesundheitsfürsorge – lösen zu helfen. Allein auf diesem Gebiet können ihre Erfahrungen als Lehrstück politischer Aktivitäten gelten; zumal sie deutlich macht, welchen Zusammenbruch aller bis dahin erzielten Fortschritte das Jahr 1933 bereits auf medizinisch-gesundheitspolitischem Gebiet bedeutet hat.

Die Darstellung der politischen Verhältnisse in Deutschland – von der Kaiserzeit über den Krieg und die Weimarer Re-

publik bis zum Ausbruch der Nazidiktatur – macht den Kern des Buches aus. Was als bekannt gelten könnte, wird durch eigenes Erleben in einer Weise verdeutlicht, die auch Versäumnisse Fehlentscheidungen und menschliches Versagen bei führenden Politikern bloßlegt. Da sie Abgeordnete im Preussischen Landtag und Bezirksverordnete in Berlin-Tiergarten (später Stadtverordnete) geworden war, kannte sie die Probleme und oft unvermeidlichen Fehler nicht nur von außen; beispielhaft führt sie die wichtigsten an, vom Zeitpunkt der Bürgerkriegssituation des Jahres 1919 bis zum wiederum „schleichenden Bürgerkrieg“ um 1932. Die Tragödie der Arbeiterbewegung spielt dabei eine entscheidende Rolle. Der Haß regierte – sie hat ihn hautnah erlebt –, und die Lage wurde nach ihrer Meinung verschlimmert durch die Haltung eines Großteils der jüngeren Akademiker, die willens waren, in ihrem Beruf etwas zu leisten, ohne sich jedoch aktiv mit Politik zu befassen. „Der Sozialismus konnte diese Kreise nicht erfassen“, und der Grund hierfür war, „daß die Idee nicht sichtbar wurde, die diese Menschen gewinnen und begeistern konnte.“ Fast ausnahmslos traten sie in Opposition zur neuen Republik, bis 1933 die „Gleichschaltung“ sie erfaßte. Sehr klar stellt die Autorin nicht nur die Destruktionspolitik der Nazis und deren wachsende Erfolge bei Millionen Arbeitslosen dar, sondern ebenso die verhängnisvolle Haltung der Kommunisten, die das Ziel verfolgten, Unruhe unter den Massen zu schüren, um den bürgerlichen Staat – das heißt, die bürgerliche Regierung – zum Zusammenbrechen zu bringen („In

diesem System muß man alles zerschlagen!“ war die Parole). An Beispielen belegt sie den Kampf der KPD gegen die Sozialdemokraten – erst in der letzten Phase (1931), als sie aus der SPD austrat und zur neugebildeten SAP stieß, erlebte sie Hilfen auch von Kommunisten; zumal ihre Auftritte in Wahlversammlungen durch immer aggressiver werdende Methoden der Nazis lebensgefährlich waren. Nach dem 30. Januar 1933 sah sie dann mit Staunen und Schrecken bei Nazi-Umzügen viele Berliner mitmarschieren, die sie gut kannte und die offenbar schon lange zwei Parteibücher besessen hatten: „Das eine von einer der Parteien, die noch an der Macht war – vorsichtshalber gleich ein anderes von der Partei, die möglicherweise zur Macht gelangen würde.“ Sie spart auch nicht mit Kritik an den damaligen Praktiken der Parteiorganisation, besonders an deren Bürokratie, die dazu geführt habe, daß „die Politik der Parteiführer eine Geheimwissenschaft für die Massen“ wurde. Hier fehlt nicht ihre Kritik an einigen führenden Politikern, speziell in Berlin, die durch Verwicklung im sogenannten Sklarek-Skandal viel zum Aufschießen der Nazis beigetragen hätten: ein Sumpf von Korruption mußte in der Stadtverwaltung aufgedeckt werden, in den alle Parteien verwickelt waren – außer den Nazis, die ja noch in der Opposition standen. Derartige Anlässe halfen diesen wie den Kommunisten, die „gleichwertige Dienste darin geleistet haben, der Bevölkerung Ekel vor dem Parlament beizubringen“.

Nach Hitlers Machtorgreifung mußte Käte Frankenthal feststellen, daß sie in jede Kategorie

paßte, die von den Nazis verabscheut wurde: Sie war Jüdin – Sozialistin – Intellektuelle, und die folgenden Ereignisse schienen vorgezeichnet. Nach einer Phase des Sich-Versteckens (Über Nacht, um einer möglichen Verhaftung zu entgehen) erlitt sie brieflich die Mitteilung im Gesundheitsamt, sie sei mit sofortiger Wirkung aller ihrer Funktionen enthoben und habe das Rathaus augenblicklich zu verlassen. Wenige Tage später (am 23. 3. 1933) nahm der Reichstag Hitlers Ermächtigungsgesetz an – sie vermerkt, daß er die Verfassung zuvor schon längst gebrochen hatte.

Am 31. März reiste Käte Frankenthal ab, unterwegs wurde sie verhaftet, wieder freigelassen und konnte über die Grenze entkommen. Die Stationen der Flucht – Prag, Paris, Genf, Zürich, New York – werden nicht nur als persönliches Schicksal geschildert; Vereinsamung in der Emigration, menschliche Tragödien um sie her und auch Versuche des Weiterwirkens der Parteien im Exil erscheinen in ihrer ganzen Problematik. Erst in den USA – wo sie endlich Asylrecht genoß – konnte sie aufatmen und sich um geregelte Arbeitsmöglichkeiten bemühen. – Das Buch endet zu dem Zeitpunkt, da Dr. Frankenthal (1937) ein Ärzteschild an die Tür eines befreundeten Arztes hängen kann, dessen Räume sie stundenweise benutzen wird – sie eröffnet damit eine Praxis als Psychotherapeutin, und sie resümiert: „Ich habe das Leben von vielen Seiten kennengelernt. . . Ich bin Sozialist. Ich glaube noch an die Entwicklung und daran, daß die menschliche Gesellschaft sich die Welt zimmert, die ihren Bedürfnissen entspricht. Die Phase,

in die das individuelle Geschick uns gestellt hat, entspricht nicht den Bedürfnissen der Gesellschaft. Darum ist es eine Phase des Kampfes um das, was daraus entstehen soll. Ich bin nicht so sicher, daß, hätte ich die Wahl gehabt, ich mir die Phase gewählt hätte, die die nächste Generation erleben wird.

Hety Schmitt Moass

Die Reichen reicher machen. Reaganomics oder Wie Ronald Reagan den Sozialstaat abbaut
von Robert Lekachman
Rowohlt Taschenbuch Verlag,
Reinbek 1982,
204 S., DM 8,80

„Greed is not enough“ (Habgier genügt nicht) lautet der amerikanische Titel von Robert Lekachmans beißender Kritik an Reaganomics*. Reaganomics ist der Bastard aus der widernatürlichen Verbindung des altkonservativen Monetarismus, der die Wirtschaft durch die Kontrolle der Geldmenge lenken will, und der neuen „Supply-Side-Economics“ (Angebotswirtschaft), der modischen, von Ronald Reagan begeistert aufgegriffenen Heilslehre. Diese gründete sich, wie sich ihr Prophet George Gilder ausdrückte, auf „Glaube und Hoffnung“: Wenn man die Reichen durch Steuergeschenke noch reicher mache, würden sie prompt in produktiven Anlagen investieren, aus denen dann für den Rest des Volkes ein bißchen

* amerikanische Erstausgabe erschienen 1982 by Pantheon Books, Random House, Inc., New York

Wohlstand herabtröpfeln würde.

Lekachman, Professor der Nationalökonomie an der City University of New York, vielgefragter Publizist und regelmäßiger Mitarbeiter an linken Zeitschriften, gehörte zu den wenigen Wirtschaftsfachleuten, die nicht nur die Absurdität der neuen Irrlehre erkannten, sondern auch ihre Kritik öffentlich ausdrückten. In knappen Worten und in seinem klaren, mit Sarkasmus gewürzten Stil legt er nun seine vernichtende Analyse der Reaganomics vor, stellt ihre verheerenden Auswirkungen dar und die nach ihrem Zusammenbruch sich ergebenden Perspektiven.

Lekachman stellt seine Analyse in eine historische Sicht: die ökonomischen, demographischen, sozialen Wandlungen, innen- und außenpolitischen Machtverschiebungen der Nachkriegszeit; die 50er und 60er Jahre mit ihrem steten Wachstum der Produktion und der dadurch ermöglichten Steigerung der Sozialleistungen und anderen Reformen des Wohlfahrtsstaats; die 70er Jahre mit den durch Vietnamkrieg, Inflation, Umweltschutz- und sonstigen Reformbewegungen verschärften Wirtschaftsproblemen und sozialen Konflikten.

Unter diesen Umständen wehrte sich einerseits die Wirtschaftswelt gegen die Auferlegung der Kosten für die von ihr verursachten Umwelt- und Gesundheitsschäden. Ihrerseits blickten weite Kreise der unter Inflation und steigender Steuerlast leidenden Arbeiterschaft mit wachsender Mißgunst auf die steigenden Ausgaben für Wohlfahrtsempfänger – mit dem Ergebnis, daß die Präsidentenwahl von 1980 Ronald Reagan fast die Hälfte der Arbeiterstim-

men eintrug. So konnte dieser seine die Reichen begünstigende Steuergesetzgebung im Kongreß durchsetzen, ergänzt durch ein Budget, das eine starke Erhöhung der Militärausgaben durch Abstriche an Sozialprogrammen finanziert. Damit erreichte Reagan eine erhebliche Umverteilung der Einkommen von den unteren 60% auf die höchsten 5% der Einkommensgruppen.

Die von den Anhängern der Angebotstheorie erwartete Belebung bei den Investitionen blieb freilich aus. Angesichts einer zu kaum Zweidrittel ausgenutzten Produktionskapazität fehlte dazu auch jeder Anreiz. Gleichzeitig bremste die monetaristische *Federal Reserve Bank* mit dem Anziehen der Zinsschraube ebenfalls die Investitionslust. Ähnlich zerstoß die absurde Erwartung, die Steuer senkung werde schließlich zu einer Erhöhung der Steuereinnahmen und einer Senkung des Haushaltsdefizits führen. So kam es, daß der voraussehbare Konjunkturrückgang die Gewinne der Wirtschaft scharf reduzierte oder in Verluste verwandelte. Während so die Steuereinnahmen noch über das von der Einkommensteuersenkung erwartete Maß fielen, stiegen mit der Erwerbslosigkeit und der Aufrüstung die Staatsausgaben. Das Resultat: ein Defizit von 110 Milliarden Dollar, dreimal so hoch wie veranschlagt.

Als Neo-Keynesianer kritisiert Lekachman sodann die Monetaristen und deren verfehlte Bemühungen, die Wirtschaft von der Geldseite her zu kurieren, besonders vergeblich in einer Wirtschaft wie der amerikanischen mit ihrer Vielfalt rein spekulativer alternativer Investitionen. Er weist auch auf einen vielfach

unbeachteten Aspekt staatlicher wie privater wirtschaftspolitischer Entscheidungen hin, nämlich deren unterschiedliche Auswirkung auf die verschiedenen Regionen der USA: die Schwächung des altindustriellen Nordostens und Mittelwestens durch die Verlagerung alter und neuer Industrien ins gewerkschaftsfeindliche und schon deshalb sonnige Klima des sogenannten „Sonnengürtels“.

In den Schlußkapiteln des um die Jahreswende 1981/82 abgeschlossenen Buches versucht Lekachman den Verlauf des sich schon damals abzeichnenden Zusammenbruchs der Reaganomics zu skizzieren. Der Bankrott vor allem der Supply-Side-Komponente kam schnell und gründlich. Deren Vertreter sind heute aus den Machtgremien weitgehend verschwunden oder haben sich von ihrer Lehre losgesagt.

Inzwischen erreichte der Konjunkturrückgang den Umfang einer Depression. Im Dezember 1982 stand die Arbeitslosigkeit mit 11% noch immer nicht auf ihrem Höhepunkt. Sie erstreckt sich diesmal auch auf den Kern der Industriearbeiterschaft, die männlichen erwachsenen Weißen. Viele haben bereits die von Reagan gekürzte Periode staatlicher Unterstützung voll in Anspruch genommen – ein hoher Preis für den nun endlich einsetzenden langsamen Rückgang von Inflation und Zinshöhe.

Auf dem Gebiet der Politik rechnete Lekachman zur Zeit der Niederschrift seines Buchs mit einem weiteren scharfen Rechtsruck in Richtung der „Moral Majority“, jener neuen rechtsradikalen Massenbewegung. Zu Unrecht, wie sich inzwischen in der Novemberwahl herausstellte. Die

Wirtschaftskrise und zum Teil die Sorge um die Atomrüstung überschatteten andere Anliegen.

Auf längere Sicht erwartet Lekachman schließlich drei mögliche Entwicklungen: einen *Nationalen Sicherheitsstaat*, vielleicht mit einem „freundlichen Faschisten“ als Haupt; mit teilweiser Einschränkung individueller Freiheiten; dominiert von einem militärisch-industriellen Komplex; ohne direkte militärische Zusammenstöße der beiden Großmächte, aber mit gelegentlichen Lokalkriegen durch Stellvertreter.

Als zweite Alternative sieht er eine Form von *kapitalistischer Planwirtschaft*, wie sie neuerdings von einsichtigen Kapitalisten wie dem Finanzier Rohatyn und Wirtschaftsorganen wie *Business Week* vorgeschlagen werden. Ihr Ziel: die Re-Industrialisierung Amerikas und die Erhaltung sozialer Stabilität, aufgebaut auf Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Arbeitnehmern, mit Einkommenspolitik für Löhne und Preise nach westeuropäischem Muster; und als Kernstück eine staatliche Lenkung der Investitionen – mehr oder weniger ein Ausbau des Wohlfahrtsstaates mit verstärkten Elementen der Planung.

Angesichts der erwiesenen Beweglichkeit der amerikanischen Politik schließt Lekachman auch die Möglichkeit eines Erstarkens der Linken mit einem *gemäßigten sozialistischen Programm* nicht aus. Dies würde die politische Lenkung der Investitionen, unter Betonung des heute vernachlässigten öffentlichen Sektors, ergänzen durch eine gerechtere Verteilung der Einkommen und ein Programm der Vollbeschäftigung. Um die Entstehung einer autoritären Bürokratie

zu vermeiden, sei das Programm demokratisch von unten nach oben auszuarbeiten.

Man mag im einzelnen Lekachmans drei Alternativen mit Skeptik begegnen, und insbesondere eine vierte Möglichkeit des Weiterwurstelns in bisheriger Form im Auf und Ab des politischen Klimas ins Auge fassen. Man mag insbesondere die dritte Alternative der demokratisch-sozialistischen Planung ohne die Vorstufe demokratisch-kapitalistischer Planung in der zweiten Alternative für unerreichbar halten. Jedenfalls aber ist die Pragmatik, wie sie in Lekachmans Analyse zum Ausdruck kommt, eine der sympathischen politischen Tugenden Amerikas. Es ist dieselbe Tugend, die sich auch darin zeigt, daß man in Amerika in weiten Kreisen Präsident Reagan mehr noch als die Fehlerhaftigkeit seiner Politik die ideologische Starrheit ankreidet, mit der er sich gegen jegliche Korrektur stemmt. *George Guenther Eckstein*

Ältere Arbeitnehmer zwischen Unternehmensinteressen und Sozialpolitik

von Kloth Dohse, Ulrich Jürgen und Harald Russig (Hrsg.)
Schriftenreihe des Wissenschaftszentrums Berlin, Internationales Institut für Vergleichende Gesellschaftsforschung/Arbeitspolitik, Campus-Vorlag, Frankfurt/Main 1982, 436 S., DM 58,-

Zu den herausragenden Erfolgen sozialdemokratischer Regierungsverantwortung gehört zweifellos die Einführung der flexiblen Altersgrenze unter Arbeits- und Sozialminister Walter Arendt.

Schon lange vor der Diskussion um eine weitere Absenkung der Altersgrenze zwecks Entlastung des Arbeitsmarktes war diese sozialpolitische Errungenschaft Gegenstand vehemente Kritik einiger weniger, aber einflußreicher Wissenschaftler der „Bonner Arbeitsgruppe Altersforschung“ (siehe NG 7/78 und 12/79). Ihre vorwiegend auf psychologische Untersuchungen gestützte Argumentation ging und geht dahin, daß ältere Menschen ebenso leistungsfähig seien wie jüngere und daß die Gruppe der älteren Arbeitnehmer deshalb keinerlei sozialpolitischer Schutzmaßnahmen bedürfe. Im Gegenteil, hierdurch würde sie erst zur Problemgruppe gemacht, weil Schutzmaßnahmen zum Vorurteil der verminderten Leistungsfähigkeit führten und hierdurch zum Beispiel die Probleme älterer Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt künstlich entstünden. Weiterhin sei für das psychophysische Wohlbefinden älterer Menschen die Einbindung in Arbeitszusammenhänge nötig und dementsprechend eine Verrentung/Pensionierung, wie sie durch die flexible Altersgrenze und andere Maßnahmen („59er-Regelung“, Sozialpläne, Tarifrente) immer früher möglich würden, für ihr Befinden schädlich. In zahlreichen öffentlichen Stellungnahmen bis hin zur Denunziation der Absenkung der Altersgrenze als „spezifischer Form der Euthanasie“ tritt diese Gruppe um die Professoren Ursula Lehr und Hans Thomas für eine An- bzw. Aufhebung des ans Lebensalter gekoppelten Rentenalters ein und propagiert statt dessen eine „funktionale Altersgrenze“, die sich nach einem medizinischen Gutachten über die Arbeitsfähigkeit des je

einzelnen Arbeitnehmers richten soll.

Erstaunlicherweise wird diese oft durch mangelnde empirische Fundierung gekennzeichnete Argumentation von interessierten Politikern und Unternehmern zur Rechtfertigung ihrer anders motivierten sozialpolitischen Entscheidungen herangezogen, wie nicht zuletzt die Debatte zur Altenpolitik im 8. Deutschen Bundestag zeigte (siehe NG 12/79). Sieht man sich die Koalitionsvereinbarungen der neuen Bundesregierung zur flexiblen Altersgrenze und die im Lambsdorff-Papier geforderte längerfristige Anhebung der Altersgrenze an, so ist zu befürchten, daß diese Wissenschaftlergruppe auch in Zukunft einen gewissen politischen Einfluß haben wird.

Lange Zeit fehlte eine gut lesbare Auseinandersetzung mit diesen Argumenten. Die Lücke ist nun geschlossen worden durch das Buch von Dohse, Jürgens und Russig. Vorwiegend den Gewerkschaften nahestehende Wissenschaftler sowie gewerkschaftliche und betriebliche Praktiker setzen sich darin mit der konkreten materiellen Situation älterer Arbeitnehmer am Arbeitsplatz und auf dem Arbeitsmarkt sowie mit den hier von bedingten gesundheitlichen und psychischen Folgen auseinander. Dabei bieten sie anhand der tatsächlichen Lage älterer Arbeitnehmer sowohl eine Kritik der oben dargestellten Argumentation der Bonner Altersforscher als auch alternative Erklärungsmodelle und hieraus folgende sozialpolitische Lösungsvorschläge für die Probleme älterer Arbeitnehmer.

Der gemeinsame zentrale Aspekt der Beiträge des Buches

ist die Betrachtung der Erwerbsbiographie des einzelnen Arbeitnehmers, aus der sich sowohl Prozesse des Alterns als auch die besonderen Probleme und Risiken der Gruppe älterer Arbeitnehmer als Folge der ein Leben lang durchlebten Belastungen und Beanspruchungen des Arbeitsprozesses erklären lassen.

Durch die Untersuchung des Zusammenhangs von Arbeitsbedingungen, Gesundheitsverschleiß und Leistungsminderung im Verlauf der Erwerbsbiographie werden die Ergebnisse psychologischer Laboruntersuchungen über die ungeminderte Leistungsfähigkeit älterer Menschen als falsch und mit der Realität des Arbeitnehmers am Arbeitsplatz in keinem Zusammenhang stehend zurückgewiesen. Die Invaliditäts- und Sterberaten (bis 1985 werden noch einer Hochrechnung von 1979 37% der aus dem Erwerbsleben ausscheidenden männlichen Arbeitnehmer aufgrund von Invalidität, 35% aufgrund ihres Todes und nur 27% durch das Erreichen der Altersgrenze ausscheiden) zeigen, daß das primäre Problem der älteren Arbeitnehmer keineswegs die gesetzliche oder vorurteilsbedingte Verhinderung der Weiterarbeit über das Rentenalter hinaus ist. Dem entsprechen auch die Ergebnisse einer Studie über Ausmaß und Gründe für die Inanspruchnahme der flexiblen Altersgrenze und anderer vorzeitiger Ruhestandsregelungen, die in dem Buch referiert werden. Durch ihre erwerbsbiographische Perspektive kommen die Autoren immer wieder zu dem Schluß, daß Schutzmaßnahmen für Ältere zwar durchaus noch nötig, jedoch bestenfalls der Rettungsring sind, wenn das Kind schon in den Brunnen ge-

fallen ist. Um vorbeugend Alterns- und Leistungsminderungsprozesse zu beeinflussen, seien dagegen Initiativen zur Humanisierung der Arbeitsbedingungen unumgänglich. In diesem Zusammenhang weisen sie auf mögliche unbedachte negative Nebenwirkungen einer arbeitsmarktpolitisch begründeten Absenkung der Altersgrenze hin: Unternehmen könnten sich dem Zwang zur Humanisierung der Arbeitsbedingungen durch immer frühere Verrentung der durch Gesundheitsverschleiß leistungsgeminderten Arbeitnehmer entziehen, dies gerade bei einem Überangebot von Arbeitskräften. Auch unter arbeitsmarktpolitischen Aspekten wird das Geflecht von tarifvertraglichen, betrieblichen und staatlichen Bestandschutzregelungen nach negativen Nebenwirkungen kritisch untersucht.

Durch die Begründung der Forderung nach einer generellen, auf alle Beschäftigten- und Altersgruppen bezogenen Präventionspolitik, die den Belastungen durch Arbeitsumgebung und -inhalt Grenzen setzt und den Trend zur Intensivierung der Leistungsverausgabung stoppt und umkehrt, ist das Buch nicht nur bezogen auf die Probleme älterer Arbeitnehmer, sondern auch auf die heute jüngeren. Denn bei Ausbleiben einer solchen Präventionspolitik werden sie in späteren Abschnitten ihrer Erwerbsbiographie vor den gleichen Problemen stehen wie ihre älteren Kollegen heute.

Kritisch anzumerken ist, daß die Autoren angesichts der konkreten Arbeitsbedingungen unter den heutigen gesellschaftlichen Verhältnissen kaum den Blick richten auf die generelle Bedeutung der Arbeit für den Men-

schon und den sich hieraus ergebenden Folgen der Nicht-Arbeit für den Ruheständler. Wenn gleich dies zu Problemen bei der Auseinandersetzung mit den oben angeführten Alternswissenschaftlern führen kann, die diese Perspektive haben (allerdings unter den Prämissen bürgerlicher Wissenschaft und selbst hier nur sehr undurchdacht), so schmälert es nicht den Wert des Buches als Argumentationshilfe für in Zukunft anstehende sozialpolitische Entscheidungen.

Das Buch ist wissenschaftlich geschrieben, jedoch auch gut lesbar für sozialpolitisch interessierte und engagierte Nichtwissenschaftler, sicher wichtig für Politiker und Gewerkschafter. Um es für diesen Leserkreis auch finanziell erschwinglich zu halten, wurde sein Preis durch einen Druckkostenzuschuß der Hans-Böckler-Stiftung verbilligt.

Peter Kratz

Namen und Daten wichtiger Personen der DDR
 von Günther Buch (Hrsg.)
 3., überarbeitete und erweiterte Auflage, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Berlin/Bonn 1982,
 384 S., DM 60,-

Als ein nützliches und zuverlässiges Nachschlagewerk über Namen und Daten wichtiger Personen der DDR hat sich das nun in dritter Auflage vorliegende Werk von Günther Buch, einem Mitarbeiter des Gesamtdeutschen Instituts in West-Berlin, erwiesen. Die dritte Auflage umfaßt 2324 Personen. Das Buch hält an den bewährten Auswahlkriterien fest. Für die Aufnahme

in das Nachschlagewerk waren einmal die staatliche oder die gesellschaftliche Funktion, die der Betreffende im öffentlichen Leben der DDR ausübt, ausschlaggebend und zum anderen das mutmaßliche Interesse des Benutzerkreises. Daß es dem Autor gelungen ist, über nahezu jeden Funktionsträger im zweiten deutschen Staat biographische Angaben zusammenzustellen, ist bei der schwierigen Quellenlage nur möglich, wenn man so akribisch vorgeht wie Günther Buch. Wie bei der zweiten Auflage findet sich am Schluß des Nachschlagewerkes ein sog. Nekrolog, der verhindern soll, daß die Lebensläufe prominenter Verstorbener – von Alexander Abusch über Michael Kohl und Walter Ulbricht bis Arnold Zweig – verloren gehen. Erstaunlich, daß es in der DDR ein vergleichbares Lexikon nicht gibt.

Für jeden, der sich mit der DDR bzw. den deutsch-deutschen Beziehungen befaßt, ist dieses Nachschlagewerk unentbehrlich.

Wilhelm Bruns